



Nordirland Kongo Korea Indien
China Deutschland Serbien
Österreich Frankreich Japan
Chile Galileo Tschechien Kaschmir
Italien Ungarn England Schweiz
Vatikan Haiti Bhopal Armenien
Türkei Spanien Rumänien Benin
Skandinavien Afghanistan Sahara
Niederlande Kambodja Gulag
Portugal Vietnam Rwanda
Argentinien

J. M. Werobèl de La Rochelle (Hg.)
unter Mitarbeit von Sophia Claus

Das 20. Jahrhundert: Unrecht, Gewalt, Genozid und das erste Jahrhundert globaler Aufarbeitung in der Geschichte

Mit einem Geleitwort von
Christophe Bourdoiseau



Cuvillier Verlag Göttingen
Internationaler wissenschaftlicher Fachverlag



Das 20. Jahrhundert:
Unrecht, Gewalt, Genozid – und das erste Jahrhundert globaler
Aufarbeitung in der Geschichte





J. M. Werobèl de La Rochelle (Hg.),
unter Mitarbeit von Sophia Claus

**Das 20. Jahrhundert:
Unrecht, Gewalt, Genozid –
und das erste Jahrhundert globaler
Aufarbeitung in der Geschichte**

**Mit einem Geleitwort von
Christophe Bourdoiseau**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

2. revidierte u. verbesserte Aufl. - Göttingen: Cuvillier, 2017

Umschlag: JMW-LaR / Sophia Claus

© CUVILLIER VERLAG, Göttingen 2017

Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen

Telefon: 0551-54724-0

Telefax: 0551-54724-21

www.cuvillier.de

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Buch oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen.

2. revidierte u. verbesserte Aufl. - Göttingen: Cuvillier, 2017

Gedruckt auf umweltfreundlichem, säurefreiem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.

ISBN 978-3-7369-9539-0

eISBN 978-3-7369-8539-1



**„Die Schuld verdoppelt der,
der sich seines Vergehens nicht schämt.“**

„Geminat peccatum, quem delicti non pudet“

Publius Syrus, 1. Jhd. v. Chr.





*Der Hg. dankt Christophe Bourdoiseau für sein prägnantes Geleitwort, das nicht nur zum Inhalt der gesamten Publikation passt, sondern auch den wichtigen Vergleich zwischen zwei Ländern (D und F) zu Fragen der Vergangenheit bringt. Hier wird ebenfalls, unter einem anderen Aspekt, die Frage „immer nur die Deutschen, ...“ analysiert und beantwortet. Erneut eine andere Ansicht zu Fragen der Geschichte, der dunklen Kapitel und ihrer Bewältigung durch Aufarbeitung !
Auch die Vorschläge zur Umwandlung von Kriegerdenkmälern (s. Kapitel Epilog) finden hier eine adäquate Antwort.*

Geleitwort: Ohne Lüge leben

von Christophe Bourdoiseau¹

Seit mehr als 20 Jahren lebe ich in Deutschland mit Gespenstern. In Berlin trifft man sie an jeder Ecke. Denkmäler, Erinnerungstafeln, Mahnmale, Friedhöfe, Museen, Dokumentationszentren, Stolpersteine,... Opfer und Täter des Nationalsozialismus, aber auch des Kommunismus haben aus dieser Stadt eine Gedenkstätte des 20. Jahrhunderts gemacht.

All die Orte der Erinnerung – es werden immer mehr mit den Jahren – hätten Überdruß auslösen können. Das Gegenteil ist passiert. Berlin und damit ganz Deutschland haben sich so von der düsteren Vergangenheit befreit. Ja, es tut gut, ohne Lügen zu leben. Das war ein langer Prozess, der erst nach der Wiedervereinigung abgeschlossen werden konnte. Seit 20 Jahren beobachte ich, wie die Deutschen Lügen der Vergangenheit beseitigen. „Deutschland hat sein Gedächtnis wiedererlangt“, stellte der Friedensnobelpreisträger und Holocaust-Überlebende Elie Wiesel vor zehn Jahren zu Recht fest.

Der Historikerstreit ist passé. Weitere Versuche, einen Schlusstrich zu ziehen, sind überstanden. Auschwitz ist keine Moralkeule mehr, sondern Teil der deutschen und europäischen Geschichte. Hitler ist enttabuisiert. Fast alle deutschen Unternehmen haben zugegeben, vom NS-Regime profitiert zu haben. Stille Helden wie Otto Weidt, Sophie Scholl oder Georg Elser sind Symbole des Widerstands und der Menschenrechte geworden.

Die dunkelste Seite der deutschen Geschichte ist in der Identität des Landes verankert. Das war keine leichte Aufgabe für die Nachkriegskinder, die mit Goethe und Schiller, aber auch mit Himmler und Göring leben mussten. Den heutigen Deutschen

¹ Christophe Bourdoiseau, * 1967 in NL, Studium in Paris, langjähriger Korrespondent in D, für verschiedene Presseorgane in F, CH, B; bekannter Chansonnier, lebt seit Jahren in Berlin;

NB: Dieses Geleitwort ist in der SZ am 11.04.2017 in der Rubrik „Aussenansicht“ erschienen, hier mit Erlaubnis des Autors und des Verlages eingesetzt.



ist bewusst, dass sie für die Verbrechen ihre Großeltern und Urgroßeltern nicht verantwortlich sind. Sie haben aber die „Pflicht der Erinnerung“ verstanden.

Die ARD-Serie „Unsere Mütter, unsere Väter“ zeigt, wie diese Generation unverkrampft mit der dunklen Vergangenheit umgeht, ohne den Eindruck zu erwecken, den Holocaust relativieren zu wollen. Das Ergebnis ist, dass die Deutschen sich nicht mehr ständig entschuldigen müssen, wie das noch in den 90er-Jahren der Fall war. Sie können stolz auf ein pazifistisches und selbstbewusstes Land sein. Und wenn der türkische Präsident (2017) die Kanzlerin als Nazi beschimpft, ist es einfach nur lächerlich.

Dieser Art von Vergangenheitsbewältigung ist auch mit den Verbrechen des Kommunismus gelungen. Es gibt keine Geheimnisse mehr über die DDR. Wir wissen heute alles über den Unrechtsstaat. Die Mauer war ein Verbrechen, keiner kann es mehr bestreiten.

Von „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu sprechen, ist immer noch gefährlich.

Die Debatte um die Erinnerungskultur ging auch um die Frage eines Denkmals. Sollte die Geschichte künstlerisch dargestellt werden, um die Opfer zu ehren? Oder sollte man lieber historische Fakten an die nächste Generation weitergeben? Das Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor ist ein Beispiel dafür, wie man beides verknüpfen kann. Das unterirdische Museum unter dem Stelenfeld mit 15 jüdischen Familienschicksalen bringt uns zum Nachdenken. Die Individualisierung der Erinnerung gibt uns eine bessere Idee vom Ausmaß des Massenverbrechens, als dies nackte Zahlen tun könnten.

Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine beispiellose Kultur der Erinnerung geschaffen, die Frankreich und anderen historisch traumatisierten Ländern auch guttäte. Eine Befreiung der Erinnerung wünsche ich mir auch für mein Land – und nicht etwa einen Schlussstrich, wie ihn mehrere Politiker während der Präsidentschaftswahlen 2017 verlangt haben.

Die „Kultur der Vergebung“ schwächt das Gefühl der „nationalen Identität“, laut Marine Le Pen. Wie die Rechtspopulistin hat auch der Konservative François Fillon verlangt, die Geschichte Frankreichs so umzuschreiben, dass man sie wie einen „nationalen Roman“ lehren kann. „Es ist eine Schande, dass in der Schule unsere Geschichte in Frage gestellt wird.“ „Die jungen Franzosen (...) lernen, sich für ihre Geschichte zu schämen“, fügte er hinzu.

Wenn wir mit unserer Geschichte nicht mehr konfrontiert werden wollen, wie Fillon dies verlangt, sollte man die dunkle Seite Frankreichs erst einmal richtig beleuchten. Die ständige Verdrängung der Wahrheit führt dazu, dass die Franzosen immer noch nicht wissen, auf welcher Seite Frankreich im Zweiten Weltkrieg wirklich stand. Die



enge und gewollte Kollaboration mit den Nazis war eine Schande für das Land der Aufklärer. Die Franzosen ziehen es aber immer noch vor, mit der Legende des Widerstandes zu leben. Die Antwort ist immer die gleiche: Die Kollaborateure waren keine „echte“ Franzosen. Aber sie waren viele. Erst 1995 hat der damalige Präsident Jacques Chirac die Verantwortung Frankreichs bei der Deportation von mehr als 70.000 Juden anerkannt. Die meisten wurden von französischen Polizisten verhaftet und an die Nazis ausgeliefert.

Wie die Franzosen mit ihrer Vergangenheit umgehen, hat der unabhängige Kandidat Emmanuel Macron während des Wahlkampfes 2017 heftig gespürt. Mit dem Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ hatte er die damalige Kolonialisierungspolitik Frankreichs gezeichnet. Noch 1931 standen mehrere „Authentische Kannibalen“ aus Neukaledonien – unsere früheren „Mitbürger“ – zur Schau bei der Pariser Kolonialausstellung. Manche wurden mit dem Zoo Frankfurt gegen Krokodile einfach so getauscht. 2005 versuchten französische Abgeordnete noch, ein Gesetz über die „positive Rolle Frankreichs“ in den ehemaligen Kolonien durchzusetzen. So wie es die Deutschen einst mit Hitlers Autobahnen hielten, so versuchen Franzosen die „guten Seiten“ des Verbrechens in Erinnerung zu halten.

Die Reaktionen waren so heftig, dass Macron ein Rückzieher machen musste, um die Wahlen nicht definitiv zu verlieren. Sein Vorstoß hat gezeigt, dass Frankreich bis heute nicht bereit ist, sich offiziell für seine Verbrechen zu entschuldigen, besonders für jene, die während des Algerienkriegs zwischen 1954 und 1962 begangen wurden. Diese Politik des Vergessens kann Frankreich nur in die Irre führen.

Mit Lügen kann man keinen Frieden finden und sich auch nicht mit den Opfern und ihren Nachfahren versöhnen. Eine Erinnerungskultur, wie sie Deutschland praktiziert, würde helfen, uns mit den Migrationskindern der Banlieues zu versöhnen. Die Gewalt in unseren Vorstädten hat soziale Gründe, aber eben auch historische.

In Frankreich steht auf jedem Dorfplatz ein Denkmal für die Millionen gefallenen Soldaten des Ersten Weltkriegs. Aber was bringt es unseren Kindern zu wissen, dass Soldaten Helden waren? Diese Erinnerungskultur ist längst überholt. Wir sollten in Frankreich auch mit Gespenstern leben.





Inhaltsverzeichnis

Prolog und Einleitung: Jürgen M. Werobèl de La Rochelle	1
1 Außergewöhnliche/ Erfolgreiche Aufarbeitung	9
1.1 Frankreich/ Deutschland – Der Elysée-Vertrag (1963) und seine Nachhaltigkeit:	
<i>J. M. Werobèl de La Rochelle</i>	9
1.2 Frankreich – Affäre Dreyfus:	
<i>Lisa Dorst</i>	18
1.3 Niederlande – Das deutsch-niederländische Verhältnis:	
<i>Nadine Lingnau</i>	23
1.4 Die Nürnberger Prozesse als Beispiel der Aufarbeitung von außen:	
<i>Cindy Greiner</i>	26
1.5 Der Lebensborn e.V.:	
<i>Lisa Michiels-Corsten</i>	33
1.6 Benin – Drei Kapitel zur Aufarbeitung der Vergangenheit:	
<i>J. M. Werobèl de La Rochelle</i>	38
1.6.1 Dahomey – Benin: Änderung des Ländernamens	38
1.6.2 Nationalkonferenz 1990: Aufarbeitung des Marxismus-Leninismus ..	40
1.6.3 Voodoo – Von der Verfolgung in der VR Benin zur Gleichstellung	
durch die Verfassung der Republik Benin von 1990	48
2 Relativ erfolgreiche Aufarbeitung von Diktaturen/ Totalitären Systemen	54
2.1 Argentinien – Diktatur und Demokratie:	
<i>Bettina Hofmann</i>	54
2.2 Chile – Die Diktatur Pinochet 1973-1989 und die Folgen:	
<i>Iris Eberl</i>	57
2.3 Portugal und der „Estado Novo“:	
<i>Hans Unger</i>	62
2.4 Spanien – Francos Spanien: „Die Folgen einer Krise“:	
<i>Susanne Kirchner, Franziska Knoblich und Eva Steurer</i>	65
2.5 Partielle Aufarbeitung: Sowjetunion – GULag – Lagerterror:	
<i>Christina Weth</i>	69



3	Kolonialismus/ Imperialismus	73
3.1	Äthiopien/ Abessinien – Italiens Überfall auf Äthiopien:	
	<i>Julian Klotz</i>	73
3.2	Kongo – Leopold II. – Belgien:	
	<i>J. M. Werobèl de La Rochelle</i>	77
3.3	England – „Kolonialherrschaft in Indien“:	
	<i>Sandra Jerg</i>	84
3.4	Japan – Kriegsverbrechen 1937- 45 und die Vergangenheitsbewältigung seit 1980:	
	<i>Uwe Kartmann</i>	87
4	Genozide	91
4.1	Kambodscha – Kambodja und die Roten Khmer:	
	<i>Denny Schulz</i>	92
4.2	Bosnien Herzegowina – Die Massaker von Srebrenica:	
	<i>Margit Minnich</i>	96
4.3	Ruanda – Tutsi-Hutu-Konflikt:	
	<i>Marcel Hedler</i>	100
5	Andere Konflikte/ Kriege	107
5.1	Indien/ Pakistan – Der Kaschmirkonflikt:	
	<i>Melisande Seebald</i>	107
5.2	Korea – Vom Stellvertreterkrieg zur Teilung:	
	<i>Julian Klotz</i>	110
5.3	Der Westsaharakonflikt:	
	<i>Sophia Claus</i>	115
5.4	Irland – „Troubles“: Der Nordirland-Konflikt:	
	<i>Stefanie Sieckel</i>	122
5.5	Algerien – Frankreich „Der Konflikt ohne Namen“ und der Algerienkrieg – Geschichte und Aufarbeitung (1954-1962):	
	<i>Margit Minnich</i>	125
6	Besondere Aspekte	130
6.1	Österreich	130
6.1.1	Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich:	
	<i>Eva Gramlinger</i>	130



6.1.2 Österreich/ Deutschland – Ergänzungsbeitrag:	
Aufarbeitung der deutschen Besatzungszeit:	
<i>Stephan Benedikt Schwarz, Boris Justus</i>	138
6.1.3 Das Akademische Gymnasium Innsbruck in der NS-Zeit:	
<i>Gastbeitrag von Anna Staudigl</i>	141
6.2 Rumänien – Land der vielen Fragezeichen:	
<i>Elisabeth Wittal</i>	150
6.3 Ungarn – Der Ungarnaufstand 1956:	
<i>Lisa Michiels-Corsten</i>	153
6.4 Katholische Kirche/ Vatikan	159
6.4.1 Vatikan und Nationalsozialismus:	
<i>Carsten Köhler</i>	159
6.4.2 Galileo Galilei:	
<i>Manuel Schneider</i>	168
7 Aufarbeitung durch Wirtschaftskonzerne	171
7.1 Indien – Die Bhopal-Katastrophe (Union Carbide Corporation):	
<i>Irina Kobrin</i>	171
7.2 Nigeria – Ken Saro-Wiwa und Shell Nigeria:	
<i>Matthias Dufner</i>	176
8 Fakten in Kurzfassungen	179
8.1 Kolonialsoldaten/ Frankreichs Afrika-Truppen:	
Ermordung durch die Wehrmacht 1940:	
<i>J. M. Werobèl de La Rochelle</i>	179
8.2 Nordkorea – Kim Jong Il:	
<i>Denny Schulz</i>	183
8.3 Schweiz – „Die Rolle im 2. Weltkrieg“:	
<i>Sebastian Hein und Mathis Neumann</i>	185
8.4 Serbien – Der Zerfall Jugoslawiens nach Titos Tod:	
<i>Sebastian Hein, Mathis Neumann</i>	188
8.5 Afghanistan – Ein Stellvertreterkrieg mit Folgen:	
<i>Julian Klotz</i>	191
8.6 Tschechien – Die Vertreibung der Sudetendeutschen:	
<i>Irina Kalinichenko und Teodora Georgieva</i>	192



8.7 Haiti – Frankreich und die Duvalier Diktatur:	
<i>Dennis Kring</i>	194
8.8 München – Die Hauptstadt der Bewegung oder der Verdrängung:	
<i>Johannes Bächer</i>	196
8.9 Türkei/ Armenien – Völkermord durch Osmanische Truppen im	
1. Weltkrieg – und Untätigkeit der deutschen Verbündeten:	
<i>Stefan Radojewski</i>	199
8.10 Skandinavien im 2. Weltkrieg: Finnland, Norwegen, Schweden,	
Dänemark:	
<i>Sven Göppner und Natalie Fischer</i>	202
8.11 Vietnam – Vietnamkrieg: „Die amerikanische Phase“ –	
Kriegsverbrechen von My Lai:	
<i>Manuel Schneider, Julian Klotz</i>	205
9 Die Friedensbewegungen im 19. u. 20. Jhd. und die bedeutendsten	
Vertreterinnen: Bertha von Suttner (Österreich) und Anna B. Eckstein	
(D-Coburg): <i>J. M. Werobèl de La Rochelle</i>	207
10 Epilog: <i>J. M. Werobèl de La Rochelle</i>	214
10.1 Ein erstes Fazit	214
10.2 Fazit 2 – ein Vorschlag für eine andere Form der Erinnerungskultur:	
zur Vorbereitung der anstehenden Gedenktage 2018, 2038 und 2045	
(100 Jahre Ende des 1. Weltkriegs 2018 und des 2. Weltkriegs 2045,	
75 Jahre Elysée-Vertrag)	215
10.3 Une Initiative Franco-Allemande ou Européenne: 2018, 2038 et 2045 .218	
11 Sonderseiten: <i>J. M. Werobèl de La Rochelle</i>	222
11.1 Missachter der Menschenrechte im 20. Jahrhundert	222
11.2 Friedensaktivisten und Widerständler im 20. Jahrhundert	227
12 Presse/ Schlagzeilen aus einem Jahrzehnt (ca. 2000 bis 2010)	229

Entstehung der Publikation, Autoren und Danksagung

Wichtige Abkürzungen

Für Kommentare: Die Herausgeber und Autoren sind für Rückmeldungen, Kommentare, Korrekturen, Verbesserungsvorschläge dankbar und erbitten hierfür folgende Mail-Adresse zu nutzen:

conversion2018@yahoo.com



Prolog und Einleitung

Jürgen M. Werobèl de La Rochelle

An dieser Publikation ist bemerkenswert:

- Sie befasst sich mit der Vergangenheitsbewältigung im 20. Jahrhundert und
- sie ist fast ausschließlich von Studierenden verfasst, von jener Generation, der nicht immer besonderes Engagement für Geschichte und Politik nachsagt wird. Gerade hier bemerkt der Leser Engagement, auch Entsetzen und Zorn über den Umgang mit Menschen in einigen Systemen, nicht nur in Diktaturen, seien sie kommunistisch oder nationalsozialistisch, sondern generell durch Allein-/ Gewaltherrscher.
- Wohl erstmals erscheint eine Gesamtübersicht zu begangenen Unrecht, zu Menschenrechtsverletzungen im 20. Jahrhundert und zu deren Aufarbeitung oder Leugnung in ausgewählten Ländern. (Dass bei ca. 200 UNO-Mitgliedsstaaten nicht alle behandelt werden konnten, versteht sich.)

Und auch wegen des gerade in Deutschland und Österreich grassierenden Populismus, der sich gegen Aufarbeitung von vergangenem Unrecht mit dem Schlagwort „immer nur die Deutschen/ die Österreicher“ wendet, ist dieses Buch bemerkenswert, denn es bringt zahlreiche Beispiele, wie auch andere Nationen lieber schweigen, verdrängen oder sogar leugnen wollen (s. auch Geleitwort, das sich genau mit diesen Fragen befasst).

Wir stellen fest, dass kein Staat, keine Gesellschaft frei ist von Schuld ist, sich keine Gesellschaft mit der Aufarbeitung leicht tut. Denn Scham und Entsetzen führen oft zu Leugnung oder Verdrängung, machen aber Unrecht nicht ungeschehen.

Andererseits zeigen gerade Deutschland und Österreich, aber auch Chile und Argentinien, auch das kleine afrikanische Benin, um nur einige Beispiele zu nennen, dass sie weiter sind bei der Aufarbeitung, beim Eingestehen von Unrecht und dem Versuch von Wiedergutmachung als andere Gesellschaften.

Wer die Vergangenheit ignoriert, den holt sie ein!

Wenn wir das Kapitel Deutschland-Frankreich bewerten, nach den Kriegen 1870/71, 1914-18 und 1939-45, dann kommt dem Elysée-Vertrag von 1963 eine herausragende Bedeutung zu, als herausragendes Beispiel für eine nicht erzwungene Aufarbeitung: Statt des Einsatzes von Armeen zum Erreichen von politischen oder strategischen Zielen wird hier eine Strategie für einen dauerhaften Frieden durch Zusammenarbeit bis hin zu Freundschaft angewandt. Der Hg. und Autor des Élysée-Kapitels bewertet diesen Vertrag als über konventionelle Friedensverträge hinausge-



hend. Denn dieser Vertrag wurde, nach dem Montan-Vertrag von 1951, zum Grundstein für das neue Europa und der friedlichen Lösung von Konflikten, eines Europas des Friedens, dessen sich viele unserer Mitbürger gar nicht recht bewusst sind.

Bemerkenswert an diesem Buch ist auch der Vorschlag zur Umwandlung / Konversion von Kriegsdenkmälern in an Frieden gemahnende Denkmäler gerade zur Vorbereitung der anstehenden Gedenktage 2018 und 2045, Gedenktage zum Ende des 1. und des 2. Weltkriegs. Wir sollten aber nicht nur an das Ende von Kriegen denken, sondern an den Beginn der längsten Friedensperiode in der Geschichte Europas: an 2038, den 75. Jahrestag des Élysée-Vertrages oder 2057, 100 Jahre Unterzeichnung der Römischen Verträge und Gründung der EWG.

Auch wenn es nicht explizit und permanent ausgeführt wird, so ist diese Publikation ein Aufruf gegen Gewalt, gegen Ungerechtigkeiten und Menschenverachtung, ein Aufruf für dieses neue Europa mit seinen zivilisatorischen Errungenschaften. Zu denen gehören Ablehnung von Gewalt und Krieg, Ablehnung von Diktatur und Einsatz für die Verwirklichung der Menschenrechte, letzteres und nachdenklich stimmend eine Forderung der Französischen Revolution von 1789 (!), auch über 200 Jahre danach immer noch nicht weltweit erreicht. Unsere Zukunft aber ist nur dann sicher, wenn die Vergangenheit aufgeklärt und bewältigt ist:

Europa ist eben nicht nur Binnenmarkt oder Schengen, etc., es ist auch und besonders ein Vorbild für Demokratie, Vorbild für humane Gestaltung unserer Zeit, als Konsequenz aus den Fehlern der Vergangenheit.

Es mag eine Illusion sein, den „ewigen Frieden“ (Kant) und eine friedliche Welt zu erreichen, denn es wird immer Tyrannen, Diktatoren und Missachtung der Menschenrechte geben. Dies aber zwingt unser Europa zu neuen Anstrengungen, zur Abkehr von der Mutlosigkeit oder Tatenlosigkeit. Im Gegenteil: Es zeigt uns, dass wir in unserem Kontinent, in UNSERER EU dafür arbeiten, Frieden zu bewahren, den Frieden zu verteidigen, Konflikte und Kriege zu verhindern und ein friedvolle Gegenwart auch ausserhalb der EU anzustreben.

Dass dies möglich ist, beweist die Entwicklung der EU seit 1945, zusammengefasst in einem Kommentar:

„So wenig wir uns genügend im Klaren sind, welcher Fortschritt die EU gegenüber früheren Jahrhunderten bedeutet, so wenig ist sich die jetzige Generation der Europäer genügend bewusst, welche Leistung es war, Europa wo weit zu bringen, wie es heute ist.“²

² SZ v. 07.01.17



Das 19. und 20. Jhd. sind nicht die ersten Jahrhunderte der Menschenrechtsverletzung, das 20. Jhd. aber ist das ERSTE der Aufarbeitung, sogar global. Dies ist auch ein politischer, sogar ein moralischer Anspruch in dieser Publikation. Es finden sich Anregungen, mehr über Geschichte zu erfahren, negative und positive Geschehnisse zu erkennen, eben den zivilisatorischen Fortschritt zu bewerten. Unrecht kann verdrängt, verschwiegen, auch totgeschwiegen werden, aber nie ungeschehen gemacht werden.

Europa hat diese Mechanismen erkannt, wehrt sich gegen Vergessen. Vor allem führt Erkenntnis zum Frieden.

Deutschland wiederum ist bei der Aufarbeitung der Vergangenheit und der perspektivischen Sicht auf eine friedliche Zukunft vorbildlich in Europa, sogar in der Welt. Wir sehen den Unterschied zu 1914/ 18 und 1939/ 45: Die EU ist einen Friedensinstitution, wie es sie vorher in Europa so noch nie gegeben hat. Das gilt es zu bewahren.

„Die Schuld verdoppelt der, der sich seines Vergehens NICHT schämt“, schrieb der Dichter Publilius Syrus vor zwei Jahrtausenden. Diese Aussage hat meiner Meinung nach nichts an Aktualität eingebüsst, da augenscheinlich auch heute noch gleiche oder ähnliche Probleme existieren. Hat sich etwa im Laufe von 2000 Jahren am Umgang mit der dunklen Seite der Geschichte nicht viel getan? Wenn wir nun andere Sentenzen, Devisen, Zitate zusammenstellen, müssen wir feststellen, dass sich zwar im Laufe dieser großen Zeitspanne etwas geändert hat, allerdings nicht die Gräueltaten und die Grausamkeiten an sich, wohl aber die Auseinandersetzung mit Schuld und Sühne, auch die Prävention zur Verhinderung von Kriegen, die Friedenssicherung und die Wahrung von Menschenrechten ganz allgemein. Ob das ausreicht, ist eine andere Frage.

So wie wir an den Schluss dieses Buches eine lange Liste von Schlagzeilen aus europäischen Tageszeitungen zum Thema Aufarbeitung, zu Versäumnissen, zu vergessenen und verdrängten und verleugneten Taten stellen, so lässt sich ebenfalls eine lange Liste an den Anfang stellen: wichtige Aussagen von wichtigen Persönlichkeiten zum gleichen Thema, nicht nur vom Römer Publilius Syrus:

- Wo es Opfer gibt, gibt es auch Täter. (NN)
- Die zweite Schuld! (Kommentar zur Nicht-Aufarbeitung von einem Unbekannten)
- Die vergessene Schande. (E. Müller-Meinigen, SZ 05.11.1979)
- Mit der Vergangenheit abschließen kann man eben nur, wenn man sie nicht glorifiziert. (Susan Vahabzadeh, SZ 27.01.2016)
- Wahrheit und Liebe, statt Hass und Lüge. (Vaclav Havel)



- Geschichte ist nicht die Summe des Vergangenen, sondern das Vergangene in Bezug auf die Gegenwart. (SZ-Literaturseiten 15.01.2013)
- Devoir de mémoire (Pflicht der Erinnerung – ein französischer Freund)
- Ein Land ist... ein gutes Land, wenn es das Wohl der gesamten Menschheit beachtet und nicht nur das der eigenen Bevölkerung. (Simon Anholt/GB)
- Erst die Gerechtigkeit macht den Menschen zum Menschen. (NN)
- Ein Teil der Menschheit hat den Verstand verloren. (Astrid Lindgren 1940 zum Ausbruch des 2. Weltkrieg)
- Wir wollen keine Kultur der Straflosigkeit. (Carla del Ponte)
- Zivilcourage: „Sind wir aufrichtig genug, Wahrheiten auszusprechen, auch unbequeme.“ (NN)
- Peinlichkeit führt auch zur Verdrängung. (NN)
- Amnesie ist eingebildete Amnestie. (NN)
- Erinnern bedeutet auch Begreifen. (NN)
- Umdenken erfordert Nachdenken. (NN)
- aus dem 20. Jhd.: „**Vergessen ist ein Trick des Teufels**“ („L'oubli est la ruse du diable“ – Max Gallo, Frankreich)
- „Die Religion rechtfertigt nicht den Scheiterhaufen, der Vaterlandsbegriff rechtfertigt nicht den Massenmord...“ (B. v. Suttner in „Schach der Qual“, 1898)
- „...gesittete Europäer, die soviel Menschlichkeit im Munde und so wenig im Herzen haben...“ (Georg Forster, wiss. Sekretär bei James Cook in der Südsee, 17. Jhd.)
- aus dem 19. Jhd.: „**Die Euch den Hass predigen, erlösen Euch nicht.**“ (Marie von Ebner-Eschenbach, Österreich-Ungarn)

Grundsätzliches

Die Vereinten Nationen zählen etwa 200 Mitglieder. Wenn wir einen Blick auf deren Geschichte werfen, ist festzustellen, dass in fast jedem dieser Mitgliedsländer Untaten/Verbrechen, teilweise sogar Genozide geschehen sind. Noch erstaunlicher nach dieser Feststellung ist die Tatsache, jenseits jeglicher Pauschalisierung, dass sich keines dieser Länder bei der Aufarbeitung seiner Vergangenheit leicht getan hat oder



leicht tut³. Normalerweise ist die Scham so groß, das eigene Erstaunen über das Geschehene so überwältigend, dass es zu Verdrängung, Verleugnung, oft sogar zu Vergessen führt.

Wir müssen bei der Aufarbeitung bzw. der Nicht-Aufarbeitung auch die Traditionen und kulturellen Unterschiede in der Welt miteinbeziehen. Dies ist ein Phänomen, das kaum berücksichtigt wird bzw. bei einer Urteilsfindung nur selten eine Rolle spielt.

Zur Verdeutlichung: Wir können traditionelle und kulturelle, auch religiöse Unterschiede zwischen der westlichen bzw. christlichen Welt und den asiatischen wie auch den islamischen Ländern feststellen:

- In Asien spielt die Tradition des „Gesichtverlierens“ eine grosse Rolle. Schuld einzugestehen und sich dafür zu entschuldigen, führt u. U. zu einem Gesichtsverlust, zu einem Ansehensverlust, somit zum Verlust der eigenen Würde, der eigenen Persönlichkeit.
- In der islamischen Welt wiederum, die besonders gerne – und dies ist kein Vorurteil – noch mehr mit Verschwörungstheorien als die europäische operiert, ist das nicht vorhandene Bewusstsein der „Erbsünde“ ausschlaggebend. Also jegliche Schuld liegt nie bei einem selbst, sondern immer bei anderen.
- Die christliche Welt bzw. die vom Christentum beeinflusste Welt sieht bei Schuldfragen immer auch die „Erbsünde“ – bewusst oder unbewusst, religiös eingestellt oder nicht – als eine wichtige Ursache. Keiner ist ohne Schuld geboren, jeder muss versuchen, die Folgen der „Erbsünde“ zu überwinden. Dies aber heißt wiederum nicht, dass diese Staaten und Menschen der westlichen Zivilisation sich leichter bei der Aufarbeitung der Vergangenheit tun.

Diese kurze Auflistung zeigt einerseits das Vorhandensein von Problemen – politischen, religionsbedingten, auch psychologischen – was aber andererseits bei vielen Auseinandersetzungen und Darstellungen nie ausreichend untersucht wurde.

(Vielleicht muss man feststellen, dass die Politpsychologie generell noch nicht ausreichend erforscht wurde, ihre Rolle mangels gesicherter Kenntnisse oder Beweise, nur am Rande in Untersuchungen einfließt.)

Moral – Ethik – Humanismus: Sie sind gültig für alle Kulturen und Traditionen, für Menschenrechte und im Völkerrecht. Dieser Themenbereich wird nicht explizit behandelt, da er mittlerweile ein allgemeingültiges Postulat ist.

³ Der jährliche Bericht von Amnesty International (Hg.): Report zur weltweiten Lage der Menschenrechte, S. Fischer Verlage, gibt knapp, aber umfassend Auskunft über aufgearbeitete und nicht aufgearbeitete Menschenrechtsverletzungen.



Es gibt auch keine Kollektivschuld, weder der Deutschen, noch der Franzosen, noch anderer Nationen, wohl aber muss es eine Kollektivscham geben, von der Theodor Heuss⁴ sprach. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch das Urteil Martin Bubers⁵ der sich dagegen verwahrte, dass man „ein Volk mit seinem Abschaum identifiziert“, womit er „das Mordgesindel der Gaskammer-Organisation“ des NS-Systems meinte.

Bewusst hat der Hg. auf ein Kapitel „Aufrechnen“ verzichtet, so nach dem Maßstab, dass die einen nur 99.000 Tote auf dem Gewissen haben, die anderen aber 100.000. Eine solche Rechnung ist eher infantil, denn Leid, Not und Tod lassen sich nicht verrechnen.

Moralisch verwerflich, wenn auch völkerrechtlich-juristisch geschickt verpackt, war die Methode der DDR, die Bundesrepublik als Nachfolgestaat des 3. Reichs für alle Folgen des NS-Regimes verantwortlich zu machen, sich selbst aber als Neugründung für unbelastet zu halten und insgesamt zu exkulpieren.

Gründe für diese Publikation

Ursache für diese Publikation sind Erlebnisse und Erfahrungen mit Mitmenschen und Studierenden:

Es gab mehrere Gründe, eine derartige Arbeit zu verfassen, für den Hg. noch einen ganz sachlichen, nichtemotionalen Grund, nämlich den Studiengang „Internationale Politik“ für Studierende der Hochschule Coburg mit einer neuen Thematik attraktiv zu machen, den Wissensstand zu erweitern und auch wissenschaftliches Arbeiten zu erlernen. Ein weiterer Grund, sogar der Ursprung dieser Publikation, war die Diskussion mit Mitbürger über das Thema Aufarbeitung: „Immer nur die Deutschen/ die Österreicher“, erweist sich als unrichtig (s. Geleitwort, s. Prolog, s. Schlagzeilen).

Es begann in Mauretanien, wo der Hg. zur Zeit des Bosnienkrieges (1995) vor Journalisten dieses afrikanischen Landes referierte, zusammen mit einem Kollegen aus Tunesien. Wir waren die einzigen „Ausländer“. Dabei mussten wir uns Kritik, sogar Beschimpfungen anhören, wegen der Untätigkeit Europas und des Westens, wegen mangelnder Reaktionen und mangelnder Kommentare wider das Abschlachten der Menschen, insbesondere von Muslimen auf dem Balkan.

Meine Frage wurde dann von diesen Kritikern nicht beantwortet: „Woher habt Ihr diese Informationen, woraus resultiert diese Feststellung von Untätigkeit?“ Ich hakte nach und erfuhr so, dass den Journalisten nur lokale Presse und lokales TV zur Verfügung standen: Niemand von ihnen hatte Kritiken und Kommentare in französischen oder deutschen Zeitungen, in SZ, FAZ, Le Monde, etc. gelesen. Das böserti-

⁴ 1. Bundespräsident der BRD, von 1949-1959.

⁵ Jüdischer Religionsphilosoph (1878-1965); Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1953.



ge/verständliche Urteil kam nur durch Unkenntnis, durch Informationsmangel zustande.

Einige Jahre später erlebte ich Gleiches in Europa, in Deutschland. Als es um die Aufarbeitung der Vergangenheit ging, bekam ich zur Antwort „Immer nur die Deutschen, es muss Schluss sein!“, ein Urteil, das genauso falsch war wie das der Mauritanier. Man nimmt offensichtlich nur das zur Kenntnis, was in den lokalen Medien berichtet wird, oder was in das eigene Weltbild passt. Ergo entstehen Fehltrübe, immer weit entfernt von der Realität.

Fehltrübe zu verhindern und Informationslücken zu schließen – dies war die entscheidende Motivation für diese Publikation.

Wer nämlich die Medien anderer Länder, auch in anderen Sprachen konsultiert, wird sehr schnell zur Kenntnis nehmen müssen, dass es kein Land gibt, in dem bei der Aufarbeitung der Vergangenheit keine Probleme existieren oder existierten.

Zu den einzelnen Kapiteln

Viele Darstellungen behandeln relativ unbekannte oder vergessene Fakten, z. B. das Bhopal-Desaster oder die italienischen Verstrickungen in Abessinien/Äthiopien. Andere wiederum sind bekannt, wie z. B. die chilenische Militärdiktatur und deren Menschenrechtsverletzungen.

Was nicht aufgeführt werden konnte, sind z. B. Romane sowie Dokumentar- und Spielfilme, von denen es zahllose gibt.⁶

Dafür gibt es aber eigene Kapitel, und darauf soll an dieser Stelle besonders hingewiesen werden, zum Beispiel über den zwischen Deutschland und Frankreich geschlossenen Elysée-Vertrag von 1963, der eine ganz besondere Form der Aufarbeitung von Vergangenheit darstellt, eine Charakterisierung, die wohl neu ist, dem konventionellen Begriff von Friedensvertrag nicht entspricht und über einen solchen Vertrag weit hinausgeht und daher durchaus epochal zu nennen ist. Seine Nachhaltigkeit ist mittlerweile unbestritten.

Eine weitere ganz besondere Form der Aufarbeitung von Vergangenheit, des Eingeständnisses von Schuld und der Bitte um Vergebung, die hier zwar nicht explizit behandelt wird, jedoch durchaus so zu sehen ist, ist der Kniefall des Bundeskanzlers Willy Brandt 1970 in Warschau.

⁶ Wir weisen nur auf den Vietnamkrieg hin, auf die zahllosen Dokumentationen über den 2. Weltkrieg, oder auch, um nur ein besonderes Spezimen zu nennen, den bewegenden Film über die gemeinsame Weihnachtsfeier deutscher, französischer und britischer Soldaten in Flandern im 1. Weltkrieg (*Merry Christmas (GBR)*, *Joyeux Noël (FRA)*, 2005, deutsch „Fröhliche Weihnacht“) oder auch Andrzej Wajdas Film „Katyn“, über die Ermordung von 4.400 polnischen Offizieren im Wald von Katyn durch die Rote Armee, auf Befehl Stalins.



„Wenn dieser [...] für das Verbrechen nicht mitverantwortliche, damals nicht dabei gewesene Mann nun dennoch auf eigenes Betreiben seinen Weg durchs ehemalige Warschauer Ghetto nimmt und dort niederkniet – dann kniet er da also nicht um seinetwillen. Dann kniet er, der das nicht nötig hat, da für alle, die es nötig haben, aber nicht da knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können. Dann bekennt er sich zu einer Schuld, an der er selber nicht zu tragen hat, und bittet um eine Vergebung, derer er selber nicht bedarf. Dann kniet er da für Deutschland.“⁷

Wirkung

Was die Kritiker („immer nur die Deutschen“), mangels Sprachkenntnissen und Zugang zu anderen fremdsprachlichen Publikationen, kritisch ausgedrückt, völlig übersehen, ist die Wirkung, die die Aufarbeitung im Ausland erzielte, nicht nur im EU-Ausland: Sie hat Erstaunen, Anerkennung, sogar Achtung gebracht, sodass auch hier festgestellt wird: „immer die Deutschen“ – diesmal positiv (s. auch Geleitwort).

Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang, dass diese Offenheit und Ehrlichkeit im Umgang mit der Vergangenheit – vor allem mit den Untaten Nazi-Deutschlands – sehr viel für das Vertrauen in die neue Bundesrepublik erwirkte.

Abschliessend ein weiteres positives, weitgehend unbekanntes Beispiel für die Konsequenzen, die Deutschland aus der Vergangenheit gezogen hat, eine einzigartige Rechtslage: Es ist einer der wenigen Staaten, der bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit und bei Kriegsverbrechen Anklage erheben kann, auch erhoben hat und diese verfolgt, selbst wenn die Taten nicht hier geschehen sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit KEIN SICHERER ZUFLUCHTSORT für Kriegsverbrecher.

⁷ Quelle: Hermann Schreiber: Ein Stück Heimkehr. In: Der Spiegel, 14. Dezember 1970, S. 29 f.



1 Außergewöhnliche/ Erfolgreiche Aufarbeitung

1.1 Frankreich/Deutschland –

Der Elysée-Vertrag (1963) und seine Nachhaltigkeit

J. M. Werobèl de La Rochelle



Widmung:

Dem Elysée-Vertrag verdanken über 2.200 (!) Partnerschaftsverbindungen in Frankreich und Deutschland ihr Entstehen, z.B. Niort-Coburg, Neustadt b. Cbg.-Villeneuve s. Lot, Libourne-Schwandorf, Tours-Mülheim/Ruhr, etc. -

Daher ist Ihnen allen der folgende Beitrag gewidmet.

Vorbemerkung

Ein besonderes Kapitel der Aufarbeitung einer leidvollen und kriegerischen Vergangenheit ist der nach dem Unterzeichnungsort in Paris benannte Elysée-Vertrag von 1963. Er wird allerdings nicht als Friedensvertrag eingeordnet, obwohl er inhaltlich und perspektivisch weit über die sonst bekannten Friedensverträge hinausgeht. Auch wenn nicht explizit von einem „Schluss mit der Vergangenheit“ gesprochen wird, ist es doch ein Bruch mit der Vergangenheit. Er stellt die Beziehungen von Frankreich und Deutschland auf eine völlig neue Basis: Freundschaft und Zusammenarbeit, mit festen Regeln, Zeitplänen, Inhalten, alles mehr als die üblicherweise in der Diplomatie gebrauchten Absichtserklärungen und (Un-)Verbindlichkeiten.

Vorgeschichte: „Erbfeindschaft“

Um die Bedeutung des Elysée-Vertrages richtig einzuschätzen, muss man die Vorgeschichte kennen, vor allem das Produkt der Politpropaganda des 19. Jahrhunderts: die Erbfeindschaft/Erzfeindschaft.

Eine Erbfeindschaft zwischen Nationen kann es im Prinzip erst seit der Einführung des Begriffes „Nation“ durch die Französische Revolution geben. In der Zeit vorher gab es Feindschaften, vielleicht auch Erbfeindschaften, zwischen Herrscherfamilien und Dynastien. Da Deutschland nominal erst seit der Gründung des 2. Kaiserreiches 1871 existiert, kann also vorher keine Erbfeindschaft existieren. Die Häuser Habsburg, Hegemonialmacht des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation, und Bourbon

waren über Jahrhunderte hinweg zumeist Gegner; Bayern (Haus Wittelsbach) wiederum stand meistens auf Seiten Frankreichs.

Anders sieht es bei Frankreich – England aus. Wir kennen alle den sogenannten 100-jährigen Krieg (1337 bis 1453), einen lehensrechtlichen Krieg, den Frankreich zwar für sich entschied, aber u.a. mit der Verurteilung und Verbrennung der Johanna von Orléans als Hexe durch England traumatisch erlebte. Sie wurde zur Symbolfigur, ist die Nationalheilige Frankreichs; in fast jeder Stadt erinnert ein Denkmal an sie und an ihre Ermordung als Hexe durch England in Rouen 1431. In der Wahrnehmung und der Darstellung in französischen Büchern wird die Schuld ziemlich einseitig den Engländern gegeben, wobei jene Rolle verdrängt wird, die Franzosen bei ihrer Festnahme, Auslieferung und Verurteilung spielten.



Johanna auf dem Scheiterhaufen in Rouen
Gemälde des deutschen Malers Hermann Anton Stilke (1803-1860) (Foto: *Maid of Heaven Foundation*)



Reiterdenkmal der Jungfrau von Orléans in Chinon, einem von unzähligen in Frankreich (Foto: *Ville de Chinon*)

Vergessen dürfen wir auch nicht die Auseinandersetzungen zwischen beiden Reichen im französischen Siedlungsgebiet in Kanada (Quebec 17. Jhd. z. B.), im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg Ende des 18. Jhd. (Frankreich stand auf Seiten der Aufständischen, also gegen das Vereinigte Königreich) oder die napoleonischen Kriege, die mit Napoleons Niederlage in Waterloo 1815 endeten, ebenfalls ein für das franz. Nationalgefühl traumatisches Ergebnis. Fast völlig vergessen ist die Faschoda-Krise (1898), in der beide Staaten wegen eines winzigen Dorfes im heutigen Sudan am Rande eines Krieges standen, typisch für den Wettlauf nach Afrika in



der Zeit von Imperialismus und Kolonialismus, oder noch typischer für die Zeit des Nationalismus⁸.

Sehr aufschlussreich ist auch das Buch⁹ über die englisch-franz. Beziehungen über ein Jahrtausend hinweg, also seit der Schlacht von Hastings 1066, als der Normanen-Herzog Guillaume/William/Wilhelm der Eroberer England einnahm. Das Buch ist trotz des etwas merkwürdigen deutschen Titels leicht lesbar, sehr informativ, auch witzig und ironisch und zeigt die franz.-engl. Beziehungen etwas anders. Dort kann man auch über Frankreich und Großbritannien lesen: „...Entente cordiale¹⁰ ...von 1904 mit der beide Länder das Kriegsbeil begraben, das sie seit Ewigkeiten entzweit hatte.“

Nach dieser kurzen Zusammenfassung muss der Krieg von 1870/ 71 eher als die erste deutsch-französische Auseinandersetzung bezeichnet werden, von Reichskanzler Bismarck etwas „hinterhältig“ vorbereitet (Emser Depesche). Er begünstigte 1871 die Einigung der deutschen Länder und die Gründung des 2. Kaiserreichs (nach dem „Heiligen Römischen“ als 1.Reich), also positiv in Deutschland wahrgenommen, während er für Frankreich als Niederlage gilt und durch die Abdankung Napoleons III. zum Ende des Zweiten Kaiserreichs führte, also auch in Frankreich selbst unter Republikanern und Gegnern der Bonapartisten als Niederlagen gesehen wird.

Fazit: Wir können also nicht mehr von Erbfeindschaft sprechen, sondern müssen diese als Wortschöpfung der Politpropaganda des 19. Jahrhunderts erkennen.

Die zwei Weltkriege und ihre Folgen

Der 1. Weltkrieg (1914-18) mit ca. 17 Mio. Toten wurde durch den Versailler Friedensvertrag 1919 nicht aufgearbeitet. Der Vertrag ist nur nominal ein Friedensvertrag. Er ist auch ein Diktatfrieden, mit der Absicht, Deutschland militärisch und wirtschaftlich zu zerschlagen, Teile des alten Reiches zu besetzen (Rheinland) und Deutschland dauerhaft klein zu halten, also nicht nur zu demütigen. All dies, verbunden mit der Weltwirtschaftskrise (ab 1929), begünstigte die Machtergreifung Hitlers und führte zum 2. Weltkrieg (Notabene: Zum Vertrauensverlust Deutschlands führte auch die Nichtrespektierung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs.)

⁸ Aufschlussreich ist die Überschrift zu einem Bericht: „Unherzliche Rivalität: Geeint in wechselseitiger Faszination und galliger Zwietracht – Paris und London feiern 100. Jahrestag der Entente Cordiale“ – Spiegel Nr. 16/2004.

⁹ Stephen Clarke, Liberté, Égalité, Fritten zum Tee – Warum die Engländer Frankreich erfunden haben. Piper-München 2010. (Original: 1000 Years of Annoying the French)

¹⁰ Ebda, S. 366.



Dieser noch verheerender 2.Krieg mit 60 Millionen Toten und einem bisher nie erreichtem Ausmaß an Zerstörung wird von vielen Historikern und Politologen mittlerweile als der „2.Europäische Bürgerkrieg“ bezeichnet¹¹.

Der Elysée-Vertrag

Nach 1945 besetzten die siegreichen Alliierten Deutschland und Österreich¹².

In dieser Situation stellten sich der Politik zwei Fragen:

Weiter wie früher, also auf Feindschaft gerichtet, oder Einschlagen völlig neuer Wege, auf Frieden gerichtet, vielleicht auch als Fortsetzung der Aussöhnungsversuche der beiden Außenminister Aristide Briand (F) und Gustav Stresemann (D), die 1926 mit dem Friedensnobelpreis honoriert wurden?

Adenauer und De Gaulle

Zwei als charismatisch zu bezeichnende Persönlichkeiten, nicht unumstritten natürlich, aber für ihre Epoche eben doch herausragend und visionär, legten die Grundlagen für den Vertrag und für eine völlig neue Politik, die auch über ein halbes Jahrhundert später noch als außergewöhnlich und als bahnbrechend charakterisiert werden kann:

General Charles de Gaulle, Präsident der Französischen Republik (1959-69), und Konrad Adenauer, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland (1949-1963).

Beide Persönlichkeiten waren von beiden Weltkriegen geprägt:

- der Franzose, aus Lille u. Lothringen stammend, als Hauptmann im 1. Weltkrieg in Verdun¹³, auch als Kriegsgefangener (u. a. in Kronach auf der Festung Rosenberg) und als Führer des Freien Frankreich im 2. Krieg, zum Widerstand gegen die Besetzung und das NS-Regime aufrufend (Radioansprache aus dem Londoner Exil 1940: „... Frankreich hat eine Schlacht verloren, aber nicht den Krieg ...“),

¹¹ Enzo Traverso: Im Bann der Gewalt, der Europäische Bürgerkrieg 1914–1945, Siedler München, 2007.

¹² Zur französischen Besatzungszone kamen an Frankreich angrenzende Gebiete, z. B. ehem. preußische Rheinprovinzen, das Saarland, Gebiete um Koblenz und Trier, Hohenzollern (heute Baden-Württemberg), die bayer. Pfalz, etc., sowie der Landkreis Lindau und das gesamte Land Tirol.

¹³ Überliefert ist der Ausspruch de Gaulles „Verdun hat meine Seele zerstört“: Die Schlacht von Verdun (Feb. - Dez. 1916) mit 700.000 Gefallenen und Vermissten auf beiden Seiten. Vielleicht, gerade weil das nie zu einer speziellen Untersuchung führte, war Verdun der Beginn des Umdenkens bei de Gaulles und führte schon damals zum Ansatz einer Neukonzeption der Politik mit dem Feind, dem Feind von 1870/71 und 1914-18. Daher könnte Verdun das wichtige emotionale Ereignis gewesen sein, dass zur Rationalität des Elysée-Vertrags führte.



- der Deutsche, 1914 nicht eingezogen, weil wehrdienstuntauglich, aus dem eher französisch als preußisch geprägten Rheinland stammend, als Gegner des NS-Regimes 1933 von diesem als Kölner Oberbürgermeister abgesetzt, die Besetzung des Rheinlandes durch die Alliierten, gemäß dem Versailler „Friedensvertrag“, erlebend, und nach 1945 kurz in die Position von vor 1933 eingesetzt und kurz danach von der britischen Besatzung erneut abgesetzt, aber 1949 vom Bundestag zum 1. Kanzler der neuen Bundesrepublik gewählt,
- beide katholisch, konservativ, von zwei Kriegen geprägt, beide auch mit Visionen für ein geeintes Europa (de Gaulle: „Europa vom Atlantik bis zum Ural“), auch einig in der Einschätzung der Bedrohung für beide Staaten und für Europa durch den kommunistischen Ostblock und seine atheistischen Führer.

Begünstigt wurde der Abschluss des Elysée-Vertrags auch durch die ersten Fortschritte in der europäischen Einigungspolitik, insbesondere durch die Gründung der Montanunion. Sie wurde konzipiert von zwei ebenfalls außergewöhnlichen Politikern: Jean Monnet und Robert Schumann. Es ging darum, mögliche Kriege zu verhindern, indem kriegswichtige Industrien auf der Basis von Kohle und Stahl einer gemeinsamen Verfügungsgewalt übertragen wurden, der Montanunion, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der neben Frankreich und Deutschland auch Italien und die Benelux-Staaten sich anschlossen (1951). Dies war ein kluger Schachzug gegen Revanchisten und mögliche Kriegstreiber, war auch ein erster Schritt auf dem Wege zur EWG, EG und schließlich zur EU, was heute vielfach gar nicht mehr bekannt oder bewusst ist, damals aber durchaus epochal war.



Die berühmte Accolade in der Kathedrale in Reims (08.07.1962)

Reims, Land des Erinnerns und der Aussöhnung (Quelle: Fondation de Gaulles)

Reims, Juli 2012, Exposition „De Gaulle-Adenauer“ (Quelle: Fondation de Gaulles)

1. Die Vorbereitungen für den Elysée-Vertrag

Im Nachhinein, d. h. zwei Jahrzehnte nach dem Ende des 2. Weltkriegs erscheint es uns noch immer erstaunlich, dass dieser Vertrag geschlossen wurde. Sicherlich spielten die politischen Verhältnisse eine wichtige Rolle, der Koreakrieg und der Ost-West-Konflikt, die befürchtete Bedrohung der westlichen Länder durch den War-



schauer Pakt, aber auch die zunehmende Annäherung der westeuropäischen Staaten, z.B. durch die bereits genannte Montanunion und auch die Gründung der EWG. Dies alles führte zu verstärkter Kooperation und Abstimmung.

De Gaulle und Adenauer war bewusst, dass sich die europäische Politik in dieser Zeit zunehmender Bedrohung ändern musste, insbesondere hinsichtlich der Zusammenarbeit der beiden größten westeuropäischen Staaten. Natürlich gab es Vorverhandlungen und Vorbereitungen auf Regierungsebene, entscheidend aber waren die persönlichen Kontakte von de Gaulle und Adenauer, ganz besonders der Besuch des deutschen Kanzlers 1958 im Privathaus des französischen Präsidenten in Colombey-les-deux-Eglises¹⁴.

Beide trafen sich 15 mal zwischen 1958 und 1963, die zwei Staatsbesuche eingeschlossen: Adenauer in Frankreich (Juli 1962) und de Gaulle in Deutschland (Sept. 1962), wobei die Höhepunkte an geschichtsträchtigen Orten stattfanden, in der gotischen Kathedrale von Reims, wo es zu der berühmten Accolade (Wangenkuss) der beiden Staatsmänner kam und zu einem herzlichen Empfang durch die französische Bevölkerung in Reims, was nicht unbedingt so kurz nach dem Krieg zu erwarten war, mit einer Messe in der symbolträchtigen Kathedrale, dem Krönungsort aller Könige Frankreichs seit dem 11. Jhd (s. Fotos - Accolade).

Ebenso herzlich und begeistert wurde de Gaulle in Deutschland empfangen, besonders durch seine frei gesprochenen Reden in Deutsch, insbesondere die Rede an die deutsche Jugend in Schloss Ludwigsburg, und der jedes Mal als Schluss der Rede gesprochene Wunsch „Es lebe die große deutsche Nation, es lebe die deutsch-französische Freundschaft!“

Dies war politpsychologisch alles sehr wichtig, denn zwei Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg waren auf beiden Seiten des Rheins nicht alle bereit, neue Wege zu begehen. Diese beiden Staatsbesuche haben den Elysée-Vertrag politisch und psychologisch vorbereitet und seine Akzeptanz durch die Völker gesichert.

2. Die Vertragsinhalte

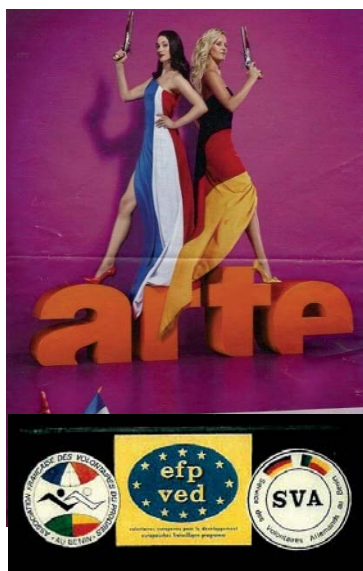
Der Vertrag legt die Ziele der neuen Politik zwischen Deutschland und Frankreich fest, definiert ihre institutionellen Regeln für die künftige Zusammenarbeit.

¹⁴ Es war das einzige Mal, dass de Gaulle eine offizielle Persönlichkeit in sein privates Domizil einlud. Es scheint, dass damit eine Tradition begründet wurde, die Kanzler Helmut Schmidt und Präsident Giscard d'Estaing und später Helmut Kohl und François Mitterrand fortsetzten.



Hauptpunkte sind:

- Mechanismus der Konsultationen, zweimal pro Jahr ein Treffen zwischen Präsident der französischen Republik und Kanzler der Bundesrepublik, (selbst wenn es keine großen Probleme gibt, haben diese Treffen automatisch stattzufinden), wechselseitige Konsultationen der Außenminister im Rhythmus von 3 Monaten, sowie monatliches Zusammentreffen der Verantwortlichen der Ministerien.
- Verpflichtung für die Regierungen beider Länder, sich in allen wichtigen Fragen der Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik abzustimmen und nach einer gemeinsamen Haltung zu suchen.
- Darüber hinaus wurde auch eine gemeinsame Politik für die Jugend und für Kultur verbindlich festgelegt, die z. B. durch das Deutsch-Französische Jugendwerk¹⁵ und auch durch den TV-Kanal Arte gesichert sind.



Zum 10. Jahrestag (1973) des Elysée-Vertrags die von Frankreich geprägte Gedenkmedaille.

EFP/VED¹⁶, mit viel Hoffnung gestartet, wurde 1995 in eine Nachfolgeorganisation eingebracht: Der Europäische Freiwilligendienst („European Voluntary Service“) ist ein EU-Programm für Jugendliche zur

Teilnahme an einem gemeinnützigen Projekt im Ausland.

(Fotos: Hg.)

Es wurden zahlreiche Beauftragte und Kommissionen eingesetzt, u. a.

- Beauftragte für die Deutsch-Französische Zusammenarbeit
- Deutsch-Französische Ministerräte
- Bevollmächtigte für Kulturangelegenheiten¹⁷
- Deutsch-Französische/r

¹⁵ Seit 1963 haben 8,2 Mio. junge Menschen an Austauschprogrammen teilgenommen

¹⁶ EFP/VED: Europäisches Freiwilligenprogramm/Volontaires Européens de Développement von Kohl und Mitterrand 1985 gegründet, eine deutsch-französische Jugendorganisation zum gemeinsamen Einsatz in Entwicklungsländern (der Autor dieses Beitrags war von 1988 bis 1992 in führender Funktion für EFP/VED in Berlin und Benin tätig).

¹⁷ In der Zwischenzeit hat z. B. eine gemeinsame Schulbuchkommission auch die pädagogische Literatur für die Schulen gemeinschaftlich überarbeitet und neue Leitlinien entworfen.



- Verteidigungs- und Sicherheitsrat
- Finanz- und Wirtschaftsrat
- Umweltrat
- Parlamentsgruppen
- Kulturrat
- Hospitation von Fachbeamten im jeweiligen Ministerium des Partnerlandes

Gesamtbewertung/Fazit

Der Elysée-Vertrag ist kein Friedensvertrag im herkömmlichen Sinne, er ist aber besser als jede andere Form der Aufarbeitung, wirkungsvoller als jeder konventionelle Friedensvertrag und vor allem nachhaltiger. Er bringt eine völlige Neuorientierung, ohne auf eine schreckliche Vergangenheit zu verweisen, richtet sich stattdessen ganz auf die Zukunft, auf ein gemeinsames Handeln und auf eine gemeinsame Verantwortung für beide Völker und für Europa. Er wurde Vorbild für andere Verträge, auch wenn seine Dichte u. Prägnanz nicht erreicht wurde (z. B. zwischen Deutschland und Polen (1991)).

Er erscheint heute immer noch als ein Wunder, als Zeugnis für Mut und Weitsicht, und dies alles nach einer relativ kurzen Zeitspanne nach Ende des furchtbaren 2. europäischen Bürgerkriegs.

Was lehren uns Deutschland und Frankreich mit diesem Vertrag und was lernen Europas Völker daraus? Die Antwort gibt dieser Vertrag.

(Der Autor hatte ein berichtenswertes Erlebnis mit Jugendlichen in Coburg: Mit ihnen kam es bei einem Kaffee-Besuch durch Zufall zu einem Gespräch über den Elysée-Vertrag. Der Autor erklärte Inhalt und Bedeutung. Auf den sehr plakativen Kommentar der Jugendlichen, „wieso waren die so blöd und haben nicht schon 100 Jahre früher so ein Abkommen geschlossen?“, ist noch immer keine Antwort gefunden.)

Literatur – eine Auswahl

Barning, A./ Tautil, Chr.: Charles de Gaulle, Berlin 1963.

Bölling, R.: Deutschland und Frankreich. Vom „Erbfeind“ zum Partner, Stuttgart 1996.

Cook, D.: Charles de Gaulle. Soldat und Staatsmann, Heyne Verlag 1990.

Defrance, C./ Pfeil, U.: Deutsch-Französische Geschichte 1945 bis 1963, WBG, 2011.

Defrance, C./ Pfeil, U. (Herausgeber): Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2003 (Pariser Historische Studien, Band 71), Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 2005.



1.2 Frankreich – Affäre Dreyfus:

Lisa Dorst

Vorinformationen

- **1791:** Nach der Revolution von 1789: Die Französische Republik verkündet die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte.
- **1870-1871:** Deutsch-Französischer Krieg („Siebziger Krieg“ genannt) und Ende des 2. Kaiserreichs (Abdankung Napoleons III.) – Gründung des DR
- **1871:** Annexion des Elsass/ Teile Lothringens durch das DR
- **1881:** Pressezensur in Frankreich durch das Gesetz vom 29. Juli aufgehoben
- **1886:** Edouard Drumont, selbsternannter »Papst« des Antisemitismus, veröffentlicht „La France juive“ (dt. Ausgabe: Das verjudete Frankreich) – innerhalb von zwei Monaten werden 100.000 Exemplare verkauft, insges. über 200 Auflagen
- **1889:** Edouard Drumont gründet die Antisemitenliga.

Biographie – Lebenslauf Dreyfus

Alfred Dreyfus ist am 9. Okt. 1859 in Mühlhausen (Mulhouse), im Elsass geboren.

Nach der Annexion des Elsass und Teilen Lothringens optierten seine Eltern für Frankreich und gingen nach Paris. Dort legte Dreyfus sein Baccalauréat (vergleichbar dem deutschen Abitur) ab. Ab 1878 studierte Dreyfus an der traditionsreichen Pariser Elitehochschule École Polytechnique. Anschließend durchlief er eine Ausbildung als Artillerist an der École de Guerre und wurde 1893 als Berufsoffizier dem Generalstab zugeordnet.

Dreyfus – Affäre

25. September 1894: Eine französische Agentin, als Putzfrau „getarnt“, entdeckt in der deutschen Botschaft in Paris im Papierkorb des deutschen Militärattachés Baron von Schwarzkoppen Reste eines Briefes. Dieses Bordereau enthält eine Liste geheimer französischer Dokumente und die Ankündigung, eben diese an die Deutschen zu übergeben.

Am 11. Oktober unterrichtet Kriegsminister Mercier den Ministerpräsidenten, den Außen – und den Justizminister, dass sich ein Spion innerhalb des Generalstabs befindet. Schon bald fällt der Verdacht auf den jüdischen Hauptmann Dreyfus.

In den französischen Zeitungen, unter anderem auch katholische Zeitungen, wird Dreyfus, noch vor Beginn der Gerichtsverhandlungen, als schuldig etikettiert. Weiterhin wird immer wieder betont vom „jüdischen“ Hauptmann berichtet, wobei die Reli-



gion beim Vorwurf der Spionage keine Rolle spielen sollte. Im Oktober 1894 berichtet Mercier in der Zeitung Le Figaro: „Die Schuld ist absolut erwiesen“.

November 1894 steht Alfred Dreyfus wegen Landesverrat vor Gericht. Eine Schriftprobe, die jedoch von anderen Gutachtern angezweifelt wird, dient als Hauptbeweismittel.

Am Ende des Verfahrens, im Dezember 1894, wird Dreyfus, trotz teilweise starker Zweifel an seiner Schuld, zu lebenslanger Verbannung auf die Teufelsinsel (*Île du Diable*) verurteilt.



Weiterhin wird er im Januar 1895 bei einer öffentlichen Zeremonie im Hof der École Militaire degradiert.

Vor den anwesenden Abordnungen aller Pariser Garnisonen und unter dem Geschrei der Menge („Tod Dreyfus“ und „Tod den Juden“) reißt ein Gardefeldwebel Alfred Dreyfus die Rangabzeichnung von der Uniform und zerbricht den Säbel.

Am 21. Januar trifft Dreyfus auf der Teufelsinsel ein, wo er für die Dauer seines Aufenthalts in Einzelhaft gehalten wird.

Der Kampf um die Revision

Um die Wiederaufnahme des Prozesses bemühten sich anfangs vor allem Familienangehörige, insbesondere seine Frau Lucie und sein Bruder Mathieu.

Im Juli 1896 erreichte ein zerrissenes Schriftstück Picquart, den Chef des frz. Nachrichtenbüros. Es ist ein nicht abgesandter Briefentwurf des deutschen Militärattachés Schwarzkoppen, adressiert an Major Esterhazy. Damit wird Picquart auf den wahren Spion Esterhazy aufmerksam. Esterhazy ist Major in der frz. Armee; aus finanziellen Gründen bietet er den Deutschen seine Dienste an.

Picquart meldet dem Generalstabschef seine Vermutungen über Esterhazy. Wenig später entdeckt er auch, dass Esterhazy der Verfasser des Bordereaus ist und verfasst eine schriftliche Darstellung des Falls. Picquart wird allerdings zum Stillschweigen genötigt.

Am 15. Nov. 1897 zeigt der Bruder Mathieu Dreyfus, Esterhazy als Verfasser des Bordereaus an. Einen Tag später beantragt Esterhazy selbst eine Untersuchung gegen sich.

Das Verfahren gegen Esterhazy wird allerdings im Januar 1898 eingestellt, mangels nötiger Beweise.



Es entwickelte sich in der frz. Öffentlichkeit eine lebhafte Diskussion über Schuld oder Unschuld von Dreyfus. Für schuldig hielten ihn vor allem Konservative, zahlreiche Katholiken und Angehörige der Armee. Auf der Gegenseite standen die Republikaner und die Sozialisten.

Am 13. Januar 1898, zwei Tage nach dem Freispruch Esterhazys, veröffentlichte der renommierte Schriftsteller Émile Zola in Georges Clemenceaus Literaturzeitung „L'Aurore“ seinen offenen Brief „j'accuse“ (ich klage an) an den französischen Präsidenten Félix Faure. (s. Foto)



Zola wird nun selbst auch angeklagt, kann jedoch nach England fliehen. Trotzdem sieht sich die Justiz in Anbetracht der hitzigen Debatte in Frankreich genötigt, den Fall Dreyfus neu aufzurollen.

Im September 1899 wird Dreyfus erneut schuldig gesprochen, er erhält jedoch „mildernde Umstände“: Das Strafmaß wird von lebenslänglich auf 10 Jahre reduziert.

Um die internationalen Proteste und den innenpolitischen Aufruhr einzudämmen, der nach der Verkündung des Urteils gefürchtet wird, spricht der frz. Präsident Emile Loubet 1899 die Begnadigung Dreyfus` aus.

1906 wird Dreyfus vollständig rehabilitiert, Er wird zum Ritter der Ehrenlegion ernannt (eine der höchsten Auszeichnungen Frankreichs). Er stirbt 1935 in Paris.

Fazit und Auswirkungen der Dreyfus-Affäre auf Staat und Gesellschaft

Die Dreyfus-Affäre wird oft als Höhepunkt der damals in Frankreich weit verbreiteten antisemitischen Ressentiments gesehen. Am 09.12.1905 hob ein Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat das Konkordat, den Kirchenvertrag, mit dem Vatikan einseitig auf. Die Folgen der Affäre für die gesellschaftliche Ordnung in Frankreich waren außergewöhnlich: Die französische Gesellschaft war der Auffassung, dass sich die katholische Kirche durch ihren Antisemitismus und ihre vielerorts überkommene, reaktionäre und rigide Moralordnung endgültig bloßgestellt hat. Der Religion hatte im Schulwesen keinen bedeutenden Einfluss mehr, um die nachfolgenden Generationen nicht durch Religionsunterricht in Voreingenommenheit zu erziehen. Seither gibt es keinen Religionsunterricht an staatlichen Schulen mehr. Die neu gewählte linke Regierung lässt im Jahre 1902 ca. 2.500 kirchlich geführte Schulen schließen. Der



Säkularismus wurde aber auch in anderen Lebenswelten verbreitet. So wurden alle Kruzifixe sowie andere religiöse Symbole in den Gerichtssälen abgehängt

Die Trennung von Staat und Kirche löste auch aus, dass es keine staatliche Finanzierung der Kirche mehr gab. Alle Kirchenbauten gehören seitdem dem Staat, Priester müssen von den Gemeinden bezahlt werden.

Fazit / Aufarbeitung

„J'accuse“ wird zum nationalen Kulturerbe erklärt.

1986 erwarb Frankreich das Manuskript von Zolas' „ J'accuse“ für fünf Millionen Francs (ca. 760.000 €). Frankreich erklärte es zum nationalen Kulturerbe und bewahrt es als Unterpfand demokratischer Tugend in der Bibliothèque Nationale.

Dreyfus: Filme, Ausstellungen und Denkmal

100 Jahre nach der juristischen Rehabilitierung von Dreyfus, am 12.07.2006, entschied Staatspräsident Chirac, für Dreyfus eine Feier in einer Militärschule in Paris abzuhalten.

Es gibt zahlreiche Filme über Dreyfus, z.B.:

- *L’Affaire Dreyfus, von Georges Méliès, Stummfilm, Frankreich, 1899*
- *J’Accuse !, von José Ferrer, England, 1958*
- *Die Affäre Dreyfus, von Yves Boisset (1995), nach dem Buch L’affaire von Jean-Denis Bredin*

Ein Platz in Paris ist nach Alfred Dreyfus benannt worden.

Französisches Militär und Dreyfus

Teile des französischen Militärw haben auch heute noch, also ein Jahrhundert nach der Rehabilitierung, Probleme bei der Anerkennung der Fakten.

Dreyfus- Ausstellung in Deutschland

In Deutschland wurde anlässlich des 70. Todestages von Alfred Dreyfus erstmalig eine Wanderausstellung präsentiert. Durch Aufklärung und Auseinandersetzung mit der Dreyfus-Affäre sollte gegenüber dem Antisemitismus sensibilisiert werden. Dreyfus steht somit als Synonym für politischen Radikalismus und antijüdische Propa-



ganda, für Antisemitismus schlechthin, aber auch für die Verteidigung der Grundrechte und das Einsetzen für einen Unschuldigen.

Literatur

Paket, L. B.: Der Fall Dreyfus: Teufelsinsel, Guantánamo, Alptraum der Geschichte, Suhrkamp 2011.

Blum, L.: Beschwörung der Schatten – Die Affäre Dreyfuss, Berlin 2005.

Whyte, G. R.: Die Dreyfus-Affäre: Die Macht des Vorurteils. Lang, Peter Frankfurt, 2010.

Internet

<http://www.jafi.org.il/education/100/german/people/Dreyfus.html>

<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/DreyfusAlfred/index.html>

<http://www.dreyfus-ausstellung.de/index.htm>

<http://www.filmzentrale.com/rezis/affaeredreyfusub.htm>

<http://judaisme.sdv.fr/perso/dreyfus/adreyfus.htm>

<http://www.mmz-potsdam.de/content/veranstaltungen/index.php?catId=CAT418a34f5311dd&cid=aOD182oL8Lw>



1.3 Niederlande – Das deutsch-niederländische Verhältnis:

Nadine Lingnau

Zweiter Weltkrieg

Im August 1939 erklärte die niederländische Regierung eine allgemeine Mobilmachung, aufgrund der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutsche Reich, ohne ihre Neutralität zu dementieren. Trotz dieser Neutralität griffen deutsche Truppen am 10. Mai 1940 ohne jegliche Kriegserklärung die Königreiche Belgien und Niederlande und das Großherzogtum Luxemburg an.

Ziel dabei war es, durch einen „Sichelschnitt“ die französischen Truppen zu umfassen. Kurz nach dem Einfall der Deutschen gingen die Mitglieder des Königshauses und die Regierung ins Exil nach London.

Am 14. Mai 1940 bombardierte die deutsche Luftwaffe trotz laufender Waffenstillstandsverhandlungen die niederländische Hafenstadt Rotterdam; die Wehrmacht besetzte das Land. Die Besatzungsmacht beutete das Land fast vollkommen aus, zwang niederländische Bürger zur Arbeit in der Rüstungsindustrie und verfolgte die jüdische Bevölkerung. Über die Jahre folgten Zerstörung und schwere Hungersnöte in den Niederlanden. Im Februar 1941 formierte sich eine Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Besatzungsregime. 1942 wurden ca. 100.000 in den Niederlanden lebende Juden aus Amsterdam vertrieben, in Konzentrationslager verschleppt und ermordet. Am 1.2.1943 erfolgte die Bildung eines NS-freundlichen Kabinetts der „Nationaal-Socialistische-Beweging“ (NSB) unter Anton Adriaan Mussert.

Im April 1945 wurden die Niederlande durch die Alliierten befreit und das Königshaus kehrte aus dem Exil in London zurück.

Zeit der Veränderungen seit 1945:

Schon kurze Zeit nach Kriegsende arbeiteten Deutschland und die Niederlande in Wirtschafts-, Kultur-, Sicherheits- und Europapolitik wieder eng zusammen. Im Jahre 1948 durfte erstmals ein deutscher Politiker an einer internationalen Tagung, dem Europakongress, in Den Haag teilnehmen. Beide Länder wurden wieder zu wichtigen Handelspartnern (z.B. Export des VW-Käfer Anfang der 50er Jahre in die Niederlande/ Import von Käse nach Deutschland). Zu dieser Zeit unterstützten die Niederlande auch die Wiederbewaffnung und Aufnahme Deutschlands in das westliche Bündnis (beide Länder NATO-Partner). 1963 wurde der Ausgleichsvertrag zwischen beiden Ländern geschlossen, maßgeblich für die Verbesserung der Beziehungen. Deutschland zahlte Entschädigung für die Besatzungszeit; und die Niederlande gaben fast alle der 1949 als Kompensation für Kriegsschäden erhaltenen Gebiete an Deutschland zurück. Wichtig bei der Verbesserung des Verhältnisses beider Länder war die



Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich seines Staatsbesuchs in den Niederlanden (30.05.1985).

„Am 8. Mai dieses Jahres haben wir bei uns des Tages gedacht, an dem vor 40 Jahren der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Wir Deutschen werden die Wunden nicht vergessen, die von Deutschen unseren Nachbarn zugefügt wurden. Wir denken daran, wie das Völkerrecht mit Füßen getreten, Menschen verfolgt, in ihrer Würde verletzt und deportiert wurden, wie viele den Tod fanden. ... Wir wissen, welchen Rang die Erinnerung für die Gegenwart hat. Vor dem Hintergrund der Vergangenheit gibt es umso mehr Grund zur Dankbarkeit und zur deutlichen Hervorhebung dessen, was in den letzten Jahrzehnten erreicht wurde. Die gemeinsame Vision eines vereinten Europa hat den Aufbau unserer Beziehungen nach dem Krieg politisch ermöglicht und menschlich entscheidend gefördert...“¹⁸ (Einfügung dieses Zitates durch den Hg.)

Das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Ländern wurde ebenfalls deutlich durch die große Anteilnahme der Niederlande nach dem Brandanschlag von Solingen 29. Mai 1993 (Postkarten wurden verschickt und Plakate gedruckt).

Das 1995 gegründete Korps in Münster fördert bilaterale Zusammenarbeit, Integration und Respekt für die nationalen Eigenheiten. Jährlich findet eine deutsch-niederländische Konferenz statt. Heute sind vor allem grenzüberschreitende Projekte wie in den fünf Euregios (Zusammenschluss von öffentlich-rechtlichen Organen der deutsch-niederländischen Grenzregion) und dem regionalen Kooperationsverbund (Neue Hanse Regio) von großer Bedeutung. Auch in Bezug auf die Sicherheit arbeiten beider Länder verbessert zusammen (Beispiel: Drogenbekämpfung im Grenzgebiet). Rotterdam ist für Deutschland einer der wichtigsten Häfen für den Handelsverkehr geworden und wirbt als „größter deutscher Hafen“. Auf der Basis des Kulturabkommens vom 27.08.1961 arbeiten auf den Gebieten Bildung und Kultur beide Staaten eng zusammen. In den letzten Jahren hat sich die Zusammenarbeit auf universitäre und außeruniversitäre Forschungsbereiche ausgeweitet.

Fazit

Im Hinblick auf die Vorkommnisse des Zweiten Weltkriegs zwischen Deutschland und den Niederlanden, war das heute existierende gute Verhältnis beider Länder nicht zu erwarten. Zwar herrscht auf der Seite des Benelux Landes teilweise immer noch Zurückhaltung gegenüber dem Nachbarland, doch das gegenseitige Verständnis und die vielfältigen Kontakte veranlassen eine immer engere und freundschaftlichere Beziehung.

¹⁸ Der Bundespräsident: Ansprache von Bundespräsident Richard v. Weizsäcker, 1985, veröffentlicht im Internet, URL: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850530_Red_e.html



Literatur

„Chronik des Zweiten Weltkriegs“: Chronik Verlag 1994.

Internet

www.ifdt.de/001112/Artikel/deHipt.htm

www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Niederlande/Bilateral.html



1.4 Die Nürnberger Prozesse als Beispiel der Aufarbeitung von aussen: Cindy Greiner

Während des Zweiten Weltkrieges fanden Schätzungen zufolge ungefähr 55 bis 60 Millionen Menschen den Tod, darunter nicht nur viele Soldaten, sondern auch Zivilisten. Ein großer Teil sind die politisch oder rassistisch Verfolgten (Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, „Asoziale“, „Wehrkraftzersetzer“, Kommunisten, Sozialdemokraten und Geistliche), die in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern (KZ) der Nationalsozialisten umkamen. Auch in der Sowjetunion wurden Millionen Menschen während des Krieges getötet. Es gab aber auch viele tote Zivilisten durch die Bombardierungen der Großstädte (Köln, Hamburg, Warschau, Dresden, London), durch die Belagerung von Leningrad, das Aushungern von Charkow, die Versenkung von Flüchtlings-Schiffen (Gustloff, Goya, Steuben), die Härte des Winters, die Straflager in der Sowjetunion und die gewaltsame Vertreibung von Menschen nach dem Krieg.

Totenstatistik

Die Zahlen beinhalten gefallene, ermordete, getötete und vermisste Menschen im Zweiten Weltkrieg. Außerdem beziehen sich die Zahlen auf die Länder, aus denen die Soldaten, Zivilisten, Juden und Volksdeutsche stammten.

Land	Soldaten (in 1.000)	Zivilisten (Luft- und Partisanen- krieg)	Juden	Volksdeut- sche (bis 1949)
Belgien	10.000	50.000	30.000	0
Bulgarien	10.000	0	10.000	0
Danzig	20.000	80.000	0	0
Deutschland	3.200.000	2.100.000	170.000	0
Estland	0	140.000	0	0
Finnland	90.000	0	0	0
Frankreich	250.000	270.000	80.000	0
Griechenland	20.000	80.000	60.000	0
Großbritannien u. Nordirland	330.000	60.000	0	0
Italien	330.000	70.000	10.000	0
Jugoslawien	300.000	1.300.000	60.000	180.000
Lettland	0	120.000	80.000	10.000
Litauen	0	170.000	130.000	0
Niederlande	10.000	100.000	100.000	0
Norwegen	10.000	0	0	0
Österreich	230.000	40.000	60.000	0
Polen	100.000	2.500.000	3.000.000	300.000
Rumänien	200.000	40.000	220.000	140.000
Sowjetunion	13.600.000	6.000.000	1.000.000	300.000



Land	Soldaten (in 1.000)	Zivilisten (Luft- und Partisanen- krieg)	Juden	Volksdeut- sche (bis 1949)
Tschechoslowakei	0	70.000	240.000	450.000
Ungarn	140.000	80.000	200.000	90.000
USA (in Europa)	170.000	0	0	0
Gesamt (Europa)	19.020.000	13.270.000	5.450.000	1.470.000
Australien	30.000	0	0	0
Brit.-Indien	40.000	0	0	0
China	3.500.000	10.000.000	0	0
Japan	1.700.000	360.000	0	0
Neuseeland (im pazif. Raum)	10.000	0	0	0
USA (im pazif. Raum)	50.000	0	0	0
Gesamt (Asien)	5.330.000	10.360.000	0	0
Gesamt	24.350.000	23.630.000	5.450.000	1.470.000

Basierend auf den Beschlüssen der Konferenzen von Moskau (1943), Teheran (1943), Jalta (1945) und Potsdam (1945) der Großen Drei (USA, SU und GB), tagte vom 20.11.1945 bis zum 01.10.1946 das Internationale Militärtribunal (IMT) im Schwurgerichtssaal (Saal 600) des Nürnberger Justizgebäudes in der Fürther Straße. Der amerikanische Bundesrichter Robert H. Jackson, der während des Prozesses US-Hauptankläger war, organisierte im Auftrag des damaligen US-Präsidenten Truman das gesamte Verfahren und schlug Nürnberg als Prozessort vor. Die Sowjetunion hatte hingegen gefordert, Berlin zum Prozessort zu bestimmen. Daher einigten sich die Großen Drei und Frankreich im Rahmen des Londoner Viermächte-Abkommens über die Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 08.08.1945 auf Berlin als ständigen Sitz des Gerichtshofes und auf Nürnberg als Ort des ersten Prozesses (von ursprünglich mehreren geplanten). Jede der vier Großmächte stellte einen Richter und einen nicht stimmberechtigten Stellvertreter; außerdem bestand auch die Anklagebehörde aus Angehörigen der vier Mächte. Unter dem Vorsitz des sowjetischen Richters Iola T. Nikitschenko fand am 18.10.1945 die Eröffnungssitzung des IMT in Berlin statt, wo die Ankläger die Anklageschrift gegen die 24 Hauptkriegsverbrecher und gegen sechs „Verbrecherische Organisationen“ überreichten (Korps der politischen Leiter NSDAP, SS, SA, Reichsregierung, Generalstab, Gestapo und Sicherheitsdienst). Im Londoner Statut vom 08.08.1945 wurde festgelegt, was unter Kriegsverbrechen zu verstehen war. Daraus ergaben sich die Anklagepunkte gegen die Kriegsverbrecher.



Statut für den Internationalen Militärgerichtshof vom 8. August 1945 (Auszug)

Artikel 6

- a) **Verbrechen gegen den Frieden:** Planen, Vorbereitung und Einleitung oder Durchführung eines Angriffskrieges oder eines Krieges unter Verletzung internationaler Verträge. Abkommen oder Zusicherungen oder Beteiligung an einem gemeinsamen Plan oder an einer Verschwörung zur Ausführung einer der eben genannten Handlungen
- b) **Kriegsverbrechen:** Verletzung der Kriegsgesetze oder –gebräuche. Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Mord, Misshandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit [...], die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung;
- c) **Verbrechen gegen die Menschlichkeit:** Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen an irgendeiner Zivilbevölkerung vor oder während des Krieges, Verfolgung aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, begangen in Ausführung eines Verbrechens oder in Verbindung mit einem Verbrechen, für das der Gerichtshof zuständig ist, und zwar unabhängig davon, ob die Handlung gegen das Recht des Landes verstieß, in dem sie begangen wurde, oder nicht. Anführer, Organisatoren, Anstifter und Teilnehmer, die am Entwurf oder der Ausführung eines gemeinsamen Planes oder einer Verschwörung zur Begehung eines der vorgenannten Verbrechen teilgenommen haben, sind für alle Handlungen verantwortlich, die von irgendeiner Person in Ausführung eines solchen Planes begangen worden ist.

In der 25.000 Worte umfassenden Anklageschrift, die auf dem eben zitierten Artikel 6 beruhte, wurden aus Artikel 6 a Verbrechen gegen den Frieden zwei Anklagepunkte, nämlich: Anklagepunkt 1: Verschwörung und

Anklagepunkt 2: Verbrechen gegen den Frieden.

Daraus ergaben sich letztendlich folgende Anklagepunkte:

1. Verschwörung
2. Verbrechen gegen den Frieden
3. Kriegsverbrechen
4. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Unter Vorsitz des britischen Lordrichters Geoffrey Lawrence wurde ab 20.11.1945 das Verfahren in Nürnberg weitergeführt. Bis zum 31.08.1946 wurden an 218 Verhandlungstagen unter anderem 360 Zeugen in das Verfahren eingebunden, die teils mündlich, teils schriftlich, teils vor dem Gerichtshof selbst (236 Zeugen), teils von



beauftragten Richtern vernommen wurden. Darüber hinaus wurden etwa 200.000 eidesstattliche Versicherungen (Affidavits), als Beweismittel verwertet. Insgesamt waren im Nürnberger Justizgebäude mehr als 1000 Dolmetscher, Übersetzer, Schreibkräfte, Vernehmungspersonal, etc. tätig.

Am 30.09. und 01.10.1946 wurden dann die Urteile verkündet – 12 Todesstrafen; 7 Freiheitsstrafen, davon teilweise lebenslang; 3 Freisprüche.¹⁹

Die 24 angeklagten und verurteilten Hauptkriegsverbrecher waren

- **Martin Bormann**, geb. 1900. Landwirt. Seit 1933 Stabsleiter bei Rudolf Heß; während des 2. Weltkrieges engster Mitarbeiter Hitlers im Führerhauptquartier. Sein Schicksal war bei Kriegsende ungewiss (inzwischen dürfte erwiesen sein, dass er – wohl schon Anfang Mai 1945 – in Berlin ums Leben gekommen war). Angeklagt in Abwesenheit wegen 1, 3 und 4; verurteilt wegen 3 und 4 zum Tod.
- **Karl Dönitz**, geb. 1891. Großadmiral. Er bildete nach Hitlers Tod am 2. 5. 1945 eine „Geschäftsführende Reichsregierung“. Angeklagt wegen 1, 2 und 3; verurteilt wegen 2 und 3 zu 10 Jahren Haft. Entlassen 1956. Gestorben 1980.
- **Hans Frank**, geb. 1900. Rechtsanwalt. Seit 1939 Generalgouverneur in Polen. Angeklagt wegen 1, 3 und 4; verurteilt wegen 3 und 4 zum Tod.
- **Wilhelm Frick**, geb. 1877. Reichsinnenminister. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 2, 3 und 4 zum Tod.
- **Hans Fritzsche**, geb. 1900. Journalist. Seit Mai 1933 Leiter des Nachrichtenwesens in der Presseabteilung des Propagandaministeriums. Gewissermaßen Ersatzangeklagter an Stelle von Goebbels, der Selbstmord begangen hatte. Angeklagt wegen 1, 3 und 4; Freispruch. Sodann im Entnazifizierungsverfahren zu 9 Jahren Arbeitslager verurteilt. Entlassen im Herbst 1950, Gestorben 1953.
- **Walter Funk**, geb. 1890. Wirtschaftsjournalist. Reichswirtschaftsminister und ab 1939 Präsident der Deutschen Reichsbank. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 2, 3 und 4 zu lebenslanger Haft. 1957 wegen Krankheit entlassen. Gestorben 1960.
- **Hermann Göring**, geb. 1893. Schuf als preußischer Innenminister das „Geheime Staatspolizeiamt“, das sich später zur Geheimen Staatspolizei (GeStaPo) entwickelte. Mobilisierte ab 1936 die Wirtschaftskräfte des Reiches für die Wiederaufrüstung. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 1, 2, 3 und 4 zum Tod. Beging am Vorabend der Hinrichtung Selbstmord durch Einnahme von Zyankali. (Die Herkunft der Giftkapsel ist nicht eindeutig geklärt).
- **Rudolf Heß**, geb. 1894. Seit 1933 Hitlers Stellvertreter in der NSDAP. Flog in nie geklärter Mission am 10. Mai 1941 nach Schottland. Wurde dort interniert. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 1 und 2 zu lebenslanger Haft. Beging im Alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau 1987 Selbstmord.

¹⁹ Je nach Quelle wird auch die Verurteilung zum Aufenthalt in einem Arbeitslager als Freispruch gewertet.



- **Alfred Jodl**, geb. 1890. Generaloberst. Chef des Wehrmachtführungsamtes und Berater Hitlers in strategischen und operativen Angelegenheiten. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 1, 2, 3 und 4 zum Tod.
- **Ernst Kaltenbrunner**, geb. 1903. Rechtsanwalt. Chef der Sicherheitspolizei und des Reichssicherheitshauptamtes. Angeklagt wegen 1, 3 und 4; verurteilt wegen 3 und 4 zum Tod.
- **Wilhelm Keitel**, geb. 1882. Chef des Oberkommandos der Wehrmacht. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 1, 2, 3 und 4 zum Tod.
- **Gustav Krupp von Bohlen und Halbach**, geb. 1870. Angeklagt als Repräsentant der Deutschen Schwer- und Rüstungsindustrie wegen 1, 2, 3 und 4. Im Hinblick auf eine durch einen Verkehrsunfall im Jahre 1944 verursachte Verfahrensunfähigkeit wurde das Verfahren gegen ihn 1945 eingestellt. Gestorben 1950. Der sog. Krupp-Prozess fand 1948 vor einem US-Militärgericht in Nürnberg statt. Krupps Sohn Alfried wurde dabei zu 12 Jahren Haft und Einziehung des Gesamtvermögens verurteilt.
- **Robert Ley**, geb. 1890. Chemiker. Beseitigte im Jahre 1933 die freien Gewerkschaften und führte seither – streng ideologisch ausgerichtet – die Deutsche Arbeitsfront. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4. Beging im Nürnberger Gefängnis am 26.10.1945 Selbstmord.
- **Konstantin von Neurath**, geb. 1873. Seit 1908 im diplomatischen Dienst. Von März 1939 bis 1943 (ab 1941 beurlaubt) Reichsprotektor von Böhmen und Mähren. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 1, 2, 3 und 4 zu 15 Jahren Haft. 1954 wegen Krankheit entlassen. Gestorben 1956.
- **Franz von Papen**, geb. 1879. Vizekanzler im ersten Kabinett Hitlers 1933. Später Botschafter in Wien und Ankara. Angeklagt wegen 1 und 2. Freigesprochen. Im anschließenden Entnazifizierungsverfahren zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt. 1949 entlassen. Gestorben 1969.
- **Erich Raeder**, geb. 1876. Seit 1943 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. Angeklagt wegen 1, 2 und 3; verurteilt wegen 1, 2 und 3 zu lebenslanger Haft. 1955 wegen Krankheit entlassen. Gestorben 1960.
- **Joachim von Ribbentrop**, geb. 1893. Kaufmann. 1938-1945 Reichsaußenminister. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 1, 2, 3 und 4 zum Tod.
- **Alfred Rosenberg**, geb. 1893. Seit 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 1, 2, 3 und 4 zum Tod.
- **Fritz Saukel**, geb. 1894. Seit 1942 Generalbevollmächtigter Hitlers „für den Arbeitseinsatz“ und als solcher verantwortlich für die Zwangsarbeit von über 5 Millionen Männern und Frauen aus allen besetzten Gebieten Europas in Deutschland. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 3 und 4 zum Tod.
- **Horace Greely Hjalmar Schacht**, geb. 1877. Bankier. Präsident der Reichsbank und Wirtschaftsminister. Seit 1944 im KZ Flossenbürg. Angeklagt wegen 1 und 2; freigesprochen. Von deutschen Behörden inhaftiert bis 1948. Gestorben 1970.
- **Baldur von Schirach**, geb. 1907. Reichsjugendführer und (ab 1940) Gauleiter von Wien. Angeklagt wegen 1 und 4; verurteilt wegen 4 zu 20 Jahren Haft. 1966 entlassen. Gestorben 1974.
- **Arthur Seyß-Inquart**, geb. 1892. Rechtsanwalt. 1940-1945 „Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete“. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 2, 3 und 4 zum Tod.



- **Albert Speer**, geb. 1905. Architekt. Seit 1937 Generalbauinspekteur für Berlin. 1942-1945 Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Angeklagt wegen 1, 2, 3 und 4; verurteilt wegen 3 und 4 zu 20 Jahren Haft. 1966 entlassen. Gestorben 1981.
- **Julius Streicher**, geb. 1885. Volksschullehrer. Als publizistisches Organ der von ihm betriebenen Judenhetze gründete er 1923 das Wochenblatt „Der Stürmer“, dessen Eigentümer und Herausgeber er bis 1945 – auch nach seiner Absetzung als Gauleiter von Franken im Jahr 1940 – blieb. Angeklagt wegen 1 und 4; verurteilt wegen 4 zum Tod.

Die beiden obersten Kriegsverbrecher **Hitler** und **Goebbels** entzogen sich noch vor der endgültigen Kapitulation Deutschlands durch Selbstmord einer juristischen Verantwortung. Von den angeklagten Organisationen wurden das Korps der politischen Leiter der NSDAP, SS, Gestapo und Sicherheitsdienst für verbrecherisch erklärt. Diejenigen Kriegsverbrecher, die zum Tode verurteilt worden waren, wurden am 16.10.1946 in der alten Sporthalle des Nürnberger Gefängnisses erhängt.

Diejenigen, die zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, wurden am 18.07.1946 ins Alliierte Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau verlegt. Entgegen den ursprünglichen Planungen gab es keine weiteren internationalen Verfahren. Allerdings fanden von 1947 bis 1949 in Nürnberg US-Militärprozesse gegen Politiker, Militärs, Wirtschaftsführer, Mediziner, Juristen, Mitglieder des Auswärtigen Amtes, usw. statt. Auch in der französischen, britischen und sowjetischen Besatzungszone wurden ähnliche Verfahren durchgeführt. In den folgenden Jahren sorgen die Alliierten dafür, dass Ereignisse wie der Zweite Weltkrieg, eine Machtergreifung oder der Holocaust sich nie wieder wiederholen können. So wurde auch zum Beispiel das **Grundgesetz der BRD beeinflusst**.

Ursprünglich sollte das Grundgesetz nur eine Übergangslösung sein. Auf den Seiten der Bundesregierung heißt es dazu:

Am 1. Juli 1948 übergaben die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die ‚Frankfurter Dokumente‘, die u.a. eine Aufforderung zur Ausarbeitung einer Verfassung durch eine verfassunggebende Versammlung enthielten. Die Ministerpräsidenten kamen der Aufforderung nur widerstrebend nach, da sie keinen deutschen Teilstaat gründen wollten. Um den provisorischen Charakter zu betonen, gaben sie der verfassunggebenden Versammlung den Namen ‚Parlamentarischer Rat‘ und lehnten auch den Begriff ‚Verfassung‘ ab. Stattdessen sollte ein ‚Grundgesetz‘ geschaffen werden.

Im September 1948 konstituierte sich der Parlamentarische Rat und beginnt unter der Aufsicht der Alliierten, das Grundgesetz zu formulieren. Den Vorsitz übernahm Konrad Adenauer (CDU), geleitet wurde der Hauptausschuss von Carlo Schmid (SPD). Der Textentwurf war nach gut acht Monaten vollständig.



„Das künftige Grundgesetz soll ein nochmaliges Scheitern der Demokratie in Deutschland verhindern. So erklären sich zum Beispiel die feste Verankerung der Menschenrechte im Grundgesetz, die starke Rolle des Verfassungsgerichts und die Zurückhaltung gegenüber basisdemokratischen Strukturen in der Verfassung – dies fordern besonders die Alliierten. Unter den 65 Ratsmitgliedern sind vier Frauen, die eine heißt Elisabeth Selbert. Auf ihr Drängen hin hat der Rat die Gleichberechtigung von Mann und Frau in den Gesetzestext aufgenommen.“

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz schließlich unterzeichnet, einen Tag später trat es in Kraft.

Fazit (Anmerkung des Hg.)

Die Nürnberger Prozesse bedeuten eine neue Phase im internationalen Recht/Völkerrecht, da sie den Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, auch Vorbereitung von Kriegen, explizit als Verbrechen klassifizieren. Damit wird auch die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag, 1997, auf Beschluss der Vereinten Nationen, erreicht.

Wichtig: Nicht gebunden an Überstellung von Tätern/Verurteilung zeigen sich u. a. die USA, Russland, Nordkorea, VR-China, etc..

Zu den wichtigsten Prozessen, nach denen von Nürnberg gegen die Nazis, gehören der Völkermord in Rwanda und im Ex-Jugoslawien.

Literatur

Heydecker, J. J./ Leeb, J.: Der Nürnberger Prozeß, Köln 1979.

Taylor, T.: Die Nürnberger Prozesse, Zürich 1951 (Taylor 1).

Taylor, T.: Die Nürnberger Prozesse, Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994 (Taylor 2).

Zentner, Chr.: Der Nürnberger Prozeß, Stuttgart 1994.

Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947, Protokolle, Nachdruck Reichenbach Verlag Stuttgart 1994, Bd.1 (Anklageschrift und Urteil).

Internet

http://www.bundesregierung.de/Gesetze/Grundgesetz-,4221/Informationen-ueber-das-Grundg.htm_19.1.3

http://www.lernzeit.de/sendungarchiv.phtml?detail=274777&thema=Wirtschaft+%26amp%3B+Recht_19.1.4

http://www4.justiz.bayern.de/olgn/imt/imtd.htm_19.1.5

http://www.geschichtsthemen.de/nuernbergerprz.htm_19.1.6

http://www.bz.nuernberg.de/bzshop/publikationen/nproz/nproz.html_19.1.7

https://www.uni-marburg.de/icwc/dateien/imtcdeutsch.pdf_19.2.2



1.5 Der Lebensborn e.V.:

Lisa Michiels-Corsten

Der Lebensborn e.V. war im Dritten Reich ein staatlich geförderter Verein, der auf der Grundlage der nationalsozialistischen Rassen- und Gesundheitsideologie der Erhöhung der Geburtenrate zur Zucht einer reinen „arischen Elite“ dienen sollte. Durch die Eintragung als Verein war es dem Lebensborn möglich, selbständig Immobilien und Land zu erwerben. Während des 2. Weltkrieges entstanden in den besetzten Ländern dreizehn weitere Lebensborn-Heime, davon allein acht in Norwegen – wegen seiner „rassisch hochwertigen“ (blonden, blauäugigen) Bevölkerung.

Die Journalistin Dorothee Schmitz- Köster schreibt in ihrem Buch „Deutsche Mutter, bist du bereit – Alltag im Lebensborn...“ zu den Aufgaben des Lebensborns: „Ziel war die Beförderung der Kinderproduktion nach deutschem Reinheitsgebot. Frauen und Männer „guten Blutes“ sollten sich zum Wohle der „nordischen Rasse“ und des deutschen „Übermenschen“ rege vermehren und eine „erbgesunde“, „arisch“ einwandfreie Nachkommenschaft bzw. SS-Elite heranzüchten“.

Lebensbornheime

Die Geheimsache Lebensborn, ein Lieblingsprojekt Heinrich Himmlers, Reichsführer SS, waren Geburtshäuser und Kinderheime. Das erste Heim entstand 1935 in Steinhöring, unter dem Decknamen „Heim Hochland“, bei München. Nach und nach wurden weitere Heime gegründet, über Deutschland und die Nachbarländer verteilt, bis nach Skandinavien. Viele Lebensbornheime wurden in enteigneten jüdischen Anwesen eingerichtet. Manche kamen auch als Schenkungen zum Verein.

Der Sinn der Heime bestand in der Rettung der allein zur Herrschaft befähigten „nordischen Rasse“ vor dem durch Geburtendefizite bedingten drohenden Untergang sowie die Sammlung aller so genannten germanischen Völker in einem zu schaffenden „Reich“ als Etappe zur Schaffung eines nationalsozialistisch bestimmten Imperiums. Außerdem war es Himmlers Gedanke, die Geburtenraten zu steigern, bei gleichzeitiger qualitativer, rassischer „Veredelung“ der Deutschen. Der „Lebensborn e.V.“ folgte diesen ideologischen Vorgaben und versuchte, sie auf dem Gebiet der Mütterfürsorge in die Praxis umzusetzen. Zentrale Anliegen des Vereins waren die Vermeidung von Abtreibungen und damit die Erhöhung der Geburtenrate, jedoch keineswegs im Sinne der Kirchen, sondern im Sinne der „neuen Moral“ einer aktiven, rassisch bestimmten nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik. Dem untergeordnet waren die vom Lebensborn in der Praxis durchgeführten Fürsorgemaßnahmen für ledige Mütter, auch „guten Blutes“ genannt.



Frauen, die sich um Aufnahme bewarben, sollten laut Satzung des Lebensborns ursprünglich *„in rassischer und erbbiologischer Hinsicht alle Bedingungen erfüllen, die in der Schutzstaffel allgemein gelten“*. Entsprechend mussten die Frauen die gleichen Anforderungen erfüllen wie jeder SS-Bewerber bei der Aufnahme in die SS und bei der Heirat:

Vorzulegen waren

- der große Abstammungsnachweis, vulgo „Ahnentafel“, mit dem Nachweis der Vorfahren bis zum 1. Januar 1800, wie für die NSDAP und ihre Untergliederungen üblich,
- ein Erbgesundheitsbogen mit Angaben über mögliche erbliche Belastungen in der Familie,
- ein Ärztlicher Untersuchungsbogen zum Nachweis der Gesundheit und zur „rassischen“ Beurteilung. (Dieser fasste die Untersuchungen durch SS-Ärzte, später wegen Ärztemangels auch durch andere zugelassene Ärzte zusammen),
- für jede Bewerberin ein Fragebogen zur Person (Beruf, Krankenversicherung, Parteizugehörigkeit, Heiratsabsicht usw.), zudem ein handgeschriebener Lebenslauf mit Lichtbildern,
- unverheiratete werdende Mütter hatten außerdem eine Eidesstattliche Versicherung abzugeben, dass der angegebene Mann der Vater des Kindes sei.

Durch den hohen Menschenverlust im Krieg und die sinkende Geburtenrate wurden die stark ausgrenzenden Aufnahmekriterien ziemlich reduziert, so dass schließlich etwa 74 % der Anträge bewilligt wurden.

Bei einer Zusage konnte die Frau inkognito, auf Wunsch auch weit weg vom Heimatort, die gesamte Schwangerschaft bis einige Wochen nach der Geburt des Kindes in einem Lebensbornheim verbringen. Manche Mütter arbeiteten danach im Lebensbornheim, um in der Nähe ihres Kindes zu sein, hatten aber auch die Möglichkeit das Kind tagsüber zur Betreuung dort zu lassen oder es in Pflege oder zur Adoption frei zu geben. Ob verheiratet oder alleinstehend, den Müttern ging es in den Lebensbornheimen auch während des Krieges vergleichsweise gut (Ein- oder Zweibettzimmer, Vollwertkost). Stillen war oberstes Gebot. Neugeborene wurden, in einer Mischung aus germanischem, nationalsozialistischem und pseudochristlichem Ritual, durch Dolchauflegung unter der Hakenkreuzfahne „getauft“. Taufgeschenk: ein Kerzenleuchter (von KZ-Häftlingen in Dachau gefertigt!). Konnte das Paar nicht heiraten, übernahm der Lebensborn e. V. die Vormundschaft des Kindes.

Die Geburtenrate stieg zwar, aber der begonnene Krieg „fraß seine Kinder“ und die „arische Elite“ wuchs nur mäßig. So griff Himmler zu drastischeren Mitteln und befahl



seinen Soldaten jedes „arisch“ aussehende Kind zur „Eindeutschung“ in den besetzten Ländern, wie Polen, Frankreich, Jugoslawien „mitzunehmen“. Sie entführten blonde, blauäugige Kinder einfach von der Straße weg oder nahmen sie den Eltern, unter falschen Versprechungen, weg. In den Nachkriegswirren, im „kalten Krieg“, fanden die wenigsten Eltern ihre Kinder wieder. Sie gingen als Kleinkind, wurden vom Lebensborn an verschiedenen Pflegestellen vermittelt, adoptiert und konnten sich später kaum noch an ihre richtigen Eltern erinnern. Ein entführtes Kind, bekam einen neuen Namen, musste unter Strafe nur noch deutsch sprechen, wurde vermessen und in „arische Klassen“ eingestuft. Wichtigstes Kriterium war die Distanz zwischen Stirn und Hinterkopf. Diese sogenannte „Arier-Tabellen“ entschieden über das Schicksal des Kindes. Oberste Klasse: Adoption durch eine SS- Familie, unterste Klasse Abschiebung in ein KZ. Die Ausnahme waren Norwegerkinder, die Himmler als direkte Nachfahren der Wikinger ansah. Deshalb forderte er die deutschen Soldaten bei der Besetzung Norwegens auf, möglichst viele Affären mit Norwegerinnen einzugehen.

Die eigenen Landleute misshandelten diese Norwegerinnen, die ein Kind mit einem Deutschen hatten, als „Deutschenhuren“. (NB-Anmerkung d. Hg. s.: ein in Norwegen kaum aufgearbeitetes Kapitel !)

Finanziert wurde der Lebensborn von dem Gehalt der SS-Soldaten. Kinderlose hatten die höchste Abgabe zu leisten, ab vier Kindern, ehelich oder unehelich, wurden sie vom Beitrag befreit. Schon aus diesem Grund gingen die SS-Angehörigen ihrer „völkischen Verpflichtung“ nach, möglichst viel Nachwuchs zu zeugen.

Heime in Deutschland (in den Grenzen von 1937, sog. „Altreich“)

- „Hochland“ in Steinhöring bei Ebersberg (1936 - April 1945) – bei Einrichtung: 50 Betten für Mütter (M) und 109 für Kinder (K)
- „Harz“ in Wernigerode (Harz) (1937) – 41 M / 48 K
- „Kurmark“ in Klosterheide (Mark) (1937) – 23 M / 86 K
- „Pommern“ in Bad Polzin (heute Polen) (1938 - Februar 1945) 60 M / 75 K
- „Friesland“ auf dem Gut Hohehorst in Löhnhorst (heute Schwanewede) bei Bremen (1937 - Januar 1941) 34 M / 45 K
- Kinderheim „Taunus“ in Wiesbaden (1939 - März 1945) – 55 K
- „Kriegsmütterheim“ in Stettin (1940)
- Kinderheim „Sonnenwiese“ in Kohren-Sahlis bei Leipzig (1942) – 170 K
- „Schwarzwald“ in Nordrach (Baden) (1942)



- Kinderheime „*Franken*“ I und II in Schalkhausen b. Bocksberg (Kreis Ansbach) (1944)
- Villa der Familie Mann in München, Poschinger Straße

Geburtenstatistik (außer Norwegen)

- 31. Dezember 1939: 1.371 (Lebendgeburten insgesamt) – davon ungefähr 770 unehelich geborene Kinder
- 31. Dezember 1940: 2.408
- April 1942: 3.477
- 30. September 1943: 5.047
- 11. Mai 1945: insgesamt 7.000-8.000 – davon ca. 5.000 unehelich geborene Kinder
- 11. Mai 1945: Heim „Hochland“ insgesamt 1.438
- Norwegen: bis Kriegsende ungefähr 12.000 Kinder

In Steinhöring, wo alles begann, endete auch der Lebensborn. Als die amerikanischen Truppen gegen Steinhöring anrückten, verbrannten die Angestellten die Originalpapiere und ließen die aus allen Heimen hierher evakuierten Kinder zurück. Bei vielen Kindern konnte demzufolge die Identität nicht geklärt werden.

Fazit – Norwegen

Als die ersten Kriegskinder sich in Vereinigungen zusammenschlossen und die Öffentlichkeit mit ihren Erlebnissen konfrontierten, entschuldigte sich 1998 der norwegische Ministerpräsident

Kjell Magne Bondevik für die Diskriminierung der „tyskerbarn“ (Deutschenkind) und ihrer Mütter.

Aufarbeitung juristisch

Nach Ende des Krieges wurde der Fall „Lebensborn“ zwischen Oktober 1947 und März 1948 vor dem Amerikanischen Militärgerichtshof 1 in Nürnberg verhandelt. 14 Funktionäre des Rassen- und Siedlungshauptamts wurden angeklagt und nach einem sechs Monate dauernden Prozess freigesprochen. Das Urteil wurde wie folgt begründet: „Aus dem Beweismaterial geht klar hervor, dass der Verein Lebensborn, der bereits lange vor dem Krieg bestand, eine Wohlfahrtseinrichtung und in erster Linie ein Entbindungsheim war. Von Anfang an galt seine Fürsorge den Müttern, den verheirateten sowohl wie den unverheirateten, sowie den ehelichen und unehelichen



Kindern. Der Anklagevertretung ist es nicht gelungen, mit der erforderlichen Gewissheit die Teilnahme des Lebensborn und der mit ihm in Verbindung stehenden Angeklagten an dem von den Nationalsozialisten durchgeführten Programm der Entführung zu beweisen. Der Lebensborn hat im Allgemeinen keine ausländischen Kinder ausgewählt und überprüft. In allen Fällen, in denen ausländische Kinder von anderen Organisationen nach einer Auswahl und Überprüfung an den Lebensborn überstellt worden waren, wurden die Kinder bestens versorgt und niemals in irgendeiner Weise schlecht behandelt.

Aus dem Beweismaterial geht klar hervor, dass der Lebensborn unter den zahlreichen Organisationen in Deutschland, die sich mit ausländischen nach Deutschland verbrachten Kindern befassten, die einzige Stelle war, die alles tat, was in ihrer Macht stand, um den Kindern eine angemessene Fürsorge zuteilwerden zu lassen und die rechtlichen Interessen der unter seine Obhut gestellten Kinder zu wahren.“

Es haben sich einige der „Deutschenkinder“ organisiert, um den norwegischen Staat wegen Verletzung ihrer Menschenrechte anzuklagen. Doch das Gericht wies die Klage zurück, sie sei verjährt und die Schuld des Staates nicht nachweisbar. Auch in der zweiten Instanz wurde sie abgelehnt.

Gesamtfazit

Der Casus „Lebensborn“ ist offiziell aufgearbeitet, juristisch zumindest. Er ist aber bei für die betroffenen Kinder, deren Herkunft und Eltern unklar bleiben, bis heute eine menschliche und psychische Belastung.

Literatur

Benz, W./ Graml, H./ Weiß, H.: „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“. Klett- Cotta, 1997³.

Heidenreich, H.: „Geliebter Täter“ – Ein Diplomat im Dienst der ‚Endlösung‘, (Ein Lebensborn-Kind recherchiert die Nazi-Vergangenheit ihrer Mutter), Droemer Knaur, München 2011.

Olsen, K.: „Vater: Deutscher“. Campus Verlag, 2002.

Schmitz-Köster, D.: „Deutsche Mutter, bist Du bereit...“. Alltag im Lebensborn. Aufbau Verlag, Berlin 1997.

Internet

http://www.krigsboern.dk/artikler/leila_da_deutschenkind.htm

<http://www.shoa.de/content/view/183/41>

<http://www.kroi.de/Lebensborn.htm>

<http://etika.com/d49ns/49ns61.htm>



1.6 Benin – Drei Kapitel zur Aufarbeitung der Vergangenheit:

*J. M. Werobèl de La Rochelle*²⁰

1.6.1 Dahomey – Benin: Änderung des Ländernamens

Ende des 19. Jahrhunderts wurde Dahomey nach verschiedenen Eroberungsfeldzügen, insbesondere gegen die Hauptethnie Fon, die von ihrem König Béhanzin angeführt worden war, französische Kolonie (1894). Auch nach der 1960 erlangten Unabhängigkeit behielt das Land zunächst den Namen „Dahomey“ bei. Bis zum Putsch 1972 durch Oberst Mathieu Kérékou war Dahomey der Staat mit der größten Anzahl an Putschen in ganz Afrika und den meisten Verfassungsexperimenten.

1974 gab es ein weiteres Experiment, das später nach über einem Vierteljahrhundert scheiterte: Der Marxismus-Leninismus wurde zur offiziellen Staatsdoktrin. Er wurde jedoch schon bald vom Volk als Laxismus-Beninismus – aussagekräftig – ironisiert. 1975 wurde das Land dann offiziell in Volksrepublik BENIN umbenannt. Damit vollzog es einen Namenswechsel, den auch andere Staaten²¹ anwandten, um bewusst einen Neubeginn und eine Abkehr von der kolonialen Vergangenheit zu markieren.

Die Änderung des Ländernamens fand im Falle Benins bewusst statt, um eine neue Epoche anzuzeigen, eine eindeutige Abkehr von der Vergangenheit sichtbar zu machen, nämlich von der französischen Kolonialherrschaft und auch von der einstigen Dominanz des Königreichs Dahomey.

Dies hatte auch mit der nicht immer rühmlichen Geschichte des Königreichs Danhome/Dahomey zu tun: Obwohl sich das Königreich im Grunde nur auf den südlichen Teil der Kolonie erstreckte, gab Frankreich der neuen Kolonie diesen Namen. Er wurde von großen Teilen der Bevölkerung immer mit Unterdrückung und besonders mit dem vom König von Dahomey organisierten Sklavenhandel assoziiert. Logischerweise änderte die sozialistische Regierung diesen Namen, um ein Zeichen gegen Fremdherrschaft zu setzen, eine Fremdherrschaft, die nicht nur mit Frankreich zu tun hatte, sondern auch die Afrikaner betraf, die nicht der Ethnie der Fon, dem Hauptstamm des Königreichs Dahomey angehörten. Gleichzeitig hob die Regierung der Volksrepublik (VR) Benin den letzten König Béhanzin²² als Kämpfer gegen den Kolonialismus hervor, errichtete sogar ein großes Denkmal von ihm in der Danhomé-

²⁰ * Der Autor/Hg. verbrachte einen Großteil seines Berufslebens in mehreren Funktionen in der VR und der Republik Benin, z. B. als Leiter des dt.-franz. „Europäischen Freiwilligenprogramms“ (von Kohl und Mitterrand gegründet), als Chef de Mission Diplomatique für internationale Organisationen und Projektleiter verschiedener Entwicklungsprojekte.

²¹ Beispiel: Die ehemals britische Goldküste wurde Ghana, der ehemals französische Sudan wurde Mali. Andere Staaten hatten es „einfacher“, durch Nummerierung in 1., 2., etc. Republik, wie z. B. Frankreich mit seiner derzeitigen 5. Republik, oder vom Königreich NN in Republik NN oder – wiederum Frankreich – in I. Kaiserreich unter Napoléon I. und II. Kaiserreich unter Napoléon III.



Hauptstadt Abomey. (Auch hier ein Widerspruch: Das marxistische Regime verurteilte permanent den Feudalismus, erhob aber den letzten „Feudalherrn“ Béhanzin zum Nationalhelden, weil er Frankreich Widerstand leistete.)

Die Kolonialzeit war gekennzeichnet durch Zwangsarbeit und die von allen EinwohnerInnen erhobene Kopfsteuer. Hinzu kam, dass nicht mehr ein traditioneller Chef oder Herrscher, sondern die Kolonialbeamten befahlen und die Menschen zu Arbeiten zwangen, deren Nutzen für diese nicht immer verständlich war, wie z. B. Straßenbau oder die Errichtung von Gebäuden für die Kolonialverwaltung. Bis zur Besetzung durch Frankreich waren Straßen und Brücken in Dahomey unbekannt, man brauchte sie auch nicht: Fußwege und Pfade waren ausreichend. Demzufolge war deren Nutzen für die Afrikaner nicht ersichtlich. In ihrem Verständnis handelte es sich um Werke, die damals nur den Kolonialherren nutzten, nicht aber ihnen. Notabene ist dies bis heute verinnerlicht, beim Entrichten von Steuern zum Beispiel.

Im Überschwang des Neuanfangs 1974 wurde allerdings übersehen, dass der Name „Benin“²³ ebenfalls eng mit der Kolonialzeit verknüpft war, nämlich mit dem im Nachbarland Nigeria liegenden Königreich Benin, von dem die Portugiesen als erste Entdecker im 15. Jahrhundert so begeistert waren, dass sie auch den Golf danach benannten. Dies führt auch heute noch zu geografischen Missverständnissen. Das nigerianische Benin ist bis heute ein Land der Bundesrepublik Nigeria.

Fazit

Die Änderung des Ländernamens stellt im Fall Benins auch eine Methode der Aufarbeitung einer teilweise leidvollen Vergangenheit während des Kolonialregimes und vorher während der absolutistischen Herrschaft des Königs von Danhomé dar. Darüber hinaus galt der neue Name als signifikantes Zeichen für einen Neuanfang, einen Bruch mit dem französischen kolonialen Erbe und der königlich-dahoméischen Zeit.

²³ Ebenfalls übersehen wurde: „bénin“ bedeutet französisch auch : „gutmütig (beschränkt), harmlos, leicht, geringfügig und – gütig“.



1.6.2 Nationalkonferenz 1990: Aufarbeitung des Marxismus-Leninismus in Benin

Politische Geschichte

Es ist merkwürdig, wie viele Bücher/ Artikel über Afrika immer mit der Ankunft der Europäer beginnen, als ob es dort vorher ein Vakuum gegeben hätte. Die schriftliche Geschichte beginnt zwar im 15. Jhd. mit der Entdeckung durch portugiesische Seefahrer (der portugiesische Name der jetzigen Hauptstadt Benins, Porto Novo, ist beispielsweise ein Relikt aus dieser Zeit), die mündliche Überlieferung aber berichtet bereits lange vorher von Königreichen und Fürstentümern, von Kriegen und Wanderbewegungen/Vertreibungen, von der Gründung neuer Reiche. Dies gilt für ganz Westafrika.

Auf dem Gebiet des heutigen Benin (Dahomey) gab es mehrere Herrschaftsgebiete, die eher als unabhängige Fürstentümer denn als Königreiche zu bezeichnen waren, so z. B. Borgou, Nikki, Parakou und Kandi im Norden und Savé, Savalou und Porto Novo im Süden, besonders aber Danhomé und Allada. Aus deren Fortbestehen, auch nach der Besetzung durch Frankreich Ende des 19. Jahrhunderts, erkennt man historisch gewachsene Einheiten und die ethnische Vielfalt. Darin lag wiederum die Ursache für die Probleme nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960, die zunächst zur Dreiteilung des Landes und schließlich zu dessen Unregierbarkeit und zur „Revolution“ von 1972 führten.

Ein weiteres Problem ist die Charakteristik des Landes als „Quartier Latin“, als Intellektuellenviertel Westafrikas, dessen Auswirkungen m. E. noch nicht genügend erforscht sind. So hatte das Land eine überdurchschnittliche Zahl von Intellektuellen hervorgebracht. Viele von ihnen arbeiteten vor der Unabhängigkeit der acht Länder des „Afrique-Occidentale Française“ (AOF) und Togos (1960) in den französischen Kolonialverwaltungen²⁴. Nach der Unabhängigkeit 1960 mussten sie nach Dahomey zurück und dort in den Staatsdienst eingegliedert werden. Dies führte zu Überkapazitäten, zu einer Belastung des Staatsbudgets und natürlich zu nicht ausreichend geforderten und nicht ausgelasteten Beamten und Intellektuellen. Diese „Unterbeschäftigung“ dürfte auch zu intellektuellen Experimenten und „Spielen“ genutzt worden sein, was – wie gesagt – m. E. nicht ausreichend erforscht ist, aber logisch erscheint: Denn Dahomey/ Benin zählt, wie kein anderer Staat Afrikas, in einem Jahrzehnt (1960-1970 bzw. 1972) derartig viele Verfassungen (6), Regierungen (11) und Staatsstrieche (6).

²⁴ AOF – Afrique Occidentale Française/Franz. West Afrika; Togo wurde i.A. des Völkerbunds bzw. der UNO als Treuhand-/Mandatsgebiet von Frankreich verwaltet. NB: AOF ist die Bezeichnung der Kolonialzeit; heute heißt es, politisch korrekt: Ouest Africain, also geografisch (frankofon).



Im Nachfolgenden werden nun einige dieser „Experimente“ aufgezeigt, ohne jedoch im Einzelnen auf die Putschversuche und Interregna einzugehen, von denen es ebenfalls eine ganze Reihe gab. Der Einfluss Frankreichs darf dabei nicht übersehen werden, denn dort absolvierten die meisten Intellektuellen ihr Studium und alle Offiziere ihre Ausbildung.

Bis zum 1. Staatsstreich unter Oberst Christophe Soglo 1963 galt Dahomey als demokratisches Musterland, mit einem funktionierenden Mehrparteiensystem, weitestgehend korrekt ablaufenden Wahlen und freien Gewerkschaften. Es blieb aber immer noch die traditionell und ethnisch bedingte Teilung des Landes: Eine Dreiteilung mit Vertretern der historischen ethnischen Allianzen, geführt von politischen Schwergewichten:

- im Norden mit Hubert Maga, dem 1. Präsidenten (1960-1963), unterstützt von den Gurmantché, Dendi, Somba sowie den Ethnien im Borgou,
- im Osten, im alten Königreich von Porto Novo, mit Sourou Migan Apithy, unterstützt von den Yoruba, den Gun und den wichtigen „Brasilianern“²⁵,
- im Süden/Südosten mit Justin Timotin Ahomadégbé, unterstützt von den Fon und Mina.

Diese drei erfahrenen und gewieften Politiker konnten jeweils nur in ihren Heimatregionen Mehrheiten erreichen, noch schlimmer für die politische Entwicklung bzw. die Stabilität des Landes aber war die Tatsache, dass sie sich gegenseitig paralyisierten. Um weiteren Staatsstreich auszuweichen, kam es 1970 zu einem – geschichtlich gesehen – ziemlich einzigartigen Experiment, dem Triumvirat²⁶. Dabei scheinen die Intellektuellen übersehen zu haben, dass ein derartiges Konstrukt in der Historie nie funktioniert hat.

Die drei „Alphatiere“ sollten den Staat führen, für Stabilität, Überwindung des Regionalismus (sic!) und wirtschaftliche Entwicklung sorgen, beginnend mit Maga (Mai 1970 - Mai 1972), gefolgt von Ahomadégbé und Apithy, abwechselnd jeder für zwei Jahre. Maga konnte sich die volle Amtszeit halten, sein Nachfolger jedoch nur wenige Monate (Mai bis Oktober 1972). Grund für die Unzufriedenheit der Bevölkerung UND des Militärs war die wechselseitige Blockade von amtierendem Präsidenten und den beiden, als Nachfolger bestimmten Vize-Präsidenten, von denen jeder ein eigenes Kabinett und eine Art Schattenregierung führte, notabene mit immensen Kosten verbunden.

²⁵ Als Brasilianer bezeichnet man die Nachkommen der freigelassenen Sklaven im 19. Jhd., die aus Brasilien in ihre (vermeintliche) Heimat zurückkehrten.

²⁶ Das hatte es nur selten in der Weltgeschichte gegeben: Unter Julius Caesar, über zwei Jahrtausende vorher, und dann kurz in der Sowjetunion, unter Stalin und nach seinem Tod. Nun also erneut, diesmal im westafrikanischen Dahomey.



Diese Situation beendete Major Mathieu Kérékou mit dem Putsch vom 26. Oktober 1972.

Der Staatsstreich von 1972 und Kérékous Präsidentschaft bis 1990: Anfang und Ende eines marxistischen Experiments

Die erste Phase des neuen Regimes unter Major Kérékou weckte bei der Bevölkerung große Hoffnungen auf Stabilität und Fortschritt, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht. Der „Gouvernement Militaire Révolutionnaire“ (GMR) verkündigte in seinem Programm vom 30. Nov. 1972 wichtige Vorhaben:

- nationaler Aufbau,
- neue Politik für nationale Unabhängigkeit,
- eigene Anstrengungen nach der Devise „sich zuerst auf die eigene Kraft verlassen“.

Es gab durchaus ernste Absichten, wie z. B. die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung der Produktion (besonders der landwirtschaftlichen), die Anhebung der – trotz der hohen Anzahl an Ausgebildeten und Intellektuellen – niedrigen Alphabetisierungsrate, das Erlangen von mehr Gleichheit und Gerechtigkeit, die Erziehung zur Disziplin, u.v.m.. Dabei klassifizierte sich das Regime immer als „révolutionnaire, démocratique et populaire“ und verurteilte Imperialismus, Kolonialismus und Fremdbestimmung. Die Bevölkerung zeigte anfangs ihre Zustimmung, verband sie mit dem Programm nach den Jahren der Wirren bzw. des sozio-ökonomischen Stillstands doch große Hoffnungen auf Verbesserung der Lebensverhältnisse, auf Arbeitsplätze, Schulen, Hospitäler, Straßen, u.v.m..

Zur Unterstützung des Programms wurden schon im November 1973 durch den Nationalen Revolutionsrat die lokalen „Comités révolutionnaires“ (CDR) zur Verteidigung der Revolution geschaffen, die auf der unteren Ebene, in den Dörfern und Städten, in Unternehmen und im Dienstleistungssektor Eigenanstrengungen initiieren sollten. 1974 reformierte der GMR die Territorialverwaltung, entmachtete die traditionellen Dorfoberhäupter und ließ durch Wahlen neue Chefs bestimmen.

Noch bedeutender aber war in dieser Phase der 30. Nov. 1974: In Abomey, der alten Hauptstadt des Fon-Königreichs Danhomé, erhob Kérékou den **wissenschaftlichen Sozialismus** zum Regierungsprinzip und den **Marxismus-Leninismus** zur Staatsdoktrin. An diesem 30. Nov. 1975 (bis 1990 Staatsfeiertag) wird schließlich das Ende von Dahomey verkündet und die Volkrepublik Benin ausgerufen.

Das System radikalisierte sich im Inneren, ließ beispielsweise die CDRs permanent willkürliche Kontrollen durchführen, Fahnenappelle abhalten und für alle Schulen,



Ämter und Betriebe Produktionseinheiten²⁷ errichten. Auch die Gleichschaltung der Gewerkschaften sollte Regime-Gegner einschüchtern.. Andere Opponenten wurden drangsaliert, eingesperrt und gefoltert; wie viele umkamen, wurde bis heute nicht gezählt.



Platz Étoile Rouge (Roter Stern) in Cotonou (Foto: privat)

NB: Der Platz existiert auch heute noch in dieser Form, allerdings ohne das Schild „Der Sozialismus unser Weg – der Marxismus/ Leninismus unser Führer“.

Auch dieses Denkmal „Bauer mit Hacke“ führte zu bissigen Kommentaren: Wohl kein Bauer, denn der hätte einen krummen Rücken; es muss sich also um einen Funktionär der sozialistischen Einheitspartei handeln!



Briefmarke der VR-Benin mit dem „Martyrer-Denkmal“ in Cotonou, zur Erinnerung an den Söldnerüberfall von 1977. Dieses Denkmal wurde von den Nordkoreanern konzipiert und gebaut.

NB: Ein Problem, es ist über der Straße errichtet, mit einem so niedrigen Tunnel, dass kein Lastwagen durchfahren kann, so zum Symbol sozialistischer Planung wurde.

In der Wirtschafts- und Außenpolitik kam es zu radikalen, so muss man es nennen, Neuorientierungen: Alle Großbetriebe – davon gab es nicht viele – und Banken wurden verstaatlicht.

Offiziell gab es nur mehr zwei Typen von Staaten: „Sozialistische Bruderstaaten“ und „befreundete Staaten“. Zu letzteren gehörten im Prinzip alle Länder, sogar die USA, auch Deutschland, aber zumindest inoffiziell nicht mehr Frankreich, die ehemalige Kolonialmacht. Bevorzugte Bruderländer waren Nordkorea²⁸, Kuba, die beide einen starken Einfluss ausübten, natürlich die SU und die VR China, auch die DDR. Guinea – mit Sékou Touré, der sich noch zu De Gaulles Zeiten gegen Frankreich positioniert hatte – wurde ein besonderes Vorbild für Benin.

²⁷ Jede „Produktionseinheit“, also z. B. Banken, Versicherungen, Geschäfte, auch Schulen und die Universität, mussten einmal in der Woche in der Landwirtschaft tätig sein. So wurden ihnen Felder zugewiesen, natürlich weit außerhalb von Cotonou, was u. a. zu erheblichen logistischen Problemen und hohen Fahrtkosten führte.

²⁸ Auch dies ein Missgriff im sozialistischen Überschwang: Die Revolutionäre versuchten alles, um den Doyen des diplomatischen Corps, traditionell, wie in anderen westafrikanischen Staaten, der Botschafter Frankreichs, durch den Nordkorea abzulösen. Da Nordkorea aber zu den wenigsten Staaten diplomatische Beziehungen hatte, war sein Amt als Doyen ziemlich illusorisch.



Zudem konnten Exilregierungen in der Stadt Cotonou Botschaften errichten, so z. B. die Sahraoui-Republik (die einstige spanische Besitzung in der Westsahara) und die Südmolukken. Die afrikanischen Nachbarländer wiederum zeigten sich wenig begeistert, belächelten das neue Benin und vermieden Besuche und Kontakte, was zu einer gewissen Isolierung in Afrika führte.

Zu weiterer Radikalisierung und auch zu Unterstützung des Regimes durch die Bevölkerung führte, zumindest vorübergehend, der bis heute nicht aufgeklärte Söldnerüberfall vom 16. Januar 1977: Ein Flugzeug mit Söldnern unter Befehl des berühmten Bob Denard landete in Cotonou und kämpfte sich die ca. 3 km vom Flughafen zum Präsidialamt vor, wurde aber zurückgeschlagen. Bei dem hastig organisierten Rückflug wurden Waffen und vor allem sämtliche Dokumente der Söldner zurückgelassen, sodass man letztendlich die Identität aller Beteiligten kannte. Es gab in Cotonou nur wenige Tote, aber einen gefangenen Söldner, der noch dazu aus dem Bruderland Guinea stammte.

Wirtschaftliche Turbulenzen

Nach dem Söldnerüberfall 1977 kam es kurzfristig zu einer Radikalisierung, aber auch zu einer zunehmenden Ermüdung der Bevölkerung, die Arbeit und Brot wünschte, statt radikaler Parolen in Rundfunk und dem neuen TV. Durch den großen Nachbarn Nigeria, der durchaus Benins Unabhängigkeit einschränkte und sich offensichtlich eine weitere ideologische Verschärfung verbat, kam es politisch zu einer Propaganda-Beruhigung, wirtschaftlich zu Joint Ventures mit Nigeria (Bau einer Zement- und einer Zuckerfabrik, Offshore Erdölförderung), somit auch zu einer kurzen Erholung des Entwicklungslandes Benin.

Ab 1986 verschärfte sich die Krise des Landes: Die Korruption nahm in bisher unbekannter Masse zu, die Finanzverwaltung bewies ihre Unfähigkeit, öffentliche Gelder wurden veruntreut, Gehälter und Löhne über viele Monate nicht ausgezahlt, etc. Das Ergebnis war vorauszusehen: Bevölkerung, Studierende und auch die Mitglieder der Einheitsgewerkschaft revoltierten. Auch die katholischen Bischöfe klagten das Regime in einem Hirtenbrief an und nannten offen die Übel, nämlich Korruption, Begünstigung, Veruntreuung und völlige Abwesenheit von Berufsehre in den Verwaltungen. In die gleiche Kerbe schlug die mittlerweile zugelassene unabhängige Presse.

Im April 1989 begann ein unbefristeter Generalstreik der LehrerInnen, Studierenden und von ArbeiterInnen, die der Einheitsgewerkschaft nicht mehr folgten; dieser Streik dauerte mehrere Monate, in der Verwaltung funktionierte nichts mehr. Der Staat war sozusagen lahmgelegt. Wie weit das Regime diskreditiert war, sieht man auch an der



offen ausgesprochenen Kritik am Marxismus-Leninismus als Laxismus-Beninismus. Es bedurfte einer Lösung in dieser existentiellen Krise.

Die Nationale Konferenz von 1990 – ein Musterbeispiel für Aufarbeitung und Krisenbewältigung

Zur Beruhigung der Bevölkerung wurde im August 1989 ein Gesetz verabschiedet, das alle verurteilten Opfer des Regimes amnestierte. (Es gab viele Verurteilungen: Haftstrafen und auch – nie vollstreckte – Todesurteile.) Im November 1989 kündigte Präsident Kérékou eine Konferenz zur Lösung der Krise an: Ausarbeitung einer politischen Neuorientierung des Landes durch die „Conférence Nationale des Forces Vives“ (etwa: „Nationalkonferenz der aktiven Kräfte“ des Landes). Des Weiteren trug zur Beruhigung bei, dass der Staatschef am 7. Dezember das Grundgesetz aufhob, ebenso wie die Parteistrukturen und eine Reform der Justiz ankündigte. Vor allem beendete er die Gültigkeit des Marxismus-Leninismus. Er selbst, der für alle Irrwege hauptverantwortlich war, blieb aber Präsident.

Ein Vorbereitungsteam begann noch im Dezember mit der Arbeit. Anschließend wurde die Wahl der KonferenzteilnehmerInnen organisiert, 524 Männer und Frauen aus allen Schichten und Berufen, aus dem Inland und Ausland.

Der offensichtlich intendierte Versuch, durch diese Vielzahl von „Abgeordneten“, die sich dann in über 50 Fraktionen gruppierten, auch Uneinigkeit zu provozieren, scheiterte.

Dies ist mehr als erstaunlich. Noch erstaunlicher aber ist, was dann geschah, als die Konferenz²⁹ am 19. Februar 1990 zusammentrat.

Die Besonderheiten der Konferenz:

- Für alle gestellten Aufgaben wurden praktikable Lösungen gefunden.
- Der katholische Erzbischof von Cotonou, Isidore de Souza, also ein vom atheistischen Regime nicht geschätzter Kirchenmann, wurde zum Präsidenten dieser Versammlung gewählt, von MuslimInnen, AtheistInnen, Voodoo-AnhängerInnen, VertreterInnen der christlichen Konfessionen, FreiberuflerInnen, BeamtlInnen, Mitgliedern der Einheitspartei, etc.

²⁹ Durchaus von Interesse ist das gewählte Symbol für die Konferenz – der irdene und löchrige Wasserkrug des König Ghézo von Danhomé (1818-1856): Das Wasser kann nur zu den Durstigen gelangen, wenn viele Daumen – also die der über 500 KonferenzteilnehmerInnen – die Öffnungen verschließen. Eine starke Symbolik und ein Auftrag in der katastrophalen Situation Benins.

- Noch erstaunlicher war, dass sich die Konferenz, in Ermangelung eines Parlaments oder einer anderen staatsrechtlich beauftragten Institution, für **souverain** erklärte und
- alle gefassten Beschlüsse als gültig und als zur Ausführung/Umsetzung bestimmt verabschiedet wurden.
- Weiterhin ist als unerwartet und unglaublich zu bezeichnen, dass Kérékou sich mit allem einverstanden erklärte. (Notabene: Er hielt sich auch in der Folgezeit daran!)

Die Konferenzbeschlüsse – 19. bis 28. Februar 1990

- Ausarbeitung einer neuen Verfassung,
- Abänderung des Namens in Republik Benin und Wiedereinführung der alten Farben für die Landesflagge (grün, gelb, rot),
- Garantie für Achtung der Menschenrechte,
- Garantie für Grundrechte und Gewaltenteilung,
- Errichtung eines neuen, demokratischen Systems mit freien, demokratischen Wahlen für ein freies Parlament,
- Schaffung unabhängiger Institutionen, wie ein „Oberster Rat der Republik“ (Präsident: Erzbischof de Souza), zur Kontrolle der Umsetzung der Konferenzbeschlüsse, zur Überwachung der Regierung und der Wahlen für das neue Parlament und den nächsten Präsidenten,
- Bestimmungen für eine Periode des Übergangs, also bis zu den Neuwahlen im Januar 1991: Kérékou bleibt in dieser Zeit Staatschef, bekommt aber einen Premierminister³⁰ zur Seite gestellt.



Der Präsident der Nationalkonferenz: Erzbischof Isidore de Souza mit dem Hg.(Foto: Privat 1995)

Fazit

Benin – „ein Land, anders als die anderen“ („un pays pas comme les autres“) – hat mit seiner Aufarbeitung seinen Ruf bestätigt, besonders kreativ und innovativ zu sein. Insbesondere die Nationalkonferenz, weitergehender als die „runden Tische“ nach dem Ende des Ostblocks, hat Lösungen erarbeitet, die sogar Nachahmer fanden – in Togo, im Kongo nach dem Ende des Mobutu-Regimes, auch in der Elfenbeinküste

³⁰ Das war der Weltbankfunktionär Nicéphore Soglo, der im März 1991 zum Präsidenten gewählt, aber bei den Märzahlen 1996 wieder von Kérékou abgelöst wurde.



und in Madagaskar. Der positive Wandel war jedoch nur in Benin von Dauer. Allerdings hat die Konferenz nur den Bruch mit der Vergangenheit vollzogen und die Errichtung neuer Strukturen eingeleitet. Eine Verurteilung von Tätern fand bewusst nicht statt. Einige von ihnen stiegen sogar in der Verwaltung weiter auf, wie z. B. der ehemalige Innen- und Propaganda/Ideologie-Minister Azonhiho, einer der gefürchtetsten Scharfmacher der Revolutionspartei und Mitglied des Politbüros, heute General. Kérékou selbst, was auch erstaunlich ist, wurde sogar in der demokratischen Zeit 1996 erneut zum Präsidenten gewählt. Er aber hat sich öffentlich beim beninischen Volk für die Exzesse seiner Regierungszeit entschuldigt und den Marxismus als Irrweg bezeichnet. Er, dessen Spitzname „Caméléon“ war, mutierte nach seiner letzten Amtszeit sogar zum Pastor einer evangelischen Kirche. Nicht nur Kérékous Nachgiebigkeit während der Nationalkonferenz und dem Stillhalten der Hardliner ist der friedliche Übergang zu einem demokratischen System zu verdanken, sondern auch der Toleranz der 524 Teilnehmenden, darunter viele außergewöhnliche Persönlichkeiten wie Erzbischof de Souza (verstorben 1999), den Juristen Théodore Holo und Robert M. Dossou (beide ehem. Außenminister) und Grace d’Almeida Adamon (später Justizministerin, †), u.v.a. Dennoch ist die Vergangenheit, die fast zwei Jahrzehnte Misswirtschaft einschließt, bis heute eine Belastung für das Land, das – trotz vieler Defizite – als demokratisches Musterland in Afrika von internationaler Hilfe profitiert, aber immer noch zu den 45 ärmsten Ländern der Welt gehört.

Literatur

- Adamon, A. D.: Le Renouveau démocratique au Bénin – La Conférence Nationale des Forces Vives et la période de Transition, Editions L’Harmattan, 1995.
- Mawouton, J.-A.: Les manipulations politiques avant et sous Yayi, Bibliothèque Nationale, 2010.
- Banegas, R.: La Démocratie à pas de caméléon, Transition et Imaginaires politiques au Bénin, Karthala, 2003.
- FFN/FNS: Les Actes de la Conférence Nationale, Cotonou, du 19 au 28 Février 1990, Cotonou Onepi, 1994.
- FES/FFE: L’Economie Béninoise sous l’Ajustement Structurel, Cotonou Copef, 1996.
- Assemblée Nationale (FHS/HSS): Cadre légal de la Décentralisation de l’Administration Territoriale au Bénin, Hearing pour l’Assemblée Nationale, Cotonou 1996.
- Flues, M./Friede, H.: Benin, S. 54–66, In: J. M. Werobèl-La Rochelle/u. a. (Hg.): Polit. Lexikon Schwarzafrika, München: Beck, 1978.
- Garcia, L.: Le royaume du Dahomé face à la pénétration coloniale (1875-1894), Karthala, 1988.
- Gutteridge, W. F.: Military Regimes in Africa, Methuen (London), 1975.
- Pliya, J.: Le Benin (L’Histoire de mon Pays), Cotonou, 1992³.
- République du Bénin: Constitution 1990 (Verfassung).
- Werobèl de La Rochelle, J. M.: Démocratisation de la Fonction Publique – Bénin, In: Processus de démocratisation, Université Libre de Bruxelles/FHS 1994.



1.6.3 Voodoo – Von der Verfolgung in der VR Benin zur Gleichstellung durch die Verfassung der Republik Benin von 1990

Voodoo³¹ – ein Überblick zu Inhalt und Praxis

Voodoo ist eine von Geistern und Ahnen beseelte Naturreligion (Animismus). Jedoch gibt es bislang keine präzise Definition, da dieser Kult sehr viele Formen annehmen kann und keine Dogmen oder besondere Schriften kennt. Vieles hängt von den jeweiligen Chefs und Oberpriestern ab, ist also ständigen Wandlungen und Anpassungen unterworfen. Demzufolge unterscheiden sich die Kulte von Region zu Region, so wird beispielsweise der Kult in Benin und in Togo anders praktiziert als der in Haiti oder Brasilien. Zudem ist dieser Glaube gerade in Brasilien und der Karibik mit vielen christlichen Elementen vermischt.

Durch Rituale, Tänze sowie Trancezustände nimmt man Kontakt zu den Göttern und den Ahnen auf. Wichtig ist auch das Fa, Zukunftsvorhersagen mittels Wahrsagebrett. Natürlich gibt es auch Scharlatane unter den Voodoo-Priester und gelegentlich kommt es sogar zu Ritualmorden, Kannibalismus und Zombifizierung sind jedoch eher in das Reich der Fabeln zu verweisen. Die große Mehrheit der Priester sind jedoch traditionelle Heiler/Pharmazeuten, deren Kenntnisse und Erfahrungen über Jahrhunderte weitergegeben wurden, und die zudem besondere psychologische Fähigkeiten entwickelt haben, um den Willen der Kranken, geheilt zu werden, zu beeinflussen und zu fördern (vgl. die „méthode Coué“ in der modernen Medizin³²).

Die Verbreitung des Voodoo

Das historische und geographische Zentrum dieser Naturreligion ist der Süden Benins, das ehemalige vorkoloniale Dahomey, Königreich der Fon-Ethnie, und das benachbarte Land Togo. Da sich dessen Herrscher seit dem 16. Jahrhundert europäischen Sklavenjägern als Lieferanten anboten, wurde die Hafenstadt Ouidah einer der Hauptumschlagplätze des „schwarzen Goldes“ in Westafrika. Durch den über drei Jahrhunderte andauernden Sklavenexport von Ouidah aus, aber auch von der gesamten Sklavenküste und Goldküste (heutiges Ghana), gelangte Voodoo in die Neue Welt und verbreitete sich, zum Teil unter anderen Namen, in Brasilien und der Karibik, insbesondere auf Haiti, aber auch im Süden der USA. Dieser Glaube war schließlich das einzige, was die Menschen aus Afrika mitnehmen konnten. Der Voodoo-Kult nahm auch christliche Elemente auf, besonders in Brasilien.

³¹ Es gibt verschiedene Schreibweisen, u. a. Voodoo, Vodun, Vaudou, Woodoo, Wodu, etc.; die Anhänger in Benin werden Voudonsi/ Voudounsini genannt.

³² Émile Coué (1857-1926), franz. Psychologe, der Autosuggestion zur Selbstheilung einsetzte.



Drei Religionen: Christentum – Islam – Voodoo

Mit der Kolonialzeit kam das Christentum in die afrikanische Welt. Der Islam gelangte schon früher von Nordafrika aus nach Westafrika. In der Zeit von 1800 bis 1880 breitete er sich, getragen von den Sufi-Bruderschaften und mit Hilfe der Händlerdiasporen, von der Westküste bis in das östliche Zentralafrika aus.

Die christliche Missionierung erfolgte z. B. in Togo durch die Bremer Missionsgesellschaft im 19. Jhd..

Nach der Aufhebung der Sklaverei im 19. Jahrhundert kehrten viele befreite Sklaven, besonders aus Brasilien, nach Westafrika zurück. Es entstand eine vernetzte afrikanische Kaufmannschaft an der Oberguineaküste. Da diese Rückkehrer mit dem christlichen Glauben vertraut waren, wurden aus ihnen die einflussreichsten Protagonisten des Christentums³³. Durch ihren Umgang mit Europäern, vor allem mit den Portugiesen in Brasilien, nutzte die Kolonialmacht ihre Erfahrungen und Kenntnisse. Bis heute findet man die Nachfahren dieser auch „Brasilianer“ genannten Afrikaner in wichtigen Positionen und Funktionen, so gibt es kaum ein Kabinett in Benin, in dem nicht schon am Namen erkenntliche Personen dieser Gruppe vertreten sind.

Trotz aller Schwierigkeiten und Differenzen unter den Religionen, haben diese drei Formen des Glaubens in Dahomey/ Benin, auch nach Einführung des Marxismus in den 1970er Jahren friedlich koexistiert.

Verfolgung der Voodoo-Anhänger durch das marxistische Regime

Mit der Ausrufung des Sozialismus bzw. des Marxismus–Leninismus in Dahomey/Benin³⁴ in den siebziger Jahren, änderte sich die Einstellung zum afrikanischen Kult radikal. Was bis dato höchstens als heidnisch und primitiv belächelt worden war, bekam nun in der offiziellen Politik einen ganz anderen Charakter, wurde als Obskurantismus³⁵ bezeichnet. Ganz im Sinne des sog. „wissenschaftlichen Sozialismus“ stellte sich die sozialistische Regierung der VR Benin nun gegen die eigenen Traditionen und beschuldigte die bisher anerkannten Mediziner und Herbalisten pauschal als Hexer und Zauberer.

Die Verfolgung der Voodoo-AnhängerInnen hatte begonnen. Auch zahlreiche Dekrete wurden hierfür erlassen, u. a. gegen die traditionelle und sehr aufwändige Art der

³³ Ein bedeutender Nachfahre des obersten Sklavenjägers Francisco de Sousa (hierzu auch der Roman von Bruce Chatwin: „Der Vizekönig von Ouidah“ und dessen Verfilmung: „Cobra Verde“ von Werner Herzog und Klaus Kinski als Francisco de Sousa) war der Erzbischof von Cotonou Isidore de Souza, der maßgeblich zum Erfolg der Nationalkonferenz 1990 beitrug.

³⁴ Zur Umbenennung siehe auch vorheriges Kapitel. Nach dem Putsch durch die Militärs erfolgte 1975 die Ausrufung des Marxismus-Leninismus als offizielle Staatsdoktrin, mit katastrophalen wirtschaftlichen Folgen, die auch zur Umkehr und zur Einführung eines demokratischen Systems 1990 führte (s. auch Fussnote ²⁹).

³⁵ Seit der Aufklärung: Bezeichnung für eine nicht definierte Weltanschauung.



Trauerfeiern, bis hin zur Begrenzung der Ausgaben/Kosten für diese. Die Dekrete legitimierten die Verfolgung der Voodoo-PriesterInnen, führten zu ihrer Internierung als „Hexer“ und „Hexen“ sowie zu ihrer Drangsalierung und auch Folter.

Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre unternahmen VertreterInnen einer international tätigen Organisation³⁶ den Versuch, die animistische Religion zu entmystifizieren. Es wurde eine sehr pragmatische Methode gewählt, nämlich die Kenntnisse und Fähigkeiten der Tradi-Mediziner (notabene waren viele von ihnen Voodoo-PriesterInnen). Es wurden also traditionelle Methoden der Heilung in den Vordergrund gestellt, Praktiken, die vor der Ankunft der europäischen Medizin den AfrikanerInnen über Jahrhunderte hinweg Hilfe gegeben hatten.

Diese Argumentation führte jedoch zu weiteren Konflikten zwischen Pragmatikern und Revolutionären innerhalb der sozialistischen Regierung Benins. Dennoch gelang es, wie nachfolgend erklärt, eine allmähliche Versachlichung zu erzielen. Schließlich gab es auch keine flächendeckende medizinische Grundversorgung für Benin, zu dieser Zeit eines der ärmsten Entwicklungsländer der Welt.

Entmystifizierung und Rehabilitierung durch die neue Verfassung

Um die kritische Situation für die Voodoo-AnhängerInnen, insbesondere deren PriesterInnen und Tradi-MedizinerInnen, zu entschärfen, wurden ab 1979 zahlreiche internationale Konferenzen³⁷ einberufen. Unter Beteiligung von neutralen und anerkannten Organisationen, wie der OAU (Organisation of African Unity) und Enda (UN-Beratung, Dakar), konnte eine allmähliche Öffnung im System eingeleitet werden: Die traditionelle Medizin konnte wieder straffrei genutzt und praktiziert werden. Die Unterscheidung zwischen Medizinern, Herbalisten und den Zauberern/Scharlatanen blieb aber bestehen.

Die Devise der Revolutionsregierung „comptons d'abord sur nos propres forces“³⁸ („sich zuerst auf die eigene Kraft verlassen“) wurde nutzbringend und erfolgreich als politisches Mittel eingesetzt, zumal sie sich bei einer Ablehnung das System selbst widersprochen hätte.

Schließlich erfolgten 1990 die Einberufung der Nationalkonferenz und die Annahme einer neuen Verfassung in Benin. Gemäß Artikel 23 dieser Verfassung galt fortan Religionsfreiheit, d. h. jede Religion hatte das Recht, sich ohne Behinderung durch

³⁶ Der Autor möchte in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass er als erster versucht hat, durch „Comptons d'abord sur nos propres forces“ eine Änderung in der Behandlung der Tradi-Mediziner zu erreichen.

³⁷ INFOSEC/FFN/Werobèl-La Rochelle, J. M. (Hg.): Médecine Traditionnelle et Pharmacopée Africaine, Technologies Appropriées, 3 Bände, Cotonou, 1978 ff.

³⁸ Diese Devise orientiert sich an Nordkoreas Juche-Ideologie. Notabene: Die Volksrepublik Benin hat im Konflikt zwischen der Sowjetunion und der VR China nie Position bezogen, fand das kleine Nordkorea als „neutrale“ Lösung.



den Staat zu entfalten. (Original in der Amtssprache Französisch, hier englische Übersetzung: „*The institutions and the religious or philosophical communities shall have the right to develop without hindrances. They shall not be subject to the guardianship of the state. They shall regulate and administer their affairs in an autonomous manner*“.)

Voodoo wurde damit offiziell neben dem Christentum und dem Islam als Religion anerkannt, was als eine Art von Entschuldigung für die gewaltsamen Übergriffe in der Vergangenheit zu interpretieren ist.

Fazit

Die Nationalkonferenz führte nicht dazu, dass die für Internierung und Drangsalierung Verantwortlichen, insbesondere die Mitglieder des Politbüros/Zentralkomitees, der Einheitspartei und der Polizei, juristisch zur Rechenschaft gezogen wurden.

Heute sind traditionelle MedizinerInnen und Voodoo-PriesterInnen in Afrika nichts Ungewöhnliches. Die Bevölkerung hat den Weg zurück zu ihren Traditionen wiedergefunden, falls man denn überhaupt behaupten kann, dass sie ihn je verloren hatte.

Neben den offiziellen Feiertagen in Benin, also z. B. Weihnachten und Ostern für die ChristInnen, Mohameds Geburtstag und Ramadan-Ende bei den MuslimInnen, haben die Voodounsi auch ihren eigenen gesetzl. Feiertag, den 10. Januar jeden Jahres.

Heute lassen sich in Benin auch „Heilige Haine“ (gehegte und umfriedete Wälder, in denen eine Gottheit verehrt wird) finden, insbesondere die Forêt Sacrée (Heiliger Hain) in der Stadt Ouidah. Dieser Hain steht gewissermaßen unter UNESCO-Schutz und ist heute von großer Bedeutung, auch aus Umweltschutz-Gründen. Aber auch andere Plätze erinnern in Ouidah an die Schicksalstage Afrikas. So „die Straße der Sklaven/Straße ohne Wiederkehr“. Eine Station ist der Tempel der Python (gegenüber der katholischen Basilika!), da besonders Schlangen in der Voodoo-Kultur eine Vielzahl von symbolischen Bedeutungen haben. Dort findet eine alljährliche Zeremonie zu Ehren der Gottheit statt.

Besonders hilfreich, sogar aufwertend wirkte „Ouidah 92“, das ERSTE Weltfestival für Kunst und Kultur des Voodoo, das 1993 in dieser Küstenstadt stattfand – unter Schirmherrschaft der UNESCO, des französischen Kulturministeriums und teilnehmenden Delegationen aus der Karibik, Brasilien, den USA, etc..

Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich Benin durch Verfassung – de iure – und Praxis – de facto – wieder von anderen Staaten unterscheidet, nämlich positiv durch Religionsfreiheit und Toleranz.

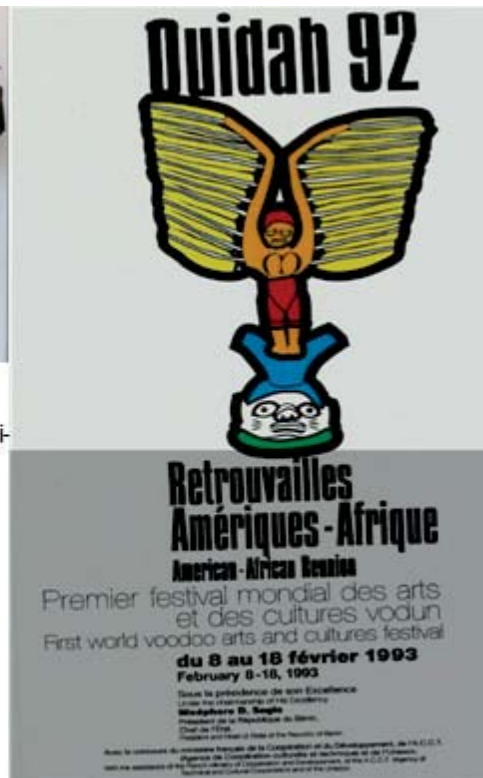
Somit ist die Vergangenheit als aufgearbeitet zu bezeichnen.



Ouidah: an der Sklavenstrasse
(Foto: J.M.W.)

Kultstab eines
Herbalisten/ Tradi-
Mediziners
(Foto: J.M.W.)

Dieses „Vodun“-Festival ist als
eine außergewöhnliche Form
der Wiedergutmachung zu
werten.



Literatur

Chesi, G.: Voodoo. Afrikas geheime Macht. Perlinger-Verlagsgesellschaft, 1979.

Christoph, H./Oberländer, H.: Voodoo. Geheime Macht in Afrika. TASCHEN Verlag, 1995.

Christoph, H. (Hg.): Vodun, Voodoo, Vodou-Spirits, Leipzig: Verlag Zweitausendeins, 2013.

ENA/FHS/Grand Conseil Vodoun: Religion Vodoun et le Développement Economique et Social au Bénin, Cotonou, 1994.

Reutner, A.: Voodoo, und andere afrikanische Religionen. Nancy Colina de Bernabo, 1982.

Tembo, M.: Mythen der Welt. Mythologie der Afrikaner. Kettwig: Athenion Verlag, o.J.

Werobèl de La Rochelle, J. M.: Castles Close to the Equator... —...on the Coast of Guinea. European Relics in Africa, In: Narva Museum (Estland) 2012.

und mit Schwerpunkt HAITI:

Deren, M.: Der Tanz des Himmels mit der Erde; Die Götter des haitianischen Vaudou, Promedia, Wien, 1992.

Seabrook, W. B.: Geheimnisvolles Haiti-Rätsel und Symbolik des Wodu-Kultes, München: M. u. S., 1982.

Internet Universität des Saarladens: campus/studium/comin/ZIS/Dateien/LaenderUebersicht/benin.pdf

Hinweis auf Museen zum Thema Voodoo

- das wichtigste in Essen, aufgebaut von Henning Christoph, dem besten deutschen Spezialisten (s. Literatur)



-
- in Blancafort (unweit von Bourges/Frankreich), das sich generell mit dem Universum der Zaubererei, etc., von der Vorgeschichte bis ins 19. Jhd. befasst
 - in New Orleans (USA) im French Quarter
 - besonders in Ouidah – die ganze Stadt erscheint als Vodoo-Freilichtmuseum, mit dem Heiligen Hain (Forêt Sacrée) und mit modernen Skulpturen beninischer KünstlerInnen, entlang der 3 km langen Strasse vom Zentrum zum Atlantik zu der Stelle, wo die Sklaven auf die Schiffe verbracht wurden, dem Python-Temple, gegenüber der kath. Basilika (!) und zahlreicher kleinerer Heiligtümern und Vodoo-Tempeln.



2 Relativ erfolgreiche Aufarbeitung von Diktaturen/ Totalitären Systemen

2.1 Argentinien – Diktatur und Demokratie:

Bettina Hofmann

Die Geschichte Argentiniens ab 1946

In Argentinien wechselten sich in den 1930er Jahren Diktaturen und Demokratien ab. Zu diesem Zeitpunkt stand Wahlbetrug an der Tagesordnung. 1946 wurde der erste Präsident Juan Domingo Peron „gewählt“. Er führte ein autoritäres Regime, aber er verwirklichte auch soziale und wirtschaftliche Reformen. Die Medien und die Gewerkschaften wurden kontrolliert. Er vereinte Nationalismus, Populismus, Sozialpolitik, er industrialisierte und entwickelte Infrastrukturen. Sein politisches System ist auch als Peronismus bekannt.

1955 wurde Peron von Eduardo Lonardi gestürzt. Er floh ins spanische Exil. Danach gab es Chaos im Land, es wechselten sich Militärdiktaturen und Scheindemokratien ab. 1973 übernahm Peron bis zu seinem Tod 1974 erneut das Amt, danach wurde seine dritte Ehefrau Isabel Peron die Machthaberin. Parteien waren zwar zugelassen und es gab freie Wahlen, doch die Medien sowie die Gewerkschaftsbewegung unterlagen der Kontrolle durch Peron und seiner Bewegung. Personenkult und nationalistische Propaganda waren wichtige Pfeiler von Perons Herrschaft. In seiner Amtszeit wurden viele Oppositionelle (Kommunisten und Sozialisten) verfolgt. Peron konnte in dieser Amtsperiode wirtschaftliche Probleme allerdings nicht überwinden. Im Jahr 1976 kam es zum Sturz der Regierung und zu einer der grausamsten Militärdiktaturen, die die Welt je erlebt hatte: Die Diktatur von Jorge Rafael Videla. Sie forderte unzählige Opfer. Regierungsgegner wurden als Terroristen verfolgt, gefoltert, verhaftet und ermordet. Bis heute gelten mehr als 30.000 Menschen als vermisst, darunter sehr viele Studenten. Terror und Gegenterror herrschten im Land, durch den Kampf der Militärregierung gegen Guerilla Organisationen z.B. die „Montoneros“. Nach dem Diktator Videla übernahmen 1981 Roberto Viola im März und anschließend Leopoldo Galtieri das Amt. Sie hatten auch keine Lösung für die Wirtschaftskrise Argentiniens.

1982 kam es zum Falklandkrieg (brit. Insel vor der argent. Küste). Nach dem britischem Sieg folgte Reynaldo Bigone auf Galtieri. Die Bürger akzeptierten diese erneuten Diktaturen aber nicht mehr und demonstrierten gegen das Regime.

Ab 1983 setzte langsam eine Demokratisierung ein: Dr. Raul Alfonsin wird Präsident. Er reformierte und schwächte das Militär, setzte eine strikte Sparpolitik durch, hatte aber auch keine durchschlagende Lösung für die Wirtschaftsprobleme. 1989 bis 1999 war Dr. Carlos Saul Menem Präsident; er setzte einen neoliberalen Kurs durch.



Er stabilisierte erfolgreich die Preise und privatisierte die Staatsunternehmen. In seiner Regierungszeit stieg aber auch die Auslandsverschuldung enorm an; er führte eine defizitäre Haushaltspolitik. Es herrschte hohe Korruption und die Justiz wurde beeinflusst.

1999-2001 war die Präsidentschaft von Dr. Fernando de la Rúa, er führte eine Mitte-Links-Koalition, die das Land in den Ruin führte: Die wirtschaftliche Situation des Landes verschlechterte sich enorm. Plünderungen und Demonstrationen gegen die Regierung standen an der Tagesordnung. Am 20.12.2001 trat Rúa nach gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Demonstranten und der Polizei zurück. Dabei wurden 25 Menschen getötet. Der Nachfolger Adolfo Rodríguez Saá erklärte den Staatsbankrott. 2002-2003 war die Präsidentschaft von Eduardo Duhalde, er wertete die Währung ab und gab den Wechselkurs zum Dollar frei. 2003 trat der neu gewählte Präsident Dr. Néstor Kirchner sein Amt an. Er führte soziale Reformen durch und stabilisierte Argentinien außergewöhnlich schnell. Auch in Kirchners Regierung war nicht alles positiv: Korruption und Begünstigung herrschten weiter vor, z.B. gibt es noch Gesetze, in denen Politikern Unmengen an Geld zustehen. Aus diesem Grund ließ auch die Popularität des Präsidenten nach. Denn zudem ist trotz Wirtschaftsaufschwung und verschiedenster sozialer Maßnahmen wie Lohn- und Rentenerhöhungen und eines umfangreichen Wohnungsbauprogramms eine wirkliche Verbesserung der Lebensverhältnisse vor allem der armen Bevölkerung kaum zu spüren. Hinzu kommt die Angst vor einer fortschreitenden Inflation. Die Regierung achtete aber darauf, die Kosten für die Grundnahrungsmittel unter Kontrolle zu halten. Nachfolgerin wurde seine Ehefrau Cristina Fernández de Kirchner (2007 bis 2015).

Vergangenheitsbewältigung

Auch beim Thema Menschenrechtsverbrechen der Diktatur konnte Kirchner sich mit seiner Linie letztendlich durchsetzen. Kirchner ging vehement gegen zwei Gesetze vor, die bislang die gerichtliche Verfolgung der Verbrechen der Diktatur behinderten. Schon kurz nach seinem Amtsantritt ließ er das „Befehlsnotstands- und das Schlusspunktgesetz“ in Kongress und Senat für ungültig erklären. Beide Gesetze waren 1986 und 1987 vom ersten nach der Diktatur gewählten Präsidenten, Raúl Alfonsín, eingebracht und vom Parlament verabschiedet.

Und das Schlusspunktgesetz setzte, getreu seinem Namen, einen Schlusspunkt unter die bis dahin laufenden Verfahren gegen die Junta-Mitglieder. Nun erklärte auch der Oberste Gerichtshof die Gesetze für verfassungswidrig. Damit sind die Täter politisch geächtet.



Fazit

Es kam zu einer Flut von Verfahren gegen Ex-Diktator Videla: Erste Verurteilung 1985 wegen Menschenrechtsverletzungen, aber Begnadigung durch Präsident Menem. Erneuter Prozess und Verurteilung 2010 → Lebenslange Haftstrafe wegen Kindsraub und Zwangsadoptionen 2012. Videla starb am 2013 mit 87 Jahren im Gefängnis von Marco Paz.

Nach diesen Prozessen und Verurteilungen dürfte die Periode der Diktatur und der Menschenrechtsverletzungen weitgehend abgeschlossen sein.

Literatur

Bein, E. und. R.: Gott ist kein Argentinier mehr. Die Krise Argentiniens, Wien 2004.

Internet

Argentinien prüft seine Nazi-Connection, Online-Quelle (Stand: 10.02.06)

Dr. Erna Pfeiffer (WS 2004/2005): Nationalwerdung und Hybridität im argentinischen Drama, Online-Quelle (Stand: 09.02.2005)

http://www-gewi.uni-graz.at/staff/pfeiffer/materialien/argentinische_geschichte.doc

www.faz.net (11.02.2006): Vergangenheitsbewältigung

<http://www.faz.net/sRub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc~E075C8B0A3D204264A9C5C5E6C382B345~ATpl~Ecommon~Scontent.html>



2.2 Chile – Die Diktatur Pinochet 1973-1989 und die Folgen:

Iris Eberl

Präsidentschaft Salvador Allendes 1970-1973

1969: Linke bilden Wahlbündnis Unidad Popular (UP): kommunistische, sozialistische, humanistische, links-christliche und marxistische Parteien (UP vertritt sozialistische Linie: Verstaatlichung der Industrie, Enteignung der Großgrundbesitzer).

1970: Wahlsieg Allendes, stösst auf großen Widerstand in den USA: direkte Beteiligung der USA an Planung und Vollzug des Umsturzes 1973.

Allende ernennt Pinochet zum Generalstabchef des Heeres (23.08.1973) und erklärt sein volles Vertrauen in Pinochet und die Armeeführung; Pinochet wird auch Oberbefehlshaber von Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe und Polizei.

Der Militärputsch am 11. September 1973 – Unterstützung durch Industrielle, Großgrundbesitzer und die USA.

1973: angeblicher Selbstmord Allendes im Präsidentenpalast „Moneda“. Reaktionen im Ausland: Jubel der USA und der verbündeten europäischen Staaten. Aus Deutschland kommen schon kurz nach dem Putsch mehrere Delegationen prominenter SPD- und CDU-Politiker, somit erfolgt internationale Aufwertung für das Militärregime.

Die Folgen des Putsches:

- Besetzung aller staatlichen Institutionen durch das Militär
- Ermordung von 3.000 Sympathisanten Allendes, darunter ca. 200 Studenten, die beim Beschuss der Universität ums Leben kamen
- Ausrufen des Notstandes; Legitimation für Eingriffe in die Grundrechte
- Augusto Pinochet wird Präsident der allmächtigen Militärjunta, die aus den Chefs der 3 Waffengattungen und der Polizei besteht

Weitere Massnahmen folgen:

- Errichtung von Konzentrationslagern in den dünn besiedelten Wüstengebieten (Norden Chiles und Patagonien),
- Zu-Tode-Foltern von Oppositionellen und Allende-Sympathisanten,
- Hinausfliegen und Abwerfen von Gegnern über dem Meer,
- Massenexekutionen.



Abschaffung des Parlaments und Verbot missliebiger Parteien und Verbrennen von deren Büchern sind weitere Folgen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt/ Main gewährt der chilenischen Militärregierung im Januar 1974 Warenkredite in Höhe von 21,1 Mrd. Mark mit 30 Jahren Laufzeit und zu 2 % Zinsen.

Extreme Menschenrechtsverletzungen/Methoden des Militärregimes

Laut Aufstellung von Amnesty International :

Im ersten Regierungsjahr Hinrichtung von über 10.000 Menschen und Inhaftierung von etwa 10.000 politischen Gegnern, ohne Prozess, unter menschenunwürdigen Bedingungen in Straflagern

USA geben im Jahr 2000 Dokumente frei, die eine enge Zusammenarbeit der CIA mit dem chilenischen Geheimdienst **DINA** (**D**irección de **I**nteligencia **N**acional; Chef: Contreras) beweisen, geben auch die Unterstützung beim **Projekt Condor** zu (bei diesem Projekt arbeiteten mehrere lateinamerikanische Geheimdienste zusammen und liquidierten Oppositionelle durch Todesschwadronen).

Generalsekretär der CDU, Bruno Heck besucht 1973 das Stadion, welches als Internierungslager dient. Er berichtet: „Die Verhafteten haben sich nicht beklagt. Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm.“

Umfangreiche westdeutsche Rüstungslieferungen an chilenische Armee. Beim Besuch F. J. Strauß erhält das Regime Lob. Er besucht sogar die Siedlung Colonia Dignidad (1977 und 1979).

Das Ende der Militärdiktatur

USA üben Druck auf Pinochet aus; 1978 erste Volksabstimmung über den Verbleib Pinochets im Amt, dem bei einer durch die Polizei streng kontrollierten Wahl 75 % der Wahlberechtigten zustimmen. Jedoch sind dem bei dem Referendum von 1988, 55 % gegen eine weitere Amtszeit Pinochets.

Pinochet ernennt sich zum Senator auf Lebenszeit und erhält somit Immunität gemäss der Verfassung.

1989 erste freie Wahlen seit 15 Jahren: Wahlsieg des Christdemokraten Patricio Aylwin, gefolgt von Eduardo Frei Ruiz-Tagle (1994-2000), Michelle Bachelet (2006-2010 und 2014 - heute).



Belastungen durch die Militärdiktatur unter Pinochet

- soziale Situation: hohe Armutsrate (28 %)
- demokratische Schuld: Pinochet sicherte sich bei seinem Rücktritt institutionell Immunität hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen
- Amnestiegesetz: alle von den Sicherheitskräften begangenen Verbrechen vor 1978 können dadurch nicht strafrechtlich verfolgt werden
- Umweltschuld: massive Ausbeutung der Naturressourcen durch die vom Export dominierte Wirtschaft

Aufarbeitung

Einsetzung der Kommission für „Wahrheit und Gerechtigkeit“ (Comisión Verdad y Justicia, 1990).

Verurteilung des damaligen Chefs der CIA zu zweimonatiger Haft und 2.000 \$ Strafe – zwar Enthüllung der Verbrechen durch die nationale Kommission, aber keine Auswirkung auf juristische Verfolgung der Verantwortlichen.

- 1991: Report der Rettig- Kommission: über 3.000 Verschwundene oder nachweislich getötete Personen
- 1993: erstmals stehen Offiziere wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht
- 1993: Studentenunruhen an der katholischen Universität von Valparaíso, angeführt vom linksgerichteten Movimiento Libertá Chile; rasche Zerschlagung
- Rückkehr vieler Exilanten
- 1995: Verurteilung des Chefs des Geheimdienstes Dina Manuel Contreras wegen der Ermordung des Allende Außenministers Orlando Letelier
- 1998: Abdankung Pinochets als Heereschef, Verhaftung in London und dort Hausarrest
- 2000: Entlassung Pinochets aus gesundheitlichen Gründen
- Beginn der Ermittlungen mit spektakulären Anklagen und Haftbefehlen gegen hochrangige Militärs, u. a. aus Kreisen der Militärgeheimdienste Dine und CIE, die einen Teil der Befehlsstrukturen darstellten
- Aber: Pinochet konnte keine direkte Verantwortung nachgewiesen werden
- 2002, nach 20 Jahren, Verurteilung der Auftraggeber für Mord an dem Vorsitzenden der Angestelltengewerkschaft Anef, Tucapel Jimenez
- zum ersten Mal werden hohe Offiziere der Armee verurteilt:



- Major Carlos Herrera: Kopf der Mörder; lebenslange Haftstrafe
- Mittäter: Haftstrafen zwischen 6-10 Jahren
- 2002: Pinochet tritt von seinem Amt als Senator auf Lebenszeit zurück
- 2004: Diskussionen, ob nicht sämtliche Verschwundene für tot erklärt werden sollen, denn damit wäre der Rechtspraxis ein Riegel vorgeschoben. Wenn diese Fälle nicht als „fortdauernde Entführung“ behandelt werden, also ein nicht abgeschlossener Ermittlungsvorgang angesehen, wäre die Anwendung des Amnestiegesetzes einfacher.
- 2004: Veröffentlichung eines Berichts von über 35.000 Zeugenaussagen
- 2004: Veröffentlichung des Berichts Valech (katholischer Bischof Sergio Valech): auf 700 Seiten wurden Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes zusammengetragen: Folterung von 28.000 politischen Gegnern
- Opfer erhalten eine Rente von ca. 200 Dollar pro Monat
- Zeugenaussagen, die dem Bericht zugrunde liegen, bleiben 50 Jahre unter Verschluss
- bisher keine offizielle Entschuldigung gegenüber den Opfern der Folterungen und deren Angehörige durch Militär und Polizei
- Emilio Cheyre, Befehlshaber des Heeres, verurteilte vor Veröffentlichung des Berichts die Gräueltaten und gestand die Schuld für die seinerzeit begangenen Menschenrechtsverletzungen ein; ähnliche Äußerung der Luftstreitkräfte
- Verleugnen von Anwendung der Folter durch die Marine, aber symbolträchtiges Segelschulschiff „Esmeralda“ nach dem Putsch 1973 Gefängnis/ Folterzentrum
- 2004: Pinochet erhält Schmiergelder von der Waffenfirma British Aerospace (BAe)
- 2005: Aufhebung der Immunität Pinochets: Somit ist ein neuer Prozess möglich und kann für die Ermordung von 119 Oppositionellen (1975) angeklagt werden
- Anklage und Verurteilung Pinochets wegen Menschenrechtsverletzung, Steuerhinterziehung und Veruntreuung öffentlicher Gelder
- 2005: Haftantritt (12 Jahre) des Befehlshabers Manuel Contreras, der wegen der Entführung des Linksoppositionellen Miguel Angel Sandoval verurteilt wurde
- † Augusto José Ramón Pinochet Ugarte am 10.12.2006 in Santiago de Chile



Fazit

- *Weitgehende Aufarbeitung der Verbrechen von und unter Pinochet.*
- *Nun auch funktionierende Demokratie: Präsidentschaftswahlen in Chile seit 2005/ 2006: Nach Stichwahl zwischen dem rechtsgerichteten Sebastián Pinera der „Renovación Nacional“ und der Sozialistin Michelle Bachelet der „Concertación“, ging M. Bachelet als Siegerin hervor. Sie ist die erste demokratisch gewählte Präsidentin Lateinamerikas.*
- *Demokratisches Musterland in Lateinamerika.*

Literatur

- Koch, P./ Oltmanns, R.: Die Würde des Menschen- Folter in unserer Zeit, Ein Stern- Buch, Hamburg, 1977.
- Körner, R.: Chile nach 10 Jahren Pinochet, Fischer Informationen zur Zeit, Fischer TB, Frankfurt am Main 1983.
- Waldmann, P./ Zelinsky, U.: Politisches Lexikon Lateinamerika, Beck'sche schwarze Reihe, C.H. Beck München 1982².

Presse

- Ausflüchte und Vorwände- Das chilenische Militär tut sich schwer mit der Aufarbeitung von Verbrechen, Josef Oehrlein, 07.12.04, o.O.
- Chile: Die Schulden der Diktatur und die Arbeit der NGOs, Gabriel Sanhueza Suárez, 52/53 Dez 2002, TU International.
- Demontage des Mythos Pinochet- Chiles Weg nach vorn führt über die Vergangenheit, Ch. H. Henkel, NZZ: 19.05.2005, Nr. 114.
- Burghardt, P.: Pinochet vor neuem Verfahren- Oberster Gerichtshof bestätigt Aufhebung der Immunität, 2005.
- Oehrlein, J.: Pinochets Millionentransfers auf amerikanische Konten, 2004, Nr. 277
- Wolf, W.: Chile 11.September 1973- Legenden und Lehren.

Internet

- <http://www.taz.de/pt/2002/08/07/a0127/text>.
- <http://www.geocities.com/Athens/4092/Chile/stabilisierung.html?20062>.
- <http://www.geocities.com/Athens/4092/Chile/nachtrag.html?20062>.
- <http://www.nzz.ch/2005/05/14/al/newzzE8Q03YDF-12.html>.



2.3 Portugal und der „Estado Novo“:

Hans Unger

António de Oliveira Salazar

António de Oliveira Salazar (*1889) war von 1932 bis 1968 Ministerpräsident von Portugal. Als Professor für Nationalökonomie wurde er von Präsident António Oscar de Frooso Carmona 1928 zum Finanzminister berufen. General Carmona war bereits 1926 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen. Salazar forderte als Finanzminister uneingeschränkte Handlungsfreiheit über die Staatsfinanzen und errichtete so eine Finanzdiktatur. Salazar erreichte durch ein strenges Sparprogramm die Konsolidierung des Haushalts und erwarb sich dadurch auch breite Anerkennung in der Bevölkerung.

1928 wurde Salazar von Carmona zum Ministerpräsident von Portugal ernannt. Dieses Amt und das Amt des Finanzministers behielt er bis 1968.

Das politische System

Der „Estado Novo“, („Neuer Staat“) wurde Anfang der 30er Jahre ausgerufen. Die Führung übernahm eine Einparteienregierung mit der „União Nacional“ (Nationale Union) als Regierungspartei. Als legale Opposition bildete sich die „Republikanisch-Sozialistische Allianz“, deren Arbeit wurde aber erheblich gestört. Alle vier Jahre wurden das Parlament und der Präsident direkt vom Volk gewählt. Da aber in Portugal immer noch das Klassenwahlrecht gegolten hatte, durfte der überwiegende Teil der Bevölkerung nicht an den Wahlen teilnehmen. Die Repressionen gegen die Opposition und die Zensur der Presse wurden während des Wahlkampfes regelmäßig gelockert. Da durch das Klassenwahlrecht keine Chance auf einen Sieg der Opposition und ihres Kandidaten bestand, zog sie regelmäßig am Vorabend der Wahl ihren Kandidaten für das Präsidentschaftsamt zurück.

Das Salazar-Regime hatte während seiner ganzen Herrschaft immer wieder mit Aufständen und kleineren Umsturzversuchen zu kämpfen. Allerdings gelang es immer wieder, solche Aufstände niederzuschlagen. Im Jahre 1968 erlitt Salazar eine Hirnblutung und Präsident Américo Tomás ernannte Marcello Caetano zu dessen Nachfolger. Dieser führte den „Estado Novo“, bis dieser 1974 durch die „Nelkenrevolution“ ein Ende fand.

Unterdrückung und Kontrolle

Salazar war von Beginn an ein Sympathisant der faschistischen Bewegungen im restlichen Europa. Auch in Portugal wurden Organisationen gegründet, die typisch sind für die diktatorisch geführten Staaten Europas in dieser Zeit. 1936 wurden die „Legião Portuguesa“ (portugiesische Legion), ein Verband zum freiwilligen Schutz



des Regimes, und die Staatsjugend „Mocidade Portuguesa“ gegründet. Die Staatsjugend bekam aber nie Rang und Einfluss wie die Hitlerjugend in Deutschland.

Ebenfalls 1936 wurde auf den Kapverden das konzentrationslagerähnliche Gefängnis „Tarrafal“ eingerichtet. Es bestand bis 1954. Während dieser Zeit waren insgesamt 340 Gefangene dort interniert. Zu den Gefangenen zählten vor allem Soldaten, die sich 1936 an einem Putschversuch beteiligt hatten, sowie Kommunisten und Journalisten.

Die Presse wurde bereits nach dem Militärputsch 1926 kontrolliert und durch Salazar verstärkte sich die Zensur noch mehr. Auch Bücher und andere Publikationen durften nicht ohne Genehmigung veröffentlicht oder verkauft werden. Bei Zuwiderhandlung drohten Geldstrafen oder Gefängnis.

Parteien waren im „Estado Novo“ verboten, was vor allem die Kommunisten traf, die traditionell über starke Organisationsstrukturen verfügen. Allerdings war oppositionelles Engagement erlaubt, wie sich an der M.U.D. zeigt, was aber nicht bedeutete, dass Regimegegner ohne Furcht ihre Meinung äußern durften. Der oben geschilderte Zuspruch zehntausender Portugiesen zur M.U.D. im Jahre 1945 hatte beispielsweise zur Folge, dass engagierte M.U.D.ler aus dem Staatsdienst und dem Militär ausgeschlossen wurden und die breite Bevölkerung mit verstärkten Polizeiaktionen und Verhaftungen zu rechnen hatte.

Aufarbeitung/Fazit

Die Nelkenrevolution und nach-revolutionäre Wirren

Der Nachfolger Salazars, Marcello Caetano, versuchte den Staat zu liberalisieren, ließ Freiheiten zu, die jedoch bald wieder eingeschränkt wurden. Hinzu kam, dass der seit 1961 andauernde Krieg mit den „Überseegebieten“ 50 % des Staatshaushaltes verschlang. Vor allem beim Militär regte sich Unmut und es gründete sich die „Bewegung der Streitkräfte“ (MFA). Als 1974 das Buch „Portugal e o Futuro“ (Portugal und die Zukunft) des General António de Spínola veröffentlicht wurde, erhielt die vormals auf das Militär beschränkte Vereinigung Zulauf des Volkes.

Am 24. April 1974 begann der Umsturz, durch ein verabredetes Zeichen im Radio. Die größten Teile der Armee stellten sich auf die Seite der Putschisten und am 25. April 1975 hatte der „Estado Novo“ aufgehört zu existieren. Noch am Tag der Revolution stürmte das Volk die Gefängnisse und befreite die politischen Gefangenen.

Marcello Caetano ging nach Madeira und später nach Brasilien ins Exil. Öffentliche Einrichtungen wurden von PIDE-Agenten gesäubert und der letzte Chef der Geheimpolizei, Major Silva Pais, wurde verhaftet. In den Folgejahren kamen viele Oppositio-



nelle aus dem Exil zurück. Genaue Opferzahlen oder Informationen über die Behandlung der Regimegetreuen sind kaum oder nur schwer zu finden. „Verstoßene“ oder „Unliebsam gewordene“ gingen aber schon während der Zeit des „Estado Novo“ häufig „einfach“ ins Exil.

*Bekannt ist allerdings der Fall zweier Studenten, die sich in einem Lissabonner Café negativ über den Diktator Salazar geäußert hatten und daraufhin sieben Jahre ins Gefängnis mussten. **Der Rechtsanwalt Peter Benenson gründete daraufhin die Organisation „Amnesty International“.***

1986 wurde Portugal Mitglied der EU, auch als Anerkennung für Demokratisierung und Aufarbeitung der Diktatur.

Literatur

De Oliveira Marques, H.: „Geschichte Portugals und des portugiesischen Weltreichs“, Alfred Kröner Verlag, 2001.

Baer, W./ Dellwo, K.-H.: Portugal 25. April 1974 – Die Nelkenrevolution (Bibliothek des Widerstands), LAIKA, 2012.

Internet

<http://okaz.at/wordpress/wp-content/uploads/2014/03/VivaPortugal.jpg>

http://www.dw.com/image/0,,18506722_303,00.jpg



2.4 Spanien – Francos Spanien: „Die Folgen einer Krise“:

Susanne Kirchner, Franziska Knoblich und Eva Steurer

Geschichte – Republikaner gegen Franco-Faschisten

1.Phase (Juli 1936-Frühjahr 1937)

17.Juli 1936: Aufstand in Spanisch-Marokko unter Führung General Francos. Mit Hilfe deutscher Flugzeuge wurden aufständische Truppen nach Spanien überführt, Bildung einer Militärjunta unter Leitung Francos in Burgos, Katalonien (Juli 36). Unter General Mola wurden große Teile im Westen und Norden Spaniens erobert. Großteil der Armee (der Republik) lief zu den Aufständischen über. Die Republik verteidigte ihr Herrschaftsgebiet durch ein Milizsystem, ab 1937 mit Hilfe einer neu geschaffenen Armee unter General Jose Miaja Menant. Madrid konnte trotz mehrmaliger Angriffe (Herbst 1936 und Frühjahr 1937) nicht erobert werden.

2.Phase (Frühjahr 1937-Frühjahr 1938)

Aufständische unter dem Kommando von General Mola eroberten im März 1937 das Baskenland. Am 26. April 1937 vernichteten deutsche Bomber (Legion Condor) die Stadt Guernica (hl. Stadt der Basken)



NB d. Hg.: Picasso schenkte der Stadt sein Guernica, eines seiner berühmtesten Gemälde.

Am 19. Juni 1937: Einnahme der Industriestadt Bilbao. Das Baskenland ist nun fest in der Hand der Faschisten. Im Dezember befreien republikanische Einheiten die Stadt Terue und starten von dort aus eine Offensive. Diese ist aber wenig erfolgreich, im Februar 1938 erobern die Militärs die Stadt zurück

3.Phase (Frühjahr bis Dezember 1938)

Isolation der Provinz Katalonien vom Rest des republikanischen Spaniens. Juli 1938 letzter großer Sieg der Republikaner über die Faschisten in der Schlacht am Ebro. Von da an befanden sich die regierungstreuen Truppen permanent in der Defensive. Dezember 1938 beginnt der Einmarsch in Katalonien.



4. Phase (Dezember 1938-März 1939)

Innerhalb weniger Wochen: vollständige Eroberung Katalonien. Am 26. Januar 1939 fällt Barcelona, die Hauptstadt Kataloniens (die Hochburg des Widerstandes), an die Faschisten. Der gewählte Staatspräsident der spanischen Republik Azana flüchtet ins Exil und tritt am 24. Februar offiziell zurück. Am 28. März 1939 erobert Franco Madrid und erklärt am 1. April 1939 den Bürgerkrieg für beendet.

Spanien wird eine faschistische Diktatur.

Zeitschiene

1953/ 54 Beistandsabkommen mit den USA, Entlassung afrikanischer Kolonien 1969 in die Unabhängigkeit (Span. Äquatorial Guinea/Rio Muni und Span. Sahara (s. auch Kapitel Westsahara), deren Status immer noch ungeklärt ist, Konflikt zwischen Marokko und Algerien³⁹) Ernennung von Juan Carlos als Francos Nachfolger durch Franco. 1975 stirbt Franco, Juan Carlos wird König; in Zusammenarbeit mit Ministerpräsidenten Gonzales Aufbau einer parlamentarischen Demokratie. 1978/81 Katalonien und das Baskenland werden autonom, es folgen Andalusien und Galicien.

1982	NATO-Beitritt,
1986	folgt der Beitritt Spaniens in die EG,
1996	Aznar (Konservative Volkspartei) wird Ministerpräsident einer Koalition,
2000	Aznar wird erneut gewählt, dieses Mal mit absoluter Mehrheit.

Status der Aufarbeitung – Katalonien heute

- Autonome Gemeinschaft in Spanien (Hauptstadt Barcelona)
- Amtssprachen: spanisch u. katalanisch

Fazit – Umgang mit der Franco-Zeit in Spanien

- *65 Jahre nach dem Bürgerkrieg noch immer euphemistische Darstellungen der Diktatur unter Franco*

Franquistische Symbole auf öffentlichen Gebäuden und Plätzen

- *Monströses Denkmal der Sieger der Bürgerbewegung als Tabuthema*

³⁹ s. J. M. Werobèl-La Rochelle: Die Teilung der Westsahara / Marokko-Mauretanien, in: Internationales Afrika Forum, 12/1976 und s. Kapitel Westsaharakonflikt.



An seinem Todestag 2005 trugen sich 8.000 Franco-Verehrer in ein Huldigungsbuch ein.

Beendigung des Schweigens:

- Premier Rodriguez Zapatero: „Eine Gesellschaft, die ihre Vergangenheit leugnet, gräbt sich ihr eigenes Grab“ (anl. einer Ausstellungseröffnung über das spanische Exil in New York)
- Stellvertreterin Maria Fernandez leitet die Kommission zur „moralischen und juristischen Rehabilitierung“

Vorgehensweise und Forderungen

- Rückgabe der im Bürgerkrieg geraubten Archive
- Pensionszahlungen an Angehörige hingerichteter Republikaner
- Entfernung der Franco-Symbole von öffentlichen Plätzen und Gebäuden
- Umwandlung des Erinnerungsmales in „Zentrum zur Interpretation der Geschichte und des franquistischen Strafvollzugs“.
- Übergabe der sterblichen Überreste Francos an seine Familie (Der Staat kann kein Interesse an einer weiteren Andenkenpflege haben).
- Forderungen von Verbänden Angehöriger, alle jetzt gefundenen Massengräber zu öffnen und die Genanalysen der ca. 35.000 Verschwundenen zu bezahlen.
- Opferverbände fordern Behandlung der Geschichte nicht länger aus der Siegerperspektive, sondern die historische Wahrheit aufzuarbeiten
- Aufarbeitung: z. B. Gedenkkonzert mit 800 republikanischen Kämpfern durch linke Gemeinde Rivas Vaciamadrid
- Dokumentarfilme: Kämpfer gaben ihre Erinnerungen über Haft, Folter und Widerstand preis

Fazit (Anmerkung d. Hg.)

Auch wenn es immer noch Kontroversen um die Franco-Zeit in Spanien gibt, kann die Aufarbeitung als weitgehend gelungen bezeichnet werden. Hilfreich bei der Aufarbeitung und Demokratisierung war auch der Einsatz der deutschen politischen Stiftungen, insbesondere Konrad-Adenauer- und Friedrich-Ebert-Stiftung.



Literatur

Niehms, G.: Außenpolitischer im Wandel. Die Außenpolitik Spaniens von der Diktatur bis zur parlamentarischen Diktatur“, Vervuert 1989.

Viiar, P.: „Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939“, Wagenbach 1999.

Der Spiegel: „Glühende Asche“, 01/2005.

Der Spiegel: „Kampf um die Seelen“, 431/2004.

Frankfurter Rundschau: „Erpresster Versöhnung“, 25.08.2005.

Spiegel Online: „Spaniens Bürgerkrieg der Worte“, 19.11.2005.

SZ: „Perlascas Liste“, (Datum nicht auffindbar).

SZ: „Hausfriedensbruch“, Dezember 2005.

Peter Burghardt: „Spanien soll Franco-Symbole entfernen“, in SZ: 06.11.2004.

Internet

<http://www.enzocosta.net/images/guernica.jpg>



2.5 Partielle Aufarbeitung: Sowjetunion – Gulag – Lagerterror

Christina Weth

„Das habe ich getan, sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben – sagt mein Stolz und ist unerbittlich. Endlich – gibt das Gedächtnis nach.“ (Friedrich Nietzsche, „Jenseits von Gut und Böse“)

Das sowjetische Strafgefangenenlagersystem wird im Sprachgebrauch häufig als Gulag bezeichnet, ausgehend von der russischen Abkürzung für Glawnoe Uprawlenije Lagerei (dt.: Hauptverwaltung der Lager). Der Begriff Gulag bezeichnet einerseits den administrativen Verwaltungsapparat und wurde andererseits in der Literatur zum Sinnbild des Zwangsarbeitssystems in seiner Gesamtheit.

Vorgeschichte

Bereits ab dem 17. Jahrhundert gibt es in Sibirien Strafgefängnisse für politische Gefangene und Verbrecher.

Ab 1916/1917 erfolgen Anlegung und Ausbau und von Strafgefangenenlagern unter Lenin, ZIEL: „Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer“ (Artikel von Lenin, 07/10 Jan. 1918). Alle klassenfeindlichen und klassenfremden Personen sollen zwecks Errichtung einer „streng revolutionären Ordnung“ bestraft werden.

1919: Parteikongress beschließt „Besserungsarbeit“ als grundsätzliche Strafart (Befugnis, jede verdächtige Person festzunehmen, zu deportieren oder zu erschießen).

1923 kommt es zur Errichtung des ersten großen Lagerkomplexes auf den Solovki-Inseln im Weißen Meer.

Sommer 1929: Beschluss der Regierung, von der Häftlingsarbeit wirtschaftlich zu profitieren, deshalb Ausbau der Arbeitslager (Ausbreitung im sibirischen, nördlichen, fernöstlichen und mittelasiatischen Raum).

Bis 1930: Tausende Personen werden verhaftet, verbannt oder liquidiert (genaue Zahlen sind nicht bekannt, da die „Operation“ über viele Jahre andauert und sich über das ganze Land erstreckte).

Opfergruppen: z.B. Bauern, Intellektuelle, Sozialisten, Anarchisten, Studenten, ehemalige Offiziere, Geistliche, etc..

1930/1931: Einrichtung des Gulag (zentrale Hauptverwaltungsstelle der Lager).

Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele durch Ausbeutung hunderttausender Gulag-Häftlinge für: Ausbau der Infrastruktur, Besiedlung unbewohnter Gebiete, sowie Rohstoffgewinnung und –verarbeitung.

1934-1939: „Säuberungswelle“ unter Stalin:



In den so genannten drei „Moskauer Schauprozessen“ wird öffentlichkeitswirksam die politische und militärische Elite des Landes eliminiert – mit Geständnissen, die durch Folter erpresst wurden und mit Urteilen, die schon vor Prozessbeginn feststanden. Die Prozesse geben dem stalinistischen Terror den Anschein von Legitimität.

1942-1944: Deportation von Kriegsverbrechern, Emigranten und ausgelieferten Sowjetflüchtlingen.

Erst 1987-1989 kommt es zur Entlassung der letzten politischen Gefangenen aus den Straflagern.

Fazit

Wie viele Millionen Menschenleben der „GULag“ tatsächlich gekostet hat, ist unklar! Schätzungen schwanken zwischen 5 und bis zu 15 Millionen Menschen.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Sowohl die russische Regierung, als auch die Mehrheit des russischen Volkes scheinen aktuell kein besonderes Interesse an einer weiteren Vergangenheitsbewältigung zu haben.

Beispiel für eine erfolgreiche Aufarbeitung gibt es dennoch

Die russische „Gesellschaft MEMORIAL“

„MEMORIAL ging aus der in den Jahren der Perestroika entstandenen Massenbewegung hervor. Erste Initiativgruppen gehen bereits auf das Jahr 1987 zurück. Im Jahr 1988 wurde die Gesellschaft MEMORIAL gegründet. Es war die erste Massenvereinigung in der Sowjetunion, die nicht aufgrund einer Parteientscheidung entstand, sondern „von unten“. Dazu gehörten nicht nur ehemalige politische Gefangene und ihre Angehörigen, sondern auch viele junge, politisch interessierte Menschen. Der erste Vorsitzende der Gesellschaft war der Atomphysiker und Dissident Andrej Sacharow.“⁴⁰

Die Ziele

- Historische Aufarbeitung und Gedenken
(Durchsetzung des 30. Okt. als „Tag des Gedenkens an die Opfer der politischen Repression“)

⁴⁰ <https://www.memorial.de/index.php?id=18>



- Rehabilitierung der Opfer (1991: Gesetz über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen)
- Forschung (Unterhalt von Aufklärungszentren, zahlreiche Publikationen)
- Soziale Fürsorge (juristische, materielle und medizinische Hilfe für Opfer und Familienangehörige)
- Einsatz zur Wahrung der Menschenrechte

Staatliche Vergangenheitsbewältigung?

➔ Weitgehendes Scheitern einer demokratischen Archivpolitik:

Seit 1993 werden Entscheidungen über die Öffnung von Archiven wieder von einer zentralen Kommission getroffen, in welcher verschiedene Behörden – auch der Geheimdienst – vertreten sind. Brisante Akten bleiben weitgehend unter Verschluss.

Die juristische Aufarbeitung von Repressionen blieb in den Anfängen stecken: Zwar gibt es das Gesetz zur Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen, allerdings hat die Duma die Annahme von Ergänzungen, die auf die Präzisierung der Opferkategorien und die Erweiterung ihrer Rechte zielten, seit 1995 immer wieder abgewiesen.

Den meisten Angehörigen ist bis heute eine Stätte der Trauer und des Andenkens verwehrt.

Zusammenfassung

De iure gab es eine Auseinandersetzung mit dem Terror in den Gulag-Lagern der SU, zumindest in Teilbereichen. De facto allerdings haben die russische Regierung und das russische Volk noch viel aufzuholen, denn eine Rehabilitierung der Opfer (im Sinne von „öffentliche Anerkennung der Unschuld der Menschen und Entschuldigung durch den Staat“) hat noch lange nicht stattgefunden, ebenso wenig wie die Anerkennung der stalinistischen Massenverbrechen und des Gulags als unabänderliche Bestandteile der russischen Geschichte, aus welchen Konsequenzen für eine demokratische Zukunft Russlands zu ziehen sind.

(Problematisch für die Recherche sind die Angaben über Daten und Opferzahlen, die stark schwanken. Von Regierungsseite ist der Zugang zu den Archiven stark eingeschränkt. Zu meist sind es Schätzungen.)



Übersichtskarte:
Sämtliche Zwangsarbeitslager
der Sowjet Union
(Foto: <http://www.gulag.memorial.de/>)

Literatur

Heyden, U.: „Felix Dserschinskij am Haken der neuen Ordnung“, in: www.freitag.de (Die Ost-West-Wochenzeitung), Mai 2001.

Norman, M. N.: Stalin und der Genozid, Suhrkamp 2010.

ders.: Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jhd., München Beck 2004.

Solschenizyn, A.: „Der Archipel Gulag“, Scherz Verlag, Bern 1974, 1.Auflg., S.35-98.

Volk, Chr.: „Der Stalinismus im Gedächtnis Russlands. Versuch einer Erklärung der russischen Erinnerungslosigkeit“, *hamburg review of social sciences*, Mai 2006.

Voswinkel, J.: „Archäologen des Verbrechens“, in: *Die Zeit*, Nr. 10/2003 (27.02.).

Internet

<http://projekte.free.de/schwarze-katze> [zugegriffen am 13.01.07]

<http://www.gulag.memorial.de> [zugegriffen am 08.01.07]

<http://www.memorial.de/index.htm> [zugegriffen am 08.01.07]

<http://www.rosalux.de> [zugegriffen am 14.01.07]

<http://www.sibtours.com> [zugegriffen am 08.01.07]

<http://www.utopie1.de> [zugegriffen am 14.01.07]



3 Kolonialismus/ Imperialismus

3.1 Äthiopien/ Abessinien – Italiens Überfall auf Äthiopien:

Julian Klotz

1885: Vorgeschichte

Die Berliner Konferenz 1885 gibt Italien Rechte auf Eritrea und Äthiopien. Unter dem Vorwand kleiner Grenzzwischenfälle an der äthiopisch-eritreischen Grenze marschiert die italienische Armee 1895 in Äthiopien ein. 1896 wird die italienische Armee allerdings in der entscheidenden Schlacht von Adwa trotz militärischer Überlegenheit geschlagen. **Fazit:** *Italien muss seine Kolonialträume vorerst aufgeben.*

1935:

Das krisengeschüttelte Italien unter der Führung des „Duce“ Benito Mussolini braucht dringend militärische Erfolge.

GB und F wollen Mussolini für sich gewinnen, um eine stärkere Front gegen Nazi-deutschland zu bilden. Die beiden Großmächte geben Mussolini deshalb zu verstehen, dass sie nichts gegen eine allmähliche Umwandlung Äthiopiens in ein italienisches Protektorat einzuwenden hätten.

- Man war bereit, Äthiopien zu opfern, um einen weiteren Verbündeten gegen Deutschland zu gewinnen. (Um diese Absicht zu vertuschen, sorgten Großbritannien und Frankreich für eine bedeutungslose Stellungnahme im Völkerbund.)
- Das Hilfersuchen Haile Selassies I., dem Kaiser von Äthiopien, bleibt im Völkerbund (Genf) ungehört.

Was geschah?

Mussolini ließ durch die italienische Luftwaffe (Regia Aeronautica) schwere Angriffe auf ungeschützte Städte und Dörfer, auf Feldspitäler des Roten Kreuzes und selbst auf Viehherden in Äthiopien fliegen. Fürchterlich wirkte sich auch der massive Einsatz von Senfgas⁴¹ aus, dem Tausende von afrikanischen Soldaten und unbeteiligten Bauern zum Opfer fielen.

An einigen Frontabschnitten machten Mussolinis Legionen grundsätzlich keine Gefangenen. Immer wieder brannten sie Dörfer und Felder nieder; Massaker an der Zivilbevölkerung waren Kriegsnormalität. Das organisierte Morden hörte auch nach Ausrufung des „Imperio“ (Reich) nicht auf. Der eingesetzte Vizekönig Rodolfo

⁴¹ Giftgas wurde im 1. Weltkrieg in Flandern eingesetzt, dann im Rifkrieg/ Marokko (1921 bis 1926) von Spanien und Frankreich, in erster Linie gegen die aufständischen Berber. Der Giftgaseinsatz durch Italien in Äthiopien war der erste in der Geschichte, der gegen die Zivilbevölkerung gerichtet war.

Graziani errichtete eine Schreckensherrschaft. Im Laufe der sechsjährigen Besatzungszeit fielen der italienischen Besatzungsmacht zwischen 350.000 und 760.000 ÄthiopierInnen zum Opfer.

1941: Britische Truppen erobern Äthiopien

1942: Haile Selassie I. kehrt als Kaiser zurück – Äthiopien wird wieder unabhängig



Einsatz von Giftgas

Foto: USAF - US Military Picture, aus der U.S. National Agricultural Library. Beltsville.



S.M. Haile Selassie mit seinem Sohn bei einer Militärparade

Foto: Eduard Zillich, in: <http://www.mein-italien.info/geschichte/aethiopischer-krieg.htm>

Aufarbeitung

Nach dem Vorbild der Nürnberger und der Tokyoter Prozesse, in welchen deutsche bzw. japanische Militärgrößen verurteilt wurden, wollte Haile Selassie I. auch die Kriegsverbrecher von Äthiopien (von 1935 bis 1941) zur Verantwortung gezogen sehen. Doch die Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen in London verweigerte sich und argumentierte, dass sie nur für die Gewaltverbrechen zwischen 1939 und 1945 zuständig sei. Da man aber im Tokyoter Prozess japanische Militärverbrechen verhandelte, die bis ins Jahr 1928 zurückreichten, war diese Argumentation nicht nachvollziehbar. Doch die Äthiopier gaben nicht auf: Im Pariser Friedensvertrag von 1947 verpflichtete sich Rom schließlich, für die verübten Verbrechen einzustehen. Man gab Äthiopien ein Jahr lang Zeit, um die Verbrechen aufzulisten und die Liste der zuständigen Kommission zu übergeben. Weil die Frist von einem Jahr jedoch sehr knapp bemessen war, entschloss sich Äthiopien aus mehreren Dutzend Fällen nur zehn zur Anklage zu bringen. Im Grunde waren allerdings weder Italien noch Großbritannien an einer Aufarbeitung der äthiopischen Geschichte ernsthaft interessiert – im Gegenteil, man suchte in den folgenden Jahren immer wieder Schlupflöcher, um die Anschuldigungen für nichtig zu erklären. GB war sehr daran interessiert, dass Italiens Verbrechen nicht zur Verhandlung gebracht wurden, denn



die Briten hatten sich durch ihre moralische Unterstützung Italiens und ihr tatenloses Zusehen mitschuldig gemacht. Schließlich reduzierte Äthiopiens Führung ihre Forderung drastisch und wollte nur mehr zwei ehemalige Befehlshaber zur Verantwortung ziehen. Aber auch hier zog sich die Gegenseite erfolgreich aus der Affäre: Die beiden Marschälle, die in Italien inzwischen wieder geachtete Bürger waren (Marschall Pietro Badoglio wurde nach Mussolinis Sturz Ministerpräsident von Italien), konnten nicht ausgeliefert werden, da Äthiopien keine diplomatischen Beziehungen zu Italien hege, so die Begründung. Winston Churchill stützte Badoglio die ganze Zeit über und ließ ihn selbst nach seiner Zeit als Ministerpräsident nicht fallen, sondern nahm ihn immer wieder gegen Vorwürfe wegen seiner unrühmlichen Rolle in Schutz.

Nach Ausbruch des Kalten Krieges wollte man unter allen Umständen das Erstarken von Italiens Linke verhindern. Eine Aufarbeitung der Taten des faschistischen Italiens in Äthiopien hätte da geradezu Öl ins Feuer gegossen, und Italien an die Seite der komm. SU getrieben. Demzufolge strichen Großbritannien, Frankreich und die USA das Anliegen Äthiopiens von der Liste des Tribunals. Dies bedeutete das endgültige Aus für die äthiopischen Bemühungen. Jahrelang war Addis Abeba in der Kriegsverbrecherfrage hingehalten, getäuscht und auf später vertröstet worden. In der Folge musste sich keiner der großen und vielen kleinen italienischen Täter für seine Verbrechen in Afrika vor irgendeinem Gericht verantworten.

Dieser stille „Generalpardon“ für Mussolinis blutrünstige Veteranen prägte die Erinnerung an die Ereignisse entscheidend. Er verhinderte, dass die vielen tausend afrikanischen Opfern der faschistischen Gewaltherrschaft Gerechtigkeit und Genugtuung widerfahren. Die Sabotage eines „afrikanischen Nürnberg“ trug überdies dazu bei, dass Mussolinis Diktatur nie als jenes brutale Massentötungsregime ins kollektive Gedächtnis der EuropäerInnen einging.

Fazit

Eine Aufarbeitung der italienischen Kriegsverbrechen fand faktisch nie statt. Churchills verhinderte die Abhaltung eines Tribunals, ähnlich dem von Nürnberg. (s. oben).

Der Hg. weist noch auf einen besonderen historischen Umstand hin:

„Mussolinis Absichten gegen Abessinien entsprachen nicht den ethischen Begriffen des 20. Jhd.Seltsamerweise war es Italien gewesen, das 1923 zur Aufnahme Abessiniens (... in den Völkerbund) gedrängt und England, das sich dagegen gestellt hatte, ...Seine Männlichkeit mit der Rache für Adua zu beweisen, spielte für Italien eine fast ebenso grosse Rolle, wie der Wiedergewinn Elsas-Lothringens für Frankreich.“ *Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bern: Schulz, 1954, S. 92*



Literatur

Baum, W.: „Äthiopien und der Westen im Mittelalter“, Kitab, 2001¹.

Churchill Winston S.: Der Zweite Weltkrieg, Bern: Schulz, 1954, S. 92

Mattioli, A.: „Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinien Krieg und seine internationale Bedeutung 1935-1941“, Orell Fuesli, 2005.

Internet

<http://www.mein-italien.info/geschichte/bilder/aethiopien-1.jpg> (Stand: 20.10.2016)

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/fb/Agent_Orange_Cropdusting.jpg (Stand: 20.10.2016)



3.2 Kongo – Leopold II. – Belgien:

J. M. Werobèl de La Rochelle

Fakten

- Kolonialismus und Imperialismus:

Das 19. Jahrhundert war geprägt von Kolonialismus und Imperialismus. Fast alle europäischen Mächte versuchten, Territorien in Afrika neu zu gewinnen oder auszuweiten, insbesondere Frankreich und das Vereinigte Königreich. Spanien und Portugal beschäftigten sich mit Bestandserhaltung (Angola und Mosambik, Spanisch Guinea und das heutige Äquatorial Guinea). Italien besaß den Küstenstreifen um Tripolis/ Cyrenaika und Gebiete in Ostafrika, dem heutigen Somalia (zu Abessinien/Eritrea: siehe Kapitel 1.2). Bismarck zeigte anfangs für das Deutsche Reich keinerlei Bestrebungen für eine Landnahme. Notabene: Die Niederlande, Dänemark und Schweden waren bereits lange vorher ausgeschieden, Dänemark 1850 durch den Verkauf einiger Gebiete an der Goldküste (heute Ghana) an GB.⁴² Belgien, 1830 neu errichtetes Königreich, zeigte bereits unter seinem ersten König Leopold I. aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha gewisse Bestrebungen zum Erwerb von Kolonien, begünstigt durch Militärs, die vor der Gründung des Königreichs für die Niederlande im heutigen Indonesien Dienst taten und wieder Auslandseinsätze wünschten. Diese Bestrebungen setzten sich unter Leopold II. (König von 1865-1909) fort, wobei die entscheidende „Berliner Konferenz“, auch „Kongo-Konferenz“ genannt, 1884/85 die Weichen für Belgien und die „Zuteilung“ des Kongo stellte. Begünstigt wurde dies durch die Rivalität Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, die beide dem anderen den Besitz eines so großen Gebietes nur ungern zugestehen wollten.

- Inbesitznahme des Kongo – Leopolds Politik:

Das gesamte Einzugsgebiet des Kongo war völlig unerforscht. Demzufolge leitete der König der Belgier in verschiedenen, sehr geschickten Schritten eine Erforschung und Inbesitznahme ein, sodass ihm schließlich 2 Millionen Quadratkilometer als Privatbesitz gehörten.

Zu den Schritten:

1. Bereits 1876 wurden die „Amis de l'Humanité“ (Freunde der Humanität) gegründet, mit Leopold II. als deren Präsident, gefolgt von der „Association Internationale du Congo“ 1882.

⁴² J. M. Werobèl de La Rochelle: a. a. O. (siehe Literatur Kapitel 1.3).



Ziele waren die Zivilisierung des Inneren Afrikas und die Unterdrückung des Sklavenhandels⁴³, obwohl dieser bereits seit der Französischen Revolution (Menschenrechte) geächtet und z. B. durch den Wiener Kongress 1815 und von England 1833/34 offiziell verboten worden war.

Entscheidend für die öffentliche Meinung in Europa waren genau diese beiden Forderungen, sodass Leopold II. als Humanist Anerkennung fand.

2. Ein weiterer geschickter Schachzug war die Beauftragung von Henry Morton Stanley mit der Erforschung des Kongo-Gebietes. Stanley war ein berühmter Afrika-Forscher, Entdecker, Journalist und auch Abenteurer (der den Missionar David Livingstone 1871 nach langjähriger Verschollenheit wiederfand). Stanley errichtete zwischen 1879 und 1882 fünf Stationen, nach der – uns heute als unmöglich erscheinenden – Durchquerung des Kontinents.
 3. Noch vor der Kongo-Konferenz in Berlin⁴⁴, völkerrechtlich unüblich, wurde der Freistaat Kongo („État Indépendant du Congo“) von den USA und auch von Deutschland anerkannt. Dies bedeutete, dass Leopold II. der größte Landbesitzer der Welt wurde. Auch die notwendige Verfassungsänderung in Belgien gelang durch einen juristischen Trick, nämlich indem die Vorschrift, dass das belgische Staatsoberhaupt nicht Staatsoberhaupt eines anderen Gebietes sein darf, durch die Trennung von Amt und Person ausgehebelt wurde:
 - Amtsperson = König Leopold II. = Souverän des Königreichs der Belgier
 - Privatperson = Leopold II. = Souverän des Freistaates Kongo
- Die Kongoakte
 - Die 14 Signatarstaaten genossen Handelsfreiheit im gesamten Einzugsgebiet des Kongo sowie des Njassasees und östlich davon im Gebiet südlich des 5. Nördlichen Breitengrades. Das umfasste die heutigen Staaten Demokratische Republik Kongo (Zaire 1971-1997), Republik Kongo-Brazzaville (bis 1960 französische Kolonie), Uganda, Kenia, Ruanda, Burundi, Tansania und Malawi sowie den Großteil von Zentralafrika, den Süden von Somalia, den Norden von Mosambik und Angola, sowie kleinere Teile von Gabun, Kamerun, Sudan, Äthiopien und Sambia.

⁴³ Zur Erinnerung: Alle TeilnehmerInnen am Wiener Kongress beschlossen am 08.02.1815 „die Abschaffung des Negerhandels“.

⁴⁴ Die Berliner Konferenz (1884-85), auch Kongo-Konferenz genannt, wurde von Bismarck in Berlin einberufen, um durch Verhandlungen mögliche koloniale Auseinandersetzungen („Scramble for Africa“) zu verhindern. Teilnehmer waren 14 Staaten, inkl. Russland, USA und das Osmanische Reich, allerdings ohne deren Staatsoberhäupter. Die Bevollmächtigten waren Botschafter und Minister, Bismarck war der Hochrangigste.



- Die Flüsse Niger und Kongo wurden für die Schifffahrt freigegeben.
- Das Verbot des Sklavenhandels wurde international festgelegt.
- Ganz wichtig für das gesamte Afrika war der Grundsatz:
- Das Recht auf Besitz einer Kolonie hat nur jene Macht, die diese tatsächlich auch besetzt (Prinzip der effektiven Besitznahme).

Inbesitznahme des Kongo und Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung

Zwischen 1890 und 1895:

Leopold II., vielfach sowohl als Finanzmagnat, geschickter Diplomat, aber auch als Hasardeur charakterisiert, überwand wirtschaftliche Krisen durch Anleihen, insbesondere aber durch die mit den Geschäften im Kongo erzielten Gewinne. Zu diesen Geschäften gehörte besonders der Handel mit Naturkautschuk, ein neues Material, das in Europa und Amerika aufgrund der Industrialisierung benötigt wurde. Neben Kautschuk fanden auch Bodenschätze und Tropenhölzer Absatzmärkte und optimierten so das Einkommen des Königs aus seinem Privatbesitz Kongo. Dabei darf keinesfalls übersehen werden, dass dies nur durch Zwangsarbeit erreicht wurde.

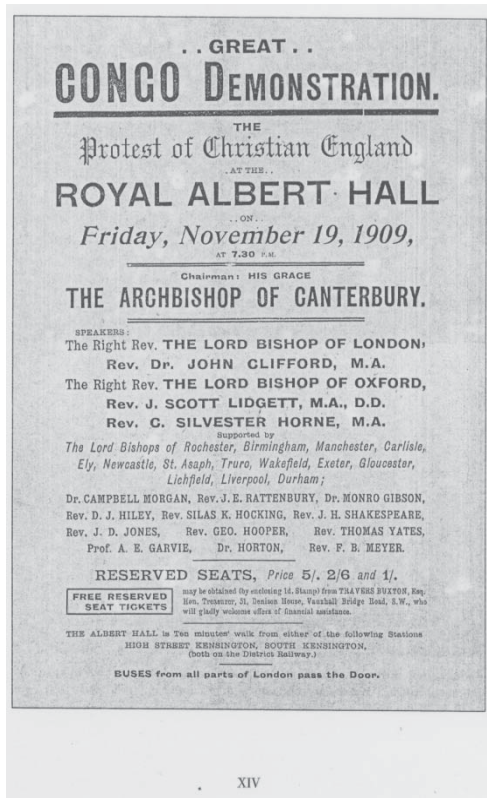
1904/05: Berichte von Missionaren

Diese Zwangsarbeit, eine andere Form der Sklaverei, die Leopold als besonderes Postulat seiner Kongo-Aktivitäten hervorhob, nahm solche Ausmaße an, dass sie auch in Europa, ganz besonders im Vereinigten Königreich bekannt wurde und zu Kampagnen gegen den belgischen König führte. Leopold wurde zu einer Unperson⁴⁵ in Europa, die jede Achtung verspielt hatte. Auch die Literatur, nicht nur JournalistInnen und MissionarInnen, beschäftigten sich mit den bald als „Kongo-Gräuel“ bezeichneten Übergriffen und Untaten.⁴⁶

Wie stark die Empörung und das Entsetzen in Europa waren, sieht man allein daran, dass sich in dem konservativ und monarchistisch gesinnten Vereinigten Königreich Gegenbewegungen formierten, z. B. unter der Schirmherrschaft des Erzbischof von Canterbury (siehe Plakat).

⁴⁵ Aufschlussreich/vernichtend ist das Buch von Abeele, É., mit eine Unzahl von Karikaturen über Léopold II., auch erstaunlich angesichts des respektlosen Umgangs mit einem König in der Presse.

⁴⁶ Es seien nur genannt: Mark Twain, Arthur Conan Doyle und Joseph Conrad.



Grundlage für die Proteste und Demonstrationen gegen Leopold war ein Bericht von Roger Casement⁴⁷ und der Untersuchungskommission. Bis heute wird über die Anzahl der kongolesischen Opfer gestritten. Es ist aber unerheblich, ob es sich um 10 Millionen⁴⁸ oder „nur“ um 5 Millionen handelte. Die Zahl ist jedenfalls so groß, dass mehrere WissenschaftlerInnen vom 1. Genozid, bzw. dem vergessenen Genozid/Holocaust⁴⁹ sprechen.

Viele Kongolesen wurden durch die Zwangsarbeit, durch Hunger, Erschöpfung und mit Waffengewalt zu Tode gebracht, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Familien. Auch das Abschlagen von Händen oder Füßen war eine weitere Untat. Dies alles widersprach den ursprünglichen Absichten von der Einführung

humanitärer Ideale, des Christentums und der Abschaffung der Sklaverei.

Noch ein Wort zu den Helfershelfern: Die „Hilfskräfte“ dieses Regimes setzten sich zusammen aus afrikanischen Söldnern, Europäern, insbesondere Belgiern, Niederländern, Skandinaviern, Italienern, auch Briten und Deutsche waren darunter.⁵⁰

Das Vermögen von Leopold II.

Wie rentabel das Engagement im Kongo für Leopold II. war, zeigt die Entwicklung seines Vermögens:⁵¹

1853, noch als Kronprinz, belief sich sein Privatvermögen Schätzungen zufolge auf 250.000 Goldfranken (= 100.000 €). 1892 gehörten ihm 96 Prozent des Kongo⁵², d. h. er war Eigentümer von ca. 1,9 Millionen Quadratkilometern Land. Dieses Gebiet warf Einkünfte aus der Produktion und dem Verkauf von Kautschuk, Tropenholz, Elfenbein, Palmöl, etc. ab. Außerdem besaß Leopold II. zahlreiche Anteile an Aktien-

⁴⁷ Roger Casement, später Sir, Consul des Vereinigten Königreichs in Léopoldville, als irischer Widerständler gegen die Besetzung Irlands 1916 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

⁴⁸ Schätzung Adam Hochschild, siehe Literatur.

⁴⁹ Die Nazi-Verbrechen wurden erst durch die Nürnberger Prozesse als „Genozid“ bezeichnet. Vorher gab es diesen völkerrechtlichen Tatbestand nicht. Allerdings wird heute von den Kongo-Verbrechen als 1. Genozid gesprochen, die Vernichtung der Herero durch das Deutsche Reich als 2. Genozid.

⁵⁰ Der Autor weist ausdrücklich darauf hin, dass nachweislich kein „Täter“ aus dem Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha stammte.

⁵¹ Cathérine, L.: a. a. O.

⁵² Hinweis: Leopold II. hat den Kongo nie besucht.



gesellschaften und Immobilien, auch im Kongo (z. B. Eisenbahn, Bergbau). 1901 zählten 1/10 der Fläche Belgiens und zahlreiche Immobilien in ganz Europa zu seinem Privatbesitz. Letztendlich ist Leopolds Gesamtvermögens angesichts dieser Unmenge an Aktivitäten und Beteiligungen unüberschaubar und schwer zu berechnen. Man geht jedoch davon aus, dass er bis zu seinem Tod im Jahr 1909 mindestens 7 Milliarden Francs (ca. 800 Mio. €) besaß, der Großteil davon ging auf Einkünfte und Gewinne aus dem Kongo zurück.

Der König, der mit seiner gesamten Verwandtschaft (sogar mit seinen drei Töchtern) heillos verfeindet war, stellte kurz vor seinem Tod sicher, dass seine Nachkommen keinen Zugriff auf sein Vermögen bekamen, indem er es in eine Stiftung in Niederfüllbach (bei Coburg) einbrachte, wo er ein kleines Schloss/Rittergut besaß. Nach dem 1. Weltkrieg musste der größte Teil dieses Vermögens dann an Belgien übertragen werden. Interessant ist auch, dass eine Denkschrift aus der NS-Zeit feststellte: „[es] kann nicht bezweifelt werden, dass ein gewisser Teil der ‚Niederfüllbachwerte‘ aus dem Kongo stammte, d. h. aus Erträgen herrührte, die dem König Leopold [...] aus dem ihm zur Verfügung stehenden überaus reichen Quellen des Kongostaates zugeflossen waren“⁵³.

Ebenfalls kurz vor seinem Tode, nicht zuletzt wegen der permanenten Anschuldigungen in Belgien und Europa, überschrieb/verkaufte Leopold den Kongo an Belgien. Aus dem Freistaat Kongo wurde so die Kolonie Belgisch-Kongo.⁵⁴

Fazit

Der einzig positive Aspekt der Herrschaftsperiode Leopolds II. ist grosso modo die Verschönerung Brüssels (Justizpalast, Anlage des Cinquantenaire, Parks, etc.) und Belgiens.

Eindeutig negativ sind hingegen die enormen Menschenverluste und die Ausbeutung des Kongo, was bis in die heutige Zeit zu Konsequenzen führte: Seit 1885 sind Gewalt, Terror, Unterdrückung und Ausbeutung der Normalzustand im Kongo. Denn auch nach der Übergabe des Freistaats an Belgien, 1908, hat sich kaum etwas geändert, allerdings „unter Abstellung der ärgsten Auswüchse“⁵⁵ (Handabschlagen war nicht mehr möglich).

Folgende Passagen im Kontrakt mit Stanley von 1878 wurden exzessiv befolgt: „[...] neuen Staat gründen, so groß wie möglich, [...], nicht vorgesehen, den Schwarzen

⁵³ Schack, H., a. a. O.

⁵⁴ Zur Unterscheidung: Am nördlichen Ufer des Kongoflusses liegt Kongo-Brazzerville, französische Kolonie, unabhängig seit 1960.

⁵⁵ Imanuel Geiss: Geschichte griffbereit – Personen, Rowohlt, 1981



auch nur die geringste politische Autorität zuzugestehen [...]. Die Weißen [...] werden die Staatsgewalt“ innehaben. Die Auswirkungen zeigen sich bei der Unabhängigkeit: Es gab keine Akademiker, keine Agraringenieure, keine Ärzte, keine Anwälte, keine Offiziere, etc. Es gab nur einige christliche Geistliche; der beinahe höchste zu erreichende Status war der eines Krankenpflegers.

Bereits 1905 wurden im belgischen Ober- und Unterhaus Debatten geführt, in denen deutliche Kritik an der Kolonialpolitik Leopolds zum Ausdruck kam. Insgesamt aber war die Aufarbeitung durch Belgien mühsam und kam erst ab den 1980er Jahre verstärkt in Gang, als die negativen Fakten schließlich kritisch zur Kenntnis genommen und auch publiziert wurden. Eine Wiedergutmachung in irgendeiner Form ist nicht festzustellen, abgesehen von der sog. Entwicklungshilfe, wie auch andere, von dem Kongo-Abenteuer nicht betroffene europäische Staaten sie leisteten. In diesem Zusammenhang muss man auch den Ost-West-Konflikt anführen, ohne den der Kongo/Zaire, dessen Unterstützung der Westen in der UNO und in Afrika brauchte, noch weniger Mittel erhalten hätte. Auch ein Gewaltherrscher wie Präsident Mobutu (1965-1997) wäre niemals so lange an der Macht geblieben.

Aufarbeitung

Sichtbares Zeichen einer längst (über)fälligen Aufarbeitung ist die schrittweise Umgestaltung des von Leopold II. errichteten Museums in Tervuren (bei Brüssel), wo inzwischen nicht mehr in gleicher Weise die Kolonialherrschaft dominiert, sondern die afrikanische Kultur, sichtbar und erlebbar beispielsweise durch die Afrika-Ausstellung 2005.

Skandinavien setzte sich mit einer vom Nordischen Rat organisierten Wanderausstellung durch die Hauptstädte mit seiner Kongo-Vergangenheit auseinander. Unter dem Titel „Congospor“ (Kongospor) zeigt die dazugehörige Publikation die Verbindungen Skandinaviens zum Kongo von Leopold bis heute.

Literatur

(NB: zunehmend kritischer geworden)

Abeele, É. v. d.: Léopold II. – Caricatures d'un roi, Liège 2014.

Catherine, L.: Leopold II – La folie de grandeur, Antwerpen 2002.

Conrad, J.: Herz der Finsternis, verschiedene Ausgaben.

Doyle, A. C.: Le Crime du Congo B., Paris 2005 (versch. Ausgaben).

Dumoulin, M.: Léopold II- un roi génocidaire?, Belgien 2005.



Ehrsam, T./Horlacher, K./Puhan, M.: Der weisse Fleck – Die Entdeckung des Kongo 1875-1908, München/Wien 2006.

Emmerson, B.: Leopold II., Brüssel 1983.

Gehring, H.: Belgien, Kongo, Niederfüllbach, Coburg 2007.

Hertslet, E.: Map of Africa by Treaty, London 1967³ (Kongo-Konferenz-Quelle).

Hochschild, A.: Schatten über dem Kongo – Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen, Freiburg i. Br. 2000.

Schack, H.: Niederfüllbach – Das Unrecht Belgiens an einer deutschen Stiftung – Eine Denkschrift nur zum Gebrauch bei deutschen Behörden und Parteidienststellen bestimmt, Leipzig 1940.

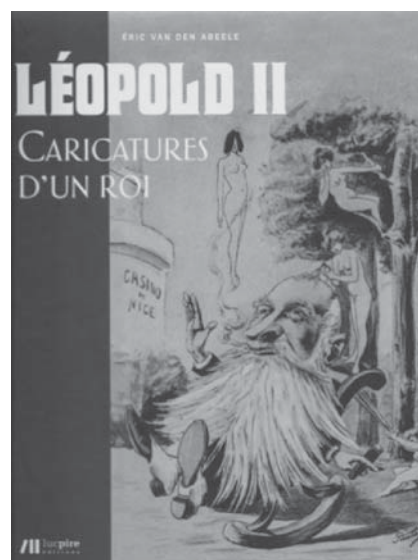
Stengers, J.: Congo – Mythes et réalités, Brüssel 2005.

Tygesen, P./Waehle, E.: Congospor – Norden i Congo – Congo i Norden, (Dänische Ausgabe zur Wanderausstellung des Nordischen Rates über die Beziehungen Skandinaviens zum Kongo), Kopenhagen 2006.

Vanthemsche, G.: La Belgique et le Congo – Nouvelle Histoire de Belgique, Brüssel 2007.

Werobèl de La Rochelle, J. M.: Zu Veröffentlichung über Leopold I., König der Belgier aus dem Hause Sachsen-Coburg und Gotha, in: Coburger Geschichtsblätter/Historische Gesellschaft, 14. Jg., 3-4 (2006).

Ders.: Castles close to the equator: Some less known examples of presence of states from Baltic Sea region on the coast of Guinea; Narva Museum (Estonia) 2012.





3.3 England – „Kolonialherrschaft in Indien“:

Sandra Jerg

Historische Entwicklung

Anfang des 17. Jhd.: Beginn des Ausbaus der Monopolstellung für den britischen Indienhandel und Beginn der Kolonialisierung. GB Königin Elisabeth I. stellt einer Londoner Handelsgesellschaft, der East India Company, den ersten Freibrief aus. Anschließend entstehen weiterer Handelsniederlassungen in ganz Indien.

Dann wird Indien etwa 250 Jahre lang durch die Handelsgesellschaft „British East India Company“ verwaltet.

Beginn der politisch-militärische Eroberung des Landes und Einnahme Calcuttas durch die Britisch-indische Armee. 1751 Gegenschlag des örtlichen Herrschers (Nawabs).

Der „India Act“ von 1784 versucht die Ausbeutung des Landes zu beenden, durch Verbot von Privathandel und eine strikte Trennung von kommerziellen und finanziellen Funktionen, sowie Vereinheitlichung der Einziehung der Agrarsteuer und Einführung eines Systems unabhängiger Gerichte.

Folgen sind:

- Regulierung des Landbesitzes zusammen mit der Einsetzung der Steuereintreiber als Grundherren, was eine erhebliche Belastung für die Landwirtschaft und zu Hungersnöten führt.
- Arbeitslosigkeit von Millionen von indischen Webern und Färbern aufgrund des Importes von billigerem Tuch aus England.
- Indien sinkt auf den Status eines Rohstoffproduzenten.
- Englisch wird zunehmend Amtssprache.
- Bis zu den Unruhen 1857 herrschte GB indirekt durch die East India Company über Indien, erste politische Macht in Indien, weitere territoriale Ausdehnung und wirtschaftliche.
- Methoden zur Expansion: East India Company war zuständig zur Einziehung von Steuern und konnte militärische Allianzen mit den Fürsten schliessen.
- 1857 Meuterei der indischen Soldaten der Kolonialarmee: Sepoy Aufstand (sepoy von sipahi: Soldat). Auslöser war die neue Vorschrift zur Verwendung von Fett (Rinderfett oder Schweinefett) eingeriebene Patronen, welche mit den Zähnen aufgerissen werden mussten. Aus religiösen Gründen führte dies zum Kon-



flikt mit hinduistischen oder muslimischen Sepoys⁵⁶. Der Aufstand dehnte sich auf die zivile Bevölkerungsteile aus, besonders der bäuerlichen Bevölkerung. Da GB den „Verlust Indiens“ fürchtete, setzte es königliche Truppen zur „Rettung Indiens“ ein. Der Aufstand wurde in einer Serie von militärischen Aktionen blutig niedergeschlagen.

- Folge: dauerhafte Separation von Briten und Indern; z. B. hatten Inder keinen Zugang zu bestimmten Berufen, wie etwa dem Offiziersdienst.
- Erst 1858: Indien wurde der britischen Regierung direkt unterstellt
- Ostindiencompany wurde aufgelöst. Rund 2 Jahrzehnte später (1876) wird Königin Victoria zur „Kaiserin von Indien“ gekrönt. Die Briten hatten den gesamten Subkontinent fest im Griff und ihre Schiffe segelten voll beladen mit Teakholz, Jute, Baumwolle und Seide nach Europa; Indien war wichtiger Absatzmarkt für britische Produkte.
- 1885 Gründung des indischen Nationalkongresses („Indian National Congress“), die Organisation der Unabhängigkeitsbewegung. Mitglieder: Anfangs Freiberufler und Unternehmer aus hohem Kasten; Ziel: stärkere Beteiligung der indischen Bevölkerung an der Regierung des Landes. Mahatma Gandhi: Anführer ab 1920 und Organisation von Massenstreiks und gewaltfreien Blockaden durch Congress-Party (Kongresspartei), welche nach der Unabhängigkeit fast durchgehend die Regierung stellte.
- 15.8.1947: Unabhängigkeit Indiens. Indien übernahm das parlamentarische System von Großbritannien, mit der Begründung, dass nur die repräsentative Demokratie der Vielfalt Indiens gerecht werden kann.

Aufarbeitung/ Fazit

- *Die Kolonialzeit in Indien wurde von den Briten nur wenig aufbereitet.*
- *„Die Beurteilung der Kolonialzeit von indischer Seite war nach 1947 widersprüchlich. Führende Persönlichkeiten wie Gandhi und Nehru hegten für England sentimentale Gefühle. Sie hatten dort studiert und glaubten an die edleren Seiten des britischen Systems. Jüngere Inder hingegen klagten die Kolonialherren für viele Deformationen in ihrem Land an.“⁵⁷*

⁵⁶ Rind für Hindus heilig, Schwein für Moslems unrein. In einigen Berichten wird die Ursache für diesen Aufstand der Agitation russ. Agenten zugeschrieben. Das Zarenreich sah British Indien als Bedrohung an /Anmerkung des Editors).

⁵⁷ S. 10, Informationen zur Politischen Bildung – Indien, Nr. 257/ 1997, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.



- *Die britisch-indische Vergangenheit ist bis heute spürbar, zum Beispiel durch die englische Amtssprache. Jeder indische Student, der Politikwissenschaft oder Geschichte studiert, lernt auch die Geschichte Europas⁵⁸ ziemlich selbstverständlich.*

Literatur

Louise Nicholson (Hg.), Indien, National Geographic Traveller, Hamburg: G+J/RBA 2004².

Kerrin v. Schwerin, Indien, München: Beck Verlag 1996².

Indien verstehen, SympathieMagazin Nr.12, Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V., München: Gotteswinter 2005.

Hinduismus verstehen, SympathieMagazin Nr.54, Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V., München: Gotteswinter 2003.

Lonely planet India, Lonely planet Publications, Ostfildern: Mairdumont, 2006.

Informationen zur Politischen Bildung – Indien Nr. 257, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997.

⁵⁸ Von den zahlreichen Studierenden des FB/FM der HS-Coburg, die aus Indien/Pakistan stammten, war zwar Queen Victoria ein Begriff, Prinz Albert schon weniger und das Haus Sachsen-Coburg-Gotha überhaupt nicht (Anmerkung des HG).



3.4 Japan – Kriegsverbrechen 1937- 45 und die Vergangenheitsbewältigung seit 1980:

Uwe Kartmann

Kriegsverbrechen

Japan überfiel China 1937. (Zu Beginn des 1. Weltkrieges hatte es das deutsche Schutzgebiet Qingdao (Tsingtau) übernommen). 1937: Massaker von Nanjing (Nanking)⁵⁹ mit 260.000 Toten. Ab 1936: Pingfan: Experimente mit Menschen für die Entwicklung biochemischer Waffen, 5.000 bis 6000 Tote.

(Zur Erinnerung: 1910-1945, Kolonialherrschaft in Südkorea: jeder zehnte Zwangsarbeiter starb.) 1937-1945, Zweiter Weltkrieg: Versklavung hunderttausender Frauen, insbesondere aus Korea, für Bordelle der kaiserlichen Armee⁶⁰. 1941/42 Eroberung Singapurs: 25.000 Chinesen sterben. Bau der Burma-Bahn⁶¹: 60.000 von 300.000 abkommandierten Javanesen sterben, auch zahllose britische, australische und kanadische Kriegsgefangene. Zwischen 1931 und 1945 wird die Zahl der Toten auf mehrere Millionen geschätzt.

nach Kriegsende 1945

- Entgöttlichung des Kaisers → Souveränität des Volkes
- Verurteilung einiger Generäle
- Ähnlich der „Entnazifizierung“ in D: 210.000 Personen wurden aus ihren Ämtern entlassen
- 1952: Friedensvertrag mit USA, Aufhebung der „Entnazifizierungsgesetzes“ (wg. des Kalten Krieges wird Japan als Verbündeter gebraucht)
- Politiker aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges erscheinen wieder in der Politik
- 1959: „Hauptkriegsverbrecher“ werden in den Yasukuni-Schrein (Tempel/ Gedenkstätte) aufgenommen

Kriegsverbrecherprozesse

- Internationales Militärtribunal 1946-48 klagt 28 Hauptkriegsverbrecher an (darunter General Tojo)
- Insgesamt wurden in Japan und in den damals besetzten Gebieten 700 Täter zum Tode und 2.500 zu längeren Haftstrafen verurteilt

⁵⁹ John Rabe, dt. Kaufmann und NSDAP-Mitglied; rettete mind. 200.000 Chinesen das Leben

⁶⁰ Euphemistische Bezeichnung: Trostfrauen

⁶¹ Behandlung dieses Themas durch den Film „Die Brücke am Kwai“



- Der Tenno wurde nicht angeklagt, da seine Schuld am Krieg umstritten war, offiziell wurde der Krieg allerdings im Namen des Kaisers geführt

Täter oder Opfer?

1945: Tausende von Menschen sterben durch die Atombombenangriffe der USA auf Hiroshima und Nagasaki, Flächenbombardements auf japanische Städte, dadurch viele Tote, Probleme mit der Lebensmittelversorgung, eine zerstörte Infrastruktur:

Dies führt dazu, dass Japans Bevölkerung sich in erster Linie als Opfer fühlt, die Täterrolle meist verdrängt, auch wg. mangelnder Aufklärung, vor allem in den Schulen, über die Rolle Japans im Zweiten Weltkrieg. Nationalistische Politiker verdrängen und verleugnen die Kriegsverbrechen bis heute.

(Nicht ausreichend untersucht ist die Auswirkung der in Asien weitverbreiteten Rolle des „Gesicht-Verlierens“ auf das Eingeständnis von Schuld, im Gegensatz zur abendländischen Kultur, in der Sühne und Vergebung als christliche Tugenden gelten.)

Diese Rolle Japans und seine Unfähigkeit, auch sein Leugnen von Schuld, belastet bis heute die Beziehungen zur VR-China, zu Taiwan, zu den Philippinen und bes. zu Korea.

Vergangenheitsbewältigung seit 1980

- Schulbuchskandal: Abschwächen der Kriegsverbrechen durch das Kultusministerium
- 1985: 40. Jahrestag, Premierminister Nakasone besucht offiziell den Yasukuni-Schrein
- 1989: Anschlag auf Bürgermeister von Nagasaki nach einer Pressekonferenz (Zitat: „...glaube ich tatsächlich, dass der Kaiser die Verantwortung für den Krieg trug...“)
- zur selben Zeit liegt Kaiser Hirohito im Sterben, Beginn der Heisei Ära („Den Frieden schaffen“)
- seit 1991 Diskussionen, aber keine Entschädigung für „Trostfrauen“, zur Prostitution in der japanischen Armee gezwungene Frauen, besonders Koreanerinnen
- seit 1995: Premierminister Koizumi besucht mehrmals offiziell den Yasukuni-Schrein
- Japans erster offizieller Versuch, sich für Kriegsverbrechen zu entschuldigen
- Zeitgleich besuchen 80 Parlamentsabgeordnete (Koizumi's Partei) den Yasukuni-Schrein



- Seit 2001: immer wieder Proteste in Nachbarländern wg. neuer fragwürdiger Schulbücher
- Aktuell: Comicbuch, das den Krieg verherrlicht und Rassismus gegenüber „Weissen“ schürt

Fazit

Japan hat noch viel nachzuholen, wenn es sich in Asien integrieren und besser Beziehungen zu seinen Nachbarn erreichen will. Es hat sich bisher faktisch nicht ausreichend seiner Vergangenheit und den begangenen Untaten gestellt.

Nachsatz

Nach Redaktionsschluss erschien nachfolgender Artikel in der SZ (04.08.16), den wir dem Leser nicht vorenthalten wollen, da er die Situation illustriert.

Japan: Der Premier und seine Jeanne d’Arc (von Christoph Neidhart)

Als Anwältin hat Tomomi Inada die „Ehre“ verurteilter japanischer Kriegsverbrecher wiederherzustellen versucht. Als Funktionärin der regierenden Liberaldemokraten (LDP) leugnete sie Japans Gräueltat im Zweiten Weltkrieg. Tokio müsse aufhören, sich ständig zu entschuldigen. Inada pilgert regelmäßig zum Yasukuni-Schrein, mit dem Japan seine Gefallenen und auch seine Kriegsverbrecher ehrt. Voriges Jahr hielt die nationalistische Politikerin am „Center for Strategic and International Studies“ in Washington einen Vortrag über den Kurs der japanischen Regierung; dabei erzählte sie, dass sie mehr als 70 Brillen besitze, obwohl sie keine Sehhilfe bräuchte. Sie trage sie als Mode-Accessoire, weil sie in ihrer Heimatpräfektur Fukui hergestellt würden.

Am Mittwoch hat Premier Shinzo Abe die umstrittene 57-Jährige, die er schon „meine Jeanne d’Arc“ genannt haben soll, zur Verteidigungsministerin gemacht. Ihre Ernennung gilt als Zeichen dafür, dass Abe sie zu einer möglichen Nachfolgerin aufbauen will.

Tomomi Inada ist die wichtigste Neubesetzung, die Abe bei seiner jüngsten Kabinettsumbildung vorgenommen hat. In den meisten anderen Schlüsselministerien hat er die bisherigen Amtsinhaber bestätigt. Was die neue Verteidigungsministerin betrifft, dürften Peking und Seoul die Ernennung Inadas als Affront verstehen. Die Politikerin leugnet die Versklavung koreanischer Frauen in japanischen Kriegsbordellen und verurteilt die diesbezügliche Kritik an Japan als „Verstoß gegen die Menschenrechte japanischer Kinder im Ausland“. Wenn Japan solche Verbrechen vorgeworfen würden, so Inada, könnten japanischstämmige Schulkinder etwa in den USA diskriminiert werden.“



Literatur

Chang, I.: Die Vergewaltigung von Nanking; Das Massaker in der chinesischen Hauptstadt am Vorabend des 2. Weltkrieges, Zürich 1999.

Schwenkert, W.: Täter und Opfer? Schuldfrage, atomarer Schrecken und nationale Identität in Japan 1945-1995, in: Sieger und Besiegte, Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945, Afflerbach, Holger und Cornelißen, Christoph (Hrsg.), Tübingen, Basel, 1997, S.147 und Täter oder Opfer? In: Sieger und Besiegte, Afflerbach, Cornelißen (Hg.), Basel 1997.

Das ganze Land umkrepeln, Interview mit Shintaro Ishihara, in: Der Spiegel, Nr.:15/10.4.2000.

Buruma, I.: Erbschaft der Schuld, München, Wien 1994.



4 Genozide

Vorbemerkung des Hg.

Als **Nürnberger Prozesse** werden die Verhandlungen des Internationalen Militärgerichtshofs bezeichnet, die sich mit Völkermord/ Verbrechen gegen die Menschlichkeit ab Nov. 1945 in Nürnberg befassten und zu Verurteilung der führenden Repräsentanten und somit Hauptverantwortlichen des NS-Regimes führten.

Der juristische Tatbestand Völkermord/ Genozid wurde durch diesen Prozess in internationales Recht eingeführt, ist also relativ neu. Derzeit gibt es Diskussionen über früher geschehene Verbrechen, z. B. in Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) an den Herero (1906), die Kongogräuel unter Leopold II, ähnlich auch die „Fast-Ausrottung“ der nordamerikanischen Indianer, die Vernichtung großer Teile der indianischer Bevölkerung durch die spanischen Konquistadoren, was alles wegen des juristischen Tatbestands nicht als Genozid gewertet wird, von anderen, nicht-juristischen Wissenschaftlern/ Fachleuten aber dennoch als Völkermord gewertet wird, da primär die faktische Ausrottung zu beurteilen ist und nicht der später eingeführte Tatbestand des Völkerrechts.

Völkerrechtlich ist also der Fall Ruanda oder Kambodscha eindeutig (s. Kapitel).



4.1 Kambodscha – Kambodja und die Roten Khmer:

Denny Schulz

Der Vietnamkrieg endete mit der Machtergreifung der Roten Khmer in Kambodja, die unter ihrem Führer Pol Pot von 1975 an das wohl brutalste, blutigste und menschenverachtendste Terrorregime des späten 20. Jahrhunderts errichteten. Sie ermordeten in ihrem Wahn vom kommunistischen Bauernstaat mehrere Millionen ihrer Landsleute.

Entstehung und Machtübernahme

Die Roten Khmer haben ihren Ursprung in der Kommunistischen Partei Kambodschas, welche 1951 aus der indochinesischen KP entstanden ist. Die Unterdrückung der kambodschanischen Kommunisten durch König Sihanouk und danach General Lon Nol veranlasst viele der Parteimitglieder und -Anhänger zur Flucht nach Nordvietnam, während eine sich aus dem Bauerntum rekrutierende Fraktion mit Hang zum Nationalismus, zu der sich auch der Student Pol Pot und andere spätere Khmer-Führer zählen, zurückbleibt und im Untergrund den Kampf aufnimmt. Am 17. April 1975 wird Phnom Penh von den Roten Khmer eingenommen, die „Demokratische Republik Kampuchea“ ausgerufen und der im Exil lebende Norodom Sihanouk als Staatsoberhaupt eingesetzt. Dieser trifft erst im September 1975 in Kambodscha ein. Gleichzeitig werden Massensäuberungen durchgeführt. Wer im Verdacht steht, mit Ausländern zu kollaborieren, wird getötet. Nicht nur Pol Pot und die Roten Khmer machen Vietnamesen und andere Ausländer für die Misere Kambodschas verantwortlich. Die Vietnamesen sind nicht nur unbeliebt, weil sie den Krieg von Vietnam nach Kambodscha getragen haben, sondern auch, weil sie für viele ein Symbol für die Fremdbestimmung des Landes darstellen.

Wer auch nur im Verdacht steht, eine Schulausbildung zu haben, kann sofort getötet werden. Die „Bourgeoisie“ wird „abgeschafft“. Um ein „Bourgeois“ zu sein, reicht es oft, lesen oder eine Fremdsprache (vor allem Französisch) sprechen zu können. Wie unter Stalins Herrschaft werden auch unter der Diktatur der Roten Khmer massenhaft Oppositionelle wie Monarchisten und Anhänger des Lon-Nol-Regimes liquidiert, aber auch jene Kommunisten, welche kurz vor der Machtübernahme aus Vietnam nach Kambodscha zurückkehrten.

Auswirkungen

Während ihrer vierjährigen Schreckensherrschaft werden schätzungsweise 1,7 bis 2 Millionen Menschen in Todeslagern umgebracht oder kommen bei der Zwangsarbeit auf den Reisfeldern ums Leben (bei einer Gesamtbevölkerung von etwas mehr als 7 Millionen). Nach dem Ende ihrer Herrschaft gab es zum Beispiel nur noch 3.000 Leh-



rer im gesamten Lande. Die medizinische Versorgung war gleich Null, die Intelligenz, soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurde totgeschlagen. Dieses Schicksal erlitt 85 Prozent der Akademiker und 96.000 von hunderttausend buddhistischen Mönchen. Insgesamt verlor jeder vierte Kambodschaner durch die bis 1979 andauernde Schreckensherrschaft sein Leben. Man schätzt die Zahl der Toten heute auf 1,7 Millionen – wenn sie nicht direkt ermordet wurden, sind sie an Hunger oder an Epidemien gestorben. Ebenso wie das Geld wurden die Geschäfte, die Schulen und die Krankenhäuser abgeschafft. Im zur Geisterstadt gewordenen Phnom Penh wurden die Tempel, die Kathedrale und die Zentralbank in die Luft gesprengt.

Ende

Die Roten Khmer griffen 1979 Vietnam an, um ihr Gebiet im Mekongdelta auszuweiten und töteten dabei einige Hundert Vietnamesen. Daraufhin marschierte die vietnamesische Armee ein und vertrieb die Pol Pot Regierung innerhalb von zwei Wochen aus dem Amt. Die darauffolgende Guerilla-Taktik der Roten Khmer sowie die ständige Lebensmittelknappheit führen zur Massenflucht von Kambodschanern nach Thailand.

Aufarbeitung

Inzwischen ist diese ungeheuerliche Zeit gut dokumentiert.

Im August 1979 hatte in Phnom Penh ein Schauprozess gegen Pol Pot und Heng Sary stattgefunden. Dieser Prozess erfüllte jedoch nicht völkerrechtliche Normen, er diente offensichtlich eher propagandistischen Zwecken. Da es damals in Kambodscha keine Juristen, keine Gerichte und kein Justizministerium gab, wurde der Schauprozess von Kaev Chenda, dem kambodschanischen Minister für Propaganda und Information, geleitet. Pol Pot und Heng Sary wurden in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Seit 1997 verhandelt Kambodschas Regierung mit den Vereinten Nationen über die Einrichtung eines Tribunals.

Im Januar 2001 schien alles beschlossen. Das kambodschanische Parlament ratifizierte das „Gesetz zur Einrichtung einer außerordentlichen Gerichtskammer zur Ahndung der Verbrechen der Roten Khmer“. Doch dann kam alles anders. Im Februar 2002 wurden die Verhandlungen von den UN abgebrochen. Kambodschas Regierung bestand auf einer Amnestie für Khmer-Rouge-Außenminister Heng Sary. Kambodschas König Norodom Sihanouk hatte ihn im Jahr 1996 amnestiert, weil er zwei Drittel der Rote-Khmer-Streitkräfte auf Regierungsseite gebracht hatte. Die UN wollten eine Prüfung der Amnestie. Aus dem damals unter Leitung von Heng Sary stehenden Roten-Khmer-Außenministerium wurden mehrere Beamte in das berüchtigte Sicherheitsgefängnis S-21 deportiert und ermordet.



2009 konnten sich die Vereinten Nationen und Kambodscha endlich auch auf die Modalitäten eines „Khmer-Rouge-Tribunals“ einigen: Angeklagt waren vorerst nur zwei Mitglieder des Regimes. Die Einberufung des Gerichts und die Anklage gegen die Hauptverantwortlichen des Völkermordes sollen zum Aufbau der Rechtsstaatlichkeit in Kambodscha beitragen und das Vertrauen der Bevölkerung in rechtsstaatliche Prinzipien und Institutionen stärken.

Kambodschas Regierung lehnte dennoch ab: Einmal vom König ausgesprochene Amnestien seien nicht rückgängig zu machen. Auch wollte Kambodschas Regierung das Gericht auf ihrer Seite wissen. Im Tribunal sollten mehrheitlich von ihr nominierte Richter vertreten sein. Die UN und Menschenrechtsorganisationen fürchteten um die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit des Tribunals. Mehrere amtierende Regierungsmitglieder sind ehemalige Rote Khmer. Dazu zählen der derzeitige Premierminister Hun Sen, Innenminister Sar Kheng, Senatspräsident Chea Sim, Finanzminister KeatChon und Heng Samrin, der Ehrenvorsitzende der Regierungspartei CPP (Cambodian People's Party). Im Juni 2003 kam auf Druck von UN-Mitgliedsstaaten nun doch ein neues Vertragswerk zustande.

Die UN schätzen die Laufzeit des Tribunals auf drei Jahre. Angeklagt werden sollen alle „führenden und hauptverantwortlichen Mitglieder der Roten Khmer für Verbrechen zwischen 1975 und 1979“. Dazu könnten neben Nuon Chea, Ieng Sary, Khieu Samphan, Ta Mok und Duch auch Ke Pauk, der Parteisekretär der Zentralzone, und die regimetreuen Militärdivisionskommandanten Sou Met und Meah Mut zählen. Es ist jedoch noch nicht bekannt, wer tatsächlich angeklagt werden soll. Die gerichtlichen Voruntersuchungen haben noch nicht begonnen. General Ta Mok und Duch, der Direktor der Todesmaschine S-21, sitzen seit Jahren in Untersuchungshaft. Eine Anhörung fand bisher nicht statt.

Fazit bei Redaktionsschluss

Von den Anführern der Roten Khmer waren Ieng Sary und Pol Pot 1979 in einem unkorrekten Verfahren in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden:

Straflosigkeit und Willkür: Die noch lebenden Anführer der Roten Khmer wurden bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen. Pol Pot starb 1998, ohne je für seine Taten persönlich vor Gericht gestellt worden zu sein. Führende Köpfe der Roten Khmer leben nach wie vor unbehelligt im Land und wurden von der Regierung empfangen.

Verstoß gegen Gesetze: Die zulässige Dauer der Untersuchungshaft wurde weit überschritten, die Täter vor Militärgerichten angeklagt, die weder unabhängig noch zuständig sind.



Haft ohne Kontakt zur Außenwelt: Gefangene wurden zunächst ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert. In dieser Zeit besteht verstärkt die Gefahr, dass Gefangene misshandelt werden. Außerdem gibt es eine Vorverurteilung in der staatlich gelenkten Presse.

Berichte über die Gräueltaten der Roten Khmer sorgen in den ersten Jahren der Herrschaft noch für Diskussionen. Die Berichte des Pater François Ponchaud, der als erster in seinem 1977 erschienen Buch „Cambodge – année zéro“ (Jahr Null) über die Massenmorde in Kambodscha schreibt, werden von westlichen Linken wie dem Medienkritiker Noam Chomsky als nicht objektiv dargestellt. Die Aufmerksamkeit, die den Berichten aus Kambodscha in der Presse zukomme, sei im Vergleich zu den Gräueltaten der US-Amerikaner in Kambodscha und in anderen Ländern übertrieben. Allerdings verwehrt sich Chomsky gegen die Vorwürfe, seine damalige Kritik käme einer Relativierung der Schreckensherrschaft der Roten Khmer gleich. Vielmehr sei seine Kritik als Widerlegung der Darstellung Kambodschas als ein sanftmütiges Land, das 1975 durch die Roten Khmer plötzlich in den Abgrund gestoßen wurde, zu sehen. Der belgische Menschenrechtsexperte François Rigaux meint, das Pol-Pot-Regime habe für die Menschenrechte in Kambodscha mehr unternommen als die westliche Welt.

Literatur

Peter Fröberg Idling: Pol Pots Lächeln. Eine schwedische Reise durch das Kambodscha der Roten Khmer, 2013.

François Ponchaud: Cambodge année zero, Paris 1977.

Presse

F.A.Z., 16.04.2005, Nr. 88 / Seite 37.

Internet

Altwegg, J. in Zeit Online: Ein fatales Vorwort zu einem fatalen Buch: Noam Chomsky und die Realität der Gaskammern, 1981, veröffentlicht im Internet, URL: <http://www.zeit.de/1981/04/noam-chomsky-und-die-realitaet-der-gaskammern/komplettansicht> (Stand: 16. Januar 1981).

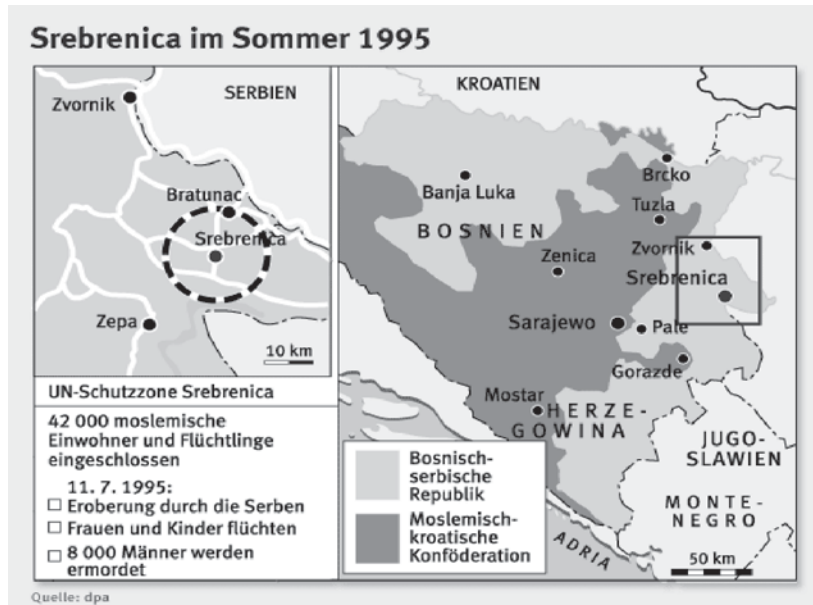
Buch, H. C. in Zeit Online: „Sorry, very sorry“, 1999, veröffentlicht im Internet, URL: http://www.zeit.de/1999/10/199910.khmer.neu_.xml (Stand: 31. Dezember 1999).

4.2 Bosnien Herzegowina – Die Massaker von Srebrenica: *Margit Minnich*

Geschichte und Aufarbeitung aus Niederländischer Sicht

Die wichtigsten Daten zum Massaker von Srebrenica

1993 hat die UNO den Nordosten Bosniens, einer von bosnisch-serbischen Truppen eingeschlossene Enklave, zur Schutzzone erklärt. Zur Versorgung der Menschen wurde eine Luftbrücke eingerichtet. Die Einnahme Srebrenicas konnte die damalige UN-Schutztruppe für Bosnien nur aufschieben.



1995 wurden mehrere UN-Posten von bosnischen Serben erobert, nachdem sie einige niederländische Blauhelmsoldaten in ihre Gewalt gebracht hatten. Der Einsatz der NATO-Luftwaffe konnte die Einnahme der Stadt nicht verhindern. Die bosnischen Serben drohten mit Massenhinrichtungen ihrer Gefangenen. Nach Augenzeugenberichten wurde von den UN-Soldaten nicht verhindert, dass die Milizionäre die kampffähigen Männer aussonderten und bei Massenhinrichtungen töteten. Vermutlich wurden mehr als 7.000, anderen Quellen zufolge mehr als 8.000, hauptsächlich Muslime, umgebracht. Die Vereinten Nationen sprachen von den schlimmsten Gräueltaten in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.⁶²

Die einst in Srebrenica stationierten niederländischen Blauhelmsoldaten sollen die Einnahme der Enklave nicht nur geduldet, sondern den serbischen Truppen sogar beim Ausmustern der Einwohner assistiert und Beweise für Gräueltaten vernichtet haben. Die UNO-Soldaten der Niederlande haben nicht eingegriffen, um die Tötung bosnischer Moslems durch bosnische Serben zu verhindern.⁶³ Das renommierten niederländische NRC Handelsblad dokumentierte, wie der Serbengeneral Ratko Mladic, der als Hauptverantwortlicher für das Massaker gilt, mit dem Kommandeur der niederländischen Truppen mit Sektgläsern anstößt. Dieses Bild ging um die Welt.

⁶² www.heute.de; Archiv 10.04.2002 (Stand 08.01.07).

⁶³ www.stern.de vom 16.04.2002 (Stand: 08.01.2006).



Gerade in diesem Moment wurde Srebrenica eingenommen und die Massaker begannen.⁶⁴

Sie verteilten sich auf eine Vielzahl von Tatorten rund um Srebrenica und zogen sich über mehrere Tage hin. Tausende Leichen wurden in Massengräbern vergraben, doch durch mehrfache Umbettungen in den darauffolgenden Wochen sollten die Taten verschleiert werden. Seit dem Ende des Bosnienkrieges wurden die sterblichen Überreste von mehr als 5.000 Opfern exhumiert, unter denen sich rund 70 % nicht identifizierbare Opfer befinden.

Die Aufarbeitung durch die Niederlande

Kurz vor dem Rückflug der niederländischen Einheit fand im Juli 1995 auf dem Stützpunkt Pleso bei Zagreb eine Pressekonferenz statt. Dabei wurde von den Offizieren der niederländischen Einheit erklärt, dass „die Schlacht um Srebrenica von Seiten der Serben eine korrekte militärische Operation“ gewesen sei. „Mladic hat uns geschickt ausgetrickst“, erklärte er nicht ohne Bewunderung. Auch sei „das Abführen der Muslime korrekt verlaufen“. Weiter hieß es im „Debriefing-Report“, den der niederländische Verteidigungsminister im Oktober 1995 vorlegt, „als militärische Optionen nicht mehr zu verantworten oder möglich waren, konzentrierten sich die niederländischen Blauhelme vollständig darauf, die größte humanitäre Not unter den Flüchtlingen zu lindern. Dank ihrer Anstrengungen wurde eine größere Katastrophe verhindert.“

In der letzten Debatte im Parlament der Niederlande im Dezember 1995 sind sich Regierung und Opposition weitgehend einig, dass es nun an der Zeit sei, „das Buch über die Srebrenica-Tragödie zu schließen“. Es könne nun mal keine hundertprozentige Wahrheitsfindung geben. Also müsse jetzt Schluss sein, sonst „wird sich das für unsere Kriegsmacht noch zum Trauma auswachsen“.⁶⁵

Wie aus diesen Zeilen hervorgeht, wäre nach den Plänen der Regierung das Thema Srebrenica tatsächlich zu den Akten gelegt worden. Das tapfere Königreich hatte zwar ein paar Schrammen abbekommen, doch der Auftrag zu Verteidigung der Enklave hatte sich nicht nur wie vorausgesehen als schwierig, sondern schließlich als nicht machbar erwiesen. Man habe unter den gegebenen Umständen das Möglichste getan. Als das Verleugnen von Seiten der niederländischen Regierung immer unhaltbarer wurde, verwies das Kabinett von Ministerpräsident Wim Kok die „Frage Srebrenica“ im Jahr 1996 zur weiteren wissenschaftlichen Untersuchung an das Reichsinstitut für Kriegsdokumentation. Sechs Jahre lang wurde daran geforscht, wurden Fakten gesammelt. Der Historiker Hans Blom kam zu dem Schluss, dass die

⁶⁴ http://www.zeit.de/archiv/1998/52/199852.akte.srebrenica_.xml?page=all (Stand 11.01.2007).

⁶⁵ Die Zeit vom 07.07.2008, Ausgabe Nr. 28.



niederländischen Soldaten nichts von den Massakern hätten wissen können und somit die Ereignisse nicht im Kontext der Massenmorde verstanden werden können. Dass an der so genannten „Abführung“ der Bevölkerung mitgearbeitet wurde, sei eine Entscheidung, die man billigen könnte. Dabei stellt sich die Frage, ob die Blauhelme nicht hätten eingreifen müssen, als bei der „Abführung“ der 35.000 Flüchtlinge vom Lager der Niederländer an die 2.000 bosnischen Männern von Mladić und seiner Truppe selektiert wurden? Auf den 2.697 Seiten des Reports des Historikers hieß es: Nein! „Sowie für viele außerhalb der Enklave war die Möglichkeit eines groß angelegten Massenmordes auch für die Dutchbatter (niederländisches Infanteriebataillon) buchstäblich unvorstellbar.“

Nach dem Erscheinen des Reports im April 2000 traten Ministerpräsident Kok und seine Regierung zurück. Sie akzeptierten lediglich eine Mitverantwortlichkeit – keinesfalls eine Schuld.⁶⁶ Nach dem Rücktritt forderte das Außenministerium Bosniens-Herzegowinas die Aufklärung über die Verantwortung für die Srebrenica-Massaker. Unterdessen wurden inzwischen in den Niederlanden demonstrativ diese Soldaten vom Verteidigungsministerium mit Orden ausgezeichnet. Damit solle anerkannt werden, dass die Blauhelm-Soldaten der damaligen UNO-Schutzzone in Srebrenica einen außerordentlich schwierigen Auftrag hatten. Diese Soldaten seien fälschlicherweise jahrelang für die Geschehnisse in der Enklave verantwortlich gemacht worden. Offizielle Untersuchungen der Regierung stellten aber keine Mitschuld der niederländischen Soldaten an den Massakern fest. In Bosnien stieß die Orden-Verleihung auf offiziellen Protest, der niederländische Botschafter wurde einbestellt⁶⁷. Trotzdem steht Holland seit diesen Ereignissen unter Schock. „Srebrenica ist eine offene Wunde für uns“, sagt Beunders, Professor für Geschichte, Medien und Kultur an der Erasmus-Universität in Rotterdam. Der Schmerz steckt in einer Frage: Warum sind unsere Soldaten nicht eingeschritten?

Srebrenica ist eines der großen Themen in den holländischen Medien, vor allem in den Tagen, als das Bild des mit Mladic anstoßenden niederländischen Generals um die Welt ging.⁶⁸ David Rohde, der der erste war, der 1995 ein Massengrab gefunden hat, schrieb für die Zeitung Christian Science Monitor aus Sarajevo. Rohde will die Dutchbatter nicht von Schuld freisprechen. „Das Verhalten in den letzten Tagen ist unverzeihlich.“ Aber die Verantwortung für das Debakel von Srebrenica trage auch die Weltgemeinschaft. Insofern hätten nicht nur die Holländer Grund, über sich nachzudenken. Doch anderswo ist Srebrenica kein Thema.

⁶⁶ Die Zeit vom 07.07.2008, Ausgabe Nr. 28.

⁶⁷ www.spiegel-online.de vom 05.12.2006 (Stand: 08.01.2006).

⁶⁸ http://www.zeit.de/archiv/1998/52/199852.akte.srebrenica_.xml?page=all (Stand 11.01.2007).



Fazit

Wie nun ersichtlich wurde, kann von einer Aufarbeitung der Vergangenheit von Seiten der Niederlande nicht gesprochen werden. Zur Aufarbeitung müsste von den Niederlanden erst einmal anerkannt werden, dass die eigenen Soldaten aktiv am Massaker von Srebrenica beteiligt waren. Doch auch davon sind sie weit entfernt. Wie erwähnt, wurden die Soldaten sogar für ihren Einsatz geehrt und somit ihr Einsatz gewürdigt. Das Geschehene wurde komplett als positiv und der Einsatz der Soldaten als heldenhaft dargestellt bzw. wurde erklärt, dass es keine hundertprozentige Wahrheitsfindung geben könne und somit auch keine Schuld der Niederlande bewiesen sei. „Das Kapitel Srebrenica“ wurde in den Niederlanden geschlossen und bisher nicht wieder geöffnet. Eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und eine Aufarbeitung der Geschehnisse stehen den Niederlanden somit noch bevor.

Radovan Karadžić und Ratko Mladić, die Hauptverantwortlichen, und andere, wurden 2011 von Serbien an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in den Haag überstellt. Die Ex-Serbenführer Karadžić und Mladić sind zu lebenslanger Haft verurteilt worden, auch weitere ihrer Offiziere. Ein anderer der Hauptverantwortlichen, das ehem. Staatsoberhaupt Slobodan Milošević, 2001 verhaftet und von Serbien an das UN-Kriegsverbrecher Tribunal ausgeliefert, starb 2006 noch vor dem Abschluss des Verfahrens.

Literatur

Melcic, D.: Der Jugoslawien-Krieg: Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.

DIE ZEIT vom 07.07.2008, Ausgabe Nr. 28.

Internet

www.heute.de; Archiv 10.04.2002 (Stand 08.01.07)

www.spiegel-online.de vom 05.12.2006 (Stand: 08.01.2006)

www.stern.de vom 16.04.2002 (Stand: 08.01.2006)

www.zeit.de/archiv/1998/52/199852.akte.srebrenica_.xml?page=all (Stand 11.01.2007)



4.3 Ruanda – Tutsi-Hutu-Konflikt:

Marcel Hedler

Hintergrund

Der Konflikt zwischen den Bevölkerungsgruppen der Hutu und Tutsi ist alt und vorkolonial; er entlud sich nach dem Ende der Kolonialherrschaft Belgiens (seit 1960) schon mehrmals in Vertreibungen und Massentötungen. Ursache war, dass sich die Kolonialmächte, zunächst das DR (bis 1914/ 1918), dann Belgien (Mandat des Völkerbunds, nach Gründung der UNO Treuhandgebiet), dazu entschlossen, durch Ausnutzung lokaler gesellschaftlicher Strukturen zu herrschen. Sie unterstützten zunächst die herrschende Tutsi-Elite und versuchten, sie für ihre Zwecke zu nutzen. So wurden die Tutsi im kolonialen Herrschaftssystem privilegiert. Die Kolonialmächte definierten zudem auch die gesellschaftlichen Kategorien von „Hutu“, „Tutsi“, und „Twa“, als Ethnien, unterschieden nach rassistischen Kriterien (Äußeres und angeblicher Charakter), sowie nach der Wirtschaftsbasis (Tutsi = Rinderzüchter; Hutu = Bauern; Twa = Jäger/ Sammler, Töpfer). Die Tutsi erhielten zunächst alleinigen Zugang zu den Kolonialschulen mit der Absicht, dadurch der Kolonialverwaltung zu nutzen. Durch die Kolonialpolitik wurde die Bevölkerung zu Abgaben und Zwangsarbeit verpflichtet, für deren Eintreibung Tutsi zuständig waren. Dies führte zu Unzufriedenheit und Neid auf Hutu-Seite. Außerdem ergaben sich zunehmend Probleme, weil Tutsi eigene Gedanken äußerten und nicht alle Vorgaben der (belgischen) Kolonialmacht umsetzen wollten. So setzten die belgische Kolonialverwaltung und die katholische Mission zunehmend auf „divide et impera“, (teile und herrsche) und begannen, die Hutu politisch zu fördern. Als die Hutu 1959 die Macht übernahmen, pervertierten sie die ethnische Segregation zu einer Art „schwarzer Apartheid“. Sie nahmen das rassistische Gedankengut der Europäer an, indem sie die Tutsi als später eingewanderte Fremde in Ruanda behandelten. Vor den ersten Massakern, Vertreibungen und der ersten Fluchtwelle von Tutsi im Jahre 1959 wurde deren Anteil auf 12-13 % geschätzt. Dieser Anteil soll dann bis zum Völkermord durch weitere Fluchtwellen und Vertreibungen auf etwa 9-10 % abgenommen haben. Anfang der 1990er Jahre formierte sich im ugandischen Exil schließlich die mehrheitlich von den Tutsi unterstützte „*Ruandische Patriotische Front (RPF)*“, die eine Rückkehr der Flüchtlinge und die Übernahme der Regierung anstrebte. Mehrere Invasionsversuche blieben zunächst erfolglos, bewiesen jedoch die zunehmende militärische Erstarkung der Rebellen.

Vor diesem Hintergrund kam es zu einem Friedensvertrag, der jedoch von beiden Seiten ständig torpediert wurde. Die Rebellen, denen bereits eine Präsenz an mehreren Punkten des Landes, unter anderem in der Hauptstadt Kigali, zugestanden worden war, rüsteten ihre Truppen weiter mit modernem Gerät aus, das sie von ihren



Unterstützern, namentlich den USA, erhielten, während die Streitkräfte der von Hutu dominierten Regierung in Kigali von Frankreich unterstützt wurden.

Die radikalen Hutu stimmten sich bereits auf den kommenden Völkermord ein. Regierungsmitglieder, fanatische Hutu-Politiker, führende Armeeoffiziere wie der spätere Stabschef Augustin Bizimungu oder der in den Tagen des Völkermords entscheidende Militärbefehlshaber Théoneste Bagosora, Milizen der Interahamwe und der Impuzamugambi⁶⁹, sowie Teile der Presse und des Rundfunks agitierten gegen die als „Eindringlinge“ und „Parasiten“ bezeichneten Tutsi. Der Sender „Radio Télévision Libre des Mille Collines,“ spielte später auch eine entscheidende Rolle bei der Koordinierung des Völkermords.

Als Auslöser erwies sich letztlich der bis heute nicht aufgeklärte, mit Boden-Luft-Raketen durchgeführte Abschuss des Flugzeuges des gerade von den Friedensverhandlungen in Dar es Salam zurückkehrenden Präsidenten von Ruanda, Juvénal Habyarimana, kurz vor der Landung in Kigali. Mit ihm starben auch der Präsident des benachbarten Burundi, Cyprien Ntaryamira, und weitere hochrangige Beamte. Dies war das Signal für den Beginn des Völkermords.

Der Völkermord

Den Akteuren des Völkermords wäre es nicht gelungen, innerhalb so kurzer Zeit so viele Menschen zu ermorden, wäre der Genozid nicht schon weit im Voraus geplant worden. Seit der belgischen Kolonialherrschaft war in den Pässen der Ruander vermerkt, welcher Volksgruppe sie angehören. Dabei definierten die Belgier alle Ruander als Tutsi, die mehr als zwölf Kühe besaßen. Die Identifizierung der Tutsi war daher sehr einfach. Um den Ablauf des Völkermords besser planen zu können, wurden im Vorfeld Listen mit missliebigen Personen erstellt. Dabei handelte es sich vor allem um Tutsi, mit den Tutsi sympathisierende Hutu und moderate Politiker.

Begünstigt wurde der Völkermord zudem von der internationalen Gemeinschaft. Sie versagte der UNO Mission UNAMIR weitestgehend die Unterstützung. Die in Ruanda stationierte Truppe war unterversorgt und schlecht ausgebildet. Bis auf Belgien stellten ausschließlich Entwicklungsländer Soldaten zur Verfügung. Bangladesch, eines der Entsendeländer, untersagte zudem die Gefährdung der eigenen Soldaten. So weigerten sich z.B. einige Soldaten, Befehle auszuführen.

30 Minuten nach dem Flugzeugabsturz am 6. April 1994 begann die Leibgarde des Präsidenten damit, systematisch moderate Politiker zu ermorden. Hervorzuheben ist dabei vor allem die Ermordung von Agathe Uwilingiyimana mitsamt ihrer Familie. Die Premierministerin der Interimsregierung wurde von zehn belgischen und fünf ghanai-

⁶⁹ in der Landessprache Kinyarwanda: „diejenigen, die zusammenhalten“ oder „zusammen kämpfen“ bzw. „die das gleiche Ziel haben“ oder „die für ein Ziel kämpfen“



schen Soldaten von *UNAMIR* sowie mindestens fünf weiteren Leibwächtern geschützt. Da der UNO-Mission nur sehr begrenzte Munitionsvorräte zur Verfügung standen, konnten die zum Schutz abgestellten Soldaten überwältigt und gefangen genommen werden. Während die fünf ghanaischen Soldaten am nächsten Tag freigelassen wurden, misshandelte und tötete man die belgischen Soldaten. Als Reaktion darauf zog Belgien sein UNO-Kontingent – das am besten ausgerüstete und ausgebildete von *UNAMIR* – aus Ruanda ab.

Zusammen mit der Präsidentengarde errichtete die *Interahamwe-Miliz* im ganzen Land Straßensperren. Die Sperren dienten einerseits dazu, unliebsame Personen an der Flucht zu hindern (sie wurden sofort ermordet), andererseits behinderten sie sehr effektiv die Rettungsmissionen von *UNAMIR*. Die Straßensperren mussten erst zeitaufwändig umfahren werden, weshalb schutzbedürftige Personen oft zu spät erreicht wurden.

Die *RPF*, über die systematischen Morde im Bilde, setzte *UNAMIR* eine Frist bis zum Sonnenuntergang am 7. April. Sollte die Lage bis dahin nicht unter Kontrolle gebracht worden sein, würde die Rebellenarmee eine Offensive gegen die Regierungsarmee starten. Da *UNAMIR* dazu nicht in der Lage war, startete die *RPF* ihre Offensive.

Obwohl schnell klar war, dass ein Völkermord begangen werden würde, reagierte die internationale Öffentlichkeit mit Verharmlosung der Vorgänge und sprach lange von einem „Bürgerkrieg“, in Ruanda. Ein Völkermord hätte ein internationales Eingreifen unvermeidlich gemacht, weshalb man sich auch davor scheute, dieses Wort zu verwenden. Die Blauhelmsoldaten konnten deshalb dem mörderischen Treiben nur tatenlos zusehen oder wurden immer öfter selbst zum Ziel von Attacken.

Charakteristisch für den Völkermord in Ruanda ist, dass weite Teile der Bevölkerung zur „Mitarbeit“ bei den Tötungsaktionen gezwungen oder zumindest ermutigt wurden. Aufgrund der schieren Menge der Mitschuldigen – der ruandischen Justiz sind derzeit 556.000 Mittäter bekannt – ist die Bestrafung aller Verantwortlichen erschwert, wenn nicht ganz unmöglich.

Zwei Drittel der Opfer wurden mit Macheten oder Keulen erschlagen, zu Tode geprügelt oder ertränkt. Oft wurden die Opfer erst verstümmelt, bevor sie getötet wurden. So war es nicht selten, dass vor den Augen der Eltern den Kindern die Gliedmaßen abgehackt wurden. Anschließend schnitt man ihnen die Kehle durch und die Geschlechtsteile ab. Mit den Eltern wurde anschließend ähnlich verfahren. Vorhergehende Vergewaltigungen kamen offenbar in großer Zahl vor. Nach einer Schätzung von UNICEF wurden während des Völkermords in Ruanda insgesamt zwischen 250.000 und 500.000 Mädchen und Frauen vergewaltigt. In mehreren Fällen suchten flüchtende Verfolgte Schutz in Kirchen und Schulen, wurden jedoch anschließend



von katholischen Priestern und Lehrern den Milizen übergeben. Auch Hutus, die sich an den Morden nicht beteiligen wollten, wurden getötet. In diesem Zusammenhang erlangte das Massaker in der Stadt Nyarubuye (Ermordung von ca. 20.000 Menschen, 15. u. 16. April 1994) traurige Berühmtheit. So schildern Berichte, dass Männer, Frauen und Kinder wahllos mit Speeren, Macheten, Keulen, Handgranaten und Gewehren umgebracht wurden.

Berühmt wurde ebenfalls das `Hôtel des Mille Collines` in Kigali, das vielen Tutsi Unterschlupf und damit die Rettung vor dem sicheren Tode bot (s. Film „*Hotel Rwanda*“). Beendet wurde das Töten letztendlich durch die militärischen Erfolge der *RPF*. Reste der geschlagenen Armee Ruandas, darunter auch der *Interahamwe-Milizen* und einer großen Zahl weiterhin regierungstreuer Hutus, flüchteten in den benachbarten Kongo.

Folgen und Aufarbeitung

Die Zahl der Flüchtlinge in den Nachbarländern belief sich auf etwa zwei Millionen. Die meisten Menschen waren in den Kongo geflohen. Die provisorischen Auffanglager wurden von Seuchen heimgesucht; allein an der Cholera starben weitere 40.000 Menschen. Die Lager dienten auch der ehemaligen Regierung als Rekrutierungslager für einen erneuten Umsturz. Die Machtverschiebung in Ruanda war zugleich mitverantwortlich für die Bürgerkriege in Burundi und dem Kongo. Auf Beschluss des UN-Sicherheitsrats wurde mit dem „Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (*ICTR*)“ ein „Ad-hoc-Strafgerichtshof“, eingerichtet, der diesen Völkermord auf oberster politischer Ebene seit 1995 in Arusha (Tansania) untersucht und bereits mehrere Beschuldigte verurteilt hat. Doch dieses Tribunal hatte nur die Aufgabe, die Planer des Genozids zu verurteilen. Für die Prozesse gegen die Hunderttausende von Normalbürgern besann sich Ruanda 1999 einer traditionellen Dorfgerichtsbarkeit, die so genannten *Gacaca-Gerichte*⁷⁰.

So hatte nämlich der Genozid nicht nur immense soziale und politische Probleme hervorgerufen, sondern gleichzeitig auch alle Institutionen zerstört, die sich der Vergangenheitsbewältigung hätten annehmen können. Aus diesem Grund machte die Regierung 1995 am Rande eines internationalen Seminars in Kigali einen Aufruf an alle akademischen Institutionen, nach Lösungen und Strategien zur Aufarbeitung der Vergangenheit zu suchen, die in den ruandischen Kontext passen.

Schnell wurde jedoch klar, dass die nationalen und internationalen Versuche, Mittäter des Genozids zu verurteilen, die Erwartungen nicht erfüllen konnten. Der „Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (*ICTR*)“ mit seiner geringen Kapazität

⁷⁰ Traditionelles ruandisches Rechtssystem, von Dorfältesten vollzogen, leitet sich von einer Grasart ab, die in Ruandas Berglandschaft wächst. Verhandlungen werden nämlich auf diesem Gacacagras sitzend geführt, es wird daher auch als *Wiesengericht* bezeichnet.



setzte zwar ein symbolisch wichtiges Zeichen, war allerdings nicht in der Lage, die Erwartungen der einfachen ruandischen Bevölkerung zu befriedigen. Das nationale Rechtssystem in Ruanda, nach dem Völkermord von 785 auf 20 überlebende Richter dezimiert, konnte den von Inhaftierten berstenden Gefängnissen ebenfalls kaum Abhilfe schaffen und konzentrierte sich darauf, den nicht vom *ICTR* erfassten Planern und Anstiftern des Völkermordes den Prozess zu machen. So entschied sich die Regierung 1999 schließlich pragmatischer, mangels Alternativen und ohne die früheren Bedenken über Bord zu werfen, für die Revitalisierung der *Gacaca-Gerichte*, um die Fälle der großen Masse der Genozid-Täter bewältigen zu können. Eine nationale Gacaca-Kommission wurde gebildet, welche eine Vorlage entwarf, die später als Grundlage des im Januar 2001 vom Parlament angenommenen Gacaca-Gesetzes diente. Im Sommer 2002 wurden bereits in zwölf Distrikten die ersten Pilotgerichte installiert, im November desselben Jahres hat man die Gerichte auf 106 Sektoren ausgedehnt. Seit März 2005 arbeiten rund 13.000 derartige Gerichte, über das ganze Land verteilt, zuständig für über 1 Million (sic!) Fälle. (Zum Vergleich: Das Internationale Tribunal war zuständig für 93 Angeklagte, von denen 61 verurteilt wurden.) Auf internationaler Ebene wird insbesondere das Nichteingreifen der damals vor Ort stationierten UNO-Schutztruppe UNAMIR und das Schweigen des damals für Ruanda verantwortlichen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali hinterfragt. Umstritten ist daneben auch die Rolle seines für Afrika und Ruanda zuständigen späteren Nachfolgers Kofi Annan. Kritiker werfen ihm vor, dass er aus eigenem Antrieb oder auf Wunsch der nach dem Somalia-Debakel interventionsunwilligen US-Regierung unter Präsident Bill Clinton Nachrichten aus Ruanda, wie etwa die Berichte und Hilfsgesuche des kanadischen Kommandanten des UN-Militärkontingents in Ruanda, General Roméo Dallaire, zurückgehalten und abgemildert haben soll. Durch dieses Verhalten sollte offenbar die Nennung des Wortes Genozid/Völkermord vermieden werden, was den Sicherheitsrat oder die US-Regierung zum Eingreifen gezwungen hätte.

Nach den Erlebnissen in Ruanda unter schweren Depressionen leidend, wurde *Dallaire* im Jahre 2000 aus der kanadischen Armee entlassen. In der Überzeugung, eine Mitschuld am Genozid in Ruanda zu tragen, unternahm *Dallaire* zwei Selbstmordversuche. Im Jahr 2003 veröffentlichte er das Buch *„Shake Hands with the Devil: The Failure of Humanity in Rwanda“*, in dem er sich selbst mit den Ereignissen des Jahres 1994 auseinandersetzt und die Rolle der Völkergemeinschaft in diesem Konflikt darstellt. Der zur Zeit des Völkermordes amtierende US-Präsident Bill Clinton äußerte sich 2005 rückblickend zu seiner Amtszeit: *„Was habe ich falsch gemacht? Dass wir nicht in Ruanda einmarschiert sind. Das ist damals innerhalb von 90 Tagen geschehen, dieser Völkermord. Ich weiß, dass ich nur ganz schwer die Zustimmung des Kongresses erhalten hätte. Aber ich hätte es versuchen sollen. Ich hätte Leben*



retten können. Das war ganz sicher das schwerste Versäumnis meines Lebens. Ich muss damit leben.“

Zehn Jahre nach dem Völkermord in Ruanda leiden insbesondere die Kinder unter den Nachwirkungen der Katastrophe. Mehr als 600.000 Kinder und Jugendliche wachsen heute in Ruanda ohne einen oder beide Elternteile auf. Jede dritte ruandische Familie hat zwar mindestens ein Pflegekind aufgenommen – dies ist der höchste Anteil an Pflegekindern weltweit. Doch weiter müssen sich über 100.000 Heranwachsende ohne Schutz und Beistand durch Erwachsene in Kinderhaushalten durchschlagen. Die Kinder und Jugendlichen leiden an dem Verlust ihrer Angehörigen und leben meist in extremer Armut und Hoffnungslosigkeit.

Der Völkermord brachte für mindestens drei Viertel, vielleicht auch über 90 % der in Ruanda ansässigen Tutsi den Tod. Durch die kurz danach einsetzende Rückwanderung einer großen Zahl von Exil-Tutsi machen die Tutsi wieder wesentlich mehr als die zu erwartenden 1–3 % der Bevölkerung aus. Neuere Zahlen zur Ethnizität sind jedoch kaum erhältlich.

Die „*hamitische Hypothese*“ (Tutsi, gleichsam zu „schwarzen Weißen“ geadelt, wurden im ehemaligen kolonialen Herrschaftssystem privilegiert – die Tutsi übernahmen bereitwillig diese Theorie, um ihre Überlegenheit gegenüber den Hutu historisch zu beweisen) erfreut sich bis heute großer Beliebtheit, liefert sie doch ein simples Erklärungsmodell für den Genozid.

Fazit

Nach den Gräueltaten der Nazis und Stalins, nach Vietnam und den Massakern an Armeniern und in Indonesien, um nur die schlimmsten und zahlenmäßig herausragenden zu nennen, ist der Genozid in Ruanda als unvorstellbar zu bezeichnen, noch dazu, weil er am Ende des 20. Jhd. und in einem weitgehend christianisierten Land geschah.

Die Aufarbeitung ist entsprechend mühsam, erscheint zeitlich und organisatorisch schier unmöglich: Bei Einsatz aller Mittel müsste es noch ein Jahrhundert andauern, bis alle Täter verurteilt wären und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren könnte. Auch die Einrichtung eines Fonds für die Opfer kann die Wunden nicht heilen. Erschreckend ist auch das Versagen der internationalen Gemeinschaft, insbes. der sogenannten zivilisierten Nationen.

Die Frage lautet: Was hat die Welt gelernt und wie will sie derartige Genozide verhindern?



Literatur

Philip Gourevitch: Wir möchten Ihnen mitteilen, dass wir morgen mit unseren Familien umgebracht werden. Berichte aus Ruanda. Berlin Verlag, Berlin 1999.

Roméo Dallaire: Handschlag mit dem Teufel, Frankfurt/Main 2005.

J. M. Werobèl-La Rochelle: Ruanda in: Polit. Lexikon Schwarzafrika, Beck-München 1978.

Internet

<http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/kulturzeit/lesezeit/77558/index.html> (29.12.2005 um 13:14 Uhr)

<http://www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/archiv/04/info/Ruanda-Genozid.htm> (29.12.2005 um 13:39 Uhr)

<http://www.stern.de/politik/ausland/?id=522189> (29.12.2005 um 13:21 Uhr)

<http://www.unicef.de/index.php?id=201> (29.12.2005 um 14:13 Uhr)

Hinweis: Verfilmung „Hotel Ruanda“



5 Andere Konflikte/ Kriege

5.1 Indien/Pakistan – Der Kaschmirkonflikt:

Melisande Seebald

Grundinformation

Kaschmir ist ein ehemaliger Fürstenstaat im Himalaya, der heute von Indien und Pakistan gleichermaßen beansprucht wird. Es teilt sich auf in den indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir mit 101.387 km² und 10,1 Mio. Einwohnern, die pakistanischen Nordgebiete und das teilautonome pakistanische Azad Kaschmir mit zusammen 83.888 km² und 1,3 Millionen Einwohnern, sowie einige chinesische Gebiete (Aksai Chin) mit 36.991 km² und einigen Tausend Bewohnern. Die Gesamtfläche Kaschmirs beläuft sich auf 222.236 km². Die größte Provinz des indischen Kaschmirs ist Ladakh.

Der Kaschmirkonflikt lässt sich in drei zentrale Konflikte unterteilen:

Erster Kaschmirkonflikt

Der 1. Konflikt begann 1947 nach der Aufteilung Britisch-Indiens.

Großbritannien wollte, dass Staaten mit überwiegend moslemischer Bevölkerung zu Pakistan gehören und Staaten mit hauptsächlich hinduistischer Bevölkerung sollten Indien zugeordnet werden. Diesem Gesetz zufolge hätte die Region Kaschmir zu Pakistan gehören müssen, doch das Gebiet grenzt an beide Staaten.

Indien eroberte Ende 1947 zwei Drittel von Kaschmir durch Luftlandetruppen. In diesem Krieg bekämpften sich moslemische Rebellen, pathanische Stammeskrieger, die Truppen eines Maharadschas von Kaschmir, sowie Indien und Pakistan.

Am 01. Januar 1948 bezichtigt Indien Pakistan, die Azad-Rebellen, eine moslemische Gruppe, zu unterstützen und klagt vor dem UN-Sicherheitsrat.

Pakistan streitet die Vorwürfe ab; die UNO beschließt, eine dreiköpfige Untersuchungskommission nach Kaschmir zu schicken. Die Untersuchungen ergeben die Forderung, die Kampfhandlungen baldig zu beenden und das Gebiet unter UN-Aufsicht zu stellen. Nach dem Tod von Gandhi 1948 verschärfen sich die Spannungen zusätzlich, doch 1949 kommt es zu einem Waffenstillstandsabkommen. Diese Waffenstillstandslinie wird noch heute von UN-Beobachtern kontrolliert. Es ist die so genannte „de-facto-Grenze“ für Indien und Pakistan. In den folgenden Jahren kommt es aber immer wieder zu Spannungen zwischen den beiden Ländern. Auch der Vorschlag, Kaschmir zu teilen oder das Kaschmirtal zu internationalisieren, schlägt fehl. 1963 gibt es erneute heftige Spannungen im Land, nachdem moslemische Rebellen verschwanden.



Zweiter Kaschmirkonflikt

Die Grenzüberschreitung einer der Konfliktparteien ist der Auslöser für den Zweiten Kaschmirkrieg. Man weiß nicht genau welche Parteiseite es war, aber man vermutet, dass es Pakistan gewesen ist. Denn sie unterstützten schon am 05. August 1965 moslemische Rebellen, die versucht hatten, den indischen Teil Pakistans zu infiltrieren. Außerdem war die Gelegenheit für Pakistan günstig, da Indien durch den Konflikt von 1962 mit China geschwächt war und Pakistan nach Waffenlieferung der USA die Lager gefüllt hatte. Doch die Pläne der pakistanischen Regierung scheiterten (eher Verluste als Gewinne): Pakistan konnte nur 300 Quadratmeilen erobern, Indien hingegen 700 Quadratmeilen.

In einer Konferenz vom 04. bis 10. Januar 1966 erreicht der sowjetische Vermittler Kossygin, dass beide Länder ihre Truppen zurückziehen, Kriegsgefangene ausgetauscht und die diplomatischen und ökonomischen Beziehungen von Indien und Pakistan wiederaufgenommen wurden. Der äußere Eindruck der geklärten Situation trägt: 1968 kommt es erneut zu Spannungen. Nach Wiederaufrüstungsprogrammen haben Pakistan die USA, Frankreich und China, und Indien die Sowjetunion als Waffenlieferanten auf ihrer Seite. Die Beziehungen beider Länder verschlechterten sich zunehmend.

Dritter Kaschmirkonflikt

Der dritte Kaschmirkonflikt ist ein Waffenstillstand mit gehäuften Zwischenfällen. Diese Zwischenfälle stehen unter der Beobachtung der UNO. 1975 kommt es zu größeren militärischen Auseinandersetzungen, wobei vermutlich auch Sowjets und Chinesen beteiligt waren. Etwa 15 Jahre lang gibt es keine erwähnenswerten, größeren Zwischenfälle; erst seit 1990 kommt es wieder vermehrt zu Auseinandersetzungen. Am 20. Januar 1990 schießen indische Sicherheitskräfte auf Demonstranten. Diese demonstrierten gegen die Vernachlässigungen durch die Regierung. Auch wenn es eine leichte Entspannung im November 1990 gab, gibt es seit dem Winter 1995 wieder regelmäßig größere Schießereien an den Grenzen.

Die heutige Situation

Die Situation im Konflikt zwischen Indien und Pakistan treibt seit dem 13.12.2001 auf einen verschärften bewaffneten Konflikt der beiden Atommächte zu.

Am 13.12.2001 verübten pakistanische Extremisten einen blutigen Anschlag auf das indische Parlament in Neu-Delhi. Indien fordert von Pakistan die Verfolgung der Attentäter und der Hintermänner. Gleichzeitig ziehen beiden Staaten Truppenverbände in der Region zusammen, die sich seit dem 11.1.2002 immer wieder Feuergefechte liefern. Im Zuge des einsetzenden Entspannungsprozesses Ende 2003 schlug der pakistanische Präsident Pervez Musharraf einen völligen Truppenabzug (des indi-



schen und des pakistanischen Militärs) aus der umstrittenen Himalaya-Region vor. Indien lehnt dies ab, mit Hinweis auf die instabile, komplexe Sicherheitslage und wegen der Gefahr des Einsickerns von Extremisten aus Pakistan. Der zentrale Streitpunkt zwischen beiden Ländern, wonach sie beide den alleinigen Anspruch auf ganz Kaschmir erheben, wurde in dem bisherigen Annäherungsprozess ausgeklammert. Ein endgültiges Ende des Kaschmirkonflikts ist in nächster Zeit nicht in Sicht. Der gesamte Konflikt kostete bisher etwa 10 Millionen Menschen das Leben.

Fazit

Es gab keine Aufarbeitung. Der Konflikt besteht weiterhin.

Literatur

Begg, J.: Der Kaschmirkonflikt in der internationalen Politik. Unter besonderer Berücksichtigung der USA, Russlands (UdSSR) und Chinas, Diplomica Verlag, 2009.

Saeed Chaudhry, M.: Der Kaschmirkonflikt: Seine Ursachen, sein Wesen sowie Rolle und Bemühungen der Vereinten Nationen. Weltforum Verlag, 1976.



5.2 Korea – Vom Stellvertreterkrieg zur Teilung:

Julian Klotz

Korea, die Halbinsel in Ostasien, wurde am Ende des 2. Weltkrieges in zwei Staaten geteilt: im Norden die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), im Süden die Republik Korea (Südkorea). Die VR China und Russland grenzen an Korea; von Japan wird Korea durch das Japanische Meer getrennt.

Die Kultur Koreas ist konfuzianisch und buddhistisch geprägt. Die koreanische Sprache wird von etwa 78 Millionen Menschen gesprochen, geschrieben wird sie fast ausschließlich mit der eigenen Schrift „Hangeul“ (gelegentlich kommen auch chinesische Schriftzeichen vor).

Die Vorgeschichte

- Zwischen 1592 und 1598 wurde Korea im Imjin-Krieg von Japan angegriffen.
- Im 17. Jahrhundert kam Korea unter die Vorherrschaft der Mandschu.
- Korea verweigerte sich vom 17. bis zum 19. Jahrhundert einer Öffnung des Landes, alle Grenzen wurden geschlossen, jeglicher Kontakt zum Ausland abgebrochen.
- 1871 kam es zum ersten militärischen Kontakt mit den Vereinigten Staaten.
- Ab 1876 wurde den Koreanern von Japan ein Handelsabkommen aufgezwungen.
- Nach den 1. Chinesisch-Japanischen Krieg (1894-1895) und dem Russisch-Japanischen Krieg (1904-1905) hatte sich Japan als dominante Macht in Ostasien etabliert.
- 25. Juli 1907: Korea wird Protektorat Japans und 1910 annektiert. Bis zur Kapitulation Japans am 15. August 1945 Kolonie.
- Nach dem Zweiten Sino-Japanischen Krieg (1937) und während des 2. Weltkrieges versuchte die Kolonialmacht, Korea als Nation auszulöschen.
- Die Koreaner mussten japanische Namen annehmen; traditionelle koreanische Feste wurden verboten, Zeitungen durften nicht mehr in Koreanisch erscheinen, Koreanische Geschichte wurde als Fach aus den Universitäten verbannt.
- Am Ende des Krieges gelang es den USA und der UdSSR nicht, Einigkeit über die Zukunft Koreas zu erzielen. Der Vorschlag der Amerikaner, Korea vorläufig in zwei Besatzungszonen zu teilen, wurde angenommen: Die nördliche Zone wurde unter sowjetische Verwaltung gestellt, die südliche Hälfte unter amerikanische.



Die japanische Besatzungsmacht in Korea kapitulierte am 9. September 1945, im Norden gegenüber der Roten Armee, im Süden gegenüber den US-Truppen.

- Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten über ein vereinigtes Korea verliefen bis 1947 ergebnislos. Die Koreafrage kam auf Drängen der USA vor die Vereinten Nationen. Die sowjetische Seite sah dies als Verstoß gegen die Abmachung, dass die Koreafrage von einer amerikanisch-sowjetischen Kommission gelöst werden sollte. UdSSR beteiligte sich ab dann nicht mehr an Korea-Konferenzen der UN.
- Am 14. November 1947 erreichten die USA eine UN-Resolution, die freie Wahlen, den Abzug aller ausländischen Truppen und die Schaffung einer UN-Kommission für Korea vorsah. Die UdSSR boykottierte die Abstimmung und sah die Resolution nicht als bindend an.
- 10. Mai 1948: Freie Wahlen im Süden, die Syngman Rhee gewann. Wahlen wurden aber von den linken Parteien boykottiert. 1948 übernahm Syngman Rhee die Regierungsgeschäfte von der amerikanischen Militärregierung .
- Der sowjetisch kontrollierte Norden beantwortete dies mit der Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea 1948 (Sept.).
- Beide Regierungen sahen sich als rechtmäßige Regierung über ganz Korea an und wollten dies auch militärisch durchsetzen :
 - ➔ Dies führte im Juni 1950 zum Koreakrieg, der die bis heute andauernde Teilung Koreas festschrieb.

Der Korea Krieg

1950:

10. Juni: Letzte Absprachen in Moskau für einen nordkoreanischen Angriff auf Südkorea

25. Juni: Nordkoreanische Truppen greifen Südkorea an – Beginn des Koreakriegs

28. Juni: Nordkoreanische Truppen erobern Seoul

30. Juni: US-Truppen greifen aus Japan kommend ein

7. Juli: Der UN-Sicherheitsrat, den die UdSSR wegen der Nichtanerkennung der VR China boykottiert, verurteilt Nordkorea als Angreifer und etabliert ein Militärkommando zur Verteidigung Südkoreas unter US-Führung





16 Nationen beteiligen sich an der UNO-Truppe unter Führung des US-Generals Douglas MacArthur

August: Nordkoreas Truppen haben bis auf einen Streifen um die südlichen Städte Daegu und Pusan ganz Südkorea erobert

15. September: Die US-geführten UNO-Truppen starten eine Gegenoffensive in Inchon und schalteten bald drei Viertel der nordkoreanischen Truppen aus

30. September: Erste UNO-Truppen überqueren vereinzelt den 38. Breitengrad nordwärts

1. Oktober: Südkoreanische Truppen unter UNO-Kommando ziehen über den 38. Breitengrad Richtung Norden

25. Oktober: Chinesische Truppen überqueren den Yalu und helfen den bedrängten nordkoreanischen Truppen

24. November: Die UNO-Truppen beginnen den Rückzug aus Nordkorea

5. Dezember: Chinesen und Nordkoreaner erobern Pjöngjang

16. Dezember: US-Präsident Truman erklärt in den USA den Notstand, verhängt Preiskontrollen und lässt stark aufrüsten

31. Dezember: Chinesen dringen südlich des 38. Breitengrades vor und erobern Seoul

1951:

10. Februar: UNO-Truppen erobern Seoul zurück

11. April: UNO-Befehlshaber MacArthur wird entlassen, nachdem er Vollmachten zur Zerstörung chinesischer Luft- und Nachschubbasen verlangte. Truman befürchtete einen Weltkrieg

10. Juli: Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen

1952:

Juni: USA nehmen Bombardements von Nordkorea wieder auf, um Pjöngjang zu Zugeständnissen am Verhandlungstisch zu zwingen

November: Dwight D. Eisenhower wird zum US-Präsidenten gewählt

1953:

März: Tod Stalins, **Juni:** Verhandlungsdurchbruch mit der Lösung der Frage des Austauschs von Gefangenen

Juli: Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens in Panmunjon



Folgeentwicklungen

Der Koreakrieg hat die Teilung des Landes auf Jahrzehnte hinaus zementiert. An der demilitarisierten Zone stehen sich auch heute noch über 1 Mio. Soldaten gegenüber. Bis dato kein Friedensvertrag, eine Wiedervereinigung ist nicht in Sicht. In der Politik beider Länder spielt die Angst vor einem erneuten Ausbruch des Krieges eine große Rolle.

Im Norden:

Die kommunistische Führung konnte ihre Macht trotz zunehmender wirtschaftlicher Probleme bis heute behaupten. Die Wirtschaft ist auf das Militär ausgerichtet – Nordkorea ist mit großem Abstand das Land, das gemessen am Bruttoinlandsprodukt die höchsten Militärausgaben hat.

Im Süden:

Die undemokratische Führung bekam die Probleme des Landes kaum in den Griff. Park Chung-hee (Nachfolger von Syngman Rhee) putschte das Militär, jedoch gelang der Militärdiktatur ein enormer wirtschaftlicher Aufstieg. 1990 wurde die Verfassung zugunsten einer echten Demokratie geändert, seither gibt es freie Wahlen und mehrfachen Machtwechsel. Heute ist Südkorea ein stabiles und demokratisches Land, erwirtschaftet weltweit das zehntgrößte Bruttoinlandsprodukt.

Der erste Stellvertreterkrieg nach dem 2. Weltkrieg“

Korea war seit 1919 von Japan annektiert; da Japan den 2. Weltkrieg verlor, wurde Korea unter den Siegermächten aufgeteilt.

USA besetzte den Süden, um ein Bollwerk gegen den Sozialismus zu errichten

- Containment-Politik (Eindämmung) wurde zur „Roll-Back-Politik“
- USA wollte die alleinige Supermacht in einer kapitalistischen Welt sein
- Es begann eine aktive Zurückdrängung (politischer und wirtschaftlicher Druck, Kriegsdrohung)
- Es folgten massive wirtschaftliche und militärische Hilfen für Südkorea

Sowjetunion besetzte den Norden → Es folgten ebenfalls massive Hilfsleistungen

1949 einigen sich USA und UDSSR auf einen Truppenabzug.

Auslöser des Krieges 1950

- Durch die SU hochgerüstete Nordkoreaner überqueren die Grenze nach Süden
- (Stalin war gegen einen Krieg – aus Furcht vor den USA)



- USA greift sofort militärisch ein (die Zustimmung der UN folgte erst später, die SU war bei der entscheidenden Abstimmung im Sicherheitsrat nicht anwesend, konnte also auch kein Veto einlegen)

China beteiligte sich auf der Seite Nordkoreas an dem Krieg

- 27. Juli 1953: Waffenstillstand und die Teilung in Nord- und Südkorea

Folgen

Zivilbevölkerung: ca. 3 Mio. Tote,

UN-Soldaten: 33.629 Tote und 103.629 Verwundete,

Nordkoreanische und Chinesische Soldaten: 1.247.000 Tote, 100.000 koreanische Waisenkinder.

Zu Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen waren neben den großen Infrastrukturanlagen wie Stauseen, 18 der 22 größten Städte Nordkoreas mindestens zur Hälfte dem Erdboden gleichgemacht worden.

Nordkorea leidet noch heute stark unter den Kriegsfolgen, insbesondere der Teilung sowie der Unnachgiebigkeit seines Regimes.

Fazit

Eine Aufarbeitung fand faktisch nie statt, weder der nordkoreanischen, noch der chinesischen Gräueltaten (Im Gegensatz zu Vietnam gibt es bisher offensichtlich keine Untersuchungen zu Übergriffen der UN-Truppen). Die Teilung, auch die Furcht vor dem Süden, wirkt sich in Nordkorea besonders stark aus, wo die Bevölkerung keinerlei Rechte hat und unter Hunger und unter der Allmacht der kommunistischen Partei leidet. Auch in Südkorea gibt es Einschränkungen, trotz aller demokratischen Fortschritte. So ist das Recht auf Vereinigungsfreiheit eingeschränkt, Arbeitsmigranten werden ausgebeutet, vor allem sind die Rechte auf freie Meinungsäußerung nicht gewährleistet, da diese die nationale Sicherheit gefährden könnte.

Mehrere Generationen nach Ende des Korea-Krieges sind die Folgen immer noch sichtbar.

Literatur

Steiner-Gashi/D.Gashi: Im Dienste des Diktators (Leben u. Flucht eines nord-koreanischen Agenten. Überreuther-Wien 2010.

UN-Sicherheitsrat, s. verschiedene Resolutionen gegen Menschenrechtsverletzungen Nordkoreas – in den letzten Jahren.

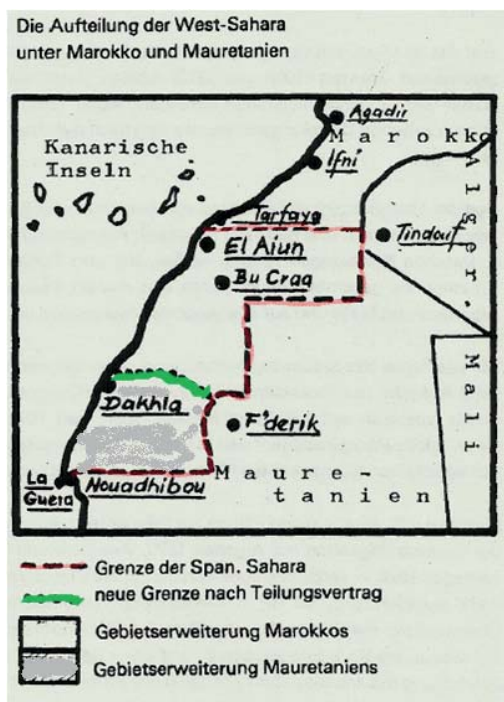
Stöver, B.: Geschichte des Koreakriegs: Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt, C.H. Beck, 2013.

Werning, B./ Song, D.-U.: Korea: Von der Kolonie zum geteilten Land, Promedia Verlag, 2013.



5.3 Der Westsaharakonflikt:

Sophia Claus



Kartenskizze: Werobèl-La Rochelle, :
 Die Teilung der Westsahara, a. a. O.

Die Westsahara liegt im Nordwesten Afrikas an der Atlantikküste.

Das Gebiet, das dem westlichen Teil der Saharawüste entspricht und 266.000 km² umfasst, grenzt im Norden an Marokko, im Nordosten an Algerien und im Osten und Süden an Mauretanien. Ein Teil der Bevölkerung (ca. 500.000 Menschen) sind marokkanische Einwanderer. Ein Großteil der Bevölkerung der Westsahara (Sahrauis) lebt allerdings in Flüchtlingslagern in Algerien (Tindouf).

Vorgeschichte

Zur Zeit des Römischen Reiches kamen von Norden bis in den Senegal zwei Berber-Stämme (Zenete und Sanhaja), nachdem sie durch Roms Expansion aus Nordafrika vertrieben wurden.

Die erste arabische Invasion in die Westsahara im Jahre 681 bewirkte in den Folgejahren die Islamisierung und die Verbreitung der arabischen Sprache.

Durch die Gründung der Almoraviden-Dynastie im 11. Jhd., einer Berberdynastie in Mauretanien, Westsahara, Marokko, Algerien und Al-Andalus, schlossen sich Stämme der Westsahara zu verschiedenen Föderationen zusammen, wobei die Regueibat zum Mächtigsten wurden. Die Regueibat beherrschten jahrhundertlang die Seguiet-el-Hamra, den Zemmour, den Tiris und den Adrar Soutouf. Die Eroberung der Stadt Tindouf im Jahre 1895 war der Höhepunkt der Ausbreitung.

1886 begannen erste Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich über die Grenzziehung. Die beiden Länder einigten sich 1900 in dem „geheimen französisch-spanischen Vertrag“ auf die Südgrenze der Westsahara, welche heute noch so übereinstimmt. Durch weitere Abkommen, 1904 und 1912, minimierte Frankreich die spanische Machtstellung in Südmarokko. Ein Küstenstreifen im Norden von Marokko, die Enklave Ifni bei Tiznit und ein Streifen von Tarfays bis zum Tal des Draa gehörten bis heute noch zu Spanien. Die Gebiete Seguiet-el-Hamra und Rio de Oro (später als Westsahara bezeichnet) blieben unter der Herrschaft Spaniens und erhielten den Status einer Kolonie, während der Landstreifen Tarfaya ein Protektorat bildete. Beide Gebiete verwaltete Spanien.



Seit der Unabhängigkeit Marokkos von Frankreich im Jahre 1956 wird ein ständiges Auf und Ab in den Beziehungen zwischen Spanien und Marokko sichtbar. Das nationalistische Marokko unter König Mohamad V. wollte ein „Groß-Marokko“. Die politischen Grenzen sollten sich von Tanger im Norden bis zum Senegal erstrecken, was Spanisch-Sahara, Mauretanien, Algerien und Gebiete von Mali bis Timbuktu einschließen.

Die spanische Staatsführung entschloss sich zu einem langsamen Rückzug:

- 1956: Übergabe Spanisch Marokkos (1912 bis 1956 bestand Marokko aus einem französischen und einem spanischen Protektorat)
- 1958: Aufgabe des Protektorats Tarfaya (südliches spanisches Protektorat)
- 1969: Rückgabe Ifnis (Der Tetouan-Vertrag von 1860: legt fest, dass der Sultan Marokkos Ifni für immer an Spanien abtritt. (Inbesitznahme erst 1934)

Damit wird nicht nur versucht, die Städte Ceuta und Mellila im spanischem-Besitz zu sichern, sondern auch den Besitz der Sahara. Der Wüstenstrich ist reich an Phosphatlagern (1963 Entdeckung der Phosphatlager von Bou Craa) und außerdem sollten dessen Bewohner durch Verleihung von spanischen Bürgerrechten auch an Spanien gebunden werden.

Entkolonialisierung

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen forderte in der ersten „Resolution 1514“ am 14. Dezember 1960 Spanien dazu auf, die Kolonie Westsahara in die Unabhängigkeit zu entlassen und der Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren. Spanien wurde am 16. Dezember 1965 erneut durch den Beschluss zur Westsahara (Nr. 2072) von der UN-Vollversammlung aufgefordert, alle Schritte zur Entkolonialisierung einzuleiten. Die Resolution wurde auch durch Spanien und Portugal mit Mehrheit angenommen. (Enthaltungen von GB, Frankreich und Südafrika).

Am 20. Dezember 1966 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Resolution 2229 die Enklave Ifni und die Westsahara getrennt voneinander zu behandeln, um die Interessen der Bewohner der Westsahara zu berücksichtigen. Spanien sollte ein Referendum über den Status der Westsahara mit Unterstützung durch Marokko und Mauretanien durchführen. Allerdings lehnte Spaniens Diktator Franco dieses Referendum und die sechs folgenden Beschlüsse der Generalversammlung bis 1973 zur Westsahara ab.

Dies verärgerte die Sahrauis, sodass sie im gleichen Jahr die Frente Polisario (span. Frente Popular para la Liberación de Saguia el Hamra y Rio de Oro), eine militärische und politische Organisation, gründeten, die einen bewaffneten Widerstand gegen die spanische Herrschaft begann.



Beginn der Auseinandersetzung und Marokkos Grüner Marsch

1974 versuchte Spanien, die Entkolonialisierung der Westsahara hinauszuschieben. Aus internationaler Sicht wurde dies immer schwieriger. Durch die erstarkende Polisario wurde es für Spanien immer schwieriger, die Westsahara zu halten. Um im Sinne der Bevölkerung eine Lösung zu finden, beauftragte die UN-Generalversammlung den Internationale Gerichtshof (IGH), ein Gutachten zu erstellen: Darin sollte festgestellt werden, wem das Gebiet der Westsahara zur Zeit der Kolonialisierung durch Spanien gehörte und welches rechtliche Verhältnis zwischen der Westsahara und Marokko sowie dem Gebiet von Mauretanien bestand.

Im Gutachten des IGH vom 16. Okt. 1975 stellte sich heraus, dass das Gebiet kein Niemandsland (Terra Nullius) war. Die Westsahara wurde bis 1884 von Nomaden (Organisation in Stämmen mit Oberhäuptern) besiedelt. Eine rechtliche Bindung zwischen dem Gebiet der Westsahara und dem Königreich von Marokko sowie der mauretanischen Einheit bestand nicht, sondern nur zwischen den nomadisierenden Ethnien.

Somit wurden vom IGH alle Ansprüche seitens Marokko und Mauretanien auf die Westsahara zurückgewiesen. Das Gericht empfahl einen Volksentscheid darüber, ob die Sahrauis die Unabhängigkeit oder die Annexion durch Marokko oder Mauretanien wollten.

Hassan II. (1961 bis 1999 König von Marokko) kündigte kurz nach der Veröffentlichung des Gutachtens den „Grünen Marsch“ für November des Jahres eine Massendemonstration durch die Westsahara an, mit dem Ziel, Spanien zu zwingen, die Kolonie an Marokko zu übergeben.

Marokkanische Truppen überquerten am 31. Okt. 1975 im Nordosten die Grenze der Westsahara und verschafften sich bis Hausa und Farisa Zutritt. Sie stießen jedoch auf Gegenwehr der Polisario. Einige sahrauische Städte befanden sich Ende Nov. 1975 unter der Kontrolle Marokkos. Zu den Gräueltaten der Marokkaner zählten u. a. Plünderungen, Brandstiftung, Folterungen.

Die Sahrauis flüchteten in die von der Polisario kontrollierten Gebiete, jedoch überlebten viele die Reise auf Grund von Hitze und Wassermangel nicht. In den kontrollierten Lagern herrschten schnell unhygienische Verhältnisse. Es gab kaum Wasser und Nahrung.

Am 6. Nov. 1975 begann der „Grüne Marsch“ mit 350.000 Marokkanern vom südlichen Marokko in die Westsahara (damals Spanisch-Sahara). Der Marsch sollte so lange stattfinden, bis Spanien das Gebiet freiwillig an Marokko übergibt. Diese Art erpresserische Handlung nutzte eine Gesetzeslücke und konnte von keinem Gericht



verurteilt werden. Spanien bat den UN-Rat bei der Vertreibung der Marokkaner aus der Westsahara um Hilfe.

Spanien unterschrieb am 14. Nov. 1975 das „geheime Madrider Abkommen mit Marokko und Mauretanien“. Dieses Abkommen regelte eine Teilung der Westsahara. Ein kleiner Streifen ging an Mauretanien. Marokko erhält durch diesen Vertrag den größten Teil mit ca. 2/3 der Westsahara und vergrößert sein Staatsgebiet von 458.000 km² auf 635.000 km². Seine Atlantikküste wird um 600 km verlängert. Das Königreich verfügt nun auch über die Phosphatlager von Bou Craa und wird somit zum größten Phosphatproduzenten der Welt. Das neuerworbene Gebiet ist in drei Provinzen gegliedert, die Provinzgouverneure amtieren in El Aiun, Smara und Cap Bojador.

Spanien hatte eine Rückzugsfrist bis 28. Feb. 1976 aus der Westsahara. Die internationale Gemeinschaft zweifelte dieses Abkommen nie an.

Erst 1978 wurde publik, dass Marokko Spanien Fischfangrechte über 12 Jahre an der Küste der Westsahara und einen Anteil in Höhe von 35 % an den Phosphatminen gewährte.

König Hassan II. kündigte an, seine Ansprüche auf die vom eigenen Staatsgebiet umschlossenen Fremdgebiete (Enklaven) Ceuta und Melilla zurückzustellen, bis GB Gibraltar an Spanien abtritt. Marokko akzeptierte, dass Spanien militärische Stützpunkte in der Westsahara nutzte.

Westsaharakrieg

Bevor sich Spanien aus der Westsahara zurückziehen konnte, bombardierte die marokkanische Armee mit Phosphorbomben (international verboten) die Flüchtlingslager der Sahrauis im Osten der Westsahara. Die Luftangriffe hielten solange an, bis Algerien seine Grenzen öffnete und die Sahrauis nach Tindouf fliehen konnten (ein Teil floh nach Algerien, der andere Teil blieb in den von Marokko eingenommenen Gebieten).

Am 28. Feb. 1976 gründeten die Sahrauis die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS). Sie wollten einen freien, unabhängigen, souveränen Staat, mit einem demokratischen System, dem Islam als Religion, als Amtssprache Spanisch und Arabisch. Es folgte der Beitritt zur UNO, zur Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)⁷¹ und zur Arabischen Liga. Des Weiteren erfolgte noch die Anerkennung der Menschenrechte. Das Madrider Abkommen wurde durch die Frente Polisario abgelehnt. Sie kündigten an, für die Unabhängigkeit der Westsahara zu kämpfen. Algerien

⁷¹ 1963 bis 2002: Organisation für Afrikanische Einheit (OAE), engl. OAU (Organisation of African Unity), franz. OUA (Organisation de l'Unité Africaine), Vorgängerorganisation der Afrikanischen Union (Gründung: 2000)



unterstützte die Sahrauis und versorgte sowohl Flüchtlingseinrichtungen als auch die Ende 1980 aus ca. 15.000 Mann bestehende Armee mit Waffen.

Krieg der Polisario gegen Mauretanien (1975-1979)

Hauptangriffsziele der Polisario im Krieg gegen das vom Eisenerzexport abhängigen Mauretanien waren die Schienenverbindungen von den Minen zum Hafen von Nouadhibou. Durch Angriffe auf die Züge und Geiselnahmen von französischen Eisenbahntechnikern startete Frankreich Luftangriffe und setzte u. a. Phosphorbomben ein.

1979 zog sich Mauretanien aus der Westsahara zurück und verzichtete auf das Gebiet.

Marokko reagierte auf den Rückzug, marschierte in Dakhla ein und ernannte die Stadt zur Hauptstadt der Provinz Rio de Oro.

Krieg der Polisario gegen Marokko (1979-1981)

Angriffsziele der Polisario waren die Phosphatproduktion von Bou Craa. Sie kappten Stromleitungen, zerstörten Förderbänder, attackierten Fischerbote und nahmen Fischer aus Spanien, Marokko, Portugal und Südkorea gefangen (wurden durch Verhandlungen mit Algerien wieder frei gelassen). Wegen großer materieller und personeller Verluste, entschloss sich Marokko 1980 nur noch die Küste und die Phosphatminen zu verteidigen. Marokko baute 1981 eine 2-3 Meter hohe Schutzmauer aus Sand und Steinen. Frankreich und die USA unterstützten das Königreich mit einem Überwachungsnetz. Der Polisario gelang es dennoch, zwischen 1983 und 1991 hinter die Schutzmauer vorzudringen, marokkanische Soldaten zu töten oder gefangen zu nehmen und ihre Waffen und Ausrüstungen zu erbeuten.

Friedenspläne

Nach enormen menschlichen Verlusten und hohen wirtschaftlichen Kosten erkannten sowohl die marokkanische Armee und die Frente Polisario, dass ein militärischer Sieg unmöglich war.

Die Vereinten Nationen und die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sollten politische Verhandlungen aufnehmen und so folgte vom UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar im Juni 1990 der erste Friedensplan mit folgenden Inhalten:

- Vereinbarung eines Waffenstillstandes
- allmählicher Truppenrückzug
- Ermöglichung der Heimkehr für Flüchtlinge



- Durchführung eines Volksentscheides, 24 Wochen nach dem Waffenstillstand durch die Vereinten Nationen, die die Organisation und Überwachung übernehmen sollte.

Das Volk sollte zwischen der Unabhängigkeit und der Eingliederung in Marokko wählen.

Am 29. April 1991 richteten die UN die Mission MINURSO (United Nations Mission for the Referendum in Western Sahara) ein, um in der Westsahara den Waffenstillstand zwischen Marokko und der Frente Polisario zu überwachen.

Jedoch gab es auch hier Unstimmigkeiten. Marokko reduzierte seine Armee in der Westsahara nicht. Außerdem waren Marokko und die Frente Polisario unterschiedlicher Auffassung, wem ein Stimmrecht zusteht. 1991 ließ Hassan II. für die Volksabstimmung 170.000 Marokkaner in die Westsahara umziehen, was auch als „Zweiter Grüner Marsch“ bezeichnet wird.

Durch die Aufnahme von 4.000 marokkanischen Kandidaten im Wählerverzeichnis durch die MINURSO verlor der Prozess seine Authentizität und kam 1995 zum Stillstand. Kofi Annan (UN-Generalsekretär, 1997-2006) ernannte 1997 James Baker (US-Außenminister bis 1992) zum UNO-Sonderbeauftragten (1997-2004) für die Westsahara und drängte auf direkte Verhandlungen zwischen Marokko und der Frente Polisario zur Durchführung des Referendums. Die beiden Parteien konnten sich nicht über die Wahlberechtigten einigen und lehnten auch weitere Pläne Bakers ab. Bis 2010 gibt es keine Einigung. Marokko besitzt weiterhin 85 % der Westsahara, in dem ein Teil der sahrauischen Bevölkerung lebt. Der Rest der Bevölkerung hält sich weiterhin in Flüchtlingslagern in Algerien auf.

In den Lagern in Tindouf lebt die Mehrheit der Sahrauis unter ihrer eigenen Verwaltung. Es gibt Polizei, Armee, Gerichte, Gefängnisse, Schulen, Krankenhäuser, kulturelle Einrichtungen, Radio, Fernsehen. Es wird großer Wert auf Bildung gelegt. Die schulpflichtigen Kinder können ihre Ferien in Europa verbringen. Ein Studium im Ausland, vor allem in Kuba, Spanien, Algerien wird ebenfalls ermöglicht.

Fazit

Die Demokratische Arabische Republik Sahara wird diplomatisch nur von wenigen Staaten anerkannt, verfügt aber ansonsten über Institutionen eines souveränen Staates. Der Sicherheitsrat lehnt es ab, durch Zwang eine Lösung für den Konflikt herbeizuführen. Die Autonomie für dieses Gebiet durchzusetzen, ist schwierig. Bis heute gibt es keine Lösung.



Spanien hat seine Zusagen zur Entkolonialisierung nicht eingehalten und Marokko ist nicht bereit, Kompromisse einzugehen bzw. dem Gebiet die Unabhängigkeit zu gewähren. Auch der UNO gelang es nicht, trotz zahlreicher Resolutionen und Einsetzung von Sonderbeauftragten, den Frieden herzustellen und die Sahrauis in ihre angestammte Heimat zurückzuführen.

Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Der Westsaharakonflikt, Nürnberg 2014

Karioh, A.: Westsaharakonflikt: Autonomie als Sieg der Vernunft, Hamburg 2015

Werobèl-La Rochelle, J. M.: Die Teilung der Westsahara, in: Internationales Afrikaforum, Nr. 12/1976 (S. 152-156), Bonn 1976

Internet

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Vor 40 Jahren: „Grüner Marsch“ nach Westsahara, 2015, veröffentlicht im Internet, URL: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/215028/westsahara-konflikt> (Stand: 05.11.2015)



5.4 Irland – „Troubles“: Der Nordirland-Konflikt:

Stefanie Sieckel

Die Wurzeln dieses Konflikts reichen bis in das 12. Jhd. zurück. Im Jahre 1169 rief einer der fünf großen Fürsten Irlands den englischen König Heinrich II. im Kampf um die Vorherrschaft in Irland um Hilfe. Als Lohn wurde ihm die Nachfolge im eigenen, irischen Fürstentum angeboten.

Heinrich griff in den Kampf ein, erzielte große Landgewinne und verteilte das eroberte und besetzte Land als Lehen an seine normannischen Barone. Die Präsenz der Engländer auf der „grünen Insel“ begann, zahllose englische Siedler ließen sich in den Folgejahren insbesondere rund um Dublin nieder. Unruhen und Aufstände der irischen Ureinwohner folgen, 1261 kommt es zur Schlacht von Calann bei Kenmare. Trotzdem bekräftigen die Engländer ihren Vormachtsanspruch und gehen dazu über, den Iren das angelsächsische Rechtssystem und die englische Sprache aufzuzwingen. 1541 legt sich Heinrich VIII. offiziell den Titel König von Irland zu. Als dann die Hochburg des Widerstandes Ulster aufgegeben werden muss und die dortigen Herrscher O`Neill, O`Donnell und Maguire auf den Kontinent fliehen, nutzt England das entstehende Machtvakuum, um im Norden verstärkt protestantische Untertanen anzusiedeln. Ab 1608 kommt es zu groß angelegten Umsiedlungen, den so genannten Plantations, in deren Rahmen vorwiegend schottische Presbyterianer in den Norden der Insel gelangen. In den kommenden Jahrzehnten wird die irische Bevölkerung weiter unterdrückt und ausgebeutet. Im 18. Jahrhundert werden die Penal Laws erlassen, Katholiken diskriminierende Strafgesetze. Unter diesem Druck verlassen zahlreiche Iren ihre Heimat, es kommt zu einer ersten großen Auswanderungswelle nach Amerika. Zwar erkennt England unter dem Druck zahlreicher katholischer Aufstände 1782 ein eigenes irisches Parlament an, aber dies ist mehr eine Scheinmacht, da die Abgeordneten nur aus den protestantischen Bevölkerungsschichten kommen.

Unter dem Einfluss der französischen Revolution und dem neu aufkeimenden irischen Nationalbewusstsein wird erneut versucht, einen Umsturz herbeizuführen. Dieser von Frankreich unterstützte Aufstand scheitert aber 1798. 2 Jahre später löst sich das irische Parlament selbst auf. Die englische Krone hatte die Parlamentarier dahingehend bestochen. Im Jahre 1905 wird die Sinn Fein gegründet, eine Gruppe, die sich für politische und wirtschaftliche Autonomie der Iren einsetzt und passiven Widerstand gegen die britischen Behörden befürwortet. 1916 rufen irische Freiwillige und die Bürgerwehr in Dublin die Irische Republik aus. Der Osteraufstand beginnt. Die Briten schlagen diesen aber schnell und blutig nieder, mehrere Anführer werden



hingerichtet.⁷² Drei Jahre später startet Irland einen zweiten Versuch. Es kommt zum Krieg mit England. Nach dem blutigen Konflikt in den Jahren 1919 bis 1921 wird Irland schließlich geteilt. Der katholische Süden erhält den Status eines Freistaates, die 6 Grafschaften von Ulster bleiben in Personalunion bei GB. Die protestantischen Bewohner des Nordens stimmen diesem Status zu, zum einen aus der alten Affinität zum Nachbarn England, zum anderen aber auch aus Furcht vor möglichen Verlusten ihrer bisherigen Privilegien.

Am 3. Dezember 1925 werden in einem Abkommen der bestehende Grenzverlauf und damit die Teilung des Landes formell besiegelt.

Die tiefe Kluft zwischen dem Norden und dem Süden verbreitert sich, als Irland 1937 eigenmächtig eine eigene Verfassung proklamiert, die unter anderem das Gälische als Nationalsprache bestimmt und der katholischen Kirche Sonderrechte einräumt. Ebenso sieht die Verfassung eine Wiedervereinigung mit dem Norden vor, in dem zu dieser Zeit die katholische Minderheit zusehend von den Protestanten politisch und wirtschaftlich benachteiligt wird. Der tragische Bürgerkrieg beginnt schließlich 1968. Aus einer friedlichen Demonstration einer katholischen Bürgerrechtsbewegung eskaliert die Gewalt: Vor laufenden Fernsehkameras greifen die Polizei von Ulster und paramilitärische Schlägertrupps die Demonstranten an. Im August 1969 schickt die britische Regierung 6000 britische Soldaten nach Ulster, um für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Diese sind allerdings mit der besonderen in Nordirland vorherrschenden Situation in keiner Weise vertraut und vorbereitet. Die Gewalt eskaliert endgültig, als am 30. Januar 1972, der als „Bloody Sunday“ in die irischen Annalen eingehen wird, britische Fallschirmjäger 14 unbewaffnete Teilnehmer einer verbotenen katholischen Bürgerrechts-Demonstration erschießen. Daraufhin gehen Terror und Gegenterror Hand in Hand. Die unter den irischen Staatspräsidenten de Valera verbotene Terrororganisation Irish Republican Army (IRA), welche sich 1919-21 im anglo-irischen Krieg gebildet hatte, beginnt ihre dritte Terrorwelle, die bis zum Ende des 20. Jahrhunderts dauern soll.

Das erklärte Ziel der IRA ist der Schutz der katholischen Minderheit, die Vertreibung der Briten und die Wiedervereinigung. Ihre Methode ist der Terror.

So zündet am 21. Juli die IRA gleichzeitig mehr als 20 Bomben in ganz Belfast, die 11 Menschenleben und 130 Schwerverletzte fordern. Auch die protestantische Seite zeigt sich in der Wahl ihrer Mittel nicht zurückhaltender und beginnt mit brutalem Gegenterror.

Was die britische Regierung verharmlosend als „Troubles“ bezeichnet, ist ein blutiger Krieg, dem bis zum vorläufigen Ende allein in Nordirland fast 3.000 Menschen zum

⁷² Darunter auch Sir Roger Casement – s. Kap. Congo.



Opfer fallen. 1973 vereinbaren Großbritannien und Irland die Einrichtung eines gesamtirischen Rates, zur Lösung der Spannungen, ohne weiteren Erfolg. Trotz der Bildung eines Nordirland-Rates 1983 geht der Terror weiter: In der Nacht vom 11. zum 12. Oktober 1984 explodiert im Grand Hotel in Brighton eine Bombe. Zu diesem Zeitpunkt halten dort die britischen Konservativen, unter ihnen Premierministerin Margret Thatcher, einen Parteitag ab. Es gibt mehrere Tote und Verletzte.

Aufarbeitung

Die Jahre nach dem Bombenanschlag von 1984 sind geprägt von Unruhen, Anschlägen und Streiks. Alle Gesprächsansätze scheitern. Erst 1994 verkündet die IRA einen einseitigen Waffenstillstand, die Protestanten schließen sich an. 1996 kündigt die IRA ihren Waffenstillstand aber erneut auf, die britische Regierung bricht daraufhin alle Gespräche und Verhandlungen mit der Sinn Fein ab, dem politischen Arm der IRA.

Unter Federführung des amerikanischen Präsidenten Clinton kommt es in den Jahren 1998 bis 2000 letztendlich zu einem offiziellen Friedensabkommen, welches auch eine Entmilitarisierung der Untergrund-Organisationen vorsieht.

Es bleibt zu hoffen, dass die Vernunft siegt, der zerbrechliche Status Quo des friedlichen Miteinanders Bestand hat und sich stärken wird. Es wäre positiv, wenn beide Parteien aus den in den vergangenen Jahrhunderten begangenen Fehler lernen und zu einem neuen Miteinander finden würden. Aber bis dahin scheint es noch ein weiter Weg zu sein.

Fazit

Eine echte Aufarbeitung lässt trotz internationaler Forderungen auf sich warten, auch wenn mittlerweile eine gewisse Beruhigung eingetreten ist.

Literatur

Otto, F.: *Der Nordirlandkonflikt: Ursprung, Verlauf, Perspektiven*, C. H. Beck, 2005.



5.5 Algerien – Frankreich „Der Konflikt ohne Namen“ und der Algerienkrieg – Geschichte und Aufarbeitung (1954-1962):

Margit Minnich

Im November 1954 begann mit einer Anschlagserie auf 30 verschiedene Punkte Algeriens durch die neu formierte „Nationalen Befreiungsfront“ (Front de Libération Nationale, FLN) der Krieg gegen den französischen Kolonialismus. Algerien wurde 1830 von Frankreich erobert und war bis 1962 Teil des französischen Mutterlandes (also keine Kolonie im eigentlichen Sinn). Der Algerienkrieg war eine der letzten großen Militäroperationen des europäischen Kolonialismus.

Die nun neu gegründete FLN war im Kern eine Guerilla-Organisation, mit dem einigenden Ziel der Beendigung der Kolonialherrschaft. Für die Regierung in Paris ließ der Aufstand vom 1. November 1954 keinerlei Auswege zu: Für sie war ein Krieg die einzige Alternative. Im August 1955 zeigte sich die erste große Wende. Nachdem der bisherige Kriegsverlauf dem Optimismus der Franzosen zunächst Recht zu geben schien, massakrierte die FLN 123 Menschen, moderate Muslime und europäische Zivilisten. Die französische Vergeltung war erbarmungslos. Nach offiziellen Angaben wurden 1.273 Muslime umgebracht; die FLN nannte die Namen von 12.000 Toten⁷³. Diese Ereignisse hatten zwei Effekte: Viele moderate algerische Nationalisten schlossen sich der FLN an. Gleichzeitig begann die Französische Republik, die Armee in großem Umfang zu mobilisieren.

Der Krieg in Algerien eskalierte über die nächsten Jahre hinweg. In Frankreich brach deshalb die Mitte-Rechts-Koalition auseinander und das Linksbündnis Front Républicain mit Guy Mollet an der Spitze kam an die Macht. Sie hatten mit der schnellen Beendigung des Krieges geworben und durch ihren Wahlsieg wurde deutlich, dass die Mehrheit der Bevölkerung zum Zeitpunkt der Wahl gegen den Krieg in Algerien war. Doch nach dem Besuch Mollets in Algier im Februar 1956 änderte die linke Regierung ihre Linie und anstatt eines Abzuges erhöhte sie die Zahl der Soldaten 1956 von 190.000 auf 390.000.⁷⁴

1957 markierte die sog. „Schlacht um Algier“ den Eintritt der Armee in die französische Innenpolitik. Sie wurde durch die Vollstreckung zweier Todesurteile bereits im Jahr 1956 ausgelöst. In dieser Zeit begann auch der Bombenterror: Französische Rechtsterroristen verübten mehrere Anschläge. Währenddessen scheiterte eine franko-britisch-israelische Invasion der ägyptischen Suezkanalzone am Druck der Supermächte. Dies gab der französischen Seite beim Kampf gegen die FLN den Eindruck einer Niederlage. Im Oktober verlor die FLN schließlich ihre Handlungsfäh-

⁷³ RENKEN, Frank, In: Kohser-Spohn, Renken (Hg.) 2006, S. 35

⁷⁴ Ders. 2006, S. 37.



higkeit. Dies beendete zugleich die Schlacht um Algier. Im Jahr 1958 schaltete sich Charles de Gaulle ein. Er betonte zwar, dass die Situation in Algerien in eine extrem ernste nationale Krise führen könne, sie aber auch der Beginn einer Art Wiederauferstehung sei⁷⁵. De Gaulle kam unter dem Druck eines möglichen militärischen Umsturzes an die Macht zurück, worauf eine triumphale Reise nach Algerien folgte. Der Krieg eskalierte jedoch auch unter de Gaulle weiter. Er verkündete ein öffentliches Investitionsprogramm für Algerien und rief die FLN öffentlich auf, die Waffen niederzulegen. Im Jahr 1959 sprach de Gaulle in einer Fernsehansprache das erste Mal von der Möglichkeit einer algerischen „Selbstbestimmung“. Die letzte Reise de Gaulles endete im Chaos: Bei Massendemonstrationen eröffnete die französische Armee das Feuer und tötete über einhundert Algerier.

1961 sprach sich die Mehrheit der Franzosen für die Annäherungspolitik der Regierung an eine algerische Selbstbestimmung aus. 1962 wurde in Evian (Schweiz) ein Abkommen unterschrieben, das den Waffenstillstand und eine Volksabstimmung über die algerische Unabhängigkeit vorsah. Nach der Volksabstimmung am 1. Juli 1962 erkannte Frankreich zwei Tage später die Unabhängigkeit Algeriens an⁷⁶.

Die Aufarbeitung des Algerienkrieges

Der Algerienkrieg zog sich über nahezu acht Jahre hin und forderte einige hunderttausend Tote. Über zwei Millionen Soldaten wurden während des Krieges mobilisiert, um die algerische Unabhängigkeit zu verhindern. Doch lange Zeit war dieser Konflikt in Frankreich ein „Krieg ohne Namen“. Erst im Jahr 1999 erkannte die französische Nationalversammlung einstimmig die historische Existenz des Algerienkrieges an.

Die Aufarbeitung in Staat und Gesellschaft

Zwischen 1962 und 1999 praktizierte der französische Staat eine Politik des Vergessens. Die Niederlagen in den Kolonialkriegen in Algerien und auch in Indochina kompensierte de Gaulle, indem er versuchte, der „Grande Nation“ in einem „Europa der Vaterländer“ eine wichtige Rolle zu verschaffen. Warum sollte man sich durch die Erinnerung an verlorene Kolonialkriege die Freude am neu erworbenen Wohlstand verderben lassen? Die historische Forschung wurde – anders als im Kontext der beiden Weltkriege – lange Zeit nicht gefördert. Erst seit dem Beginn der neunziger Jahre gab es einen Aufschwung in der Forschung: So wurde beispielsweise 1988 vom Institut d'Histoire du Temps Présent (IHTP) ein Kolloquium über Frankreich und den Algerienkrieg veranstaltet.⁷⁷

Die Medien wurden schließlich mit der Veröffentlichung der Konferenzbeiträge im Jahr 1990 darauf aufmerksam.

⁷⁵ RENKEN, Frank, In: Kohser-Spohn, Renken (Hg.) 2006, S. 41

⁷⁶ KOHSER-SPOHN, RENKEN (Hg.) 2006, Seite 54.

⁷⁷ PERVILLÉ, Guy, In: Kohser-Spohn, Renken (Hg.) 2006, S. 68.



Während des Algerienkrieges blieb die Pressefreiheit offiziell die ganze Zeit über in Kraft, d. h. es durfte offiziell über den Algerienkrieg berichtet werden. Dennoch wurden während des Krieges Pressematerial beschlagnahmt. Im Ganzen blieb die Informationsfreiheit trotzdem gewährleistet.⁷⁸ Nach der Beendigung wurde die Aufklärungsarbeit von den Medien fortgesetzt. Im Jahr 1988 hatte der Algerienkrieg jedoch noch keinen Platz in der nationalen Erinnerung gefunden. Danach entstanden Fernsehproduktionen, die den FranzosInnen bessere Kenntnisse über den tatsächlichen Verlauf des Algerienkrieges näher bringen sollten. Erst am 10. Juni 1999 wurde schließlich von der Nationalversammlung ein Gesetz verabschiedet, welches festlegte, dass das, was früher als „Ereignisse in Algerien“ bezeichnet wurde, künftig „Algerienkrieg“ heißen sollte.

Jahrelang wurde alles, was den Algerienkrieg betraf, in Kino und Fernsehen zensiert. Ebenso verhielt sich der französische Staat, so fand beispielsweise die belastende Vergangenheit keinen Eingang in die Lehrpläne des Geschichtsunterrichts. Bis weit in die achtziger, zum Teil sogar bis in die frühen neunziger Jahre standen Vergessen und Verdrängen des Algerienkrieges beim Staat hoch im Kurs, anstelle von Aufarbeitung und Übernahme von Verantwortung für den Krieg. Hinzu kam, dass es an Anknüpfungspunkten und sozialen Rahmenbedingungen fehlte, die für ein kollektives Gedenken notwendig wären. Es gab beispielsweise keine Chronologie mit präzisen Daten.

Erst 2005 (23.02.) wurde von der französischen Nationalversammlung ein „Gesetz über Dank und Anerkennung der Nation und die nationale Unterstützung für die [aus den Kolonien] heimgekehrten Franzosen“ verabschiedet. Es sollte die Harkis⁷⁹ mehr finanzielle Gerechtigkeit erfahren lassen. Dieses Gesetz wurde verabschiedet, ohne auf die Idee zu kommen, warum die Rehabilitierung der Harkis mit solch einer positiven Sicht auf die Kolonialherrschaft verknüpft werden musste. Anstatt das Unrecht der Vergangenheit anzuerkennen und politische Verantwortung zu übernehmen, gedachte die politische Klasse lieber des „größten Frankreichs“ und setzte den nationalen Überlegenheitswahn völlig ungeniert fort. Doch dass die ungebrochene Kontinuität der kolonialen Vorstellungswelt wesentlich für den aktuellen Rassismus, der den „Eingeborenen“ der zweiten und dritten Generation, genauer gesagt den Kindern und Enkeln der EinwohnerInnen der Kolonien, entgegenschlägt, verantwortlich ist, davon ist in den Ansprachen der Nationalversammlung nicht die Rede. Historische Aufarbeitung statt Schönreden der blutigen Kolonialkriege wäre von Nöten.⁸⁰

Die Erinnerung an den verlorenen Krieg prägt nicht nur die Einstellung der extremen Rechten gegenüber Algerien und den algerischen ImmigrantInnen. Als Präsident

⁷⁸ EVENO, Patrick, In: Kohser-Spohn, Renken (Hg.) 2006, S. 85.

⁷⁹ Umgangssprachliche Bezeichnung für die algerischen Hilfstruppen der französischen Armee.

⁸⁰ PORNSCHLEGEL, In: SZ Nr. 82 vom 11.04.2005.



Bouteflika am 14. Juni 2000 beim ersten Staatsbesuch eines algerischen Präsidenten in Frankreich seit 1983 vor der französischen Nationalversammlung eine Rede hielt, bleibt etwa die Hälfte der Abgeordneten der gemäßigten Rechten der Sitzung fern, um so ihren Protest gegen die Präsenz eines prominenten politischen Erben der FLN zum Ausdruck zu bringen.⁸¹

Der Algerienkrieg in den Schulbüchern

Die Inhalte der Geschichtsbücher an französischen Schulen beweisen, dass Frankreich ganz und gar von der Kolonialkultur durchdrungen war. Diese Kolonialkultur wurde ihnen über viele Jahre hinweg eingepflegt, schon allein durch die immer wiederkehrende Formel „nos ancêtres les Gaulois“ (unsere Vorfahren, die Gallier⁸²). Die Schulbücher der zwanziger und dreißiger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts befassten sich hauptsächlich mit dem Thema der imperialen Macht. Es wurde wieder und wieder betont, dass Frankreich eine große Nation ist, weil es Kolonien besitzt. Dadurch wurden Kriegserfolge, Siege und territoriale Zugewinne aufgewertet.⁸³

Im Falle des Algerienkrieges lassen sich gezielte „Auslassungen“ feststellen. So lagen z. B. zu bestimmten Ereignissen keine Bilder vor, obwohl es eine Fülle an Bildmaterial in Propagandaschriften gab. Obwohl in der Zeit von 1980 bis 2004 erhebliche Veränderungen stattfanden, zeigen sich heutzutage immer noch verschiedene Erinnerungslücken und bewusste Auslassungen über den Algerienkrieg.⁸⁴ In den Schulen hat der Krieg und seine Aufarbeitung immer noch einen relativ geringen Stellenwert. Die Behandlung dieser Thematik im Unterricht beschränkt sich auf ein Minimum an Fakten, so wird beispielsweise der 1. November 1954 aufgeführt, jedoch nicht erklärt. Außerdem findet man in keinem der Lehrbücher Informationen darüber, welche Auswirkungen der Algerienkrieg auf das politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben der Franzosen hatte. Es wird des Weiteren zwar erwähnt, dass im Zuge des Krieges Folter angewandt wurde, allerdings wird dies häufig heruntergespielt als legitime Antwort auf die Massaker an EuropäerInnen. In den Schulbüchern scheint der Zweck die Mittel zu heilen.⁸⁵ Am 23. Februar 2005 wurde in Frankreich sogar ein Gesetz erlassen, das die GeschichtslehrerInnen des Landes verpflichtet, die „positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, insbesondere in Nordafrika“ hervorzuheben.⁸⁶

⁸¹ www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Algerien/folter.html (Stand: 22.06.06)

Der islamistische Terror von 2015 in Frankreich ist durchaus auch in Zusammenhang mit der Nicht-Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit zu sehen.

⁸² NB: Andererseits ist diese Klassifizierung von „égalité“ geprägt, denn sie gilt für alle Schüler, nicht nur im Mutterland, sondern auch in den Kolonien Afrikas, Indochina und Überseegebieten.

⁸³ LEMAIRE, Sandrine, in: KOHSER-SPOHN, RENKEN (Hg.) 2006, S. 123.

⁸⁴ S. 14, S. 131.

⁸⁵ S. 14, S. 133.

⁸⁶ KOHSER-SPOHN, RENKEN (Hg.) 2006, S. 335.

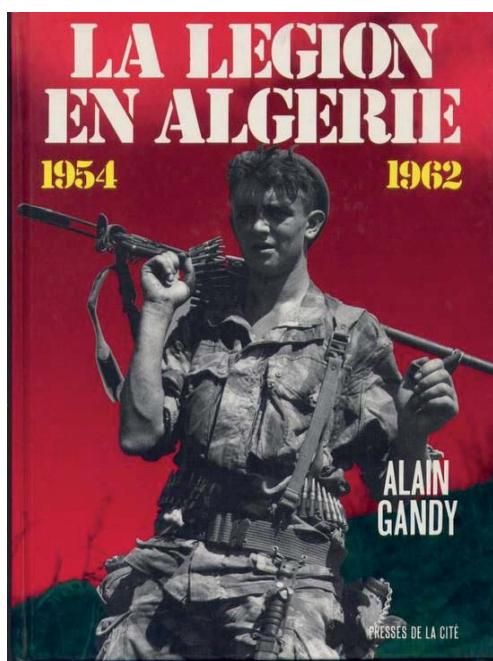


Fazit

Fünfzig Jahre nach dem Beginn des Algerienkrieges sind die Fakten weitgehend bekannt. Die Beziehungen zwischen den Ländern haben sich verbessert. Zu einer echten Geste des Bedauerns ist Frankreich dennoch nicht bereit. Mehr und lieber als über die eigene Vergangenheit empört man sich über die Verbrechen der amerikanischen Soldaten im Irak. Diese werden allerdings nicht erst mit einem halben Jahrhundert Verspätung im Fernsehen gezeigt und aufgearbeitet (ALTWEGG, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.2004.)

Es wird zwar deutlich, dass Frankreich die eigene Vergangenheit rund um den Algerienkrieg nicht mehr ganz verdrängt, gleichzeitig wird aber auch klar, dass das Land noch viel Bewältigungsarbeit vor sich hat: Es scheint so, als würde langsam Bewegung in die Aufarbeitung des Krieges kommen: Genau fünfzig Jahre nach dem 1. November 1954 erschien erstmals ein Sammelband, der alle Aspekte des Krieges behandelt (Mohammed Harbi/ Benjamin Stora (Hg.): La guerre d'Algérie. 1954-2004. La fin de l'amnésie; Verlag Robert Laffont, Paris 2004). Er bietet nicht nur eine Inventur und eine Bilanz der Forschungslage, sondern auch einen Überblick über die Archivbestände in Frankreich, Algerien, den USA und den arabischen Staaten. Das Buch ist deshalb eine politische Sensation, weil es den Herausgebern gelang, rund dreißig AutorInnen aus Frankreich UND Algerien zu gewinnen, die darin die für beide Seiten heiklen Probleme offen diskutieren (WALTHER, In: Die Zeit Nr. 23, 27.05.2004.).

Doch auch die Politik müsste sich endlich der Vergangenheit stellen und somit die Aufarbeitung dieses so lange namenlosen Krieges vorantreiben.



Literatur

Altwegg, Jürg: Algerien, Folter und Zensur. Nach fünfzig Jahren: Blick in französische Zeitschriften. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (27.11.2004).

Gandy, A.: La Légion en Algérie – 1954-62, Paris Presse de la Cité 1992.

Kohser-Spohn, Christiane; Renken Frank (Hg.): Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts. Frankfurt/Main: Campus-Verlag, 2006.

Pornschlegel, Clemens: Helden wie wir. Frankreich redet sich die blutigen Kolonialkriege schön. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 82 (11.04.2005).

Walther, Rudolf: Im Algerienkrieg wurde systematisch gefoltert. In: Die Zeit Nr. 23 (27.05.2004).

6 Besondere Aspekte

6.1 Österreich

6.1.1 Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich:

Eva Gramlinger

Adolf Hitler wurde 1889 in Braunau am Inn (Österreich) geboren. Aufgewachsen ist er in verschiedenen Orten Oberösterreichs. Er betrachtete Österreich als seine Heimat; obwohl er die Staatsbürgerschaft 1925 auf eigenen Wunsch abgelegt hatte und seit 26. Februar 1932 Bürger des Deutschen Reiches war. Allerdings betrachtete Hitler Österreich nicht als Staat, sondern als einen Teil des gesamten Deutschen Reiches.

Geschichtlicher Hintergrund

Der Anschluss Österreichs stellte sich als dreifache Machtübernahme dar:

- militärisch 1938 durch den umjubelten Einmarsch der Wehrmacht, vorbereitet von einer früher einsetzenden Polizeiaktion der Gestapo,
- als Machtübernahme durch einheimische Nationalsozialisten und Sympathisanten, die sich bereits in niedrigeren wie auch höheren Positionen etabliert hatten,
- aber auch als demonstrative Machtübernahme „von unten“ durch bedrohlich wirkende Straßendemonstrationen, offenen Aufmarsch von bislang verbotenen Parteiformationen und durch symbolische Aktionen.

Österreich gehörte von 1938-1945 während der NS-Zeit zum Deutschen Reich. Allerdings gab es schon früher einzelne Gruppierungen, die nationalsozialistisches bzw. antisemitisches Gedankengut als ihre Grundsätze festlegten. Ein Beispiel ist der „vaterländische Schutzbund“, der später in der SA aufging. Während des Reichsparteitages in Wien (Mai 1918) wurde der Name in Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) geändert. Ab 1920 arbeitete die österreichische DNSAP eng mit der Vorgänger-Partei der NSDAP zusammen, in der Adolf Hitler 1921 die Führung übernommen hatte.

Der Erfolg der DNSAP gemeinsam mit der NSDAP ging nur sehr langsam voran. Bei Nationalratswahlen 1927 erreichte die NSDAP gerade einmal 3 % der Wählerstimmen und stellte somit keine Mitglieder im Nationalrat (Parlament). Zwar konnte die Partei ihre Wählerstimmen 1930





verdoppeln, in dem sie mit Parolen wie zum Beispiel: „500.000 Arbeitslose – 400.000 Juden – Ausweg sehr einfach: wählt Nationalsozialisten“ warb, aber das war auch noch nicht genug. In den folgenden Jahren erzielte die NSDAP immer größere Wahlerfolge, die aber immer noch nicht ausreichten. Allerdings ging ein Schock durch Österreich, als sie 1933 in Teilen des Landes 25 % bzw. 40 % der Stimmen erreichten. Zudem fand auch eine Terrorwelle von NS-Anhängern ihren Höhepunkt, als Anfang Juni bei Anschlägen vier Menschen getötet und 48 verletzt wurden. Am 19. Juni wurde die NSDAP offiziell in Österreich verboten. Auslösender für das Verbot war ein Anschlag mit Handgranaten in Krems. Danach nahm der NS-Terror in den folgenden Monaten ab. Die SDAPÖ⁸⁷ strich als Folge das Ziel eines Zusammenschlusses mit dem nun nationalsozialistischen Deutschen Reich aus dem Parteiprogramm. Nationalsozialisten, die nach dem Verbot der NSDAP in Österreich nach Bayern geflohen waren, gründeten dort die „Österreichische Legion“. Sie wurden militärisch ausgebildet und unterstützten den Terror der NSDAP-Anhänger in Österreich logistisch und finanziell. Zudem erließ die deutsche Regierung, nach dem Verbot der NSDAP, die sogenannte Tausend-Mark-Sperre. Das bedeutet, jeder Deutsche, der nach Österreich reisen wollte, musste 1.000 Reichsmark zahlen.

Nach weiteren Terrorübergriffen, kam es im Februar 1934 zu einem Bürgerkrieg. Währenddessen, schaffte es die NSDAP, die komplette politische Opposition zu beseitigen und wandelte Österreich von einer Republik in einen austrofaschistischen Ständestaat um. Am 1. Mai 1934 wurde dazu die passende Verfassung, die sogenannte „Maiverfassung“, verabschiedet. Zwei Monate später, am 28. Juli 1934 kam es zum bekannten Juliputsch, bei dem der damalige Kanzler Dollfuß tödlich verletzt wurde. Der Rest der Regierung konnte entkommen. Nachdem Mitglieder der NSDAP verfolgt wurden, flohen die meisten nach Deutschland und schlossen sich dort der „Österreichischen Legion“ an, die wenig später offiziell aufgelöst, aber einfach nur weiter nach Norden verlegt und in „Hilfswerk Nord-West“ umbenannt wurde.

Die deutsche Regierung erklärte wenig später, nichts mit dem Putschversuch zu tun zu haben. Sie ging nun dazu über, das politische System in Österreich mit Vertrauten zu unterwandern. Die illegale NSDAP wurde zwar weiterhin unterstützt, von zunehmender Bedeutung aber waren Sympathisanten, die der Partei nicht angehörten. Am 11. Juli 1936 musste der neue Bundeskanzler Schuschnigg mit der deutschen Regierung dieses „Juliabkommen“ schließen. Demgemäß wurden inhaftierte Nationalsozialisten begnadigt und NS-Zeitungen wieder zugelassen. Weiterhin verpflichtete Schuschnigg sich, zwei Vertrauensleute der Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen. Im Gegenzug hob das Deutsche Reich die Tausend-Mark-Sperre auf. Ab 1937 wurde deutlich, dass die Aneignung Österreichs aus deutscher Sicht nur noch

⁸⁷ Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs.



eine Frage der Zeit war. Schon auf den ersten Seiten seines Buches „Mein Kampf“, hatte der gebürtige Österreicher Hitler seine Forderung „Deutschösterreich muss wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande“ festgehalten.

Hitler drohte offen, bei einem Besuch Schuschniggs in Berchtesgaden, mit dem Einmarsch in Österreich und zwang ihn zur Annahme einer Reihe von Maßnahmen zur Begünstigung der österreichischen Nationalsozialisten (Berchtesgadener Abkommen). Am 9. März 1938 gab Schuschnigg bekannt, für den 13. März eine Volksbefragung über die Unabhängigkeit Österreichs abhalten zu wollen. Hitler beantwortete das mit der Mobilmachung der für den Einmarsch vorgesehenen Truppen: Am 12. März 1938 war der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich abgeschlossen. Noch an diesem Morgen marschierte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein, wobei sie von vielen Tausenden bejubelt wurden. Hitler sagte in einer Rede, „Als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der deutschen Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich“.

In ganz Österreich besetzten österreichische Anhänger der NSDAP und Mitglieder von SS und SA öffentliche Gebäude und Ämter. Um die Eingliederung der Verwaltung in jene des Deutschen Reiches vorzubereiten. Die Eingliederung des Bundesheeres in die Wehrmacht wurde bis zum 29. März vollzogen.

Für den 10. April wurde eine Volksabstimmung über den bereits vollzogenen Anschluss angesetzt.

In der Zeit während des Anschlusses, aber auch schon davor, flohen viele Juden⁸⁸, „Zigeuner“ und „politische Verräter“, vor den Auswirkungen des Hitler-Regimes. Die, die im Land geblieben waren, wussten nicht, was auf sie zukam. So kam es zu dieser Auflistung.

Opferzahlen in Österreich 1938-1945 ff.

- etwa 247.000 Tote oder für tot Erklärte (dauerhaft Vermisste) in Wehrmacht und SS, etwa 114.000 schwer Kriegsgeschädigte
- etwa 35.000 tote Zivilisten durch Kampfhandlungen und Bombardements, etwa 57.000 Verletzte
- etwa 65.500 ermordete Juden
- etwa 16.000 weitere in Konzentrationslagern Ermordete, davon 8.000 „Zigeuner“ (viele im KZ-Mauthausen (OÖ))
- etwa 10.000 in Gestapo-Haft und mehr als 6.000 in Gefängnissen in vom Deutschen Reich besetzten Ländern Getötete

⁸⁸ korrekter: Österreicher-mosaischen Glaubens (Anmerkung des Hg.)



- etwa 2.700 als Widerstandskämpfer zum Tod Verurteilte

1942 wurde Österreich umbenannt, in „Donau- und Alpenreichsgaue“, um die frühere Eigenständigkeit des Landes zu verschleiern.

Während dieser ganzen Zeit gab es natürlich auch Widerstand. Zum einen, fing die katholische Kirche an, die zunächst den Anschluss sehr begrüßte, in Gottesdiensten gegen die Nationalsozialisten zu predigen. Auch die politische Opposition stellte sich gegen die NSDAP und deren Anhänger. Zum anderen gab es auch unpolitische Widerstandskämpfer, wie eine unter der Chiffre „O5“, bekannte Gruppe. (das O und das als fünfter Buchstabe des Alphabets gekennzeichnete E standen für OE oder Österreich). Ebenso gab es auch einzelne Privatpersonen, die sich gegen den Anschluss wehrten, indem sie beispielsweise Juden und anderen Verfolgten Unterschlupf gewährten.

Am 1. November 1943 dann, wurde von den Außenministern der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA die Moskauer Deklaration beschlossen. Darin erklärten sie „die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 15. März 1938 als null und nichtig.“

Bis zu welchem Grad die österreichische, wie auch die deutsche, Bevölkerung von der rassistischen Ideologie der Nationalsozialisten durchdrungen war oder diese willig aufgenommen hatte, ist allerdings bis heute Gegenstand von Forschungen und Diskussionen (siehe Kapitel Innsbruck).

Aufarbeitung

Zuerst lässt sich feststellen, dass es in Österreich zwar politische Aufarbeitungsarbeit gibt, aber für die Gesellschaft bezüglich der Aufarbeitung geschichtlicher Geschehnisse, kaum bis gar nichts getan wird. Jahrzehntlang, teilweise auch heute noch, wurde die Mitschuld von Österreichern am Krieg und an den Verbrechen des NS-Regimes von weiten Teilen der Bevölkerung nicht wahrgenommen oder verdrängt.

Dieser Umstand kann daher rühren, dass, wie schon im vorangegangenen Text erwähnt, viele Ereignisse von der Regierung verleugnet oder auch einfach nicht mehr erwähnt wurden. Österreich als „das erste Opfer von Hitlers Aggressionen“ beschreibt den Opfermythos, der sich hartnäckig, teils bis heute, in diesem Land hält. Dieser kam zum großen Teil durch die Moskauer Deklaration von 1943 zu Stande, in der drei der vier Alliierten erklärten, dass Österreich das erste Land sei, das der Hitler-Politik zum Opfer gefallen ist. Allerdings wurde bzw. wird dabei meist ein weiterer Satz dieser Deklaration unterschlagen, der besagt, dass Österreich ebenfalls eine Verantwortung trägt, da es im 2. Weltkrieg an der Seite Hitlers gekämpft hat.



Was von den meisten ebenfalls nicht mehr angesprochen wurde war der von Zehntausenden bejubelte „Anschluss“. Viele profitierten von den Arisierungen.

Es gibt verschiedene Arten, der öffentlichen und politischen Aufarbeitung.

Denkmäler, Gedenkstätten und Mahnmale:

In Österreich wurden zwar nach dem 2. Weltkrieg in fast in jedem Ort Denkmäler errichtet, aber es stehen nur die Namen der Soldaten darauf, die im Krieg gefallen oder verschollen sind. Oftmals wurden auch die Gedenktafeln des 1. Weltkrieges einfach nur mit den Namen der Gefallenen des 2. Weltkrieges ergänzt. Alle anderen Opfer, wie Juden, Roma, Sinti, Jenische (nat. Minderheit) oder auch Widerstandskämpfer, die bei Deportationen oder in KZ starben, wurden nicht auf diese Gedenktafeln aufgenommen.

Ein Beispiel für den für Österreich schweren Umgang mit den vergangenen Geschehnissen, sind die burgenländischen Roma. In Lackenbach, lebten vor Kriegsbeginn ca. 200 Roma, die allerdings ausnahmslos 1941 deportiert wurden. Erst 40 Jahren nach Kriegsende wurde (1984) ein Mahnmal zur Erinnerung und das dortige „Zigeuner-Anhalte-Lager“ errichtet. Allerdings wurde nie eine Gedenktafel an diesem Mal angebracht, auf der die Namen der Opfer vermerkt wurden. 2004 wurde an einem anderen Ort eine zu diesem Mahnmal gehörige Tafel aufgestellt, auf der nun der Opfer gedacht wird. Diese „Nachrüstung“ von Denkmälern fand in einem Zeitraum von ca. 10 Jahren in ganz Österreich statt.

Die größte österreichische Gedenkstätte, in der an die vom Nationalsozialismus begangenen Verbrechen erinnert wird, ist das schon erwähnte KZ Mauthausen. Mauthausen war eines der größten Konzentrationslager in Österreich. Auf dem Gelände wurde ebenfalls eine Gedenkstätte für alle Opfer dieses KZ's errichtet. Außerdem gehört zu dem Gelände ein Steinbruch, mit der sogenannten „Todesstiege“.

2004 wurde in Enns eine Kaserne in „Robert-Bernardis-Kaserne“ umbenannt. Bernardis⁸⁹ Leben endete 60 Jahre zuvor, weil er am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 beteiligt war und deshalb am 08. August im gleichen Jahr exekutiert wurde.

Zu nennen sind auch andere Österreicher, die gegen die NS-Politik, den Anschluss oder die Judenverfolgungen, Stellung bezogen und Widerstand leisteten. So OTL Franz Heckenrat, der bereits 1939 im KZ Buchenwald umkam, auch Hauptmann Karl Burian. Ein besonderes Beispiel gab der Feldwebel Anton Schmid, ein bekennender

⁸⁹ Bernardis wird auch als „österr. Stauffenberg“ bezeichnet. Bereits 1985 wurde eine Straße in Hannover nach ihm benannt.



Katholik, der in Riga zahllosen Juden zur Flucht verhalf⁹⁰ und 1967 mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“ in Yad Vashem geehrt wurde.

Ebenfalls noch erwähnenswert, um diese Vorgänge zu verstehen, sind die Begriffsverständnisse, die nach dem Krieg aufkamen. Dabei handelt es sich um „Opfer“, „Heimkehrer“ und „Vertriebene“. Unter „Opfern“, wurden nach 1945, alle im Krieg gefallenen Soldaten verstanden, aber nicht diejenigen, die in die Konzentrationslager gebracht und dort ermordet wurden. „Heimkehrer“ waren ausschließlich jene, die aus Kriegsgefangenenlagern nach Hause kamen. „Vertriebene“ hießen nur die, die Angehörige deutscher Volksgruppen waren, die aus Jugoslawien oder der Tschechoslowakei stammten.

Aufarbeitung in der Politik bzw. durch Politiker

1965 gab es erstmals öffentliche Proteste gegen die Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut. Es gab eine Demonstration von Studenten gegen einen Professor, der in seinen Vorlesungen nationalsozialistische und antisemitische Äußerungen verbreitete. Auch wenn es nicht so sichtbar erscheint, hat in den vergangenen Jahren ein starkes Umdenken eingesetzt. Denn vor noch nicht allzu langer Zeit, wurde von der Republik Österreich eine Historikerkommission eingesetzt, die den „Vermögensentzug auf dem Gebiet der Republik während der NS-Zeit, sowie die Rückstellung bzw. Entschädigung (wirtschaftliche und soziale Leistungen) der Republik Österreich ab 1945“ untersuchen soll. Außerdem ist diese Kommission dafür zuständig, dass das enteignete Vermögen und Eigentum, durch Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter, zurückgegeben wird.

Größte Kritik aus der Politik kam vom Bundespräsident Heinz Fischer (2004-2016). Er räumte als erster Politiker offiziell mit dem Opfermythos auf und sagte in einer Rede, dass Österreich keineswegs von der Übernahme durch Hitler überrollt wurde und dass beim Einmarsch der deutschen Truppen tausende Menschen jubelnd am Straßenrand standen. Dieses Klischee, das eine wirksame Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verhindert hat, sagte er, führte zu einem „verkürzten Geschichtsbild“. Außerdem kritisierte er, dass die Verharmlosung der österreichischen Beteiligung schon mit der Unabhängigkeitserklärung im April 1945 (Eigenstaatlichkeit Österreichs) begonnen hat, da der Nazi-Terror an österreichischen Juden vollkommen unterschlagen wurde.

In dieser Rede sagte er auch:

„Befreites Aufatmen ist erst möglich, wenn man sich mit der Geschichte gründlich auseinandersetzt, wenn man an die vielen, teils heroischen Opfer denkt, aber die

⁹⁰ Nach ihm sind eine Kaserne in Rendsburg (Schleswig-Holstein), ein Lehrsaal in der Kaserne in Enns und Promenade und Straße in Wien benannt.



Facetten der Täterschaft nicht ausblendet. ...Das Land muss die Geschichte endlich aufarbeiten.“

Dies ist ein positives Beispiel. Allerdings gibt es auch Gegenteiliges. Als es im Jahr 2006 in Europa um die Zahlung von Zwangsarbeiter-Entschädigungen ging, sagte zum Beispiel Staatssekretär Eduard Mainoni (der auch zu einer Abspaltung der FPÖ gehört), dass Österreich diese Zahlungen nur leistet, weil damit alle Kritiker der Regierung (Wolfgang Schüssel und Jörg Haider) zur Ruhe gebracht werden. Die Kritik an der damaligen Regierung wurde laut, da in vielen Ämtern Politiker arbeiten, die schon früher mit nationalsozialistischen bzw. antisemitischen Äußerungen negativ auffielen. Die Grünen in Österreich bezeichneten diese Regierung sogar als „braune Sumpfbilse“.

Arbeit als Aufarbeitung

Eine weitere Art der öffentlichen Aufarbeitung der Geschichte ist, dass seit 1992 alle österreichischen jungen Männer, ihren Wehrersatzdienst im Bereich des „Gedenkens an die Geschichte Österreichs in der Zeit des Nationalsozialismus“ ableisten können. Die Republik stellt ca. 25 Zivildienstleistende ein, die z. B. im KZ-Mauthausen bzw. dessen Archiv eingesetzt oder auch in verschiedene Holocaustgedenkstätten und damit verbundenen Institutionen in der ganzen Welt gesandt werden, um dort Österreich zu vertreten/repräsentieren. Ein weiterer Ort, an dem Zivildienstleistende eingesetzt werden, ist das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Alles in allem lässt sich sagen, dass in Österreich auch nach 60 Jahren noch immer keine richtige Aufarbeitung stattfindet. In der Öffentlichkeit wird dieses Thema nur sehr selten thematisiert bzw. eigentlich kaum darüber gesprochen. Zwar gibt es Zwischenfälle, bei denen es zu Protesten gegen einzelne Personen kam, die nationalsozialistisches Gedankengut verbreiteten, aber in der Politik spielt die Vergangenheit kaum eine Rolle. Sogar eine Partei, die in der Öffentlichkeit als eine rechte Partei gilt, erlangte unter Jörg Haider eine Regierungsmehrheit (FPÖ).

Im Vergleich zu Deutschland, wird auch in den Schulen nicht viel zur Aufklärung der Schüler, über die Geschehnisse im eigenen Land getan. Zwar wird über den 2. Weltkrieg gesprochen, aber dabei nicht wirklich über die Tätergeschichte des Landes, sondern hauptsächlich über den oben erwähnten Opfermythos. D.h. es findet normaler Geschichtsunterricht statt, aber darüber hinaus nur aus Eigeninitiative der Schüler.



Fazit

Österreich ist bei der Aufarbeitung seiner Vergangenheit etwa auf dem Stand, auf dem Deutschland schon vor Jahren war, aber es bemüht sich, Fortschritte zu erzielen. Besondere Auseinandersetzung gab es in Österreich wegen der NS-Vergangenheit von Kurt Waldheim (Bundespräsident: 1986-1992, UNO-Generalsekretär: 1971-1981). Fred Sinowatz (damaliger Bundeskanzler) spottete: „Er war nicht in der Partei, nur sein Pferd war es.“

Literatur

Andics, H.: Der Staat, den keiner wollte, Goldmann Wilhelm GmbH, 1989.

Pelinka, A./ Weinzierl, E.: Das große Tabu (Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit), Österreichische Staatsdruckerei, Wien 1997.

Streibel, R.: Krems 1938-1945: Eine Geschichte von Anpassung, Verrat und Widerstand, Bibliothek der Provinz, Picus Weitra 1993.

Internet

http://www.demokratiezentrum.org/download/uhl_opfer.pdf angesehen am: 20.11.2006

http://www.shoa.de/anschluss_oesterreichs_1938.html angesehen am: 20.11.2006. Erschienen am: 25.05.1998

<http://www.wienerzeitung.at/linkmap/personen/miklaspopup.htm> angesehen am: 20.11.2006

Kommentare/ Artikel

Frank, M.: SZ vom 11.04.06, 22.09.06 und 16.09.05

Bilder

http://www.doew.at/service/ausstellung/1938/2/2_17_b.jpg

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/26/Rachel_whitereadwien_holocaust_mahnmal_wien_judenplatz.jpg

<http://www.dhm.de/lemo/objekte/pict/pk940002/200.jpg>



6.1.2 Österreich/ Deutschland – Ergänzungsbeitrag: Aufarbeitung der deutschen Besatzungszeit:

Stephan Benedikt Schwarz, Boris Justus

Österreich vor der Angliederung an das Deutsches Reich (DR)

Der Wunsch zur Angliederung an das DR existierte seit 1918, nach Auflösung der Donau-Monarchie, da es keinen Glauben an Rest-Österreich seitens der Bevölkerung gab. Die Friedensverträge mit den Alliierten erschweren jedoch eine Angliederung. Später wurde Österreich Diktatur (Austrofaschismus). 1934 herrschte Bürgerkrieg, aus dem die Vaterländische Front als Sieger hervorgeht. Danach kommt es zur Verfolgung politischer Gegner (u.a. Nazis, Kommunisten). Sichtbar sind Ähnlichkeiten zu faschistischen Regimen in Italien und NS-Deutschland (z.B. Führerprinzip, Ein-Partei-Staat, Zensur). Viele Sympathisanten für NS-Regimes in Österreich. Auch der Antisemitismus ist in Österreich weit verbreitet. Dies führt zur Entlassung jüdischer Beamter (bis auf 600) aus dem öffentlichen Dienst, zur Boykottierung jüdischer Geschäfte und vereinzelt zu Übergriffen auf Juden.

Eingliederung Österreichs an Deutschland

Juli 1936: Abkommen mit Deutschland auf Druck Hitlers:

Amnestierung von 17.000 Nazis in Österreich, Aufnahme von Nazis in die österreichische Regierung, im Gegenzug Akzeptanz der österreichischen Unabhängigkeit.

Februar 1938: Einmarsch der Wehrmacht in Österreich, ohne Waffengewalt

Hunderttausende jubeln deutschen Truppen zu; bei Volkabstimmung über die Angliederung: 99 % der Österreicher dafür (vor der Volksabstimmung: 8 % von der Wahl ausgeschlossen (Juden, politische Gegner))

Rolle Österreichs im 3. Reich:

688.000 Österreicher gehörten der NSDAP an und weitere hunderttausende den verschiedenen NS-Gliederungen. Viele von ihnen sind in Führungsämtern, in der SS und vergleichbaren Institutionen (z.B. Ernst Kaltenbrunner, 2. Mann der SS; Adolf Eichmann, Organisator der Deportierung und Vernichtung der Juden).

Umgang mit der Vergangenheit

Die lange Periode der Reintegration der Nationalsozialisten und der Dominanz der Kriegsgeneration, spätestens ab 1949 bis in die 80er Jahre

Der antifaschistische Geist von 1945 flaut ab und der Kalte Krieg beendet die Anti-Hitler-Koalition. So tritt auch der Antikommunismus anstelle des Antifaschismus und es folgt ein Run der Parteien auf Ex-Nazis, die sich als Vorkämpfer gegen den Bol-



schewismus aufgespielt haben. So werden die Nationalsozialisten wieder aufgewertet und Maßnahmen zur Entnazifizierung und Strafverfolgung sind nicht mehr politisch opportun. Sie werden vielmehr als Wähler und Parteimitglieder benötigt und schon bald stehen ihnen wieder sämtliche Führungspositionen offen. Die NS-Amnestie von 1957 beinhaltete Wiedereinstellungen, Gehalts- und Pensionsnachzahlungen, Vermögenserstattungen, die Aufhebung aller Verbots- und Sühnemaßnahmen, Strafnachlass und Tilgung aller Verurteilungen. Dies brachte die völlige politische und wirtschaftliche Gleichstellung der Ex-Nazis.

Es folgte noch ein „Zwischenzeitengesetz“ (1969), welches den Dienst in Waffen-SS, Tätigkeiten in RSHA und im SD oder bei SS-Einheiten als Militärdienst anerkannte. Seit 1956 ist die „Braune Gemeinschaft“ auch wieder durch die FPÖ⁹¹ im Parlament vertreten.

Auf juristischer Ebene werden die Urteilssprüche immer milder und sogar Freisprüche mit haarsträubenden juristischen Konstruktionen herbeigeführt. Strenge Urteile werden in neuen Verfahren gemildert und die übrigen Nazis durch Amnestien und Begnadigungen wieder in die Freiheit entlassen. Auch Straffolgen (verfallene Vermögen, aberkannte akademische Grade) werden rückgängig gemacht. 1957 werden die Volksgerichte vollständig abgeschafft. Der damalige Justizminister Dr. Christian Broda ließ 1975 die Verfolgung von NS-Straftaten einstellen, was aber nie offiziell bekannt gegeben oder begründet wurde.

Im Großen und Ganzen lässt sich feststellen, dass die Entnazifizierung gänzlich rückgängig gemacht wurde. Man sollte noch erwähnen, dass es zu dieser Zeit von Seiten der Bevölkerung kein großes Interesse für Zeitgeschichte gab. In den 60er Jahren wurde weder an den Schulen politische Bildung betrieben, noch gab es an Universitäten Zeitgeschichte.

Fazit

Die Periode zunehmender kritischer Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, besonders seit der Waldheimdiskussion 1986

Dass man sich heute mit der Vergangenheit rund ums Thema NS-Zeit auseinandersetzt, hat wohl eher biologische als ideelle Gründe. Für die jetzige Generation ist das kein Tabu mehr, da sie seit den 70er Jahren wieder mit Zeitgeschichte und im Rahmen der politischen Bildung mit den NS-Verbrechen konfrontiert werden. Die Aktion „Zeitzeugen in die Schulen zu Vorträgen, Diskussionen und Veranstaltungen“, welche von Herrmann Langbein initiiert wurde, setzte einen starken Impuls. Ein Beispiel,

⁹¹ Freiheitliche Partei Österreichs.



woran ersichtlich wird, dass auch an den Universitäten ein Umdenken stattfindet, ist der Rückgang des Stimmenanteils der RFS (Ring freiheitlicher Studenten) – von über 30 % noch Ende der 60er Jahre auf 4 % in den Neunzigern. Der offizielle Durchbruch des Umdenkens erfolgte im Juni 1991 durch die von Bundeskanzler Vranitzky im Nationalrat abgegebene Erklärung über die Mittäterschaft Österreich an NS-Verbrechen. 1995 wurde EINSTIMMIG im Nationalrat ein Verfassungsgesetz erlassen, welches erstmals die Opfer des NS-Regimes anerkannte.

Die Opfertheorie Österreichs im 3. Reich wird nicht mehr aufrechterhalten.

Literatur

Benz/ Graml/ Weiß: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997.

Bruce, P. F.: Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprung und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Pelinka/ Weinzierl: Das große Tabu Österreichs – Umgang mit seiner Vergangenheit 2.Auflage, Verlag Österreich, Wien 1997.

Weißensteiner, F.: Der ungeliebte Staat Österreich zwischen 1918 und 1938, Wien 1990.

Internet

www.hbg.ka.bw.schule.de

www.manz-verlag.de

www.shoa.de



6.1.3 Das Akademische Gymnasium Innsbruck in der NS-Zeit⁹²:

Gastbeitrag von Anna Staudigl

Nationalsozialistische Schul- und Erziehungspolitik

„Meine Pädagogik ist hart. Das Schwache muss weggehämmert werden. In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, von der sich die Welt erschrecken wird. Eine gewalttätige, herrische, unerschrockene, grausame Jugend will ich. Ich werde sie in allen Leibesübungen ausbilden lassen. Ich will eine athletische Jugend. Das ist das erste und wichtigste.“

Diese Ankündigung von Adolf Hitler sollte sich für die deutsche und nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 auch für die österreichische Schulpolitik bewahrheiten. Der Jugend sollte nach den Vorgaben des Partei- und Staatsapparates eine „totalitäre“ und „völkische“ Erziehung angediehen werden. Kinder und Jugendliche galten als Humanressource für den Kriegsdienst und den Erhalt der deutschen Rasse. Oberste Priorität galt der geschlechterspezifischen Erziehung der Jungen zu treuen, abgehärteten, unkritischen Soldaten und der Mädchen zu aufopfernden „deutschen“ Müttern und Hausfrauen. Auch der Lehrplan wurde umgestaltet und neu gewichtet. Die Schüler verbesserten ihre Wehrfähigkeit besonders im Turnunterricht. Für alle Schülerinnen wurden Fächer wie Säuglings- und Kinderpflegeunterricht eingeführt. Der Religionsunterricht sollte wie alles Geistliche, vom Schulgebet bis zu den konfessionellen Feiertagen, nach und nach aus den Klassenzimmern gedrängt werden: Für das diktatorische Regime war der Einfluss der Kirche auf das tägliche Leben der Bevölkerung zu groß.⁹³ Auch den Naturwissenschaften wurde eine weniger bedeutende Stellung im Lehrplan eingeräumt. Diese Stunden wurden zudem primär zur Verbreitung des nationalsozialistischen Gedankengutes genutzt.

Die Rassenlehre und Vererbungskunde sollte den Kindern und Jugendlichen in Fleisch und Blut übergegangen sein, bevor sie die Schule verließen. Die Bedeutung der arischen Rasse war neben dem Biologieunterricht auch in allen anderen Fächern zu thematisieren. Schautafeln und entsprechende Unterrichtsmaterialien versinnbildlichten den Unterschied zwischen der arischen Herrenrasse und den „Untermen-

⁹² Kurzfassung der Veröffentlichung von Anna STAUDIGL: Das Akademische Gymnasium Innsbruck in der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Schicksals der jüdischen Schüler, in: Richard SCHÖBER/ Josef RIEDMANN (Hg.): Tiroler Heimat Band 77. Jahrbuch für Geschichte und Volkskunde Nord-, Ost- und Südtirol, Innsbruck, 2013. Dort finden sich neben vielen Zeitzeugeninterviews mit ehemaligen Schülern auch zahlreiche Literaturhinweise zu speziell auf Tirol bezogene Forschungen für die Zeit vor und während des Nationalsozialismus.

Die Autorin studiert z. Z. Wirtschaft und Philosophie – University of Edinburgh.

⁹³ Josef GELMI, Geschichte der Kirche in Tirol. Nord-, Ost- und Südtirol, Innsbruck-Wien-Bozen 2001, 501-521.



schen“ wie Juden, Roma und Sinti. Schulbücher wurden umgeschrieben und die vorhandenen Lehrmaterialien durch entsprechende Zusatzhefte ergänzt. Um die vermeintliche Vorherrschaft der deutschen Rasse wissenschaftlich zu begründen, berief man sich auf die Gesetze Darwins, dessen Lehre abgewandelt und missinterpretiert wurde. Der Lehrplan wurde um politische und nationalpolitische Geschichte und Geopolitik erweitert. Gestrichen wurden hingegen Französisch, Philosophie und Darstellende Geometrie.⁹⁴

Um diese Art der Erziehung umzusetzen, bedurfte es geeigneter Lehrer und Lehrerinnen. Die Schule wurde als „Instrument zur politischen Führung des Volkes“ gesehen; kompromisslos entfernte man deshalb bereits wenige Tage nach der Annexion jegliches jüdische oder „jüdisch versippte“ Lehrpersonal aus österreichischen Schulen, ebenso jene Pädagogen, die vor dem Anschluss „völkisch gesinnten Volksgenossen“ auf irgend eine Art und Weise geschädigt hatten oder die dem Nationalsozialismus nicht ausreichend loyal gegenüber standen.⁹⁵ Für regimetreue Lehrkräfte galt der Eintritt in den NSLB, den Nationalsozialistischen Lehrerbund, als obligat. Dessen Aufgabe bestand darin, die Lehrerschaft im Hinblick auf die nationalsozialistische Weltherrschaft entsprechend zu schulen, um einen „neuen deutschen Erzieher im Geiste des Nationalsozialismus“ zu schaffen. In weiterer Folge war der NSLB ein Macht- und Kontrollorgan der NSDAP, der die Lehrkräfte überwachte.

Trotz aller Maßnahmen des NS-Staats blieb die Schule in ihren Grundzügen eine weitgehend traditionelle Bildungsinstitution, die dem revolutionären Anspruch des NS-Regimes kaum gerecht wurde. Deshalb setzten die Nationalsozialisten den herkömmlichen Schulen „Eliteschulen“ für zukünftige reichspolitische Führungsämter, wie die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NPEA, auch Napola),⁹⁶ die Adolf-Hitler-Schulen und die sogenannten Ordensburgen gegenüber.

Das nationalsozialistische Regime nahm jedoch nicht nur im schulischen Bereich Einfluss auf die Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Mit den NSDAP-Vorfeldorganisationen, wie Jungvolk, Jungmädelsbund, Hitlerjugend (HJ) und Bund Deutscher Mädel (BDM), wurde auch die Freizeit kontrolliert und organisiert. Vom 10. Lebensjahr an war die Teilnahme an diesen Organisationen verpflichtend, ein Entzug von dieser Pflicht war mit Strafe bedroht.

⁹⁴ Horst SCHREIBER, *Schule in Tirol und Vorarlberg 1938-1948* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 14), Innsbruck-Wien 1996, 129.

⁹⁵ Vgl. Helmut ENGELBRECHT, *Geschichte des Österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs*, Bd. 5: Von 1918 bis zur Gegenwart, Wien 1988, 305.

⁹⁶ siehe Alexander-Martin SARDINA, *Die Nationalpolitischen Lehranstalten (NAPOLAs) als Beleg für widersprüchliche NS-Erziehungskonzeptionen im Dritten Reich. Diskurs und Zeugenbefragung*, München, 1. Auflage 2010. Im deutschen Spielfilm „Napola – Elite für den Führer“ aus dem Jahr 2004 lässt der Regisseur Dennis Gansel Erlebnisse seines Großvaters an einer solchen nationalsozialistischen Eliteschule einfließen.



Bereits wenige Wochen nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland wurde dem bisherigen Schulalltag jüdischer Schülerinnen und Schüler ein Ende gesetzt. Gab es zu wenig jüdische Schüler und Schülerinnen, um eine ganze Klasse zu füllen, wurden sie in die hintersten Reihen auf die „Judenbänke“ versetzt. In Wien, wo es relativ viel jüdische Schuljugend gab, wurden im April 1938 eigene Klassen und später ganze jüdische Lehranstalten eingeführt, um die Schüler zu separieren. Physische und psychische Misshandlungen durch die HJ, andere Mitschüler oder die Lehrerschaft waren in vielen Schulen Bestandteil des Schulalltags.⁹⁷ Vom Beginn des Schuljahres 1938/39 angefangen war die Neuaufnahme jüdischer Schüler unzulässig.⁹⁸

Das Gymnasium in der NS-Zeit

Veränderungen mit dem Umsturz

Von der Umstrukturierung des Schulsystems sowie den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die mit dem Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland einhergingen,⁹⁹ blieb das einstige Bundes-Gymnasium und Bundes-Realgymnasium Innsbruck natürlich nicht verschont. Auch das Erscheinungsbild änderte sich. Was an den Ständestaat erinnerte, wurde entfernt; dies geschah auch mit den religiösen Symbolen. Im Gymnasium wurde das große Holzkreuz im Eingangsbereich abgehängt und durch ein überlebensgroßes Porträt von Adolf Hitler ersetzt. Unter diesem Bild prangten Wochensprüche, wie „Wo der Deutsche Soldat steht, kommt kein anderer hin“, oder „Die Leistung allein unterscheidet den einen vom anderen“. Diese Wochensprüche mussten auswendig gelernt werden und wurden reichseinheitlich herausgegeben. Der „Hitler-Gruß“ wurde zur obligaten Grußformel zwischen Lehrern und Schülern. Der Unterricht wurde mit einem „Heil Hitler“ begonnen, Hitler-Gruß-Verweigerern drohte die Unterstellung unter die Fürsorgeerziehung der Jugendwohlfahrt.¹⁰⁰

Veränderungen gab es auch in den Unterrichtsfächern. Der Turnunterricht gewann stark an Bedeutung. Im Zeugnisformular stand Leibeserziehung – statt zuvor Religion – mit eigenen Teilbeurteilungen für Leichtathletik, Turnen, Spiele, Schwimmen und Boxen sowie einer Gesamtbeurteilung nun an erster Stelle. Der Religionsunterricht wurde nur mehr in der Unterstufe als Freifach „Konfessionsunterricht“ angebo-

⁹⁷ Elisabeth KLAMPER, Diskriminierung und Verfolgung nach dem „Anschluß“, in: Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, hg. vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien 1992, 90-98.

⁹⁸ Christian WOLF, Musikerziehung unterm Hakenkreuz. Die Rolle der Musik am Beispiel der Oberschulen im Gau Tirol-Vorarlberg (Innsbrucker Hochschulschriften A 2), Salzburg 1998, 64.

⁹⁹ Vgl. Josef RIEDMANN, Das Bundesland Tirol 1918-1970 (Geschichte des Landes Tirol 4/II), Bozen -Innsbruck-Wien 1988. 969-1031.

¹⁰⁰ Willi BOHN, Stuttgart: Geheim! Widerstand und Verfolgung 1933-1945, Frankfurt a. M. 1978, 112.



ten. Da der allergrößte Teil der Schüler sich zur römisch-katholisch Konfession bekannte und den Religionsunterricht besuchte, achtete die HJ mit Argusaugen darauf, dass hierbei nichts Regimefeindliches gesagt wurde. Besonders geeignet, politisches Gedankengut zu transportieren waren die Fächer Deutsch, Geschichte, Erdkunde und später auch Zeichnen.

Lehrerschaft

Die verbleibenden, aber auch die neu hinzu gekommenen Lehrer wurden von den Schülern nur in Einzelfällen als eingefleischte Nationalsozialisten gesehen. Vielmehr waren die meisten eher Anhänger des Ständestaates oder der großdeutschen Idee – beinahe alle waren Katholiken. Der Großteil der Lehrkräfte war bemüht, nicht negativ aufzufallen, hielt sich an die Regeln, die ihnen das System hinsichtlich Unterrichtsführung und Lehrplan aufzwang. Das Verhalten der Lehrerschaft war also bis auf wenige Ausnahmen wertneutral, die Schule wollte sich im Gesamten aus der Nazi-propaganda so weit wie möglich heraushalten.

An einige markante Persönlichkeiten können sich die ehemaligen Schüler des Gymnasiums besonders erinnern: Direktor Dr. Rudolf Grüner, der anstelle des suspendierten Dr. Manfred Mumelter die kommissarische Anstaltsleitung übernahm. Obwohl er ein überzeugter Nationalsozialist war, bestätigen alle Zeitzeugen, dass für ihn stets das Wohl seiner Schüler an erster Stelle stand, egal ob regimetreu, kritisch oder neutral. Der Direktor setzte sich auch für sein Lehrpersonal ein. Er riet gerade den Lehrern mit antinationalsozialistischer Gesinnung stets, sich „bedeckt“ zu halten. Ein Grund für seine wohlwollende Haltung war sicherlich der grassierende Lehrermangel – er wollte nicht weiteres Lehrpersonal verlieren.

Die interessanteste Persönlichkeit des Gymnasiums in der Angerzellgasse in Innsbruck zu dieser Zeit war ohne Zweifel Professor Dr. Franz Mair, auch bekannt unter dem Spitznamen „Englisch-Mair“. Er maturierte 1930 am Gymnasium und wurde in der Marianischen Kongregation (MK) der Jesuiten weltanschaulich stark geprägt. Im Alter von 27 Jahren kam er 1938 als Lehrer an die Schule. Von allen seinen Schülern wird er als pädagogische Ausnahmeerscheinung, scharfzüngiger Schönggeist, Liebhaber klassischer und moderner Musik und als Freund der Berge und Natur, schlichtweg also als ein idealer Lehrer beschrieben. Mair war durch und durch ein Gegner des Regimes. In der Zusammenarbeit und Interaktion mit Lehrerkollegen hielt er sich immer im Hintergrund, war aber ausnehmend höflich. Er versuchte stets so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten. Im Laufe der Zeit legte er jedoch immer weniger Wert darauf, seine wahre Gesinnung zu verschleiern. Am 22. März 1944 wurde er aufgrund einer Anzeige verhaftet und vor Gericht gestellt. Knapp entging er am 15. Dezember 1944 einer Verurteilung, wurde aber aus dem Schul-



dienst entlassen.¹⁰¹ Obwohl er dann unter Beobachtung der Gestapo stand, setzte er den Widerstand ungemindert fort, unterstützte Deserteure und nahm sogar Kontakte mit alliierten Agenten auf.

Unter den Schülern war Franz Mair sehr beliebt und hoch respektiert. Ihm war es wichtig, den wenigen Spielraum, den ihm das NS-Bildungswesen ließ, auszuschöpfen, um die Kinder und Jugendlichen zu einer kritischen Betrachtung des Gewaltsystems zu sensibilisieren. Den Zugang zu seinen Schülern fand er größtenteils über den Unterricht. Manchmal wurden sogar im Unterricht die „Feindesnachrichten“ des Radiosenders BBC besprochen. Natürlich konnte nicht in allen Klassen so offen mit oppositionellem Gedankengut umgegangen werden. Das Ausmaß und die Offenheit, mit der er seine Schüler an seiner Kritik des Regimes teilhaben ließ, differierte je nach Zusammensetzung der Klasse. Seine regimefeindlichen Äußerungen waren oft nur erkennbar, wenn man zwischen den Zeilen las.

Sein erklärtes Ziel war es, seine Stellung als Lehrer zu nutzen, um seine Schüler zu kritischen Menschen zu erziehen. Mair ging bis an die Grenzen des Möglichen, das gefiel den Jugendlichen, weil sie seinen revolutionären und freien Geist spürten. Er vertrat ein humanistisches und daher ein klar antinationalsozialistisches Weltbild, ohne dies jedoch plakativ auszusprechen. Sein Widerstand an der Schule war nicht vordergründig politisch, sondern subtil philosophisch, weshalb ihm das Regime auch nichts anhaben konnte. So schilderte er zum Beispiel im Unterricht einmal das Sterben eines Soldaten so einfühlsam und nachvollziehbar, dass es allen Schülern extrem unter die Haut ging und die damit verbundene pazifistische Botschaft klar war.

Mairs Wille zum politischen Widerstand wuchs über die Jahre. In weiterer Folge entwickelte er sich zum ideologischen Wegweiser einer Widerstandsgruppe, die er mit ehemaligen Schülern formierte und die unter dem Namen Mair-Grünewald-Gruppe bekannt wurde.¹⁰² Sie verteilten Flugblätter mit Österreich-Parolen, führten nachts Schmieraktionen mit nazi-feindlichen Parolen auf offiziellen und privaten Gebäuden durch, warfen Schaukästen der NSDAP in den Inn und hielten Kontakt zu anderen Widerstandsgruppen. Zum Schluss war Mair mit seiner Gruppe bereit, auch zu den Waffen zu greifen und sein Leben bei der Absicherung des von der Tiroler Freiheitsbewegung am 3. Mai 1945 besetzten Landhauses aufs Spiel zu setzen. Bei einem

¹⁰¹ Vgl. Horst SCHREIBER, *Widerstand und Erinnerung in Tirol 1938-1998. Franz Mair – Lehrer, Freigeist, Widerstandskämpfer*, Innsbruck-Wien-München 2000, 13-64.

¹⁰² Radomir LUZA, *Der Widerstand in Nord- und Osttirol 1938-1945*, in: *Handbuch zur neueren Geschichte Tirols*, Bd. 2: *Zeitgeschichte*, hg. von Anton PELINKA / Andreas MAISLINGER, T. 1: *Politische Geschichte*, Innsbruck 1993, 313-346, hier: 327; vgl. zu der in Tirol sehr starken Widerstandsbewegung Ludwig STEINER, *Tiroler Widerstandsgruppen zwischen 1943 und 1945*, in: *1945 – Ende und Anfang in Vorarlberg, Nord- und Südtirol*, hg. von Gerhard WANNER, Lochau 1986, 49-68; Fritz MOLDEN, *Widerstand in Tirol 1938 bis 1945. Erinnerungen eines Landfremden*, in: *Das Fenster 60/61* (1996) 5719-5722; Eduard GRÜNEWALD, *Unser Gedenken an Christoph Probst*, in: *Das Fenster 56* (1994) 5390-5392.



Schusswechsel zwischen zurückweichenden SS-Verbänden und Widerstandskämpfern in der Maria-Theresien-Straße wurde Prof. Mair einige Minuten nachdem die österreichische Flagge auf dem Gauhaus gehisst worden war und wenige Stunden vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen so schwer verwundet, dass er am 6. Mai 1945 seinen Verletzungen erlag.

Klassengemeinschaft

Die Zeitzeugen gaben an, dass das Verhältnis unter den Schülern auch nach dem Umsturz in Ordnung war. Man wusste zwar gleich, wer ein „Nazi“, ein „Schwarzer“ oder ein „Nationaler“ war, aber es kam nur selten zu Auseinandersetzungen. Man passte allerdings schon auf, wem man wirklich vertraute. HJler taten sich aber in der Regel nicht sehr hervor, weil ihnen sonst von den Mitschülern das Abschreiben oder sonstige schulische Hilfestellung versagt worden wäre. Obwohl also in jeder Klasse im Schnitt 20 % bis 30 % NS-gesinnte Mitschüler waren, war die Klassengemeinschaft gut. Ein Grund für dieses eigentlich friedliche Auskommen auch in Bezug auf jüdische Mitschüler war, dass das Thema Politik und die „Judenfrage“ unter den Schülern nicht viel diskutiert wurden und gemeinsame Freizeitaktivitäten wie bei allen Jugendlichen im Vordergrund standen.

Mit 15. November 1938 wurde jüdischen Kindern der Besuch deutscher Schulen untersagt. „Jüdische Mischlinge“ durften vorerst noch weiter zur Schule gehen. Generell wurden die am Gymnasium in dieser Zeit verbliebenen jüdischen Schüler weder von den Lehrern noch von den Schülern diskriminiert. Nur in Einzelfällen kam es zu untergriffigen Anspielungen seitens der Lehrer. Die meisten Zeitzeugen hatten nur bruchstückhafte Informationen über das Schicksal ehemaliger jüdischer Mitschüler und deren Familien. In Einzelfällen kam es zu zufälligen oder geplanten Zusammenreffen in der Zeit nach dem Krieg. Auch der jüdische Schüler Adolf Bauer traf später in Innsbruck ehemalige Mitschüler. Dabei machte er diesen niemals Vorwürfe und zeigte sogar Verständnis, dass manche die Geschehnisse aus der Zeit verschleiern wollten.

Die Recherchen zum Schicksal jüdischer Schüler ergaben, dass alle jüdischen Schüler teilweise allein oder mit ihrer Familie in das Ausland (Palästina, USA, Kanada, England) flüchten konnten. Der „Halbjude“ Hans Gomperz¹⁰³ fiel als Soldat bei der Waffen-SS 1944.

¹⁰³ s. Anmerkung am Schluss dieses Beitrags



Aufarbeitung

Die inhaltlichen und organisatorischen Vorgaben des NS-Regimes für den Schulbetrieb wurden seitens der Lehrer, des Direktors und der Schüler größtenteils nicht fanatisch befolgt. Auch auf der zwischenmenschlichen Ebene kam es zu keinen rassistischen oder politischen Exzessen.

Der Lehrstoff blieb im Wesentlichen der gleiche, da nur wenige Lehrer den Unterrichtsinhalt den Vorstellungen des NS-Regimes anpassten. Bei manchen Themenstellungen floss jedoch nationalsozialistisches Gedankengut ein, jeweils abhängig von dem Unterrichtsfach und der Gesinnung des Lehrers. Eine durchgängige systematische Indoktrinierung erfolgte allerdings nicht.

Wie in der gesamten Gesellschaft dieser Zeit gab es – unter den Bedingungen einer grausamen Diktatur – auch in der Schulgemeinschaft drei Gesinnungsrichtungen: Einzelne Lehrer und Schüler unterstützten das Regime tatkräftig und standen deutlich zu ihrer politischen Einstellung. Eine kleine Gruppe leistete dem Nazi-Regime subtil Widerstand, ohne dabei große Angriffsflächen zu bieten. Der allergrößte Teil der Lehrer und Schüler hielt sich mit ihrer politischen Meinung zurück und versuchte, nicht aufzufallen und nicht anzuecken.

Andersdenkende Schüler und Lehrer wurden insgeheim toleriert oder gar mitgetragen. Dabei kam der Schule zugute, dass der sofort nach dem Anschluss von den Nationalsozialisten bestellte Direktor sich nicht mehr durch besondere Härte und Linientreue beweisen musste. So konnte er gewisse Freiheiten gewähren und mitunter menschlichere Lösungen finden, als es einem anderen, politisch nicht zuordenbaren Direktor möglich gewesen wäre, den die NS-Behörden strenger beobachtet hätten.

Der Anteil jüdischer Schüler war schon deshalb gering, da es in Innsbruck nur eine kleine jüdische Gemeinde gab. Insgesamt besuchten zwischen 1933 und 1938 19 jüdische Schüler das heutige Akademische Gymnasium, am Ende des Schuljahres 1937/1938 nur mehr fünf. Im Herbst 1942 zählte die offizielle Statistik dann noch sechs „jüdische Mischlinge“ an der Schule.

Viele jüdische Schüler waren bereits in den Jahren ab 1933, als die NSDAP in Deutschland an die Macht kam, in dunkler Vorahnung nach Palästina, England, Kanada und in die USA allein oder mit Verwandten geflüchtet. Kein jüdischer Schüler des Gymnasiums wurde von den Nazis ermordet. Allerdings starben drei Väter und ein Onkel von jüdischen Schülern in Folge der Reichspogromnacht in Innsbruck. Alle Todesopfer dieses erschütternden Ereignisses waren also engste Verwandte jüdischer Schüler des heutigen Akademischen Gymnasiums. Zudem wurden zahlreiche Familienmitglieder in verschiedenen Konzentrationslagern umgebracht.



Entgegen den heutigen Erziehungsmethoden war es in der NS-Zeit kein Ziel, die Schüler zu einer eigenen kritischen Meinung zu führen. Daher setzten sich die Schüler kaum mit der Ideologie und der Politik des Nationalsozialismus auseinander, was zudem ja auch potenziell lebensgefährlich war. Außerdem fehlten schlichtweg objektive Informationen, etwa durch Medien, da diese alle unter der Kontrolle der NSDAP standen. Misstrauen und Vorsicht waren an der Schule wie in der gesamten Gesellschaft omnipräsent, zumal man jederzeit gegenseitige Anschwärmungen fürchten musste.

Im Vergleich zu anderen Lehranstalten lässt sich die Feststellung treffen, dass insgesamt die Verhältnisse an dieser Schule moderater waren. Dies betrifft sowohl den von der NS-Ideologie geprägten Judenhass als auch die Ablehnung des Regimes von praktizierenden Katholiken und anderen „Schwarzen“.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die „Werte“ des NS-Regimes am Gymnasium zwar nicht begeistert verfolgt wurden, es sich aber auch nicht um einen Ort des großen Widerstands und der großen Helden handelte.

Umso mehr kann das Akademische Gymnasium stolz auf einzelne besonders mutige Menschen sein, die es wagten, sich dem schrecklichen Zeitgeist klar zu widersetzen. Als Lichtgestalt zeigen alle Zeitzeugeninterviews und die wissenschaftliche Forschung auf Prof. Dr. Franz Mair.

Fazit

Es ist nicht verständlich, warum auch nach langen Diskussionen die Adresse der Schule immer noch nicht den Namen dieses äußerst ehrenhaften Mannes trägt, der als Widerstandskämpfer sein Leben für die Freiheit des Landes opferte. Die Gegenargumente, die sich auf die allgemeine Bekanntheit der Schuladresse oder gar auf die Kosten eines neuen Briefpapiers beziehen, sind nicht nachvollziehbar. Auch das psychologische Argument, dass sich Lehrer, Eltern und Schüler, die in der NS-Zeit Mitläufer waren, sich im Nachhinein für ihr Verhalten beschämt fühlen könnten, zählt angesichts der dazwischenliegenden langen Zeit und der nun doch erfolgten Schritte zur Aufarbeitung der Geschichte nicht mehr. Es gibt daher keinen ersichtlichen Grund, der gegen die Umbenennung der Schuladresse spricht. Franz Mair und sein mutiges Verhalten während eines totalitären Regimes gereichen der Stadt Innsbruck und dem Land Tirol für alle Zukunft zur Ehre, dürfen niemals in Vergessenheit geraten und sollen stets als Vorbild dienen. Die Zeugenschaft solcher charakterfester Intellektueller kann verhindern helfen, dass sich ähnliche menschliche, gesellschaftliche und politische Katastrophen wie damals wiederholen.



Anmerkung (freundlicherweise von Hofrat Dr. Staudigl – Innsbruck verfasst)

das geradezu unglaubliche Schicksal von **Hans Gomperz**:

- Geboren: 1925 in Bregenz (Mischling 1. Grades, evangelisch)
- Schulbesuch: 1936/1937 (verließ die Schule nach der 1. Klasse), besuchte später bis Jänner 1943 die Bundesgewerbeschule.
- Weiterer Lebensweg: Soldat bei Waffen-SS seit 1943
- Gestorben: 1944 als Soldat in Caen in Frankreich
- Familie: Sein Vater Ing. Rudolf Gomperz, geboren 1878 in Wien, der zu den Spitzen der jüdischen Gesellschaft zählte und Absolvent der Technischen Hochschule Berlin war, wurde am 26.5.1942 im Vernichtungslager Maly Trostinec ermordet. Auch der freiwillige Beitritt seiner beiden Söhne zur Allgemeinen SS bzw. zur Waffen-SS konnte Gomperz nicht vor der Deportation retten. Er war durch organisatorische und journalistische Tätigkeit Wegbereiter des Fremdenverkehrs in St. Anton. **Der Beitritt beider Söhne zur SS war überhaupt erst dadurch möglich, dass die Mutter angab, dass beide Kinder nicht von ihrem jüdischen Ehemann stammen würden, sondern so wie sie rein arischer Abstammung von einem Arier wären.**

Die Mutter Maria Theresia Anna Stecher starb 1948 am Arlberg.

Der Bruder Rudolf kam aus der russischen Gefangenschaft zurück, konnte das Schicksal der Familie aber nicht verkraften und beging 1966 Selbstmord.

1995 wurde für Vater Rudolf ein Denkmal in St. Anton enthüllt.

Literatur

s. Fußnoten im Text



6.2 Rumänien – Land der vielen Fragezeichen:

Elisabeth Wittal

Pferdewagen, moderne Autos, verlassene und ausgebrannt Fabriken, Baracken und moderne Häuser mit Glasfronten,... so zeigt sich Rumänien seinen Besuchern. Gerade seit dem EU-Beitritt 2007 stellen sich viele die Frage, welche Kapazitäten Rumänien in sich birgt und was für eine Rolle es in Europa einnehmen wird. Heute handelt es sich bei Rumänien um ein immer noch vom Kommunismus, insbesondere vom Ceausescu-Regime, geprägtes Land.

Viele Verwaltungsangelegenheiten werden durch Korruption gelöst, und ist nicht die jetzige Politik mit den gleichen Personen besetzt, mit denen Ceausescu zusammenarbeitete?

Wie geht dieses Land mit seiner Vergangenheit um?

Rumänien ist ein ex-kommunistisches Land, dessen Regime eines der gefürchteten Osteuropas war; der Personenkult von Nicolae Ceausescu begann bei der allmächtigen Geheimpolizei Securitate, ging über eigenen Lieder und das Tragen des Zepters bis zu Beinamen wie „Sohn der Sonne“ oder „Honig der Welt“. Der Staat drang bis ins Privatleben ein und veränderte somit die öffentliche Haltung der Gesellschaft grundlegend. Dies führte zu einem Rückzug des gesellschaftlichen Austausches bis in den engsten Freundeskreis und zu einem Absterben der öffentlichen politischen Beteiligung. Die Menschen hielten an ihren alten Normen fest, um so den neuen gesellschaftspolitischen Einflüssen zu entgehen. Damit entwickelte sich ein starker Konservatismus. Dies eröffnete dem Regierungsapparat die Möglichkeit, auch den sozialen Bereich für sich zu beanspruchen. Die Securitate wusste alles über jeden und wandte sogar Psychoterror an, um die Feinde „gefügig“ zu machen.

Unter allen osteuropäischen Ländern fand 1989 einzig in Rumänien ein blutiger Aufstand gegen die Diktatur statt. Und einzig in Rumänien herrschten die ehemaligen Kommunisten auch nach dem Sturz der Diktatur weiter. So steht Rumänien am Anfang des Übergangsprozesses vom Kommunismus in eine ganz neue Form der Politik – die Demokratie.

1968 erfreute sich Ceausescu großer Beliebtheit beim Volk, da er die Eigenständigkeit Rumäniens als Nation bekräftigte und in der Außenpolitik als „Friedenstifter“ und „Reformator“ bezeichnet wurde.

1974 ernennt der Parteikongress Ceausescu zum Staatspräsidenten. Sofort übergibt er hohe Posten an Familienangehörige.

Unter der Herrschaft von Ceausescu hatte das Land sehr viel zu leiden. Ein Gesetz wurde erlassen, mehr Kinder zu bekommen, um die Anzahl der Arbeitskräfte zu stei-



gern. Deshalb waren Verhütungsmittel streng verboten. Abtreibungen waren nur Frauen ab 45 oder mit mindestens 5 Kindern erlaubt. Gynäkologische Zwangsuntersuchungen in den Betrieben sollten Schwangerschaften so früh wie möglich entdecken. So wurden 10 000 ungewollte Kinder geboren, die dann in die Obhut staatlicher Kinderheime gegeben wurden. Kranke und behinderte Kinder wurden gezielt aus der Gesellschaft verbannt und in abgeschirmte Heime gebracht, um dort zu sterben.

Als Auswirkung auf die heutige Zeit verzeichnet der rumänische Staat 2 000 registrierte Straßenkinder. Durch seine Autarkiepolitik führte Ceausescu Rumänien in eine große wirtschaftliche und soziale Verelendung. Die versprochene paradiesische Zeit kam nicht, stattdessen investiert Ceausescu in die ineffektive Schwerindustrie und vernachlässigt dabei Landwirtschaft, Konsumgüter und die Leichtindustrie. Durch die Steigung des Ölpreises und den daraus folgenden Auslandsschulden steckt Rumänien seit 1981 in einer Wirtschaftskrise.

Strom-, Gas-, und Wassersperrungen sowie Einsparungen waren normal, um die Energie an die Industrie abzutreten. Lebensmittelkarten wurden eingeführt. Auf diese Weise verschmolz ökonomischer Irrationalismus und pharaonischer Größenwahn zu einem einzigen Wahnsinn.

Der Westen war an dieser Entwicklung nicht ganz unbeteiligt. Man betrachtete Ceausescu, ungeachtet des ungeheuerlichen Personenkults, der um ihn getrieben wurde, als eine Art trojanisches Pferd im Ostblock und geizte nicht mit Unterstützung für sein Regime.

Nach vielen kleinen Versuchen zur Revolte, die oft blutig niedergeschlagen wurden, erreichten 1989 endlich viele kleine Gruppierungen den Massenaufstand, der zur Folge hatte, dass sich die ganze Nation vor dem Parlamentsgebäude in Bukarest versammelte, um Ceausescu regelrecht aus dem Amt zu vertreiben. Ihm und seiner Frau wurde ein kurzer Prozess gemacht, in dem Ceausescu die mutwillige Zerstörung tausender historischer Gebäude in Rumänien und die Untergrabung der rumänischen Wirtschaft sowie „Genozid“ am rumänischen Volk mit mehr als 60.000 Opfern vorgeworfen wurde („Genozid“ deutete an, dass es dem Tribunal nicht um eine lückenlose Aufklärung der Ära Ceausescu, sondern in erster Linie um die Beseitigung des Dämons ging). Er und seine Frau wurden nach dem Prozess hingerichtet.

Doch wie ging es für Rumänien weiter?

Nach dem Sturz Ceausescus drehte sich das Leben buchstäblich um 180°.

Man konnte wieder offen sprechen und fand die Freude an Dokumentationen, Reportagen, Tagebüchern und an einst verbotenen Werken. So gab es in der Anfangszeit viele Debatten und Diskussionen über die Vergangenheit. Hierbei wurde der Kom-



munismus jedoch oft zu abstrakt gesehen und die Frage nach Schuld und Einzelverantwortung wurde nie behandelt.

Es gab oft Aufrufe aus der Bevölkerung, die wollte, dass sich die ehemaligen Funktionäre des Kommunismus aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Doch diese verhalten vergebens.

Es wurde viel verschwiegen, besonders das Thema der rumänischen Juden, das Massaker an Demonstranten, das 1000 Leben forderte oder die gravierenden Methoden der Securitate. Viele Akten der Securitate wurden unterschlagen oder gefälscht.

Fazit

Erst 1999 wurde die Securitate gesetzlich dazu verpflichtet, die Akten an die nationale Behörde für Geheimdienstuntersuchungen (CNSAS) zu übergeben.

Die Wahrheitsfindung ist erschwert, der Aufarbeitungsprozess verlangsamt.

Heute sehen viele den Kommunismus im Vergleich zum 2. Weltkrieg als gut an, da sie nach dem 2. Weltkrieg ohne Arbeit und Geld dastanden. Im Kommunismus war das Leben geregelt und man hatte das zum Leben Nötigste. Die Amtszeit Ceausescu war eine Epoche, die Unsicherheit, Misstrauen, Terror, Bespitzelung, Schweigen, Gewalt, Folter, Deportationen, Korruption, aber auch ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl und einen Nationalstolz mit sich brachte.

Rumänien hat sich kaum und wenn dann zu oberflächlich mit seiner Vergangenheit auseinandergesetzt. Doch gerade durch den EU-Beitritt wäre es wichtig, wenn dieses so schöne und einzigartige Land zu dauerhaften Änderungen angeregt und zur Vergangenheitsbewältigung und deren Aufarbeitung motiviert würde.

Literatur

Rumänien, Keno Verseck , BsR 868, Verlag C. H. Beck/ Länder, 1998.

Internet

www.amazon.de/Nicolae-Ceausescu-Biographie-Thomas-Kunze/dp/3861532115

<http://www.taz.de/pt/2007/01/02/a0178.1/text>, taz vom 2.1.2007, S. 16, 310 Z. (TAZ-Bericht), MARIUS BABIAS [zugegriffen am 26.01.2007]

<http://www.vlasaty.at/mysite/german/romania/romania.html>[zugegriffen am 26.01.2007]

http://www.bpb.de/themen/YZJ18Y,1,0,Mitgliedstaaten_der_EU:_Rum%E4nien.html[zugegriffen am 26.01.2007]



6.3 Ungarn – Der Ungarnaufstand 1956:

Lisa Michiels-Corsten

Einführung

Der Ungarnaufstand- ein Kampf für Freiheit und Demokratie:

Dafür erhebt sich am 23. Oktober 1956 das Volk. Eine Woche später verkündet Ministerpräsident Imre Nagy sein Demokratisierungskonzept. Moskau geht aber den Weg der Gewalt. Das Ende der Kampfhandlungen lässt sich nicht genau bestimmen; am 4. November 1956 gab die SU die Zerschlagung des Aufstandes bekannt, in einzelnen Gegenden wurde jedoch noch länger gekämpft; die Aufständischen gingen zum Partisanenkrieg über. Um den 10./ 11. November 1956 scheint der Aufstand weitestgehend niedergeschlagen.

Vorgeschichte

Weihnachten 1944: Im ostungarischen Debrecen tritt eine Provisorische Nationalversammlung zusammen. Dálnoki-Miklós wurde zum Ministerpräsidenten gewählt (Dálnoki-Miklós stützte sich auf ein Volksfrontbündnis, das unter dem Namen „Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront“ die Partei der Kleinen Landwirte, die Ungarische Kommunistische Partei (KP), die Sozialdemokratische Partei, die Nationale Bauernpartei und die Bürgerlich-Demokratische Partei umfasste.).

Die KP besaß in der Bevölkerung kaum Rückhalt, innerhalb der Regierung war sie dagegen stark, weil ihre Vertreter die Schlüsselministerien besetzten: So war zwar der Verteidigungsminister ein Nichtkommunist, aber der kommunistische Innenminister hatte die Befehlsgewalt über die vor allem in der Hauptstadt konzentrierte Polizei inne.

Wahlergebnis 1945: Partei der Kleinen Landwirte 57 % (absolute Mehrheit, stellte den Ministerpräsidenten: 1945–46 Zoltán Tildy, 1946–47 Ferenc Nagy). Am 1. Februar 1946 rief die Nationalversammlung die Republik aus). Unter den Schlagworten „Mobilisierung der Massen“ und „Volksjustiz“ schaltete die von Mátyás Rákosi geführte KP, die 1945 lediglich 16,9 % der Stimmen erhalten hatte, bis zu den Wahlen im August 1947 die Konkurrierenden gleich, vor allem die Partei der Kleinen Landwirte, durch Einschüchterung sowie Anwendung offener Gewalt.

Sowjetischen Truppen blieben auch nach Abschluss des Friedensvertrags vom 10. Februar 1947 im Land, mit der Begründung, die Verbindung zu den in Österreich stationierten Truppen zu halten.



Rákosi, war für sofortige Kollektivierung der Landwirtschaft (Er ließ die Grundstücksgröße so bemessen, dass die neuen Eigentümer kaum wirtschaftlich überleben konnten).

1946 Währungsreform (3 Jahres-Plan), Einführung des Forint sollte wirtschaftlichen Wiederaufbau beschleunigen und Industrialisierung Ungarns einleiten, sowie das ungarische Wirtschaftssystem an das der UdSSR anpassen.

1946-48: Verstaatlichung der Grundstoffindustrien, Banken und Großbetriebe sowie Kirchen und Schulen.

Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften auf „freiwilliger“ Basis durch Kampagne gegen selbstständige Bauern.

Schauprozesse gegen vermeintliche politische Gegner waren an der Tagesordnung.

Die vorzeitigen Erfüllung des Drei-Jahres-Planes stellte die im Krieg zerstörte Infrastruktur Ungarns war wieder her (ökonomischen Praktiken der Sowjetunion wurden übernommen: Es flossen Investitionen vor allem in die Schwerindustrie, dabei wurden die Bedürfnisse der Landwirtschaft und zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung nicht berücksichtigt. In der Landwirtschaft verringerte die Zwangskollektivierung die Erträge, so dass Ungarn als ehemaliges Agrar-Exportland Lebensmittel importieren musste).

Bis Sommer 1948: Verbot fast aller Parteien, anschliessend die Vereinigung der Sozialdemokraten mit der KP zur „Partei der Ungarischen Werktätigen“ (Juni 1948). Die Partei der Kleinen Landwirte verlor ihr politisches Eigengewicht. Die neue Verfassung vom 20. August 1949 erklärte Ungarn schließlich zu einer Volksrepublik nach volksdemokratischem Muster.

Im Rahmen der anti-stalinistischen Säuberungen musste auch Rákosi einen Teil seiner Macht abgeben. Im Juni 1953 wurde der frühere Landwirtschaftsminister Imre Nagy neuer Ministerpräsidenten. Parteichef blieb jedoch Rákosi. Imre Nagy distanzierte sich deutlich von der Politik seines Vorgängers. Statt die Schwerindustrie weiter auszubauen, förderte Nagy die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie. Bauern durften aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wieder austreten. Der Lebensstandard stieg. (Dafür wurde Nagy 1955 abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen.)

Phase der Restauration

Erschütterung durch Unruhen nach Stalins Tod im kommunistischen Ost-Europa: Dem Aufstand in der DDR am 17. Juni 1953 folgten 1956 antikommunistische Massenbewegungen in Polen und Ungarn



Februar 1956: sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow hatte auf dem XX. Parteitag der KPdSU in einer geheimen Rede scharfe Kritik an den Verbrechen der Stalinzeit geübt. In Ungarn kamen in der Partei Forderungen nach Überprüfung der Parteilinie und Bestrafung der Schuldigen auf. Parteivorsitz ging von Matyás Rákosi¹⁰⁴ auf seinen Stellvertreter Ernő Gerő über, der jedoch kaum beliebter als Rákosi war.

Am 23. Oktober 1956 kam es in Budapest im Anschluss an eine Sympathiedemonstration für die polnischen Nationalkommunisten zu einem Volksaufstand, der den bei der Bevölkerung beliebten Reformkommunisten Imre Nagy wieder an die Spitze der Regierung brachte. Als Ministerpräsident kündigte er durchgreifende Reformen an, erhob die Forderung nach sofortigem Abzug der seit Kriegsende 1945 in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen, trat für die Neutralität Ungarns zwischen den Blöcken ein und kündigten freie Wahlen an.

Verlauf des Aufstands

Im Laufe des Herbstes 1956 entstanden in fast allen Universitätsstädten Diskussionsforen nach dem Vorbild des Petöfi¹⁰⁵-Kreises, eines Diskussionszirkels junger Literaten, die sich ab Anfang 1956 zunehmend politischen Themen gewidmet hatten. Aus diesen parteiinternen Diskussionskreisen ging dann der Studentenprotest hervor. Die ungarischen Bürger verlangten das Ende der stalinistischen Regierungsform, und forderten Freiheit und Demokratie.

Am 23. Oktober versammeln sich 200.000 Studenten vor dem Parlamentsgebäude in Budapest. Dem friedlichen Protestmarsch bis vor das Parlamentsgebäude schlossen sich immer mehr Bürger, sowie Studenten und Lehrkräfte der Petöfi-Militärakademie, des Polytechnikums, der Landwirtschaftlichen Hochschule und der Hochschule für Sport an. Die Demonstranten rufen nach Imre Nagy. Ein Großteil der Demonstranten lief zum Rundfunkgebäude. Dort wollten sie ihre Forderungen über den staatlichen Sender verbreiten. Jedoch wurde aus dem Rundfunkgebäude das Feuer auf die Demonstranten eröffnet. Durch ungarische Soldaten gelangten die Demonstranten an Waffen, so dass sie sich zur Wehr setzen konnten und das Gebäude stürmten.

Am Abend versammelten sich ca. 300.000 Menschen vor dem Parlament und forderten Meinungs- und Pressefreiheit, freie Wahlen, mehr Unabhängigkeit von der Sowjetunion sowie die Ernennung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Regierungschef.

¹⁰⁴ „Jahrelang regiert der Stalinist Matyas Rákosi mit Terror und Unterdrückung. Nun entlud sich die Wut des Volkes.“ (Zitat: ZDF.de)

¹⁰⁵ Bedeutender ungarischer Dichter (1823-1849) und Freiheitsheld, gefallen für Ungarns Unabhängigkeit.



Nagy, der die Demonstranten aufforderte, nach Hause zu gehen, wurde überraschend noch in derselben Nacht vom Zentralkomitee der Partei der ungarischen Werktätigen zum Ministerpräsidenten berufen. Unterdessen hatte die SU begonnen, militärisch einzugreifen, noch bevor Parteichef Ernő Gerő darum ersucht hatte. Im Laufe des Nachmittags hatten Demonstranten das Stalin-Denkmal auf dem Heldenplatz gestürzt und mit einem Traktor vor das Parlamentsgebäude gezogen.

Die Kämpfe werden trotz der Ansprache Nagys fortgesetzt. Aus der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Volk und Regierung wird ein Kampf zwischen dem ungarischen Volk und den sowjetischen Besatzern.

Am 25. Oktober wurde Parteichef Gerő abgesetzt. Vor dem Parlamentsgebäude schossen Mitglieder des gefürchteten Staatssicherheitsdienstes ÁVH in die Menge, wobei mehr als 100 Menschen starben.

Am 27. Oktober gab Imre Nagy seine neue Regierung und die Auflösung des ÁVH bekannt, am darauf folgenden Tag die Anerkennung der Revolution.

Am 30. Oktober verkündete Nagy das Ende der Ein-Parteien-Herrschaft und bildete eine Mehrparteienregierung. Die Sowjetunion ließ sich zunächst scheinbar auf Verhandlungen über einen Abzug ein, bereitete jedoch bereits einen Angriff vor.

Nachdem Nagy am 1. November die Neutralität Ungarns erklärte und das Land aus dem Warschauer Pakt austrat, begannen die Truppen der Sowjetunion mit der Niederschlagung des Volksaufstandes und besetzten u. a. das Parlamentsgebäude. Bewaffnete Gruppen nahmen den Widerstand wieder auf.

Am 4. November marschierten fünf sowjetischen Kolonnen in die ungarische Hauptstadt ein und schlugen den Volksaufstand gewaltsam nieder. Weitere sowjetische Truppen passierten die rumänisch-ungarische Grenze.

Morgens wendete sich Nagy in einer Ansprache an das ungarische Volk, berichtet, dass Sowjettruppen in Budapest einrücken. Er appelliert an die einrückenden sowjetischen Truppen, nicht zu schießen und weitere Opfer zu vermeiden. Die Stärke des ungarischen Widerstands nimmt ab; es wird aber weitergekämpft. Etliche der sowjetischen Panzer werden zerstört.

Vom 4. bis zum 15. November tobten heftige Kämpfe im Land, speziell in der Hauptstadt Budapest. Die Zivilbevölkerung griff für die Regierung zu den Waffen, litt jedoch an Munitionsmangel und war den sowjetischen Streitkräften an Personal und Material hoffnungslos unterlegen, so dass die Niederlage vorprogrammiert war. Die Kämpfe forderten auf ungarischer Seite etwa 2.500 Tote, die sowjetischen Truppen verloren nach eigener Darstellung ca. 700 Mann.



Der Widerstand in einigen Bezirken Budapests brach langsam zusammen. Sowjettruppen übernehmen die Kontrolle.

Folgen des Aufstandes

Trotz des Einmarsches der Roten Armee leisteten immer noch einzelne Gruppen Widerstand. Doch mit der Zeit begann eine Massenflucht über das seit 1955 freie Österreich in den Westen. Die meisten Flüchtlinge wurden im Raum Wien gesammelt und mit dem Notwendigsten versorgt. In Ost-Österreich entstand eine Reihe von Flüchtlingslagern. Da Österreich nicht alle Flüchtlinge aufnehmen konnte, wurden viele auf andere westliche Staaten verteilt. Die meisten Ungarn durften sich dabei ein Land und mitunter eine bestimmte Region in diesem Land aussuchen. Viele gingen auch nach Übersee.

Bei der mehrtätigen Schlacht um die Hauptstadt gab es mehrere Tausend Tote. Eine Viertelmillion Ungarn floh über Österreich ins westliche Ausland. Zehntausende wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes inhaftiert.

Zu den über 200 wegen der Teilnahme am Aufstand Hingerichteten gehörte auch der ehemalige Ministerpräsident Nagy. Seine Verurteilung in einem Schauprozess 1958 bildete den Abschluss der von der Sowjetunion angeordneten „Normalisierung“ in Ungarn, für die János Kádár als Regierungschef verantwortlich war. Er betrieb die Neugründung der kommunistischen Partei, an deren Spitze er dann für Jahrzehnte selbst stand.

Fazit

Es gelang Kádár in der Folgezeit, mit vorsichtigen Reformmaßnahmen einige Ziele der Reformer von 1956 zu verwirklichen. Durch die Liberalisierung eröffneten sich für Bürger größere Freiräume als in anderen kommunistischen Staaten. In der Wirtschaftspolitik kam es auch nach und nach zu markt-wirtschaftlichen Korrekturen zugunsten einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Ab etwa 1962/ 63 schlug Kádár schrittweise einen Kurs der Versöhnung nach innen und der Einfügung Ungarns in die von der UdSSR geführte „sozialistische Staatengemeinschaft“ nach außen ein, der bei größerer wirtschaftlicher Eigeninitiative zu einem Wirtschaftsaufschwung, zu sozialen Verbesserungen, sowie zu einer gewissen geistig-kulturellen Liberalisierung führte. So ermöglichte eine Wirtschaftsreform ab 1968 eine selbstständigere Produktionsplanung der Betriebe sowie eine begrenzte Freigabe der Preise.



Als Mitte 1987 Károly Grósz Ministerpräsident wurde, geriet auch das politische System in Bewegung. Unter Grósz bildete sich ein neues Selbstverständnis der Regierung heraus. Der Ministerrat spielte seitdem nicht mehr die Rolle eines willfährigen Handlangers der Partei, sondern bemühte sich zunehmend um eine selbstständige Umsetzung der politischen Grundsatzbeschlüsse. Gleichzeitig initiierte Grósz auch eine Stärkung der Gesetzgebungskompetenz des Parlaments, das zuvor eine völlig untergeordnete Rolle gespielt hatte.

Anfang 1988 beschloss die Führung, die politischen Rechte der Bevölkerung zu erweitern, sowie Vereinigungen und Versammlungen im Rahmen des Einparteiensystems zuzulassen. Ermöglicht wurden diese Schritte durch die Politik des sowjetischen KP-Chefs Gorbatschow, der den „sozialistischen Bruderländern“ nun einen „eigenen Weg zum Sozialismus“ eingeräumt hatte.

Literatur

Litván, G./ Bak, J. M.: Die Ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung, Wien 1994.

Presse

Die ungarische Katastrophe, SZ vom 23.10.06 (Nr.244).

„ZEIT- Welt- und Kulturgeschichte in 20 Bänden“ Brockhaus- Weltgeschichte seit der Aufklärung.

Internet

<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/27/0,1872,2047931,00.html> (26.05.03)

<http://www.ungarn1956.de/site/40208538/default.aspx>



6.4 Katholische Kirche/ Vatikan

6.4.1 Vatikan und Nationalsozialismus:

Carsten Köhler

Einleitung

Wie sich die katholische Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus in Deutschland verhielt, ist differenziert zu betrachten. Es gab unterschiedliche Haltungen innerhalb der kath. Kirche; jeder Geistliche musste sich selbst dem „Schreckenssystem Hitlerdeutschland“ stellen.

Dass dies sehr unterschiedlich geschah, lässt sich exemplarisch an drei Personen dieser Zeit, die der Geschichtsschreibung in Erinnerung blieben, aufzeigen.

Die Historiker taten sich selbst sehr schwer bei der Betrachtung dieses Kapitels Kirchen- und Weltgeschichte, da erst 2004 z. B. der Vatikan bedeutende Archive aus dieser Zeit zur Einsicht freigab. So blieben viele Dokumente bis dato unausgewertet. Nun aber kann das Bild auf diese Zeit, vielleicht in den kommenden Jahren, differenzierter und somit vollständiger werden.

Oft wurde auch das von Christus gepredigte Menschenrecht (de Jure) hinter opportunistisches Handeln (de Facto) der römisch-katholischen Kirche gestellt. Kirchenpolitische Interessen gingen v o r christlicher Lehre, beides ging nicht immer ineinander über. Ein Beispiel hierfür ist das Konkordat des Vatikans mit Deutschland unter der NS-Führung vom Juli 1933.

Es brachte beiden Seiten Vorteile, die von Seiten der Kirche bis heute Rechtsgültigkeit haben.¹⁰⁶ Verhandlungspartner auf Seiten des Vatikans war damals Kardinalstaatssekretär Eugenio Maria Pacelli, der wenig später als Papst Pius XII. seine Kirchenregentschaft antrat.

Es brachte dem Vatikan Zusicherungen materieller und institutioneller Art, wie sie wahrscheinlich sonst keine deutsche Regierung zugebilligt hätte. Diese Zugeständnisse ließen den Vatikan darüber hinwegsehen, dass er Nazideutschland damit international salonfähig und den Klerus damit quasi politisch mundtot machte. Hitler und sein Nazideutschland, in „Mein Kampf“ deutlich beschrieben, wurde vom Klerus nicht immer als Gefahr erkannt. Viele Geistliche sahen in der Ideologie der Nazis einen willkommenen Widersacher gegen Kommunismus und Liberalismus. Einige von ihnen konnten sogar den Antisemitismus mittragen und christlich gut preisen, ohne dabei zu bedenken, dass Jesus Christus entsprechend nationalsozialistischer Rassenlehre selbst Jude war.

¹⁰⁶ Konkordat wird ein Staatsvertrag zwischen dem Kirchenstaat und einem Staat genannt.

Alois Hudal ist dafür ein Beispiel, ein Priester, der mithilfe, Nazischergen über die sogenannte Rattenlinie einem internationalen Prozess und einer Verurteilung zu entziehen und ihnen zu einem Asyl in Südamerika zu verhelfen. Ein solches Los war vielen Verfolgten des Naziregimes nicht beschieden.

Es gab aber auch Persönlichkeiten, wie Clemens August Graf von Galen: Der Bischof von Münster klagte mutig das Unrecht des Nationalsozialismus an und half durch persönlichen Einsatz, vielen bedrohten Menschen, das Leben zu retten. Diese Personen stehen beispielhaft für die unterschiedlichen Blickrichtungen des Vatikan auf den Nationalsozialismus. Sie zeigen, dass es eines differenzierten Blicks auf die Kirche der damaligen Zeit bedarf. Es zeigt aber durch Papst Pius XII., die für allgemein gesprochene Haltung des allumfassenden (= katholisch) Vatikan, der für sich den Anspruch proklamiert, die *eine* christliche Kirche zu sein.

Alois Hudal und die Rattenlinie

Alois Hudal ist ein Beispiel für einen Geistlichen, der dem Nationalsozialismus nahestand, der Hitler und seinen Helfern die Treue hielt, als diese auf der Fluch waren und Nazi-Deutschland den zweiten Weltkrieg bereits verloren hatte.

Lebenslauf¹⁰⁷:

* 18. Mai 1885 in Graz/ Steiermark, Theologiestudium von 1904 bis 1908 in Graz, 1908 Priesterweihe, 1911 Promotion zum Dr. theol. in Graz, anschließend Studium am deutschen Priesterkolleg „Collegio Teutonico di Santa Maria dell’Anima“ in Rom.

2. Promotion und Habilitation für Altes Testament, 1919 ao. Professor für Altes Testament in Graz u. 1923 o. Professor für Altes Testament in Graz, 1923 Rektor des Priesterkolleg „Collegio Teutonico“. Er lernte dort auch Eugenio Pacelli, den damaligen Nuntius des Vatikan, in D kennen. 1933 weiht dieser ihn zum Bischof.

Hudal und der Nationalsozialismus

In seinem Hauptwerk „Die Grundlagen des Nationalsozialismus“ (1936) bemüht sich Hudal, eine Symbiose zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus herzustellen, ohne sich klarzumachen, dass es sich hierbei eher um einen Parasiten handelte, mit dem er die Kirche in Einklang bringen wollte

Sein Buch enthielt sogar eine Widmung für Adolf Hitler und er wurde dafür mit dem goldenen Ehrenzeichen der NSDAP ausgezeichnet. Hudal befürwortete darin den



Alois Hudal, katholischer Priester u. Fluchthelfer Eichmanns.

¹⁰⁷ Biographisches-Bibliographisches Kirchenlexikon: Band XXI Spalten 687-692, Artikel: „Alois Hudal“ von Martin Lätzel, (2003).



Nationalsozialismus, sofern dieser nicht versuche, den Platz der Kirche einzunehmen und als Religionsersatz zu dienen. Hudal unterschied zwischen verdammungswürdigen, „linken“ Nazis und den kompromissbereiten, konservativen, zu denen er Hitler zählte. Hier sieht man die Haltung einer stärkeren Feindschaft zum Kommunismus mit dem Nationalsozialismus als willkommenen Widersacher. Hudal wollte den Nationalsozialismus, in fahrlässiger Verkennung seiner wahren Beschaffenheit, katholisieren und seine vermeintlich nützlichen, opportunen Seiten für die Belange der Kirche nutzbar machen. In der Kirche machte ihn sein Eintreten für diese Symbiose zwar zu einem Außenseiter, dem höhere Ämter verwehrt blieben, doch verlor er seine Professur in Graz erst 1945, nach der Nazizeit. Auch blieb er nominal Bischof bis zu seinem Tode (1963).

Die Rattenlinie

Hudal half ab 1943 flüchtenden Nationalsozialisten mit Ausweiskarten, die er über das „Österreichische Bureau“ in Rom, einer halboffiziellen Vertretung, ausstellte. Außerdem half er bei etwaigen Zweifeln bei Ausreisen, dass die Ausweiskarten anerkannt und die Identität der Flüchtigen beglaubigt wurden. Dabei halfen ihm sein Bischofsamt und seine Kontakte zu kirchennahen Institutionen. Der bekannteste Flüchtling, dem Alois Hudal die Flucht ermöglichte, ist der später vom israelischen Geheimdienst gestellte Adolf Eichmann. Über diese Fluchtroute, vom amerikanischen Geheimdienst auch „rat line“ (Rattenlinie) bezeichnet, flüchteten außerdem Josef Mengele, Franz Stangl und der „*Schächter von Lyon*“, Klaus Barbie. Erst nach starkem politischen Druck trat Hudal 1952 als Rektor des deutschen Priesterkollegs zurück. Am 13. Mai 1963 starb er in Rom.

Warum haben der damalige Papst und die vatikanischen Gremien nicht eher reagiert? Warum konnte diese Fluchthilfe im Schatten des Pontifikats geschehen? Wie hat sich der damalige Papst überhaupt zum Nationalsozialismus verhalten? Schauen wir uns Eugenio Pacelli, wie er bis zu seiner Papstproklamation mit bürgerlichen Namen hieß, einmal genauer an. Welche Politik und welche Theologie vertrat er im Umgang mit dem Nationalsozialismus?

Eugenio Maria Pacelli, später Papst Pius XII.

Eugenio Pacelli war als Kardinalstaatssekretär rechtlicher Vertreter des Papstes, also die führende Person des Katholizismus der NS-Zeit, bis spätestens 1939, als er nach dem Tode von Pius XI. sein Pontifikat antrat. Er war wie kein anderer durch seine Tätigkeit als Nuntius in Bayern in die Geschehnisse in





Deutschland involviert. Er gilt als der Wegbereiter des vatikanischen Konkordats mit Hitlers Nationalsozialismus.

Um sein Leben und Wirken zu bewerten, ist es hier wiederum nötig, seinen Lebenslauf¹⁰⁸ zu betrachten:

* 2. März 1876 in Rom, 1894 bis 1899 Studium der Philosophie und Theologie an der römischen Jesuitenuniversität „Gregoriana“; gleichzeitig Studium an der weltlichen Universität Sapienza zum Studium der Sprachen immatrikuliert.

Priesterweihe: 2. April 1899, ab Herbst 1899: Studium kanonisches Recht, 1901 Apprendista (Lehrling) im Staatssekretariat des Vatikan, 1904 Dissertation über die Beziehung zwischen Kirche und Staat, 1905 päpstlicher Hausprälat, 1917 Ernennung zum Erzbischof, 1916 versuchte Pacelli als Sondergesandter Papst Benedikt XV., erfolglos, zwischen den Parteien des Ersten Weltkrieges zu vermitteln.

1919 Nuntius in Bayern und Wegbereiter der Konkordats-Politik von Papst Pius XI., 1920 erster Nuntius in Deutschland, 1929 Ernennung zum Kardinal, Abberufung nach Rom, 1932 Kardinalstaatssekretär (rechtlicher Stellvertreter des Papstes), 20. Juli 1933 handelt Pacelli mit Reichsaussenminister Franz von Papen das Reichskonkordat aus.

Das vatikanische Konkordat mit Nazideutschland

Das Konkordat sollte die materielle und institutionelle Stellung der katholischen Kirche im Deutschen Reich sichern. Es beinhaltete einen Verzicht der politischen Betätigung des Klerus. Dem sah sich Pacelli offensichtlich immer verbunden. Mit dem Abschluss des Reichskonkordats sollte der deutschen katholischen Kirche vor allem die Freiheit der Religionsausübung gesichert werden. Die ursprünglichen Forderungen des Vatikans erwiesen sich aber weder zur Kaiserzeit noch in der Weimarer Republik als durchsetzbar. Erst die Hitler-Regierung bot diesen Abschluss an. Hitler sah aber darin die Möglichkeit, eine Rechtsgrundlage für einen Maulkorb für die katholische Kirche zu schaffen. In dem Konkordat sollte festgelegt werden, dass die Kirche sich politischer Stellungnahmen zu enthalten habe und auch ansonsten nicht politisch tätig werden dürfe. Also auch die dem Katholizismus nahe Zentrumspartei konnte dadurch eingeschränkt werden. Pius XI. und Pacelli indes hofften, einen Freibrief für die Religionsausübung zu haben, die noch nicht garantiert war. Für das Dritte Reich bedeutete der Abschluss des Konkordats einen internationalen Prestigegegewinn. Es wurde dadurch erst salonfähig.

¹⁰⁸ Zitiert nach: „Papst Pius XII (1876-1958)- Die Katholische Kirche und der Holocaust“ von Meike Rosenplänter veröffentlicht unter <http://www.shoa.de/content/view/105/85/>. und nach Band VII (1994) Spalten 682-699 Artikel „Pius XII.“ von Hugo Altmann



Die Enzyklika „**Mit brennender Sorge**“¹⁰⁹ wurde von Papst Pius XI. am 14. März 1937 verkündet.

Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI.

Auch diese päpstliche Schrift wurde maßgeblich von Eugenio Pacelli vorbereitet, womit er auf sein späteres Pontifikat vorbereitet wurde. Im Gegensatz zu zwei Enzykliken, welche ohne Vorbehalte den Kommunismus verurteilten, fiel diese einzige Enzyklika gegen Hitlers Machtherrschaft doch eher verhalten aus. Wollte man die eben erreichten Zusicherungen des Konkordats nicht gefährden? Befürchtete der Vatikan, das Verhältnis mit den tausenden Katholiken in Nazideutschland, die Mitglieder der NSDAP waren, zu verderben?

Jedem Geistlichen war die Mitgliedschaft in der NSDAP untersagt. Hatte der Vatikan in etwa sogar Sympathien für die Hitlerdiktatur? Es blieb auf jeden Fall bei dieser einzigen Verurteilung von Seiten des Heiligen Stuhl; ansonsten schwiegen der Papst und sein Stellvertreter offiziell dazu. Dabei wurde dem heiligen Offizium (= heutige Glaubenskongregation) von Jesuiten ein Entwurf vorgelegt, der Rassismus, Nationalismus, Kommunismus und Totalitarismus in insgesamt 24 Thesen verurteilte.

Einen Monat später beschloss man, die Verurteilung bis auf weiteres aufzuschieben. Stattdessen entstand nur diese abgemilderte Enzyklika.

Als Pacelli dann selbst Papst wurde, hielt dieses Verhalten unter Berufung auf den Lateranvertrag (= Konkordat mit Italien) an, sodass er sich von Seiten der Alliierten mehrfach Unverständnis einhandelte. War diese sture Neutralität wirklich menschen-dienlich? Wäre eine klarere Stellungnahme von Seiten des Heiligen Stuhl nicht sinnstiftender gewesen?

Nach dem Tod von Papst Pius XI. im Februar 1939 wurde Pacelli am 2. März zum Papst gewählt.

„Am 10. September des Jahres 1943 besetzten Wehrmachtssoldaten Rom, nach der Verhaftung Mussolinis durch Aufständische und dem Seitenwechsel Italiens. Neun Tage zuvor hatte Pius XII. in einer über das Radio ausgestrahlten Botschaft zur »Versöhnung zwischen den Völkern« aufgerufen. Er schwieg, als die Deutschen in der italienischen Hauptstadt mit den Deportationen von katholischen Juden begannen. Und auch ein Dreivierteljahr später, einen Monat nach der Befreiung Roms durch die alliierten Streitkräfte, als am 24. Juli 1944 Fotos aus Vernichtungslagern veröffentlicht wurden, hüllte sich der Papst in ein

¹⁰⁹ Die März 1937 erschienene Enzyklika von Pabst Pius VII „In brennender Sorge im Original zu lesen unter: <http://www.crosswinds.net/~prhl/brennend.htm>.



Schweigen, das er auch nach dem Selbstmord Hitlers am 30. April 1945 und dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes nicht brach.“¹¹⁰

Nach dem Krieg, als er eigentlich frei Stellung zu den vergangenen Gräueltaten des Naziregimes beziehen konnte, hielt sein Schweigen trotz alledem an, zu dem Leid der Juden und den Schreckensgeschehnissen des totalitären Nationalsozialismus an.

- Im Gegensatz dazu drohte er 1949 allen Katholiken, die sich kommunistisch betätigten mit der Exkommunikation. Wohlgemerkt: Zur gleichen Zeit war Hudal mit der Fluchthilfe durch vatikanische Ämter beschäftigt.
- Am 9. Oktober 1958 starb Papst Pius XII. im Alter von 82 Jahren.

Bis zum heutigen Tage wird über eine Seligsprechung des Weltkriegspapstes und sein Schweigen in dieser Zeit unterschiedlich diskutiert. Er war sicher kein Freund des Nationalsozialismus, trotzdem stand er ihm, m. E., aus falscher Diplomatie kraftlos gegenüber. Der Vatikan muss sich bis heute auf Grund des Reichskonkordats verhalten lassen, zu all den Schrecken offiziell geschwiegen zu haben.

Zum Glück gab es aber auch Priester, wenn auch viel zu wenige, die nicht geschwiegen haben. Ein Beispiel hierfür ist Clemens August Graf von Galen, der sich über das Reichskonkordat hinwegsetzte.

Clemens August Graf von Galen

Lebenslauf¹¹¹

*16.3. 1878 auf Burg Dinklage im Oldenburger Münsterland, 1897: Studium der Philosophie und Geschichte an der Universität Freiburg, 1898: Studium der Theologie in Innsbruck und Münster, 1904: Priesterweihe, Ernennung zum Domvikar und seinem Onkel, dem Weihbischof von Münster, Maximilian Gereon Graf von Galen, als Kaplan beigegeben. 1906: Kaplan der von Münster verwalteten Pfarrei St. Matthias in Berlin, 1919: Pfarrer an St. Matthias in Berlin und 1929 an St. Lamberti in Münster, Pius XI. ernannte ihn 1933 zum Bischof von Münster (am 28.10. geweiht und feierlich inthronisiert), 1946: Erhebung zum Kardinal durch Papst Pius XII.



Bischof von Münster („Der Löwe von Münster“); Widerstand gegen Euthanasie und Menschenheitsverbrechen

¹¹⁰ Artikel: „Hitler und der Vatikan“ von Matthias Seng erschienen auf: <http://www.freenet.de/freenet/wissenschaft/geschichte/gegenwart/vatikan/01.html>, gesichtet 30.12.2006

¹¹¹ Biographisches-Bibliographisches Kirchenlexikon: Band II Spalte 167-169 Artikel „Clemens August Graf von Galen“ von Friedrich Wilhelm Bautz (1990)



Einleitung

Clemens August Graf von Galen erkannte klar, wohin der Kurs des Nationalsozialismus ging. Der Bischof „setzte sich in seinem Hirtenbrief vom 26.3. 1934 umfassend und klärend mit dem zweideutigen »Bekenntnis« der Partei zum »positiven Christentum« auseinander. Er nahm den Kampf auf gegen die Irrlehre Alfred Rosenbergs (Herrenrang der arischen Rasse und Verherrlichung des deutschen Blutes) und bekannte sich im Oktober 1934 mit seinem Geleitwort zu den von nicht genannten Theologen verfassten »Studien zum Mythos des 20. Jahrhunderts« als Antwort an den weltanschaulichen Leiter der NSDAP.“¹¹²

Im Frühjahr 1937 ließ der Bischof die Enzyklika »Mit brennender Sorge« von allen Kanzeln des Bistums verlesen und in allen Kirchen als Broschüre verteilen. Er ging aber noch weiter als das päpstliche Schreiben. Zum offenen Angriff gegen die Staatsmoral trat er in drei Predigten vom Juli und August 1941 gegen die Beschlagnahme der beiden Jesuitenniederlassungen in Münster, gegen die Vertreibung ihrer Insassen und gegen die Anwendung der Euthanasie in westfälischen Heilanstalten an.

„Mit Leidenschaft und Zivilcourage setzte er sich für Recht und Gerechtigkeit ein und kämpfte gegen die Staatsvergötzung, die sich unter dem Regime der Nationalsozialisten zunehmend im deutschen Volk, leider auch unter vielen Christen, verbreitete.“¹¹³

Clemens August Graf von Galen bekam von seinen Gemeinden den Titel „Löwe von Münster“, weil er sich gegen das Regime wandte, durch seine Position eines gewissen Schutzes sicherer als andere, Unrecht klar ansprach und Gerechtigkeit trotz eigentlichen Verbots durch das Reichskonkordat einforderte. Diese Courage machte auch ihn angreifbar durch das totalitäre Regime. Er musste sich aber nicht, wie sein oberster Hirte, vorhalten lassen, zu schweigen „wie eine Maus“. Er „brüllte wie ein Löwe dagegen“. Er war nicht nur in brennender Sorge, er begann „zu löschen“. Menschen zu Hilfe zu kommen, denen jegliches Lebensrecht abgesprochen wurde: Behinderten, Kranken und Menschen, die nicht dem rassistischen Weltbild entsprachen. Er starb am 22.3. 1946 in Münster.

Fazit – ein Versuch

Katholische Kirche und Nationalsozialismus: Dabei kann man manche Haltung mit „brennender Sorge“ reflektieren und manches Handeln als vorbildlich erklären. Sie

¹¹² Siehe Anm. 105.

¹¹³ Storck, M.: „Vorbilder gegen das Vergessen“ Artikel „Nichts um des Lobes willen, nichts aus der Furcht...Clemens August Graf von Galen“, Agentur des Rauhen Hauses.



waren alle Kinder ihrer Zeit, ob Graf von Galen, Eugenio Maria Pacelli oder Alois Hudal. Sie waren alle hohen Würdenträger im Dienste der katholischen Kirche. Alle drei mussten sich der Situation des Aufkommens des Nationalsozialismus stellen. Einer von Ihnen blieb standhaft. Dieser eine von ihnen predigte wirklich lautstark dagegen, ein zweiter äußerte sich sehr verhalten und der dritte ließ sich blenden.

Wird die katholische Kirche sich ein weiteres Mal so verhalten und vordergründig neutral bleiben? Würde Papst Benedikt sich lautstark gegen ein Erstarren des Nationalsozialismus oder Ideologien dieser Art stellen oder bliebe er so „neutral“ schweigend gegenüber totalitären Systemen, welche die Menschenrechte mit Füßen treten? Das sind die Fragen, die sich die katholische Kirche stellen muss. Wie geht sie mit ihrer Vergangenheit um? Wie stellt sie sich ihrer Schuld gegenüber Christus? Wie totalitär ist das System der katholischen Kirche selbst, dass Menschen und Amtsträger wie Hudal Sympathien für den Nationalsozialismus finden konnten?

Ein wirkliches Fazit kann man gar nicht ziehen, da die Öffnung des Hudal-Archives zum Beispiel erst im Herbst 2006 erfolgte und weitere Akten bis heute noch vom Vatikan unter Verschluss gehalten werden. Lange hat es gedauert, bis die Kirche Teile ihres Wissens preisgab. Fürchtete sich die katholische Kirche vielleicht vor einem differenzierten Urteil?

Letztlich, so die christliche Lehrmeinung, urteilt Gott über die Menschen und ihr Tun. Die Zeit bringt die Wahrheit zu Tage, sagt das Sprichwort. Gut wäre es gewesen, wenn die katholische Kirche, diesen Prozess aktiv angegangen wäre und nicht aus etwaiger Angst vor Wahrheiten, solange die Archive verschlossen blieben. Möge jeder sich seinen unverblendeten Reim auf die Vergangenheit machen und begreifen, wann es Zeit ist zu beherztem Aufzustehen und einem lauten „Nein“-Sagen gegen Menschenverachtung und Systeme, die Menschen in ihrer Verschiedenheit nicht Mensch sein lassen. Gerade eine christliche Kirche sollte Menschlichkeit als oberste Maxime sehen. Leider ist das de jure und de facto nicht immer so. Aufstehen und aktiv werden gegen totalitäre Systeme und gegen die, die diese schützen, entspricht meinem christlichen Menschenbild. Ein Menschenbild eines Hudal entspricht dem nicht. Der Autor hat hier natürlich nur drei exemplarische Figuren des Katholizismus anführen können. Die Haltungen dieser drei Personen sind nur stellvertretend für viele andere Christen zu sehen, nicht nur im Katholizismus. Im Protestantismus wäre hier z.B. dem Widerstandstheologen Dietrich Bonhoeffer der Reichsbischof Ludwig Müller gegenüber zu stellen, der mit seinen deutschen Christen, den Protestantismus mit dem totalitären Staat Hitlers gleichschaltete und sich als Teil des Nationalsozialismus begriff. Gerade gegenüber einer dem Christentum so nahestehenden Weltreligion, – dem Judentum –, sind Christen schuldig geworden.



Literatur

Biographisches-Bibliographisches Kirchenlexikon:

Band XXI, Spalten 687-692: „Alois Hudal“ von Martin Lätzel, (2003).

Band VII, Spalten 682-699: „Papst Pius XII.“, von Hugo Altmann(1994).

Band II, Spalte 166-168: „Clemens August Graf von Galen“ von Friedrich Wilhelm Bautz (1990).

Godman, P.: Der Vatikan und Hitler. Die geheimen Archive. Droemer Verlag, München 2004.

Klee, E.: Persilscheine und falsche Pässe. Wie die Kirchen den Nazis halfen. Fischer, Frankfurt 1991.

Internet

Die März 1937 erschienene Enzyklika von Papst Pius XII „In brennender Sorge“ im Original zu lesen unter: <http://www.crosswinds.net/~prhl/brennend.htm>

Artikel: „Hitler und der Vatikan“ von Matthias Seng erschienen auf:

<http://www.freenet.de/freenet/wissenschaft/geschichte/gegenwart/vatikan/01.html>, gesichtet 30.12.2006

Artikel: „Die Katholische Kirche und der Nationalsozialismus“, von Jan Philipp Fiedler, veröffentlicht am 15.7.2003 um 10:50:42, erschienen auf: <http://www.nensch.de/story/2003/7/15/22559/1297>

Artikel: „Papst Pius XII (1876-1958)- Die Katholische Kirche und der Holocaust“ von Meike Rosenplänter veröffentlicht unter: <http://www.shoa.de/content/view/105/85/>

Artikel „Nichts um des Lobes willen, nichts aus der Furcht...Clemens August Graf von Galen“ von Matthias Storck: „Vorbilder gegen das Vergessen“, S. 24ff, Agentur des Rauhen Hauses



6.4.2 Galileo Galilei:

Manuel Schneider

Galileo Galilei¹¹⁴ war ein begabter Mathematiker, Physiker und Astronom. Durch Beobachtungen und Experimente war er der erste Wissenschaftler, der seine Forschungen nur aus diesen Methoden bezog. Damit leistete er auch einen enormen Beitrag zur Entwicklung wissenschaftlicher Methodik.

Bereits 1586 hatte er die hydrostatische Waage zur Dichtemessung fester Körper konstruiert und entwickelte später in einer eigenen feinmechanischen Werkstatt zahlreiche weitere Mess- und Beobachtungsgeräte, darunter ein verbessertes Himmelsfernrohr, mit dem er u.a. die ersten vier Jupitermonde, die Saturnringe und die Venusphasen entdeckte. Bis 1609 hatte er, seit 1589 Professor für Mathematik, rein gedanklich die Gesetze des freien Falles sowie das Trägheitsgesetz formulieren können. 1630 vollendete Galilei den *Dialogo di Galileo Galilei sopra i due Massimi Sistemi del Mondo Tolemaico e Copernicano* (Dialog über die zwei wichtigsten Welt-systeme, das Ptolemäische und das Kopernikanische)¹¹⁵. In diesem Buch erklärte Galilei unter anderem sein Relativitätsprinzip und seine Methode zur Bestimmung der Lichtgeschwindigkeit. Als vermeintlich stärkstes Argument für das Kopernikanische System diente ihm eine (wie sich später herausstellte, irrige) Theorie der Gezeiten. Im Mai 1630 reiste Galilei erneut nach Rom, um bei Papst Urban VIII. und Niccolò Riccardi, dem für die Zensur verantwortlichen Inquisitor, eine kirchliche Druckerlaubnis (Imprimatur) zu erwirken. Zurück in Florenz, entschied sich Galilei dennoch aus unterschiedlichen Gründen, unter anderem wegen einer Pestepidemie, sich mit einer Druckerlaubnis durch den Florentiner Inquisitor zu begnügen und das Werk in Florenz drucken zu lassen. Aufgrund von Schwierigkeiten, ausgelöst durch Riccardi, konnte der Druck aber erst im Juli 1631 beginnen; im Februar 1632 erschien der „Dialogo“. Der Zensuraufgabe, das Werk mit einer Schlussrede zugunsten des Ptolemäischen Systems zu beschließen, meinte Galilei nachzukommen, indem er diese Rede in den Mund des Dummkopfs *Simplicio* legte. Überdies beging er den Fehler, sich über einen Lieblingsgedanken Barberini-Urbans lustig zu machen: Dass man eine Theorie niemals über die von ihr vorhergesagten Effekte nachweisen könne, da Gott diese Effekte jederzeit auch auf anderem Wege hervorbringen könne. Somit hatte Galilei den Bogen überspannt und die Protektion des Papstes verspielt, der nun mit voller Härte reagierte. Zunächst leugnete Galilei, auf die Dialogform seines Werkes verweisend, das kopernikanische System gelehrt zu haben. Im April 1633 wurde er offiziell vernommen und musste für 22 Tage ein Appartement der In-

¹¹⁴ * 15. 2. 1564 (Pisa), † 8. 1. 1642 (Arcetri/Florenz). Italienischer Naturwissenschaftler.

¹¹⁵ Das heliozentrische Weltbild, auch kopernikanisches Weltbild genannt, basiert auf der Annahme, dass sich die Planeten um die Sonne bewegen. Es steht im Gegensatz zum älteren geozentrischen (ptolemäischen) Weltbild, in dem die Erde als Zentrum des Universums betrachtet wird.



quisition beziehen. Am 30.04 bekannte er in einer zweiten Anhörung, in seinem Buch geirrt zu haben, und durfte wieder in die toskanische Botschaft zurück. Am 10.05 reichte er seine schriftliche Verteidigung, eine Bitte um Gnade, ein. Am 21. wurden ihm in dem Heiligen Uffizium die Folterinstrumente gezeigt. Am 22.06.1633 fand der Schauprozess statt. Nachdem Galilei seinen Fehlern abgeschworen, sie verflucht und verabscheut hatte, wurde er zu lebenslänglicher Haft verurteilt und war damit der Hinrichtung auf dem Scheiterhaufen entkommen

Dass Galilei überhaupt verurteilt wurde, war unter den zuständigen zehn Kardinälen durchaus strittig; drei von ihnen (darunter Francesco Barberini, der Neffe des Papstes) unterschrieben das Urteil nicht. Galilei selbst hielt an seiner Überzeugung fest. Die Behauptung, der zufolge er beim Verlassen des Gerichtssaals gemurmelt haben soll, „*eppur si muove*“ (und sie (die Erde) bewegt sich doch), ist falsch. Sie wurde jedoch schon zu seinen Lebzeiten verbreitet, wie ein spanisches Gemälde von ca. 1643/45 zeigt. Diese Worte wurden erstmalig 1757 in den „*Italian Libraries*“ von einem Giuseppe Baretti erwähnt. In seiner Villa verfasste er, ab 1637 erblindet, seine für die Physik bedeutenden Unterredungen und mathematische Demonstrationen über zwei neue Wissenszweige, die Mechanik und die Fallgesetze betreffend. Dieses war wie auch seine anderen wissenschaftlichen Abhandlungen in Italienisch und in leicht fassbarer Dialogform aufgebaut, so dass seine neuen, sich von Traditionen lösenden Lehren rasch weiteste Verbreitung fanden. Galileis Konflikt mit der Kirche ist von Bertold Brecht, Max Brod, Gertrud von Le Fort u.a. dichterisch verarbeitet worden.

Fazit

Die Katholische Kirche brauchte noch mehr als ein Jahrhundert, um 1757 die Lehre von Galilei anzuerkennen und seine Werke aus dem Index der verbotenen Bücher zu nehmen. Erst 1979 beauftragte Johannes Paul II. die Päpstliche Akademie der Wissenschaften, den berühmten Fall weiter aufzuarbeiten. Am 31.10 1992 wurde der Kommissionsbericht übergeben und Johannes Paul II. hielt eine Rede, die häufig verkürzt als eine Entschuldigung dargestellt wird; tatsächlich ging es dem Papst darum, das gegenseitige Missverstehen von Wissenschaft und kirchlicher Lehre zu überwinden.

Nachtrag

Im Juli 1971 wiederholte der amerikanische Astronaut David Scott ein Experiment von Galileo Galilei. David Scott war mit James Irwin im Rahmen der Mission Apollo 15 zum Mond geflogen und hielt in seiner rechten Hand einen Hammer, den er für geologische Untersuchungen benötigte und in der linken Hand eine Falkenfeder, die er von der Erde mitgebracht hatte hoch und ließ sie gleichzeitig fallen. Aufgrund der



Anziehungskraft und der fehlenden Atmosphäre des Mondes fielen beide Gegenstände herunter und erreichten gleichzeitig den Mondboden. David Scott rief daraufhin erfreut: „How about that? Which proves that Mr. Galileo was correct in his findings.“ (zu Deutsch etwa: „Was soll ich sagen? Das beweist, dass Herr Galilei mit seinen Annahmen Recht hatte.“)

Literatur

Bellone, E.: Biographie: Galileo Galilei – Leben und Werk eines unruhigen Geistes, Spektrum der Wissenschaft, 2004.

La Dous, S. L.: Galileo Galilei: Zur Geschichte eines Falles, Matthias-Grünewald, 2007.

Shea, W. R./ Artigas, M.: Galileo Galilei. Aufstieg und Fall eines Genies, Primus, 2006.

Internet

www.galilei.schulnetz.hamm.de/info/galilei/galilei.html:

http://www.niester.de/p_natwis/galilei/galilei.html

http://bildung.freepage.de/fbs/de_galil.htm

<http://www.urbin.de/konstrukteure/galilei.htm>



7 Aufarbeitung durch Wirtschaftskonzerne

7.1 Indien – Die Bhopal-Katastrophe (Union Carbide Corporation):

Irina Kobrin

Aufarbeitung der Vergangenheit – was kommt einem da zuerst in den Sinn? Häufig Ereignisse, die sich ein Land zu Schulden hat kommen lassen und die verheerenden Ausmaße angenommen haben, wie Kriege, Massenmord, Diskriminierungen.

Dieser Bericht beschäftigt sich mit etwas anderem – dem Unglück von Bhopal, dessen Konsequenzen und der Aufarbeitung, die in den 25 Jahren danach geschehen ist. Es handelt sich um keinen Krieg, aber um den bis heute verheerendsten Chemieunfall in der Geschichte. Wie mit der Katastrophe umgegangen wurde und was der heutige Stand der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ für die Bevölkerung Bhopals bedeutet, das ist Thema dieses Berichts.

Vorgeschichte – Die Union Carbide Corporation in Bhopal

Das unter dem heutigen Namen „Union Carbide Corporation“ (kurz: UCC) bekannte Chemieunternehmen gründete sich 1898 in den USA und ist seit 2001 eine Tochtergesellschaft der „Dow Chemical Company“. UCC produziert und verarbeitet Chemikalien weiter, die zur Herstellung von z.B. Pestiziden aber auch Alltagsgegenständen benutzt werden.

In Bhopal wurde Ende der 1970er Jahre eine Chemiefabrik von UCC errichtet. Diese stand als Tochterunternehmen unter dem Management der „Union Carbide India Limited“ (kurz: UCIL). Die UCC besaß etwas mehr als 50% des Aktienkapitals von UCIL. Das restliche Kapital wurde von indischen Privatinvestoren und Finanzunternehmen erbracht. Bhopal ist die Hauptstadt des Staates Madhya Pradesh und liegt in Zentralindien. UCIL pachtete das Land, auf dem die Fabrik errichtet wurde, von der Regierung von Madhya Pradesh. In Bhopal wurde das Schädlingsbekämpfungsmittel Sevin hergestellt, das der dortigen Landwirtschaft zu mehr Ertrag verhelfen sollte.

Da die Fabrik in Bhopal nicht genug Gewinn abwarf, wurden kostensparende Maßnahmen durchgeführt. Dazu gehörte die Reduzierung des Personals von 1.000 auf 662 Personen, das Einsetzen ungelernter Arbeiter statt Fachkräften. Verschleißteile wurden nur noch jährlich statt halbjährlich erneuert. Zudem wurden Edelstahlrohre durch billigeres Material ersetzt und die Alarm- und Schutzsysteme, die für den Fall einer Störung dringend benötigt werden, heruntergefahren.

Die Katastrophe im Jahr 1984 – der schlimmste Chemieunfall aller Zeiten

In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1984 entwichen ca. 30 bis 40 Tonnen des Gases Methylisocyanat (kurz: MIC). Grund dafür war, dass Wasser in den Vorlage-



behälter des MIC gelangte. MIC reagiert heftig mit Wasser, vor allem, wenn es stark erwärmt ist, wie dies mit einer Temperatur von 38° Celsius in der Fabrik in Bhopal der Fall war. Das Gas reagiert ebenso mit Eiweißstoffen, so dass es beim Einatmen innerhalb kurzer Zeit zu einem tödlichen Lungenödem kommt, da diese sich als Abwehrreaktion mit Wasser füllt. Die genaue Ursache für das Eindringen des Wassers in den Vorlagebehälter ist nicht bekannt. Die UCC deklariert aber bis heute, dass es sich um Sabotage handelte und nimmt sich so ein Stück weit aus der Verantwortung.

Die genaue Anzahl der Todesopfer nach der Katastrophe ist nicht bekannt. Amnesty International geht davon aus, dass zwischen 7.000 und 10.000 Menschen innerhalb von drei Tagen nach dem Unfall gestorben sind. Zudem sind weitere 15.000 Menschen bis heute an den Folgeschäden gestorben und 120.000 leiden an Krankheiten, die ständig behandelt werden müssen. Zu diesen zählen Beschwerden der Atemwege, Augenprobleme, Beeinträchtigungen des Immunsystems, neurologische, gynäkologische und psychische Störungen, Krebserkrankungen und Fehlgeburten. Des Weiteren kommen noch immer Kinder mit Geburtsfehlern, z. B. Behinderungen auf die Welt.

Das Gebiet, auf dem die Chemiefabrik steht, ist bis heute nicht von den giftigen Stoffen befreit worden. Dementsprechend sind die Gifte im Boden, in den Pflanzen und Tieren zu finden. Das Grundwasser ist ebenso verseucht. Ca. 25.000 Menschen müssen von diesem Wasser trinken, da es keine andere Wasserquelle dort gibt.

Die Aufarbeitung/Wiedergutmachung

Direkt nach dem Unfall sind die betroffenen Menschen intensiv medizinisch behandelt worden, allerdings fehlte es an ausreichend Wissen und Forschung über Entgiftung, kurz- und langfristige Behandlungen und auch die eventuell zukünftig auftretenden Gesundheitsprobleme. Auch heute noch gibt es Wissenslücken bezogen auf die gesundheitlichen Probleme, verursacht durch die Einwirkung des Gases. Die Regierung der Provinz Madhya Pradesh hat wenige Tage nach der Katastrophe neben der medizinischen Hilfe auch Übernachtungslager eingerichtet und Essen ausgegeben. Staatliche Krankenhäuser wurden errichtet, in denen noch immer kostenlose medizinische Versorgung angeboten wird. Bis heute stehen diese allerdings in der Kritik, da sie die betroffenen Menschen herablassend und mit ineffektiven Medikamenten behandeln. Das Sambhavna Krankenhaus z. B. bietet auf der anderen Seite kontinuierlich kostenlose medizinische Versorgung und gesundheitliche Aufklärung. Es benutzt Ayurveda als klassisches indisches Heilmittel und bietet Yogatherapien an.

UCC hat die Haltung vertreten, dass dieser Unfall nur als ein weiteres Unglück in Indien angesehen werden kann und dementsprechend das Land selbst Schuld hat. In einer außergerichtlichen Verhandlung haben sich UCC und die indische Regierung



1989 auf eine Entschädigungssumme von 470 Millionen US Dollar geeinigt. Damit wurde das eigentliche Gerichtsverfahren, bei dem Geschädigte der Katastrophe und Sachverständige zu Wort kamen, unterbrochen und beendet. Die Geldsumme liegt also weit unter der geschätzten, benötigten Entschädigung. Nach der Bezahlung dieser Summe, entzog sich UCC jeglicher weiterer Verantwortung, auch die Sanierung der Fabrik betreffend. Die „Dow Chemical Company“, zu der die UCC heute gehört, weigert sich ebenso, das Gebiet von den giftigen Stoffen zu befreien, da die Fabrik in Bhopal niemals Eigentum der Dow Chemical Company war oder von dieser geleitet wurde. UCC und die lokalen Regierungsvertreter von Bhopal behaupten immer noch, dass keinerlei Grundwasservergiftung vorliegt. Warren Anderson, der damalige Vorsitzende der UCIL Fabrik in Bhopal, erreichte die Stadt kurze Zeit nach dem Unglück. Er wurde von der indischen Regierung sofort festgenommen – kurze Zeit später aber wieder entlassen. Bis heute lebt er unbehelligt in den USA. 1992 ist das Permanent Peoples' Tribunal, das sich für die Rechte der von Industriekatastrophen betroffenen Menschen einsetzt, andererseits zum Ergebnis gekommen, dass UCC und UCIL Schuld an dem Chemieunfall haben und damit verantwortlich sind.

Bereits kurze Zeit nach dem Unglück kam es zu Protesten gegen die Regierung. Beteiligt daran waren BewohnerInnen von Bhopal, unter ihnen ehemalige UCIL Angestellte, sowie Aktivisten. 1985 z.B. wurde gegen diese Demonstrationen massiv vorgegangen: Massenverhaftungen und Gewalt seitens der Polizei waren die Folge. Die betroffenen Menschen in Indien wollen vor allem eines: Gerechtigkeit. Viele haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich nicht unterkriegen zu lassen und für ihre Rechte zu kämpfen. Im Gegensatz zur Regierung sind sie offen, über die Katastrophe zu reden. Ein Ziel ist für sie auch immer noch, dass Warren Anderson in Indien vor Gericht gebracht wird.

Die indische Regierung hat Anteile der Entschädigungssumme an die betroffene Bevölkerung ausgezahlt. Notwendig dafür war und ist allerdings, dass die Menschen eine Art Antrag auf finanzielle Unterstützung stellen müssen. Dieses Verfahren ist sehr langwierig und kompliziert. Die Menschen müssen genaue Beweise für ihre Schäden durch den Chemieunfall vorweisen, z.B. durch Krankenakten. Die Geldsumme, die bisher ausbezahlt wurde, liegt bei weitem unter der vom höchsten Gericht geforderten Höhe. Trotz der Krankheiten von Menschen, die zudem beweisen konnten, dass sie im gefährdeten Gebiet um die Fabrik herum lebten, bekamen viele keine Entschädigungszahlung: durch das Fehlen eines offiziellen medizinischen Dokuments wurden sie als nicht geschädigt angesehen und damit von Zahlungen ausgeschlossen. Problematisch ist hierbei auch, dass sich Korruption schnell verbreitet hat. Um die erforderlichen Unterlagen zu bekommen, müssen Unsummen an Anwälte, Ärzte etc. bezahlt werden. Erst ab 1992 konnten Anträge gestellt werden. Im Jahr 2004 waren noch immer ca. 327,5 Millionen US Dollar nicht ausbezahlt und von der



indischen Regierung zurückgehalten. Das hat dazu geführt, dass das höchste Gericht im selben Jahr die indische Regierung zur Auszahlung des restlichen Geldes aufgefordert hat.

Das Permanent Peoples' Tribunal hat bereits 1992 die indische Regierung für schuldig erklärt wegen Verletzung der Rechte der betroffenen Menschen. Hierzu zählen z.B. das Einschreiten gegen die Protestierenden, das Zurückhalten wichtiger Informationen zur Analyse des Unfalls und Beweise, wofür das zur Verbesserung der Lebensbedingungen bestimmte Geld wirklich ausgegeben wurde.

Internationale Nicht-Regierungs-Organisationen wie z.B. Amnesty International und Greenpeace beschäftigen sich mit der Problematik und treten für die Aufarbeitung der Geschehnisse und die Sanierung des dortigen Gebietes ein. Amnesty International legt den Fokus unter anderem auf die Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit dem Unglück von Bhopal verübt wurden. Die „International Campaign for Justice in Bhopal“ (kurz: ICJB) hat sich gegründet, um speziell für die Opfer von Bhopal auf wirtschaftlicher und rechtlicher Seite für Gerechtigkeit einzustehen. Sie wird unterstützt von verschiedenen Organisationen, wie z.B. „Students for Bhopal“ oder Amnesty International.

Fazit

Im Jahr 2009 war der 25. Jahrestag des Unglücks von Bhopal. Die Thematik wurde wieder in den Medien behandelt – nicht nur aufgrund der Katastrophe, sondern auch aufgrund der zweifelhaften Aufarbeitung. Die große Medienresonanz zeigte, dass ein Ende der Diskussion um das Thema noch nicht in Sicht ist. Verschiedene Akteure spielen undurchsichtige Rollen: Die Dow Chemical Company, zu der UCC mittlerweile gehört, und die sich bis heute nicht zu dem Unfall bekennt. Die Berechtigung dafür liegt nahe: Der Unfall hat mit Dow nichts zu tun und nur, weil diese Firma die jetzigen Eigentümer von UCC ist, muss sie sich nicht mit deren Vergangenheit auseinandersetzen.

Die Rolle der indischen Regierung ist ebenso kritisierbar: Zwar hat sie die Bevölkerung unterstützt, durch z.B. medizinische Hilfe – diese war und ist aber unzureichend. Viel verheerender ist allerdings, dass Korruption zugelassen wurde und wird, die Entschädigungssummen noch immer nicht ausbezahlt sind und die betroffenen Menschen kein Gehör finden. Aktivisten und Nicht-Regierungs-Organisationen sind es, die sich für die Rechte der Menschen einsetzen, bis etwas geschieht.

November 2014 will das Gericht in Bhopal erneut den Chemiekonzern Dow Chemical Company vorladen. Die indische Regierung erklärt sich bereit, die bereits viele Mio. US-Dollar umfassende Entschädigungsforderung gegenüber Union Carbide noch weiter zu erhöhen. Die gerichtliche Anordnung zur Säuberung des kontaminierten



Geländes und zur Entsorgung des Giftmülls ist von der Regierung noch nicht umgesetzt (Info durch Amnesty International Report 2014/15).

Literatur

Amnesty International: Clouds of injustice. Bhopal disaster 20 years on. London: Amnesty International Publications, Peter Benenson House 2004.

Eckerman, I.: The Bhopal Saga. Causes and Consequences of the World's Largest Industrial Disaster. Hyderabad: Universities Press (India) Private Limited 2006.

Hug, H.: Die Angsttrompeter. Dioxin im Frühstücksei, Pestizid überall und trotzdem leben wir immer länger. Die Wahrheit über die Gefahren aus der Umwelt. München: Signum Verlag in der F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung GmbH 2006.

Internet

<http://www.bhopal.com/index.htm>, Informationen entnommen am 21.12.2009.

<http://edition.cnn.com/video/#/video/ireports/2009/12/22/irpt.for.cnn.a.dec.17.cnn?iref=allsearch>.

<http://www.unioncarbide.com/index.htm>, Informationen entnommen am 21.12.2009.

<http://bhopal.org/index.php?id=155>.

<http://bhopal.org/index.php?id=20&L=igsxkwozpcftv>.

<http://www.icjb.org/>.

<http://cdn.downtoearth.org.in/dte/userfiles/images/p26-27DLpix%281%29.jpg>.



7.2 Nigeria – Ken Saro-Wiwa und Shell Nigeria:

Matthias Dufner

Situation in Nigeria

Das westafrikanische Land verfügt über reiche Bodenschätze, u.a. schwefelarmes Erdöl, besonders im Gebiet des Ogoni-Volkes. Wechselnde Militärregierungen seit der Unabhängigkeit übernehmen die Macht, was zu einem der korruptesten Staaten der Welt führt. Seit 1999 Zivilregierungen.

Die Ölförderung seit 1956 erfolgt durch verschiedene Gesellschaften, bes. durch Shell: sie erwirtschafteten in den Jahren des Berichtszeitraumes bis zu 30 Milliarden Dollar / Kooperation der Regierung mit Shell. Das Ogoni-Volk erhielt fast nichts von den enormen Gewinnen. Durch die Ölförderung entstehen massive Umweltschäden, insbes. im Ogoni-Gebiet, da Shell weder in Gasverflüssigungsanlagen, noch in die Instandhaltung der Pipelines investiert. Shell kooperierte von Beginn an mit den korrupten Militär-Diktaturen, die davon – auch privat – enorm profitierten. Machtkämpfe veränderten zwar immer wieder die Gestalt der Regime, beendeten aber nie das System der Korruption und Bereicherung, das auch die eigentlich notwendigen Umweltauflagen für Shell stark verringerte, während den Ogoni zustehende Gewinne nie zu ihnen gelangten.

Umweltschäden im Nigerdelta

Da Shell nicht gezwungen war, die internationalen und besonders für die im Nigerdelta siedelnden Ogoni überlebensnotwendigen Umweltstandards einzuhalten, wurde bereits bei der Installation der Pipelines und Pumpen gespart, Gasverflüssigungsanlagen fehlten.

Die Folgen sind verheerend: Das bei der Förderung freiwerdende Gas wurde einfach abgepackelt, obwohl viele Ogoni-Dörfer in der Nähe lagen. Außerdem gab es viele Lecks in den Pipelines, aus denen Öl austrat und sich kleine Seen bildeten. So wurden Grundwasser vergiftet, Erdreich mit einer schwarzen und steinharten Kruste bedeckt.

Man muss feststellen, dass die gesamte Lebensgrundlage des Volkes (ca.600.000 Menschen) im Laufe der Jahre zerstört wurde. Viele starben an Leukämie. Der Schaden für die Ogoni-Region wurde auf ca. 5 Milliarden Dollar geschätzt, wobei selbst eine Zahlung dieser gewaltigen Summe die Zerstörung der einst so unglaublich schönen Sumpflandschaft nicht wiedergutmachen könnte. Dennoch würde schon ein kleiner Teil der Öl-Einnahmen den betroffenen Ogonis helfen, ihre Lebensqualität zumindest etwas zu verbessern. In der Realität verdienten aber nur Regime und Erdölkonzerne.



Hinweis: 80% des nigerianischen Jahresbudgets stammen aus den Ogoni-Ölfeldern. Shell selbst bezieht ein Sechstel seines Erdöls von den ergiebigen Ölfeldern im Nigerdelta. Ein profitables Geschäft für beide Partner.

Ken Saro-Wiwa

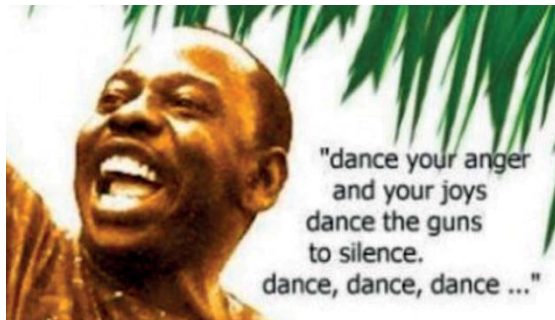
Natürlich gab es Widerstand unter den Ogonis, deren Lebensraum zugrunde gerichtet wurde. Einer von ihnen war Ken Saro-Wiwa, ein international bekannter Schriftsteller, Bühnenautor und auch Träger des Alternativen Nobelpreises, protestierte sein Leben lang mit friedlichen Mitteln gegen die Zerstörung seiner Heimat. Er gründete auch die einzige nennenswerte Widerstandorganisation MOSOP (Movement for the Survival of the Ogoni People). Von Beginn an stellte er klar:

Es dürfe zu keinen kämpferischen Auseinandersetzungen kommen, was auch durch folgendes Zitat deutlich wird:

„I harbour the hope that in founding the MOSOP, in empowering the Ogoni people to fearlessly confront their history and their tormentors non-violently, that in encouraging the Ogoni people to a belief in their ability to revitalise their dying society, I have started a trend which will be peacefully liberate many peoples in Africa and lead eventually to political and economic reform and social justice.“

Die MOSOP-Aktivisten hielten sich an seine Devise, doch die Militärs reagierten mit äußerster Brutalität auf die Demonstrationen. So versperrten sie 1991, dem MOSOP-Gründungsjahr, von Shell beauftragten Ogoni-Bauarbeitern, den Weg zur Arbeit. Das Militär feuerte auf die Wehrlosen. Dadurch sollte der Aufruhr schon im Keim erstickt werden. Doch MOSOP demonstrierte erbittert weiter, bekam zunehmend auch internationale Aufmerksamkeit und auch Anerkennung. Saro-Wiwas Bücher wurden immer bekannter, was ihm schließlich u.a. den Alternativen Nobelpreis einbrachte. Er forderte von Shell-Nigeria die Einhaltung der strengen Umweltschutzmaßnahmen und hohe Schadensersatz-Zahlungen. Mit zunehmendem Erfolg und internationaler Aufmerksamkeit, besonders nach der Demo vom Mai 1995 mit 300.000 Teilnehmern, der Hälfte der Ogoni, wuchs auch die Unruhe beim Militär. 1995 wurden während einer politischen Veranstaltung einige Gegner von MOSOP ermordet. Obwohl es bis heute sehr fragwürdig ist, wurde Ken Saro-Wiwa mit 8 weiteren Aktivisten beschuldigt, diese Tat begangen zu haben. Wichtig ist die Erwähnung, dass die Opfer der Tat größtenteils gute Bekannte und sogar Freunde von Saro-Wiwa waren und dass Gewalt für ihn nie eine Lösung war. Dennoch wurde 1995 vor einem Sondergericht der Prozess durchgeführt, wegen „Anstiftung zum Mord“, ohne die geringste Chance für die Beschuldigten; Zeugen wurden bestochen oder zu Falschaussagen gezwungen. Die Anwälte legten aus Protest die Ämter nieder.

Ken Saro-Wiwa wurde verurteilt und mit acht weiteren Mitstreitern im November 1996 in Port Harcourt durch den Strang hingerichtet, trotz internationaler Proteste¹¹⁶.



Aufarbeitung/ Folgen/ Fazit

Nach der Verurteilung wurde Nigeria für 4 Jahre aus dem Commonwealth of Nations ausgeschlossen, eine deutliche politische Bestrafung. Dennoch hat sich seit der Hinrichtung Ken Saro-Wiwas wenig geändert. Zwar wurden kurzzeitig weltweit Shell-Tankstellen boykottiert und das Unternehmen musste auch Entschädigungsgelder an die Ogoni zahlen, jedoch nur in Höhe von wenigen Millionen US Dollar. Außerdem wurde Shell verpflichtet, Gasverflüssigungsanlagen zu installieren. Bis heute, zu Redaktionsschluss, sind noch immer nicht alle Anlagen installiert.

2009 nahm Shell einen Vergleichsvorschlag an und zahlte 15,5 Mio. Dollar, um in den USA einem Urteil wegen Menschenrechtsverletzungen zu entgehen. Zu vermerken ist auch, dass der Ölmulti seine Geschäftspraktiken änderte und vorsichtiger agiert.

Die Ausbeutung des Ogoni-Volkes ist damit zwar gemildert, aber nicht beendet.

Literatur

Kann Saro-Wiwa: *Flammen der Hölle. Nigeria und Shell: Der schmutzige Krieg gegen die Ogoni*, rororo 1996 (letztes Werk, im Gefängnis 1995 verfasst)

Internet

DIE ZEIT ONLINE, 28.06.2009

<http://www.rightlivelivelihood.org/recipe/saro-wiwa.htm>

<http://www.weltpolitik.net/Regionen/Afrika/Nigeria>

http://www.africansuccess.org/docs/image/saro_wiwa_layout001_2.jpg

<http://7069-presscdn-0-30.pagely.netdna-cdn.com/wp-content/uploads/2015/08/ogoni.jpg>

¹¹⁶ Pers. Anmerkung: Der Hg. arbeitete zu dieser Zeit im friedlichen und gerade im Vergleich mit Nigeria sehr demokratischen Nachbarland Benin, nahm Anteil an den Geschehnissen und beteiligte sich an Protest- und Rettungsaktionen für Ken Saro-Wiwa. Daher ist das Erlebnis von 1995/96 nun 2015 mit Zorn und Schmerz wieder erlebt.



8 Fakten in Kurzfassungen

8.1 Kolonialsoldaten/ Frankreichs Afrika-Truppen: Ermordung durch die Wehrmacht 1940:

J. M. Werobèl de La Rochelle

Das Deutsche Reich (DR), d. h. besonders Hitler-Deutschland, hat keinen internationalen Vertrag gehalten, weder das Münchner Abkommen von 1938, noch die Neutralität der Benelux-Staaten, etc.. War es daher zu erwarten, dass die Genfer Konvention zum Schutz von Verwundeten, Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung eingehalten wird?

Zur Erinnerung: Die erste Konvention wurde bereits 1864, auf Vorschlag von Henri Dunant beschlossen, 1906 neu gefasst und durch die Abmachung von 1929 weiter verbessert. (Auf die späteren Abkommen von 1949 und 1970 wird hier nur verwiesen.)

1. Weltkrieg

Es sind gerade im Vergleich zwischen Weltkrieg 1 und 2 starke, nicht nur graduelle Unterschiede festzustellen: Auch wenn das Los von Kriegsgefangenen, gleichgültig auf welcher Seite, mit Bestimmtheit nicht einfach war, lässt sich feststellen, dass im 1. Weltkrieg die Konvention weitgehend befolgt wurde, auch durch die Kontrollen des IRK (Internationales Rotes Kreuz). Im DR gibt es interessante Beispiele¹¹⁷, wie sogar, wenn auch aus politischen und propagandistischen Gründen, muslimische/ afrikanische Gefangene in den Lagern Gebetsstätten erhielten, wie in Wünsdorf, wo eine Moschee gebaut wurde. Hintergrund war nicht die besondere Achtung einer anderen Religion, wohl aber die Intention, eine gewisse Umerziehung, eine Wegführung, insbesondere der französischen Gefangenen, vom französischen System und hin zu einer Vermittlung des deutschen Systems und den Errungenschaften der deutschen Industrie.

Interessant ist auch, dass diese Politik vom Auswärtigen Amt konzipiert und von muslimischen Propagandisten verbreitet wurde. Noch interessanter erscheint die Forschung über die Gefangenen aus Afrika und Nordafrika, anthropologisch, ethnologisch und medizinisch. (Eine Vorwegnahme der Nazi-Forschungen an Menschen, insbesondere durch Dr. Mengele ?)

2. Weltkrieg

Nach dieser kurzen Einführung über die Kriegsgefangenen im 1. Weltkrieg erscheint deren Behandlung im 2. Weltkrieg als ein Bruch, nicht nur mit Vorgaben der Genfer-

¹¹⁷ Hierzu das ausgezeichnete, gut dokumentierte Werk „Gefangene Bilder“, a. a. O.

Konvention, sondern noch mehr mit den allgemeinen Grundsätzen von Menschlichkeit, Humanität, auch von Offiziersehre.

Hunderttausende Soldaten aus den französischen¹¹⁸ und britischen Kolonien, also aus Afrika, Asien und Ozeanien und nach dem Kriegseintritt der USA (Dez. 41) auch Afroamerikaner, kämpften auf Seiten der Alliierten für ihre Heimatstaaten. Ihre „Behandlung“, sprich Liquidation durch die Wehrmacht ist das letzte ausstehende Kapitel zur Aufarbeitung und Wiedergutmachung im 2. Weltkrieg. Es ist wohl auch deshalb relativ unbekannt und kaum aufgeklärt, weil es sich um eine, im Vergleich zu den 60 Mio. Gefallenen, zivilen Opfern und Vermissten, relativ kleine Zahl von einigen tausend handelt und nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien (um 1960) das kollektive Gedächtnis nachließ und dringendere Probleme als eine Aufarbeitung Vorrang bekamen.

Zu den Fakten

Nach dem schnellen Vormarsch der Wehrmacht in Frankreich im Frühjahr 1940 (Blitzkrieg), kamen viele franz. Truppen, z. T. wg. Munitionsmangel, kampfflos in deutsche Gefangenschaft. Dabei gab es unterschiedliche Behandlung der franz. Soldaten durch die Wehrmacht. Dies hing immer von der Einstellung der deutschen Kommandeure ab, denn der Ermessensspielraum ging vom Einhalten der Genfer-Konvention bis hin zur Liquidierung. Auch die Klassifizierung nach der Hautfarbe war ebenfalls Ermessenssache. So wurden Soldaten aus Nordafrika einmal als „Schwarze“, andernorts als „Weiße“ eingeordnet.



Karte: Liquidationsorte der Kolonialsoldaten in Frankreich, Frühjahr 1940 (Quelle: Scheck, a. a. O.)

Es gab nachweislich keinen expliziten Befehl zur Liquidierung, auch keinen Führerbefehl. Es lag einzig im Ermessen der Kommandeure. In vielen Fällen wurden die gefangenen afrikanischen Franzosen sofort liquidiert, in anderen Fällen gab es Diskussionen der Wehrmachtsoffiziere über die Behandlung der afrikanischen Offiziere, weil sich der Deutsche scheute, einen Offizier der französischen Truppe erschiessen zu lassen. Man versuchte sogar, sich bei der nächsthöheren Dienststelle eine Rückversicherung zu holen, welche offensichtlich immer anders ausfiel.

¹¹⁸ Die Kolonialsoldaten Frankreichs heißen offiziell Senegalschützen/Tirailleurs Sénégalais (1857-1964), nach der Ausbildungskaserne im Senegal; allerdings waren die wenigsten Soldaten Senegalesen, prozentual lag ihr Anteil für Franz. Sudan (heute Mali), Obervolta (heute Burkina Faso), etc. höher. NB: Die ersten Senegalschützen kämpften bereits im Krieg 1870/71 für Frankreich.



Beispielhaft ist der Fall des Charles N'Tchoréré, geboren 1896 im heutigen Gabun (Franz. Äquatorial Afrika, AEF¹¹⁹) und erschossen 07.06.1940 bei Airaines, als Hauptmann im 53. Infanterieregiment, nach einem langen Gefecht an der Somme. Er wurde wegen seiner Hautfarbe als „Untermensch“ klassifiziert, von seinen franz. Offizierskollegen getrennt und von den Soldaten der 7. Panzerdivision in den Hinterkopf geschossen und anschließend von einem Panzer zermalmt.



Hauptmann
Charles N'Tchoréré
(Foto: Jeune Afrique 2011)

Auch wenn die SS-Division Totenkopf oder das Infanterieregiment Großdeutschland mehr Brutalität zeigten als die Wehrmacht, auch wenn es keinen expliziten Liquidationsbefehl gab, wirkte sich hier deutlich die rassistische Propaganda der Nazis aus. Die Entmenschlichung war das Ergebnis der Erfahrungen im Umgang mit polnischen Intellektuellen, Offizieren und Geistlichen kurz zuvor im Polenfeldzug. Auch der Hass der deutschen Bevölkerung, der sich durch die Besetzung des Rheinlandes durch franz. und britische Truppen, darunter auch Kolonialsoldaten, entwickelte, führte zu Rache und Exzessen 1940, die niemals geahndet wurden.

Allerdings gibt es auch Gegenbeispiele. Das bekannteste Beispiel ist das des späteren senegalesischen Staatspräsidenten Léopold Senghor, der als franz. Militär 1940 in deutsche Gefangenschaft geriet, später entlassen wurde und sogar seine alte Stelle als Professor an einem Pariser Gymnasium wieder einnehmen konnte.

Fazit/ Aufarbeitung

Eine juristische Aufarbeitung dieser zahlreichen Fälle von Liquidation der Kriegsgefangenen fand nie und nirgends statt, weder vor deutschen Gerichten, noch vor internationalen und auch nicht vor französischen.

Das Einzige, was mit Wiedergutmachung/Anerkennung/Gedenken zu tun hat, sind folgende Ehrungen:

- *Hauptmann N'Tchoréré wurde mit einem Denkmal und einem Strassennamen in Airaines geehrt, Gabun brachte 1962 eine Briefmarke mit seinem Bild heraus.*
- *Sehr wichtig ist die Benennung der Militäarakademie in Saint-Louis/Senegal nach ihm, also dem ursprünglichen Ausbildungsort der Tirailleurs Sénégalais.*

¹¹⁹ AEF: Afrique Équatoriale Française, AOF: Afrique Occidentale Française (Franz. Westafrika) – beide waren die größten General-Gouvernements Frankreichs in Afrika.

- *Frankreich gedenkt mittlerweile zu verschiedenen Anlässen, nicht nur zum Waffenstillstands-Gedenktag von 1918, seiner an die 100.000 zählenden afrikanischen Militärs.*



Strassenschild in Airaines/ Somme (Frankreich)

(Foto: Stadt Airaines)

Literatur

Bilé, S.: Das schwarze Blut meiner Brüder – Vergessene Opfer des Nationalsozialismus, Berlin/ Ullstein 2005.

Gefangene Bilder – Wissenschaft und Propaganda im Ersten Weltkrieg, Historisches Museum Frankfurt (Hg.), Begleitbuch zur Ausstellung 2014/ 15, Imhof Verlag, Petersburg.

Scheck, R.: Hitler's African Victims – The German Army Massacres of Black French Soldiers in 1940, Cambridge University Press 2006.

Schick, A.: Die 10. Panzer-Division 1939-1943. Köln: Pohle 1993.

Riesz, J./ Schultz, J.: ‚Tirailleurs Sénégalais‘: Zur bildlichen und literarischen Darstellung afrikanischer Soldaten im Dienste Frankreichs – Présentations littéraires et figuratives de soldats africains au service de la France, Frankfurt M. (Lang) 1989.

Internet

<http://www.linformateur-leclaireur.fr/files/2014/11/Capitaine-NTchorere.jpg>

https://en.wikipedia.org/wiki/Charles_N'Tchor%C3%A9r%C3%A9



8.2 Nordkorea – Kim Jong Il:

Denny Schulz

Kim Jong Il wurde inmitten des antijapanischen Befreiungskampfes am 16. Februar 1942 in der geheimen Operationsbasis Paektusan geboren. Sein Vater Kim Il Sung, war der Ideologe, Theoretiker, Politiker und Militärstrategie, der Gründer des sozialistischen Koreas und der Führer des koreanischen Volkes. Die Mutter Kim Song Suk, war eine kommunistische revolutionäre Kämpferin, die ihr ganzes Leben für die Wiedergeburt der Heimat und für die Freiheit und das Glück des koreanischen Volkes eingesetzt hat (lt. offizieller Propaganda). Schon während seiner Schulzeit (1950-60), aktive Arbeit im Demokratischen Jugendverband Koreas. Im September 1957 war er stellvertretender Vorsitzender des Schulkomitees des DJV an der 1. Pyongyanger Mittelschule. 1960 studierte er politische Ökonomie an der Fakultät für Wirtschaft der Kim-Il-Sung-Universität.

Weitere Daten:

1961 wurde er Mitglied der Partei der Arbeit Koreas (PdAK). 1964 nahm Kim Jong Il seine Arbeit im ZK der PdAK auf. 1970 Sektionsleiter und stellvertretender Abteilungsleiter, 1973 Sekretär des ZK der Partei und 1973 wurde er Mitglied des ZK, 1974 Mitglied des Politbüros des ZK des Partei gewählt. 1975 erhielt er den Titel „Held der Arbeit“, 1980 Mitglied des Präsidiums des Politbüros und Sekretär des ZK und Mitglied des Zentralen Militärkomitees der Partei gewählt. 1982 Oberster Volksvertreter, 1991 wurde er zum Obersten Befehlshaber der KVA ernannt und erhielt am 20. April 1992 den Titel „Marschall der DVRK“¹²⁰, 1993 Vorsitzender des Verteidigungskomitees, 1997 zum Generalsekretär der PdAK gewählt.

Im Dezember 1943 wurde den Koreanern von Churchill (GB), Roosevelt (USA) und Tschiang Kai-scheck (China) in ihrer „Kairoer Erklärung“ „**Freiheit und Unabhängigkeit zu gegebener Zeit**“ versprochen. Das einstige Kaiserreich Korea war aber seit 1910 japanische Kolonie. Die Kapitulation Japans am 15. August 1945 sorgte in ganz Korea also für große Hoffnung auf Unabhängigkeit. Diese Hoffnung wurde aber schon im September des gleichen Jahres zerstört, als der US- General MacArthur verkündete, dass die Japaner nördlich des 38. Breitengrades sich den sowjetischen Truppen und südlich davon den USA zu ergeben hätten. So kam es, dass Korea am **38. Breitengrad** in zwei Teile geteilt wurde.

Das historische Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea im Juni 2000 nach einem halben Jahrhundert der Trennung und Feindschaft sollte das Außen-Image des kommunistischen Machthabers aufpolieren. Die Staatschefs der beiden Länder un-

¹²⁰ Demokratische Volksrepublik Korea



terzeichneten eine Versöhnungserklärung. Der Annäherungsprozess erlitt jedoch immer wieder Rückschläge. Jahre später kam heraus, dass Südkorea für das Zustandekommen des Gipfels 100 Millionen US-Dollar an Pjöngjang überwiesen hatte.

Während seine Untertanen Hunger leiden, treibt Nordkoreas Diktator sein Land mit Atombombentests weiter in die Isolation.

Das abgeschottete Land im Norden der koreanischen Halbinsel ist Lichtjahre vom Wohlstand entfernt. Die Wirtschaft steht vor dem Kollaps, die Menschen leiden seit Jahrzehnten Hunger. Ihre Ernährung besteht aus Laub und Wurzeln. Vermutlich 2 Mio. Nordkoreaner sind seit Mitte der 90er Jahre Hungers gestorben. Das Regime nennt die große Hungersnot nach mehreren Flutkatastrophen und Dürreperioden euphemistisch einen „anstrengenden Marsch“.

Statt für sein Volk zu sorgen, leistet Kim Jong IL sich eine Riesenarmee von 1,1 Mio. Soldaten, die fünft größte Streitkraft der Welt, und baut und experimentiert mit Atombomben, was die internationale Gemeinschaft schockiert. NB: 2 Jahre zuvor hatte Nordkorea den Atomwaffensperrvertrag gekündigt.

Im Juli 2006 feuert Nordkorea erstmals eine Langstreckenrakete vom Typ Taepodong-2 ab, die theoretisch sogar die USA erreichen könnte. Die Tests werden fortgesetzt, auch unter seinem Sohn und Nachfolger Kim Jong-un (2011).

Aufarbeitung

Obwohl sich Nordkorea mit seinem Atomwaffenprogramm und seiner Haltung gegenüber Südkorea weiter von der restlichen Welt entfernt und der Bevölkerung weitere Hungerskatastrophen drohen, sieht Nordkoreas Führung keine Notwendigkeit zur Änderung ihrer Politik.

Eine Aufarbeitung der Verbrechen/ Menschenrechtsverletzungen fand nicht statt.

Literatur

Stroh, O.: Nordkorea vor dem Zusammenbruch? Eine Analyse des politischen Systems Nordkoreas, Bachelor + Master Publishing, 2012.

Breen, M.: Kim Jong IL. Nordkoreas „Geliebter Führer“, Europäische Verlagsanstalt (eva), 2004.

Internet

<http://www.kdvr.de/jong/jong.html>.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,441614,00.html>.

SZ, NR 247, S.8.



8.3 Schweiz – „Die Rolle im 2. Weltkrieg“:

Sebastian Hein und Mathis Neumann

Geschichte

Die Schatten der Vergangenheit beginnen wohl mit der Tatsache, dass die Schweiz zwar einerseits Flüchtlinge in ihrem Land aufnahm, aber zeitweise gezielt Juden sowie polizeilich als „Zigeuner“ oder als „unerwünscht“ Definierte an den Grenzen abwies.

Da neben dem Dollar der Schweizer Franken die einzige Währung war, die im 2. Weltkrieg weltweit frei gehandelt wurde, waren die Schweizer Banken als Handelspartner und Financiers für Hitler essentiell wichtig. So galt die Schweiz als wichtigster Umschlagplatz für Gold aus dem Machtbereich des Dritten Reiches. Die Goldsendungen der Reichsbank an die Schweizerische Nationalbank (SNB) beliefen sich auf insgesamt 1,6 bis 1,7 Milliarden Franken. Die Verantwortlichen der SNB wussten schon seit 1941, dass Deutschland auch über Raubgold verfügte. Als Raubgold wird dasjenige Gold bezeichnet, das die Deutschen beim Einmarsch in andere Länder den jeweiligen Staatsbanken geraubt haben. Dieses Gold wurde in die Schweiz transferiert. Dennoch fuhr die SNB bis Kriegsende fort, Goldkäufe mit dem deutschen Noteninstitut zu tätigen. Schockierend für die Öffentlichkeit war zudem, dass die Goldbarren der Nazis so genanntes Totengold enthalten haben. Totengold ist Gold, das den jüdischen Gefangenen in KZs abgenommen wurde (Münzen, Schmuck, Zahnfüllungen).

Ein weiterer Vorwurf gegen die Schweizer Banken war, dass Konten jüdischer Kunden während des Krieges und vor allem danach einbehalten wurden. So sind nach Aussage der Volcker-Kommission¹²¹ rund 54.000 Konti bei Schweizer Banken aufgespürt worden, die einen „wahrscheinlichen oder möglichen“ Zusammenhang mit Opfern der Nazi-Herrschaft haben könnten.

Der Umgang mit den Vorwürfen und die Vergangenheitsbewältigung

1997: Gründung eines Fond zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust und Shoa. Der Fond bezweckt die Unterstützung bedürftiger Personen, die aus rassistischen, religiösen, politischen oder anderen Gründen verfolgt oder in anderer Weise Opfer von Holocaust und Shoa geworden sind, sowie die Unterstützung ihrer bedürftigen Nachkommen (Unterstützungsgesuche müssen an den Fonds gerichtet werden).

¹²¹ Untersuchungskommission im Verfahren um jüdische Vermögen bei Schweizer Banken (Paul Volcker US-Bürger)



Im März 1997 macht der Schweizer Präsident Koller den Vorschlag vor der Bundesversammlung, eine Stiftung zu gründen mit dem Motto „Stiftung solidarische Schweiz“. Im Mai 1997 wird der erste Eizenstat-Bericht¹²² veröffentlicht. Der Untersekretär im amerikanischen Handelsministerium, Stuart Eizenstat, veröffentlicht den unter seiner Leitung entstandenen Bericht über das „Nazi-Gold“. Der Bericht versucht relativ sachlich die neuesten Erkenntnisse darzulegen, inwieweit die Schweiz als Finanzier Hitlers fungiert hat.

Im Dezember 1997 folgte die Nazi-Gold Konferenz in London. Diese internationale Konferenz, zu der mehr als 40 Länder eingeladen wurden, sollte Klarheit über das deutsche Raubgold des Zweiten Weltkrieges schaffen und sich mit der Entschädigung von Opfern befassen. Die Schweiz steht zwar im Mittelpunkt des Medieninteresses, aber auch andere Staaten (z. B. Schweden und Spanien) sehen sich mit ihrer Vergangenheit konfrontiert.

Im Juni 1998 erscheint der zweite Eizenstat-Bericht. Es wird in diesem Bericht klar festgehalten, dass nicht nur die Schweiz, sondern auch andere neutrale Staaten eine wichtige Rolle gespielt haben im Gefüge der deutschen Kriegswirtschaft: Schweden, Portugal, Spanien, Argentinien und die Türkei fühlten sich wie die Schweiz zur Zusammenarbeit mit Nazideutschland gezwungen.

Im August 1998 kommt es zu einer Einigung der beiden Großbanken Credit Suisse Group und UBS mit dem World Jewish Congress und den Anwälten der Sammelkläger über einen Vergleich in Höhe von US \$ 1.25 Mrd. zur Wiedergutmachung. Dieses Geld soll den Opfern des Holocaust zugutekommen.

Im Dezember 1999 erscheinen der Schlussbericht der Volcker-Kommission, sowie der Flüchtlingsbericht der Begier-Kommission: Hier die wichtigsten Inhalte:

Die Volcker-Kommission hält fest, dass rund 54 Konti bei Schweizer Banken aufgespürt wurden, die einen wahrscheinlichen oder möglichen Zusammenhang mit Opfern der Nazi-Herrschaft haben könnten. Es soll eine Liste im Internet veröffentlicht werden, um deren Holocaust-Bezug zu klären. Die Schweizer Banken hätten sich nicht systematisch falsch verhalten, einzelne Banken hätten jedoch fragwürdige und unlautere Methoden gegenüber den Opfern angewandt. In der Schweiz ist der Bericht mit Erleichterung aufgenommen worden, in den USA eher verhalten. Jüdische Organisationen erwarten weiterhin eine Entschuldigung von den Schweizer Banken. Der Präsident der Bankier Vereinigung musste einräumen, dass sein Wissensstand zu den nachrichtenlosen Vermögen 1995 völlig ungenügend gewesen ist.

¹²² Stuart Eizenstat zum Nazigoldfahnder der US-Regierung



Fazit (Anmerkung d. Hg.)

Auf Druck der Weltöffentlichkeit und durch die Kommissionsberichte (Eisenstat-Bericht) hat die Schweiz viel aufgearbeitet und Wiedergutmachung geleistet, z. B. die Suche nach unbekanntem Kontoinhabern. Dennoch ist immer noch einiges offen, auch eine offizielle Entschuldigung steht aus.

Literatur

Die Zeit vom 31.3.2005 Nr.: 14.

Die Zeit (1996); Internetarchiv.

Ziegler, J. (1997): Die Schweiz, das Gold und die Toten. C. Bertelsmann, München.



8.4 Serbien – Der Zerfall Jugoslawiens nach Titos Tod:

Sebastian Hein, Mathis Neumann

Geschichte der Auflösungserscheinungen Titos Jugoslawiens

Josip Broz Tito (1892 in der Donau-Monarchie geboren), verstorben 1980 – Marschall der kommunistischen Partisanen im 2. Weltkrieg, Staatspräsident Jugoslawiens (1953-80)

Nach seinem Tod übernimmt ein Präsidium der Republik die Regierungsgeschäfte. (8 Mitglieder; setzten sich aus je einem Vertreter der sechs Teilrepubliken und der zwei autonomen Provinzen zusammen), alte Rivalitäten zwischen den Ethnien treten wieder stärker hervor, Bundesstaaten forderten stärkeres Mitspracherecht in der von Serben dominierter Zentralregierung.

1980 brechen Unruhen im Kosovo aus (seit 1974, genau wie Vojvodina, autonome Provinz), die überwiegend von Albanern bewohnt ist. Serben versuchten, die Autonomie des Kosovo einzuschränken. Beziehungen der einzelnen Republiken zueinander verschlechterten sich weiter.

1987 fordern serbische Intellektuelle im so genannten Sanu Memorandum ein Ende der „Diskriminierungen des serbischen Volkes“. Das Memorandum propagiert unter anderem einen „Genozid“ am serbischen Volk im Kosovo und eine antiserbische Verschwörung Kroatiens und Sloweniens gegen Serbien.

Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der sozialistischen Ära in Europa, forderten vor allem Slowenien und Kroatien den Umbau Jugoslawiens zu einer Konföderation und eine Umorientierung hin zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft. Die von Slobodan Milosevic regierte Republik Serbien setzte sich hingegen für einen zentralisierten jugoslawischen Gesamtstaat unter kommunistischer Herrschaft ein. Mit dem Ausbruch des Krieges 1991, beginnt auch der Zerfall Jugoslawiens.

Offizielle Zahlen der Republiken zu den Kriegsoptionen während des Konfliktes:

- Bosnien und Herzegowina:

242.330 Tote, 175.286 Verwundete, 36.470 Vermisste, ca. 40.000 vergewaltigte Frauen, davon 10.000 minderjährig (*Statistisches Amt der Föderation von Bosnien-Herzegowina*)



- Kroatien:
12.131 Tote, darunter 8.100 Zivilisten, 33.043 Verwundete, 2.251 Verschollene auf Seiten der Kroaten und 6.780 auf Seiten der dort lebenden Serben.
(kroatische Regierung aus dem Jahr 1995)
- Slowenien:
bei den slowenischen Truppen 19 Tote und 182 Verletzte, bei der jugoslawischen Volksarmee 44 Tote und 146 Verletzte *(Schätzungen)*
- Kosovo:
4.000 Leichen oder Leichenteile bis 2002 ausgegraben, etwa 800 albanische Tote wurden bislang in Serbien gefunden *(da es bis heute keine genauen offiziellen Zahlen gibt, beruhen die Opferzahlen auf Flüchtlingsberichten und Massengrabfunden)*.
- Serbien:
ca. 25.000 getötete Serben in Bosnien-Herzegowina *(von der norwegischen Regierung finanziertes Research and Documentation Center 2005)*; 6.780 getötete Serben in Kroatien, laut ICTY 150.000 bis 200.000 Vertriebene in der Republik Serbische Krajina; die NATO-Operation 1999 führte zu etwa 5.000 Todesopfern in der Bundesrepublik Jugoslawien (NATO-Angaben); nach jugoslawischen Angaben kamen 462 Soldaten, 114 Polizisten und etwa 2.000 Zivilisten ums Leben *(Angaben der Jugoslawischen Volksarmee)*

Aktuelle Situation und Aufarbeitung

Serbien will dem Bündnis „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP – Partnership for Peace) beitreten. Bedingungen der NATO dafür sind:

- Anerkennung des Kosovo als eigenständigen Staat
- Auslieferung der Kriegsverbrecher nach Den Haag (Milosevic wurde 2001 ausgeliefert, Mladic folgte)

Folgende Situationen beherrschen derzeit die Vergangenheitsbewältigung:

Weggefährten des Milosevic Regimes haben noch hohe Ämter in Serbien inne und zeigen noch gleiche Wertvorstellungen in der Regierung. Die Regierung verweigert den Dialog über die Vergangenheit. Erschwerend wirkt, dass immer wieder demokratische Parteien offene und geheime Koalitionen mit Kriegsverbrecher Parteien eingehen. Dennoch erfolgt die Gründung „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ (15 Mitglieder (Akademiker). Der Jahresetat beträgt 20.000 €. (Zum Vergleich: Kommis-



sion in Südafrika für Bewältigung der Vergangenheit: 400 Mitarbeiter, 18 Mio. € Jahresetat.)

Die Zusammenarbeit mit Den Haag wird sogar als peinliche Bedingung angesehen.

Entschuldigung Tadic bei den Bosniern (2004) und Beschluss der serbische Regierung keine für Kriegsverbrechen Angeklagte mehr an das UN-Tribunal in Den Haag auszuliefern. Die Prozesse sollen ausschließlich im Land stattfinden. Bereits vorher hatte Premier Vojislav Kostunica angekündigt die Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechenstribunal habe für ihn „keine Priorität“. Anschließend kam es erneut zu schwereren ethnischen Unruhen im Kosovo

Fazit

Staaten und Menschen des ehem. Jugoslawiens haben noch einen weiten Weg zurückzulegen, um Schuld einzugestehen, Wiedergutmachung zu leisten, Rechte der anderen Republiken anzuerkennen, eine Abkehr vom Nationalismus zu vollziehen und sich dem Frieden zu verpflichten.

Literatur/ Internet

Der SPIEGEL: „Serbien – Chronik der Nacht“, 06/2005.

Pörzgen, G.: Vergangenheitsbewältigung mit Brüchen, 01.05.2002, in: Amnesty International, veröffentlicht im Internet, URL: <http://www.amnesty.de/umleitung/2002/deu05/057> (Stand: 2002).

Schlund, K.: Serbien: Keine Zukunft ohne Vergangenheitsbewältigung, Belgrad 2005.

Serry, R.: Die Balkanodyssee der NATO, 2003, veröffentlicht im Internet, URL: <http://www.nato.int/docu/review/2003/issue4/german/art3.html>.

SZ vom 07.12.2005 „Tadic entschuldigt sich beim bosnischen Volk“.

TAZ: Interview: Andrej Ivanji, vom 30.11.2005.



8.5 Afghanistan – Ein Stellvertreterkrieg mit Folgen:

Julian Klotz

Im Afghanistan des Jahres 1978 gelangt die kommunistische Volkspartei, durch einen Staatsstreich an die Macht und strebt nach einer eigenen Sozialismusreform sowie einer Annäherung an den Ostblock. Die offensichtlichsten Folgen waren neben einer Bodenreform, die Sicherung medizinischer Versorgung, Schulbildung – auch für Mädchen, Gleichstellung der Frau und die Abschaffung des Schleierzwanges.

Infolge des Staatsstreiches formierten sich zunehmend, von den USA ausgebildete, Mudschahedingruppen („islam. Gotteskrieger“), die, ebenfalls unterstützt von us-amerikanischen Geheimdiensten, gegen die afghanische Regierung kämpften. Als Folge entsendet die Sowjetunion 1979 militärische Einheiten zur Unterstützung gegen die Mudschahedin.

Die USA erkennen die Gunst der Stunde, die SU ökonomisch zu schwächen: US-Präsident Reagan möchte den Erzrivalen, durch den Krisenherd am Hindukusch, „vor der Haustüre totrüsten“. Folglich werden die Mudschahedin weiter mit Geld, Waffen, Informationen sowie militärischer Beratungen unterstützt.

Im Februar 1989 ziehen die letzten sowjetischen Truppen ab. Die sowjetische Intervention wird von neutralen Kommentatoren als „totales Desaster“ bezeichnet. Der Konflikt bleibt, selbst nach der vorübergehenden Machtergreifung der Taliban im Jahre 1996, bestehen. Die anschließende ISAF-Intervention (unter der Führung der NATO) konnte bis zum Abschluss dieses Artikels nur partiell für Friedenszonen sorgen.

Folgen/ Fazit

Der jahrelange Krieg verwüstete das Land und beraubte es nahezu seiner gesamten Infrastruktur. Auf afghanischer Seite wurde bis Ende 1989 die Zahl der Todesopfer auf mehr als 1,2 Mio. und die Zahl der Flüchtlinge auf ungefähr 5 Mio. geschätzt.

Gewalt beherrscht auch weiterhin Afghanistan; die Gesetze des Landes allein vermögen es nicht, die Fortsetzung der Selbstmordattentate, der geschlechtsspezifischen Übergriffe, der Rechtlosigkeit, der Korruption, etc. zu verhindern.

Eine Aufarbeitung des bisherigen Konflikts fand faktisch nie statt – sein Erbe ist ein labiles Land, ein Pulverfass im Angesicht des Halbmondes und ein sich nach der Zukunft sehndendes Afghanistan.

Literatur

Schwittek, P.: In Afghanistan (Strategie und Konfliktforschung), Vdf Hochschulverlag, 2011

Rashid, A.: Taliban – Afghanistans Gotteskämpfer und der neue Krieg am Hindukusch, C. H. Beck, 2010



8.6 Tschechien – Die Vertreibung der Sudetendeutschen:

Irina Kalinichenko und Teodora Georgieva

(Tschechien umfasst traditionell die drei historischen Länder, Böhmen, Mähren und Mährisch-Schlesien. Nach dem 2. Weltkrieg wurden diese in acht Regionen (6 für Böhmen, 2 für die anderen beiden Landesteile) aufgeteilt. Seit dem Jahr 2000 gilt eine neue Verwaltungsgliederung in 14 Regionen.)

Geschichtlicher Überblick

1938 forderten die Sudetendeutsche Partei (gegründet 1933) die völlige Autonomie des Sudetenlandes, doch das wurde von der Regierung abgelehnt. Durch die Regelung des Münchener Abkommens 1938 (von Tschechen als Münchener Diktat bezeichnet) wurden die Randgebiete Böhmens dem DR als „Reichsgau Sudetenland“ zugeteilt. Das Münchener Abkommen leitet das Ende der Tschechoslowakischen Republik ein.

1939 besetzte die Wehrmacht den gesamten Staat: Protektorat Böhmen und Mähren.

1945 marschierten die Truppen der Roten Armee in die Tschechoslowakei ein. Präsident Edvard Beneš, der 1939 vor dem Einmarsch der deutschen Truppen ins Exil ging, übernahm wieder die Regierung.

Die Beneš-Dekrete: Ziel und Ergebnis war die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei nach Österreich und Deutschland. An die Sudetendeutschen, die mit den Tschechen gegen die Mehrheit ihrer Volksgenossen um den Erhalt des letzten demokratischen Staates in Mitteleuropa gekämpft haben, erinnert man sich.

Deutsche, die ihre antifaschistische Gesinnung nicht zweifelsfrei nachweisen konnten, wurden mit einem „N“ (für Nemeč = Deutscher) gekennzeichnet und vertrieben („zwangsausgesiedelt“). Sie wurden in Arbeitslager gebracht, um monatelang z. B. in Kohlegruben, Gradierwerken und auf Bauernhöfen unentgeltlich bei minimalster Verpflegung zu arbeiten.

Insgesamt wurden 3,0 Millionen der knapp über 3,2 Millionen Sudetendeutschen aus ihrer Heimat vertrieben. Bei diversen „Rache-Massakern“ kamen viele Menschen um, über genaue Zahlen wird bis heute spekuliert. Etwas über 20.000 sind einzeln belegt und namentlich erfasst, weitere 62.000 werden bis heute von Angehörigen gesucht. Die Zahl der insgesamt Vermissten ist noch weit höher.



Fazit

Einige Ereignisse der Vor- und Nachkriegsgeschichte haben auch heute Auswirkungen und Folgen. Das kampflose Nachgeben einmal 1938 dem Dritten Reich und dann 1948 der Sowjetunion gegenüber, wird von vielen als Tragödie der gesamten Nation empfunden. Aber auch das Verhältnis mancher Tschechen zu Vertriebenen aus dem Sudetenland – und umgekehrt – ist bis heute angespannt und teilweise von erheblichen Vorurteilen belastet, wenngleich eine Mehrheit nach nunmehr über 60 Jahren nach dem 2. Weltkrieg auf Aussöhnung und Ausgleich setzt.

Der Dialog zwischen den Nachbarn wird allerdings weiterhin durch Misstrauen auf beiden Seiten erschwert.

Doch es wurde einiges getan, um diese Spannungen zu lösen, so z. B. hat sich der tschechische Ministerpräsident Paroubek (2005-2006) für eine symbolische Entschädigung Sudetendeutscher Antifaschisten ausgesprochen (wurde nicht verwirklicht). Er forderte seine Landsleute auf, den Mut zu haben, die Existenz eines demokratischen Sudetendeutschen Widerstands anzuerkennen. Durch eine symbolische Entschädigung könnten die Tschechen zeigen, dass sie sich einer gewissen historischen Mitverantwortung für die Massenvertreibung der ehemaligen Sudetendeutschen Mitbürger bewusst sind.

Hauptstreitpunkt sind weiterhin die Beneš Dekrete, auch wenn hier mittlerweile und vorsichtig ein Umdenken in Tschechien einzusetzen scheint.

Dennoch behält dieses Bestreben nach Aufarbeitung auf beiden Seiten einen gewissen deklamatorischen Charakter, der wirkliche Ernsthaftigkeit und Tiefe vermissen lässt.

Literatur/ Internet

Mann, G., Propyläen Weltgeschichte, Band 9, Berlin/Frankfurt 1986.

Buchholz, A.: „Ein schmerzhafter Prozess“, in: SZ, 04.04.2005.

NZZ: „Neue Runde im Streit um die Beneš-Dekrete“, 25.5.2005 .

www.auswaertiges-amt.de; „Tschechische Republik“, Zugriff: 2.1.2006.

www.osteuropa-infoseite.de; „Tschechien (Cesko)“, Zugriff: 2.1.2006.

www.myczechrepublik.com; „Deine Tschechische Republik“ Zugriff: 3.1.2006.



8.7 Haiti – Frankreich und die Duvalier Diktatur:

Dennis Kring

Geschichte

1697 tritt Spanien Haiti an Frankreich ab. Frankreich holt ca. ½ Mio. Sklaven aus Westafrika. 1791 erfolgt ein Aufstand der Sklaven gegen franz. Plantageneigentümer. Unter ihrem Anführer François Dominique Toussaint l'Ouverture¹²³ erheben sich die Sklaven gegen die Kolonialmacht. Toussaint l'Ouverture, beeinflusst von der franz. Revolution, glaubte dabei an Demokratie und Gleichheit aller Menschen. Nach seiner Gefangennahme wurde sein Mitstreiter Jean Jaques Dessalines Anführer und führte Haiti 1804 in die Unabhängigkeit. Seine Ziele hatten jedoch keine demokratische Idee; er setzte sich als General-Gouverneur auf Lebenszeit ein. 1803 befahl Napoleon einer Armee von 22.000 Soldaten, das Land zurück zu erobern; sie scheiterten (Napoleons erste Niederlage). 1915 bis 1934 besetzten die USA das Land, um Grundlagen für einen stabilen Staat zu schaffen, werden 2.000 km Straßen, 210 Brücken und neun Flugplätze gebaut. Es werden Telefonleitungen und Abwasserkanäle verlegt, sowie moderne Krankenhäuser und Schulen gebaut. Nach Abzug der amerikanischen Truppen 1934 reißt François Duvalier (Beiname „Papa Doc“) die Macht (1957) an sich. Auf ihn folgt 1971 sein Sohn Jean-Claude Duvalier („Baby Doc“), der 1986 unter Druck des US-Präsidenten Reagan außer Landes floh und so den Weg freigab für Wahlen. Beide Duvaliers regierten das Land mit dem Terror ihrer Todesschwadronen, den „Tonton Macoutes“ (kreolisch „Schreckgespenster-Onkel“). Der Nachfolger Bertrand Aristide, ehem. kath. Priester, der durch die USA im Jahr 1994 wiedereingesetzt wurde, übernahm diese Methode und trieb das Land erneut in Anarchie. Er flüchtet nach einem Aufstand seiner Todesschwadronen aus dem Land.

Situation bis 2012

Von 1996 bis 2001 und ab Februar 2006 ist Rene Preval Präsident von Haiti. Er ist das zweite demokratisch gewählte Staatsoberhaupt in der 200 jährigen Geschichte des Landes. In seiner ersten Amtszeit setzte er eine Reihe von Reformen durch, vor allem die Privatisierung zahlreicher staatlicher Unternehmen.

Die Wahl zu seiner zweiten Amtszeit war sehr umstritten. (Wahlsieger mit 51,15 %) Michel Joseph Martelly Präsident seit 2011/12.

Notiz: Das Land wurde immer wieder von Katastrophen heimgesucht, nicht nur durch die Diktaturen der Duvaliers, auch Naturkatastrophen, wie Hurrikans und besonders das Erdbeben von 2010.

¹²³ Königssohn aus Allada (heute Benin), als Sklave nach Haiti verbracht



Aufarbeitung

Schon Napoleon Bonaparte hatte erklärt: „Die Freiheit der Neger in Haiti ... wäre für alle Zeiten ein Signal an die Freiheitskämpfer in der Neuen Welt“, daher mehr oder weniger Aussetzen der Gültigkeit von Egalité, also ein Widerspruch zum Postulat der Französischen Revolution.

Nach dem Sklavenaufstand wurde die neue Republik Haiti von Frankreich gezwungen, 150 Millionen Goldfrancs als Reparation zu zahlen. So bekamen die früheren Plantagen- und Sklavenbesitzer ihre Entschädigung und Frankreich eine Erstattung der Kriegskosten. Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts musste das Land stolze 80 % seines Staatshaushalts aufwenden, um diese Forderungen zu bedienen.

Bis heute ist Haiti eine Schuldernation geblieben. Mit dieser ökonomischen Last war es nahezu unmöglich, die Armut zu bekämpfen und eine Kultur politischer Stabilität zu begründen.

Frankreich verhält sich heute ignorant gegenüber Haiti. Das Land wurde aus dem nationalen Gedächtnis verbannt.

Haiti ist das beste Beispiel einer Gesellschaft, die aus der Sklaverei und den damit verbundenen Konsequenzen hervorgegangen ist. Zudem konnte sich Haiti eigenhändig von der Sklavenherrschaft befreien. 1794 wurde Sklaverei verboten. Haiti schaffte es auch, sich die Unabhängigkeit zu erkämpfen, nachdem Napoleon die Sklaverei wiedereinführen wollte.

Dies sind Gründe, weshalb das Land und die Sklaverei aus dem Gedächtnis zu verbannen seien.

Das „Comité pour la mémoire d’esclavage“ – Komitee zur Erinnerung an die Sklaverei – befasst sich intensiv mit der Sklaverei unter Frankreich. Es setzt sich zum Beispiel für Gedenktage an die Sklaverei im französischen Mutterland ein. In den Kolonien gibt es diese bereits.

(Interessant kann die Lektüre über die Vita von Alexandre Dumas sein: Tom Reiss: Der schwarze General: Das Leben des wahren Grafen von Monte Christo, dtv, 2013; Alexandre Dumas war der Sohn eines in Haiti lebenden Marquis und einer afro-haitianischen Sklavin. Nach einer hervorragenden Ausbildung im nach-revolutionären Frankreich wurde er Militär, brachte es sogar zu Generalsrang, überwarf sich mit Napoleon wegen seines Ägypten-Feldzugs (Anm. d. Hg.s).

Literatur/ Internet

AG Friedensforschung an der Uni Kassel, Erdrosselt von eigener Geschichte, Gary Younge.

Haiti in: Das Parlament, Josef-Thomas Göller Nr. 12-13, 15.03.2004.

Internet

<http://www.diplomatie.gouv.fr/de/landerinformationen/1/haiti/63/frankreich-undhaiti/802/index.html>.



8.8 München – Die Hauptstadt der Bewegung oder der Verdrängung: *Johannes Bächer*

Hitler und die NSDAP in München

Am 2. August 1935 ernannte Hitler München, die Landeshauptstadt Bayerns zur „Hauptstadt der Bewegung“. Die NSDAP besaß nach der Wiedergründung 1925 nach wie vor eine mehrfache Bedeutung. Zum einen diente „Das Braune Haus“, ein Bürgerpalais in der Briener Straße nahe dem Königsplatz in München, Hitler und seiner NSDAP als Zentrale für die Parteiführung.

Zum anderen wurde die Landeshauptstadt auch als Rekrutierungspotential für die Führungskader der Parteispitze genutzt.

Im antisemitischen Milieu der Stadt begann Hitler nach dem Ersten Weltkrieg seinen Aufstieg. Zur gleichen Zeit wurden die NSDAP gegründet und die Mordinstrumente SA und SS geschaffen. Im Wesentlichen basierte die Bedeutung der Münchner NSDAP auf den Ereignissen bis zum „Hitlerputsch“ im Jahr 1923. Die NSDAP entstand aus der anfangs 1919 gegründeten „Deutschen Arbeiterpartei und erlangte hier in München Stärke, Macht und Einfluss, maßgebend durch die Toleranz, Ignoranz und teilweise auch Unterstützung staatlicher Behörden und von Teilen der städtischen Gesellschaft. Erst die finanzielle und gesellschaftliche Unterstützung ermöglichte den Aufstieg der NSDAP in der Weimarer Republik, da Hitler nun nicht mehr im Milieu der Bierhallen, sondern von nun an in der „feinen Gesellschaft“ Parteiveranstaltungen führte. Die Justiz und die Polizei unterstützten ihn und einflussreiche Bürgerfamilien förderten seine politische Karriere. Gleichwohl, ob diese Menschen von dem Ausmaß Hitlers antisemitischer Pläne wussten, muss man ihnen eine Mitschuld zuerkennen.

Auf der anderen Seite gab es ab Mitte der zwanziger Jahre eine rechtskonservative bayerische Regierung, die wesentlich härter gegen die NSDAP durchgriff. Ebenso gab es katholische Milieus in München, die eine eindeutige Abwehrhaltung gegen Hitler und seiner Partei zeigten.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler einer Koalition ernannt. Er konnte dennoch ohne nennenswerten Widerstand seine Macht ausbauen, obwohl die Minister der NSDAP in der Minderheit waren. Der 30. Januar markierte für die jüdischen Deutschen¹²⁴ den Wechsel von verbaler Drohgebärde zur organisierten Verfolgung. München hatte im Hinblick auf die Judenpolitik eine Vorreiterfunktion. Lange bevor die Maßnahmen zur Ausgrenzung und Entrechtung durch Gesetz auf Reichs-

¹²⁴ Eine neutralere/korrektore Bezeichnung „Deutsche mosaischen Glaubens“ wird leider zu wenig angewandt, so wie man auch von „Deutschen – katholischer/protestantischer Konfession spricht (Anmerkung d. Editor).



ebene wirksam erfolgten, wurden diese schon mit besonderem Eifer in München entworfen und vorangetrieben.

Nach 1933 fungierte die Stadt für öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellungen des NS-Regimes. Den Einflussverlust Münchens durch die Ausquartierung des Machtzentrums nach Berlin, versuchte man durch ein „kulturelles Regime“ auszugleichen. Moderne Künstler wurde öffentlich diffamiert (Entartete Kunst), während die Nationalsozialisten ihren biedereren Kunstgeschmack feierten.

Nunmehr war es der Anziehungspunkt und die Stadt der rechtsradikalen Anhänger und Gedanken.



München Königsplatz: Bau der NSDAP links und NS-Dokumentationszentrum rechts

(Foto: <http://www.br.de/nachrichten/ns-dokumentationszentrum-muenchen-ausstellung100.html>)

Fazit

Wie konnte Hitlers Machtergreifung nahezu widerstandslos geschehen, obwohl die Stadt ein Treffpunkt und Lebensmittelpunkt vieler Persönlichkeiten und hochrangiger Politiker war?

Obwohl es einigen Menschen bewusst war, dem Großteil jedoch nicht, was für eine Verantwortung bzw. Bürde auf München lastet, muss sich die Gesellschaft nun in der Öffentlichkeit dazu bekennen, welche Schuld die Stadt trifft. Jeder Einwohner sollte wissen, oder sollte zumindest die Möglichkeit haben, sich zu informieren, was für eine Mitschuld die Vorfahren sowohl am Holocaust als auch am 2. Weltkrieg tragen. Das bedeutet, dass dies nur über Öffentlichkeitsarbeit und Information erreicht werden kann, um ins Bewusstsein der Menschen zu gelangen. Im Jahr 2008, über 60 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, stellt sich nun endlich die Landeshauptstadt München gemeinsam mit dem Freistaat Bayern und dem Bund der Verantwortung, indem der Stadtrat Münchens einen Architekturwettbewerb für die Realisierung eines



NS-Dokumentationszentrums auslobte. Im Laufe der Geschichte wurde der aufklärerische Umgang mit dem Nationalsozialismus ein zentraler Aspekt der politischen und kulturellen Identität der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses zeithistorische Museum, soll nun ein Mahnmal gegen Fehler in der Vergangenheit darstellen, aus denen zukünftig gelernt werden sollte, in München, der „Hauptstadt der Bewegung“.

Literatur

Fischer, S.: Verlorene Zeit – Die „Hauptstadt der Bewegung“ bekommt – fast 70 Jahre nach Kriegsende – ein NS-Dokumentationszentrum. Warum eigentlich jetzt? in: Spiegel Extra München, 2009.

Rösch, M.: Die Münchner NSDAP 1925-1933 – Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, Oldenburg, München, 2002.

Internet

<http://www.br.de/nachrichten/ns-dokumentationszentrum-muenchen-ausstellung100.html>

<http://www.merkur.de/bilder/2015/02/27/4771478/808209170-ns-dokuzentrum-muenchen-koenigsplatz-1yKicEmmjfMG.jpg>

http://www.muenchen.de/cms/prod2/mde/_de/rubriken/Rathaus/55_kult/25_museen/nsdokumentation_szentrum/25_themengeschichtspfad/ThemenGeschichtsPfad.pdf



8.9 Türkei/ Armenien – Völkermord durch Osmanische Truppen im 1. Weltkrieg – und Untätigkeit der deutschen Verbündeten:

Stefan Radojewski

1. Historische Fakten – Konfliktbeschreibung

Gegen Mitte des 19. Jhd. setzte durch die jungtürkische Bewegung ein Reformgedanke im Osmanischen Reich ein. Enthalten darin war, eine sprachliche und kulturelle Einheit herzustellen. Die Armenier wurden aufgrund ihres anderen Glaubens (Christentum), einer anderen Schrift und Sprache, als Fremde angesehen. Als Gegenbewegung setzten Bestrebungen ein, Unabhängigkeit für Armenien zu erlangen, nachdem man seit dem Ende des Mittelalters zum Osmanischen Reich gehörte. Als sich Armenier südwestlich des Van-Sees 1894 weigerten, die hohen Steuern zu zahlen und sich gegen die Regierung stellten, wurden tausende Armenier durch türkische und kurdische Truppen getötet. 1896 versuchten armenische Separatisten durch die Besetzung einer Bank in Konstantinopel die Autonomie für armenische Provinzen zu erzwingen. Das Vorhaben misslang, mit dem Resultat, dass ca. 50.000 Armenier durch Armee und aufgebrachte Bevölkerung getötet wurden.

In der Hoffnung auf Unabhängigkeit unterstützten viele Armenier während des 1. Weltkriegs den Kriegsgegner Russland. Dies wiederum führte dazu, dass 1915 die armenische Bevölkerung von osmanischen Truppen zusammengetrieben und entweder gleich ermordet oder durch die Wüste in Richtung Aleppo (heute Syrien) getrieben wurden. Einige überlebten diese Todesmärsche, nur wenigen gelang die Flucht.

1916 wurde das armenische Kerngebiet von den Russen besetzt. Die Armenier rächten sich nun gemeinsam mit den Russen und töteten ca. 128.000 Kurden und Türken.

Nach Kriegsende sollte Armenien ein eigener Staat werden. Um dies zu verhindern, wollte die osmanische Regierung nun die Armenier ganz ausrotten. Schätzungen zufolge kamen durch den Völkermord zwischen 1894 und 1922 ca. 1,2 bis 1,5 Millionen Armenier zu Tode.

2. Internationale Stellungnahmen – Haltung der Republik Türkei

Der Völkermord durch osmanische Truppen an den Armeniern wurde u.a. von Papst Johannes Paul II. und den Staaten Griechenland, Schweiz, Zypern, Schweden, Belgien, Italien, Frankreich, Schweden und den Niederlanden als Genozid bewertet. Deutschland nahm lange Zeit keine klare Stellung dazu ein. Dies hatte verständliche Gründe:



In der Armee des Sultans, dem Verbündeten des Deutschen Reichs, dienten hohe deutsche Offiziere als Berater und Kommandeure. Sie berichteten nach Berlin über die Verfolgungen, den Massenord und die „Todesmärsche“. Um aber den Verbündeten nicht zu desavouieren und um diplomatische Verwicklungen zu vermeiden, vor allem aber um ein Ausscheren aus der Allianz zu vermeiden, schwieg die Reichsregierung. Auch ein Jahrhundert danach gibt es nur sehr vorsichtige Stellungnahmen. Im Gegensatz dazu – die Schweiz und die Slowakei. Sie stellen das Leugnen des Genozids unter Strafe, d.h. nicht nur werden die Fakten als Völkermord anerkannt, sondern das Leugnen wird unter Strafe gestellt. Frankreich wiederum gelang es 2011 nicht, das von Parlament und Senat verabschiedete Gesetz, das die Leugnung des Völkermords an den Armeniern unter Strafe stellt, auch umzusetzen, da der Verfassungsgerichtshof es 2012 als nicht vereinbar mit dem „Recht auf freie Meinungsäußerung“ erklärte. (NB d. Hg.: In Frankreich leben überdurchschnittlich viele Armenier u. armenischstämmige Menschen)

3. Aufarbeitung in der Türkei

Der Gründer der Türkischen Republik und ihr erster Präsident, Mustafa Kemal Atatürk, bezeichnete den Völkermord an den Armeniern als eine Schandtat.

Die nachfolgenden Regierungen hingegen leugnen den Genozid bis heute und üben Druck auf andere Länder aus, damit diese den Völkermord nicht als solchen anerkennen und dementsprechend nichts davon z.B. in den Unterrichtslehrplan der Schulen aufnehmen. (Beispiele hierfür sind Deutschland und auch Israel, die dem Druck der Türkei –zunächst- nachgaben.) Die türkische Regierung verhindert auch innerhalb der Türkei eine Auseinandersetzung/Aufarbeitung dieses Kapitels. So wurde z.B. auf Druck der Regierung eine Tagung von Historikern zum Thema Völkermord, geplant von drei angesehenen Istanbuler Universitäten, verhindert.

Nachsatz des Hg.

Auch wenn in letzter Zeit eine sehr vorsichtige, z. T. auch umständliche Neubewertung der türkisch-armenischen Geschichte einsetzt, dürfte eine Wirkung noch längere Zeit ausbleiben. Zu den vorsichtigen Schritten, auch beeinflusst durch die Ermordung von Hrant Dink 2007 in Istanbul, eines für die Aussöhnung arbeitenden armenisch-türkischen Journalisten, dessen gewaltsamer Tod viele Menschen in der türkischen Zivilgesellschaft bewegte, gehören erste Besuche von türkischen Offiziellen in Armenien und die Renovierung einer armenischen Kirche auf türkischem Staatsgebiet, mit Mitteln der Republik Türkei.

Neben der Versklavung von Millionen von Afrikanern, der Vertreibung der Hereros in Deutsch Südwest in die Namibwüste, den Verbrechen Hitlers, Stalins, der japani-



schen Armee in Asien während des 2. Weltkriegs, Pol Pots, Mao Dse Dong allein durch die Kulturrevolution, etc., oder noch früher der Genozid an den Indianern, an Inkas und Azteken, ist sicher die Vertreibung der Armenier, mit tödlichem Ausgang, ein grosses Verbrechen in der Geschichte der Menschheit.

Natürlich kann wegen der Armenien-Frage das Bild der Osmanischen Türkei nicht einfach korrigiert werden. Aber auch hier sind Ergänzungen angebracht,

- Atatürk selbst, der Gründer der modernen Türkei, bezeichnete den Genozid als eine Schandtat.
- Rettung von einzelnen aus der Todeskarawane – besonders Kinder – durch die türkische Bevölkerung. Viele erfuhren von ihrer Herkunft und ihrem Schicksal und ihrem Ursprung erst sehr spät.
- Zeichen von Menschlichkeit finden sich auch während des 2. Weltkrieges. Türkische Diplomaten haben zahlreiche Juden gerettet, indem sie ihnen gültige Pässe für die rettende Ausreise ausfertigten und dies entgegen amtlicher Vorgaben Ankaras. Dies geschah in der Botschaft in Paris, im vom Deutschen Reich besetzten Frankreich, und im Generalkonsulat Marseille, im Etat Français, dem sogenannten Vichy-Frankreich, der unbesetzten und von Marschall Pétain als Präsident geführten unbesetzten Zone, auch in der Schweiz, sowie in Griechenland, im Generalkonsulat auf Rhodos.

Der Fall Rhodos ist deshalb bekannter geworden, weil der damalige Gen. Konsul Selahattin ÜLKÜMEN 50 Juden rettete und als bisher einziger Türke mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“ in Yad Vachem geehrt wurde.

Bekannt sind auch einige weitere türkische Diplomaten:

Ismail Necdet KENT (Marseille 1942-45), Behiç ERKIN (Paris 1939-45),

Namik Kemal YOLGA (Paris 1939-45) – der „türkische Schindler“

Literatur

Gottschlich, J.: Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier. Chr. Links Verlag 2015.

Lepsius, J.: Bericht über die Lage des armenischen Volkes in der Türkei, Potsdam 1916 (Neuaufgabe von 2011).

Thelen, S.: Armenienfrage in der Türkei, Wagenbach 2010.

NZZ: 27 Mai 2005, Die Türkei verbietet Lehrgewerkschaft.

SZ, 18 Juni 2005, Christiane Schlötzer, Türkei Armenier-Resolution falsch und hässlich.





8.10 Skandinavien im 2. Weltkrieg: Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark: *Sven Göppner und Natalie Fischer*

1. Finnland

Der finnisch-sowjetische Winterkrieg begann Ende 1939. Sowjetische Truppen überannten die 950 km-Grenze zu Finnland. Die finnischen Verluste betragen 23.000 Mann, während die Sowjetunion rund 600.000 Mann verlor.

Finnland verlor den Krieg und musste den Sowjets die geforderten Gebiete abtreten (1940). 1941 beteiligte sich Finnland am deutschen Ostfeldzug. 1944 endete der Krieg für Finnland.

1947 wurden im Pariser Friedensvertrag die heutigen Grenzen des Landes festgelegt.

Aufarbeitung

Mit der Verarbeitung der Geschehnisse des zweiten Weltkrieges gehen die Finnen sehr offen um. Um die Vorfälle aufzuarbeiten, pflegen die Finnen z. B. die Gräber gefallener Soldaten.

Trotz der großen Gebietsverluste an die SU versuchte Finnland, gerade zur Zeit des Ost-West-Konflikts, immer Ausgleich und Zusammenarbeit mit der SU zu erreichen.

2. Norwegen

Im April 1940 landete die Wehrmacht in Norwegen und besetzte das Land.

Trotz der enormen Truppenstärke Deutschlands in Norwegen (bis zu 400.000 Mann) kam es zu einem friedlichen Kriegsende in Norwegen. Nach dem Selbstmord Hitlers erteilte der deutsche Oberbefehlshaber General Franz Böhme den Befehl, die Waffen niederzulegen.

Aufarbeitung

Die Besatzungszeit zeigt bis heute Spuren. Kinder die in den Jahren '39 bis '46 geboren wurden hatten häufig einen deutschen Vater und deshalb unter Beschimpfungen und Ausgrenzungen zu leiden. Es lässt sich sagen, dass in Norwegen eine Aufarbeitung der Vorfälle geschieht, jedoch stehen diese erst noch am Anfang (s. auch Kapitel „Lebensborn“).



3. Schweden

Wie auch im ersten Weltkrieg blieb Schweden offiziell neutral. Selbst ein finnisches Hilfesuch wurde von den Schweden abgelehnt. 1945 bewilligte die schwedische Regierung die Aufstellung eines schwedischen Freiwilligenkorps, das in Norwegen gegen die Deutschen kämpfen sollte. Doch Schwedens Neutralität wird vielerorts angezweifelt, zumal sie immer wieder signalisiert hatten, auf der Seite der Sieger zu stehen. Erst nach der Kriegswende von 1943 lenkte Schweden in der Neutralitätspolitik ein und passte sich mehr und mehr den Alliierten an. Bis dahin belieferte Schweden die Deutschen mit kriegswichtigem Eisenerz.

Es gab auch, die hauptsächlich aus schwedischen Freiwilligen rekrutierte SS-Division „Wiking“ und das Panzergrenadier-Regiment „Nordland“. Höchster schwedischer SS-Offizier war der SS-Hauptsturmführer Gösta Pehrsson, der die „schwedische Kompanie“ der Division „Nordland“ befehligte.

Schweden wird vor allem vorgeworfen, keine jüdischen Flüchtlinge aufgenommen zu haben, mehr noch: Schweden soll das erste Land gewesen sein, das eine Kennzeichnung für Juden in den Pässen forderte.

Aufarbeitung

Im Jahr 1998 gründete der Premierminister Göran Persson (1996 und 2006) zusammen mit den Briten und den US-Amerikanern ein Gemeinschaftsprojekt, um Fragen, die den Holocaust betreffen, aufzuarbeiten.

Desweiteren bedauerte dieser Premierminister auf dem jährlich stattfindenden Holocaust-Kongress in Stockholm, dass die Schweden damals auf der Seite der Deutschen kämpften und sich auch in der SS betätigten. Die Beteiligten wurden jedoch bis heute nicht vor Gericht gestellt.

4. Dänemark

Hitler brach den deutsch-dänischen Nicht-Angriffspakt und ließ 1940 Dänemark besetzen. Aufgrund nur geringer Gegenwehr blieb Dänemark politisch relativ unabhängig. Wirtschaftliche Kooperationen mit Deutschland wurden hingegen erzwungen.

Unterdessen flüchteten viele Deutsche nach Dänemark und wurden dort nicht gerade herzlich aufgenommen. Viele Ärzte verweigerten ihnen, als Zeichen des Widerstands, jegliche medizinische Hilfe, selbst das Dänische Rote Kreuz beteiligte sich an dieser Nicht-Hilfe. In Folge dessen starben mehr als 13.000 Flüchtlinge, darunter 7.000 Kinder unter fünf Jahren, vor allem nach Kriegsende 1945.



Aufarbeitung

Die Veröffentlichung der Geschichte über die deutschen Flüchtlinge löste in Dänemark eine kurze Debatte aus und man kam zu dem Schluss, dass das erschreckende Urteil aus heutiger Sicht zwar moralisch richtig, zu den damaligen Verhältnissen aber zu pauschal sei. Eine richtige Verarbeitung fand hier also noch nicht statt und wird bis heute unterbunden. Es gibt schätzungsweise 6.000 bis 8.000 Kinder, die eine dänische Mutter und einen deutschen Vater haben. Väter, die sich in den Nachkriegsjahren bemühten, Kontakt zu ihren Kindern aufzunehmen und auch Kinder, die in den achtziger Jahren eine Auskunft über ihre Herkunft zu bekommen versuchten, wurden von den dänischen Behörden abgewiesen.

(s. auch Kapitel 9 Nachsatz des Hg.)

Literatur/Internet

Ertel, M.: Stumme Steintafeln, in: Der Spiegel 19/2005.

<http://www.arenion.de/daenemarku.html> 6.2.'06

<http://www.arenion.de/schwedenc.html> 6.2.'06

<http://www.bpb.de/themen/E2NLY5,0,0,Geschichte.html> 6.2.'06

<http://www.cjb.cc/members/geschichte/seppdepp/020.htm> 30.1.'06

http://www.dep.no/odin/tysk/om_odin/stillinger/032005-990163/dok-bu.html 30.1.'06

<http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/narvik/index.html> 30.1.'06

<http://www.dhm.de/lemo/html/wk2/kriegsverlauf/daenemark/index.html> 6.2.'06

<http://www.gebirgsjäger.de/htm/ww40-1.htm> 30.1.'06

http://www.infobitte.de/free/lex/ww2_Lex0/schweden.htm 30.1.'06

http://www.kriegsboern.dk/arikler/uns_gibt_es_gar_nicht.htm 6.2.'06

http://www.ndrtv.de/cgi/print_me/kulturreport/daenische_fluechtlinge.html 30.1.'06

<http://www.publisca.fi/sc18d-9.htm> 7.2.'06

<http://www.standhaft.org/events/stockholm/bericht.htm> 6.2.'06

http://www.volksbund-sh.de/Jugend_und_Schule/Jugendbegegnung/jugendbegegnung.html 30.1.'06



8.11 Vietnam – Vietnamkrieg: „Die amerikanische Phase“ – Kriegsverbrechen von My Lai:

Manuel Schneider, Julian Klotz

Geschichte

Die USA hatten 1955 die Unterstützung in der französischen Kolonie Indochina so verstärkt, dass sie praktisch eine Schutzfunktion für Frankreich in Süd-Vietnam übernommen hatten. Sie stützten das diktatorische Regime Ngo Dinh Diems, der eine starke Armee aufbaute, viele amerikanische Militärberater ins Land holte und die Wahlen zur Wiedervereinigung Vietnams verhinderte.

Angesichts der vielen Angriffe des Vietcongs (kommunistische Truppen Nordvietnams) verstärkten die USA bis 1963 ihre Truppen in Vietnam auf 16.200. Trotzdem kontrollierte der Vietcong weiterhin die ländlichen Gebiete und begann sich zu organisieren, bis er 1963 sogar mit einem Militärputsch Diem stürzte und hinrichtete. Nach einer seitens der USA fingierten Nachricht, der zufolge nordvietnamesische Truppen die „Maddox“ – einen amerikanischen Zerstörer – angegriffen hätten, kam es zum offenen Kriegsausbruch. Trotz des gezielten Vorgehens gegen den Vietcong mit Hubschraubern, großflächigen Bombardierungen mit Napalm und des Einsatzes von Entlaubungsmitteln, gelang den USA und ihren Verbündeten keine eindeutige Entscheidung. Der inzwischen amtierende US-Präsident Nixon sollte schon bald feststellen, dass dieser Krieg für die USA nicht zu gewinnen war und sprach 1973 vom Zustandekommen eines Waffenstillstands: Am 27. Januar wurde ein Abkommen zwischen den Kriegsgegnern unterzeichnet, das vorsah, dass alle Truppen der USA abgezogen werden, aber noch 145.000 nordvietnamesische Truppen in Süd-Vietnam verbleiben. Am 30. April kapitulierte Süd-Vietnam und am 2. Juli 1976 wurde ganz Vietnam zur „Sozialistische Republik Vietnam“.

Das Kriegsverbrechen von My Lai

Das Massaker von My Lai ist das bekannteste der amerikanischen Einzelverbrechen in Vietnam:

Am 16. März 1968 überfiel eine Einheit der US-Armee unter Leitung von Lt. William Calley und Sergeant Walter Faber das der Kollaboration mit den Nordvietnamesen verdächtige südvietnamesische Dorf My Lai. In wenigen Stunden wurden etwa 400 bis 500 Zivilisten beiderlei Geschlechts und aller Altersstufen ermordet, einige Bewohner vergewaltigt und gefoltert und das Dorf danach niedergebrannt. Die massakrierten Einwohner wurden der Summe getöteter „Viet Cong“-Kämpfer hinzugerechnet. Kaum ein Soldat verweigerte den Befehl. Lediglich ein Hubschrauberpilot (Hugh Thompson) rettete einige Frauen und Kinder, indem er den GIs damit drohte, seinen



Bordschützen mit dem MG auf sie feuern zu lassen. Danach evakuierte er die Zivilisten.

1969 wurde ein ausführlicher Artikel¹²⁵ über das Massaker von My Lai veröffentlicht: Die Weltöffentlichkeit reagierte schockiert. Der Journalist Seymour Hersh, der die Umstände der Tragödie recherchiert hatte, bekam 1970 für seine Reportage den Pulitzer-Preis verliehen.

Fazit

Erst Jahre später wurde nach massivem Druck der Kriegsgegner das Verbrechen in den USA offiziell zur Kenntnis genommen. Lediglich William Calley wurde 1971 zu lebenslanger Haft verurteilt, die Strafe aber auf 20 Jahre verkürzt. Er hatte das Verbrechen damit gerechtfertigt, seiner Auffassung nach gemäß den Befehlen seines Captains Medina gehandelt zu haben. Nach dreijähriger Haftverbüßung wurde er nach Anweisung Präsident Nixons unter „Hausarrest“ gestellt und noch im selben Jahr als Folge des öffentlichen Drucks begnadigt. Calley hat sich bis heute nicht für das Massaker entschuldigt. Heute weist eine Mahn- und Gedenkstätte in My Lai auf die Verbrechen hin.

► **Eine weitere Aufarbeitung fand nie statt**

Literatur

Frey, M.: Geschichte des Vietnamkriegs: Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums, Beck, 2010.

Hersh, S.: My Lai, In: Life-Magazin, 5th Dec. 1969.

Steininger, R.: Der Vietnamkrieg, Fischer, 2004.

Internet

<http://www.vsp-vernetzt.de/soz/040624.htm>

<http://wwayw.aktivepolitik.de/vietnam.htm>

¹²⁵ Magazin LIFE, NY, 5. Dec. 1969



Nachdem fast ausschließlich über Kriege und Untaten berichtet wurde, soll das folgende Kapitel den Gegnern von Krieg und Gewalt gewidmet werden:

9 Die Friedensbewegungen im 19. u. 20. Jhd. und die bedeutendsten Vertreterinnen: Bertha von Suttner (Österreich) und Anna B. Eckstein (D-Coburg):
*J. M. Werobèl de La Rochelle*¹²⁶

Frieden und Krieg in Europa im 19. Jhd.

1814/ 15 ordnete nach den Napoleonischen Kriegen u. nach Waterloo (1815) der sogen. Wiener Kongress¹²⁷ Europa neu, auf Konferenzen mit allen Beteiligten, auch der Kriegsverlierer und sogar dem Osmanischen Reich. Alle wurden eingebunden, niemand wurde ausgegrenzt. Frankreich, der Kriegsverlierer, musste nicht einmal wesentliche Gebietsverluste hinnehmen.

Die Schlussakte dieses Kongresses führte zu einer für Europa bisher unbekannt langen Friedensperiode. Die Konflikte, die weiterhin bestanden, verlagerten sich in die Peripherie und blieben in der 1. Hälfte des 19. Jhds. lokal begrenzt.

Auch die größeren kriegerischen Auseinandersetzungen waren ebenfalls regional begrenzt.

Zu nennen sind für die 2. Hälfte des 19. Jhds. u. a. der Kampf um die Einigung Italiens, der deutsch-dänische Krieg 1864, die Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Österreich 1866 und vor allem der deutsch bzw. –preußisch-französische Krieg 1870/ 71, der mit der Abdankung Napoleons III. in Frankreich und der Gründung des Deutschen Reiches endete. Von den weiter abseits gelegenen Konflikten sind zu nennen die Kriege auf dem Balkan zwischen Österreich und dem Osmanischen Reich, der Krim Krieg (1853-56).

Im Zentrum Europas kam es in Folge der italienischen Einigung zum österreichisch-italienischen Krieg um die Herrschaft in Norditalien. Die größte Schlacht, die Vorahnungen auslöste auf das, was dann im 1. und im 2. Weltkrieg geschah, war 1859 die von Solferino, Sardinien gegen Österreich. Die Schrecken der Schlacht und das Leid der Soldaten, führten Henry Dunant dazu, das Rote Kreuz zu gründen (NB: Dunant war der 1. Friedensnobelpreisträger (1901).

Dieser kurze Rückblick beweist, dass mit weiteren und noch schrecklicheren Kriegen zu rechnen war, was den Einsatz gegen derartige Ereignisse durch die Friedensbe-

¹²⁶ 1959-63 war der Autor Gründer u. Präsident des B. v. S.-UNO-Clubs in seiner Schulstadt Horn/ NÖ

¹²⁷ hierzu die ausgezeichnete Monografie: Lentz, Th. a. a. O.



wegungen und die Weitsicht und das Engagement der Friedensaktivisten des 19. Jhds., insbesondere von Bertha von Suttner und Anna B. Eckstein, erklärten.

Tabellarische Lebensläufe

Bertha von Suttner	Anna B. Eckstein
<ul style="list-style-type: none"> * 1843 (09.06.) in Prag - Tochter des Feldmarschalleutnants Franz Graf Kinsky u. Sophie Körner, hoher böhmischer Adel - hervorragende Bildung, auch d. Privatlehrer - zahlreiche Reisen in Europa mit der Mutter, die einen Großteil des Vermögens in Spielbanken verliert - 1873-75 Gesellschafterin/ Erzieherin bei Familie des Baron von Suttner in Wien - 1875 erstes Zusammentreffen mit Alfred Nobel in Paris - 1875 heimliche Hochzeit mit Arthur Gundaccar von Suttner, von beiden Familien nicht akzeptiert, daher - 1876- 86 im „Exil“: auf Einladung der Fürstin von Mingrelien zieht das Paar in den Kaukasus (Tiflis) - schriftstellerische Arbeit von beiden, - das epochale Buch „Die Waffen nieder“ entsteht - 1877 russ.-türk. Krieg: Arthur Gundaccar wird, auch aus finanzieller Not Kriegsberichterstatter; <i>Wahrscheinlich führte dieser Krieg zu einer verstärkten Beschäftigung mit Fragen der Kriegsverhinderung und zur Schaffung von Frieden</i> - 1886 erneutes Zusammentreffen mit Alfred Nobel, der den Einsatz von B. v. S. für den Frieden unterstützt - 1886/ 87: Romanhonorar wird für Parisreise verwendet, wo das Ehepaar Suttner die „Int. Gesellschaft für Frieden und Schiedsgerichtsbarkeit“ kennenlernt - 1888/ 89 Publizierung unter Pseudonym, 	<ul style="list-style-type: none"> * 1868 (14.06.) in Coburg - aus einfachen Verhältnissen, finanzielle Probleme verhindern Besuch der höheren Schule - lernte Englisch und Französisch und bildete sich autodidaktisch weiter - 1884 mutiger Schritt: reist nach New York zu Verwandten, in der Hoffnung, den Traumberuf Lehrerin auszuüben - kommt diesem Ziel als Privatlehrerin für die Tochter eines jüd. Geschäftsmannes näher und kann eine Ausbildung als Lehrerin abschließen - in Boston Unterrichtstätigkeit bei den Quäkern, unterrichtet Sprachen und wird später Leiterin und Besitzerin dieser Schule der Quäker - erste Kontakte und dann Eintritt in die American Peace Society - 1905- 1911 Vizepräsidentin dieser Friedensgesellschaft - 1907 für die 2. Haager Friedenskonferenz Verfassung eines Memorandums für „Generelles Schiedsgerichtsverfahren zur Lösung internationaler Konflikte“ und - nach Ergebnislosigkeit dieser Konferenz, Organisation der Aktion „Weltpetition zur Verhütung des Krieges zwischen den Staaten“ - anschließend Reise durch Kanada u. Europa - ab 1909 wieder in Coburg - bis 1913 Vortragsreisen in zahlreiche europ. Staaten - Zusammenarbeit mit B. v. S. und anderen Friedensaktivisten und Nobelpreisträgern



<p>„Die Waffen nieder“, von mehreren Verlagen nicht akzeptiert, erscheint und wird ein gr. Erfolg: In alle europ. Sprachen übersetzt, viele Auflagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1891 B. v. S. gründet - Österr. Gesellschaft der Friedensfreunde, wird deren Präsidentin (bis zum Tode 1914) und - 1892 Deutsche Friedensgesellschaft - 1891 Wahl in Rom zur Vizepräsidentin des Internationalen Friedensbüros und - Teilnahme an internat. Friedenskongressen in Bern (1892), Antwerpen (1894), Hamburg (1897) und 1899 in Den Haag; - 1892 Tod des Ehemanns Arthur Gundaccar - 1897 Denkschrift zum Einsatz eines internat. Schiedsgerichts - 1904 Teilnahme an Weltfriedens-Konferenz in Boston; 7-monatiger USA Aufenthalt und Vortragstätigkeit; in Washington Zusammen treffen mit Präsident Th. Roosevelt - 1905 Zuerkennung des Friedensnobelpreises – 1. Frau (!); Entgegennahme 1906 - Folgejahre: Arbeit für den Frieden, Reisen und Vorträge in ganz Europa; schriftstellerische Arbeit in Wien - + 1914 (21.06.) in Wien - beigesetzt im Columbarium in Gotha¹²⁸ 	<p>(Jean Jaurès (F), H. Fried (D), Ludwig Quidde (D))</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1913 Nominierung für den Friedensnobelpreis - 1918 nach schriftstellerischer/ journalistischer Tätigkeit während 1. Weltkrieg entsteht Publikation „Der Staatenschutzvertrag“ - 1918- 1933 Mitarbeit in der „Deutschen Liga für den Völkerbund“, für den sie in Coburg, Lichtenfels und Hildburghausen Bezirksvereine gründete - Kampf gegen aufkommenden Nationalsozialismus und Engagement in der Ev. Kirche - 1942 Verbot der Schrift „Wille zur harmonisierenden Macht“ durch NS-Zensur - + 1947 (16.10.) in Coburg <p>(Grab wurde zwischenzeitlich aufgelöst, auch aus Unkenntnis über die Bedeutung von A. B. E.)</p>
--	--

¹²⁸ Diese Beziehung zu Gotha hat damit zu tun, dass im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha ein Krematorium existierte, während in der gesamten k. u. k.-Monarchie Einäscherungen verboten waren. Daher befindet sich die Urne der Nobelpreisträgerin B. v. S. im Columbarium in Gotha.



Österreich: 2 €-Münze
(Fotos: J. M. Werobèl de La Rochelle)



Coburg: Gedenktafel in der Anna B. Eckstein Anlage

Wirken der Friedensaktivistinnen

B. v. S. qualifizierte den Krieg als absolut unmoralisch; damit stand sie im Gegensatz zu anderen (Ivan Bloch/ Norman Angell), die versuchten, eine Rationalität des Krieges wissenschaftlich zu begründen, auch wenn ihnen selbst dies als irrational erschien.

Visionär sind viele der Vorschläge, sowohl die von B. v. S., wie von A. B. E., die aber leider weder den 1., noch den 2. Weltkrieg verhinderten. Aber von diesen Vorschlägen sind einige doch später umgesetzt worden. Alle mit der Absicht zur gewaltlosen Überwindung von Konflikten, z. B. vorgetragen 1906 bei der Ansprache anlässlich Nobelpreisverleihung:

1. Schiedsgerichts-Abkommen, um Konflikte beizulegen
2. Friedensmission aller Staaten, die dann im Angriffsfall eines Staates gemeinschaftlich den Angreifer zurückweisen (Völkerbund/ UNO?)
3. Errichtung einer internationalen Institution als Gerichtshof, der im Namen der Völker Recht spricht (heute Internationaler Gerichtshof in Den Haag/ Europäischer Menschengerichtshof in Luxemburg, etc.)

Visionär und Prophetisch waren viele Statements und Vorschläge der beiden Frauen: Warnung vor einem Vernichtungskrieg, ausgesprochen während einer mehrmonatigen Vortragsreise in den USA (1912), Befürchtungen vor dem Bruch der ohnehin instabilen Friedensordnung und vor Krieg, was nur durch Abrüstung statt Aufrüstung zu verhindern war.

Es muss allerdings darauf verwiesen werden, dass bereits im 17. Jhd. Vorschläge für eine Friedensordnung gemacht wurden, zuerst von Hugo Grotius (Holländer) 1625 in seiner Abhandlung „de iure belli ac pacis“ (vom Recht zum Krieg und auf Frieden), von Immanuel Kant 1795 im „zum ewigen Frieden“, wo er die Idee einer friedlichen



Gemeinschaft der Völker entwickelt. Diese Ideen sind bei den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 ausführlich diskutiert worden.

Beide Aktivistinnen machten Vorschläge zur Einrichtung von Organisationen und Strukturen, z. B. für ein Internat. und Ständiges Friedensbüro (1891 B. v. S.) und „Generelles Schiedsgerichtsverfahren“ bei internat. Konflikten (A. B. E. 1907).

Der 1. Weltkrieg, von neueren Historikern auch 1. Europäischer Bürgerkrieg genannt, machte zwar alle Vorhaben zunichte. Dennoch gab A. B. E. nicht auf, sondern setzte sich weiter für den Frieden ein, nun weitgehend alleine, nachdem sie durch den Tod von B. v. S. eine wichtige Mitstreiterin verloren hatte und der Versailler Friedensvertrag 1919 die Arbeit nicht vereinfachte, sondern sogar, wie sich bald herausstellte, den Ursprung des 2. Weltkriegs bedeutete.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen konnten dennoch einige Initiativen für eine Friedensordnung realisiert werden, insbesondere die Gründung des Völkerbundes (1919).

Dieser sollte die internationale Zusammenarbeit fördern, bei Konflikten vermittelnd eingreifen und die Kontrolle über Friedensverträge übernehmen, somit das Risiko vor Kriegen minimieren. Jedoch blieb diese Absichten stark eingeschränkt, da bei Abstimmungen Einstimmigkeit notwendig war. Eine weitere Einschränkung der Wirksamkeit war durch die Nichtmitgliedschaft der USA gegeben (Die USA waren mit dem Versailler Vertrag von 1919 nicht einverstanden.). Ein weiteres Problem stellte sich durch das Aufkommen des Nationalsozialismus und dem damit verbundenen Austritt des Deutschen Reichs aus dem Völkerbund im Oktober 1933. Besonders negativ für das Fortbestehen des Völkerbundes wirkte sich die Expansionspolitik Italiens in Abessinien aus (s. Kapitel). Vorgesehene Sanktionen gegen Italien blieben wirkungslos bzw. konnten nicht umgesetzt werden.

Wichtig erscheint die Zeit nach 1945:

Bei der Gründung der Vereinten Nationen bezog man die negativen Erfahrungen in die Organisationsstruktur ein und bildete Gremien, die es in den Zeiten des Völkerbundes noch nicht gab (Sicherheitsrat, Abkehr von der Einstimmigkeit, (abgesehen vom Veto im 5 Mitglieder starken Sicherheitsrat), Unterorganisationen, Gerichtshöfe, etc..



Fazit

Das Wirken von B. v. S. und A. B. E. ist bis heute sichtbar, auch die Auswirkungen ihres Engagements, trotz zweier Weltkriege und vieler weiterhin schwelender Konflikte in der gesamten Welt. Es gibt durch deren Arbeit und deren Vorschläge heute Strukturen, die wirksamer arbeiten als in der Zeit des Völkerbundes.

Beide Frauen haben bewiesen, dass auch Privatpersonen Wesentliches erreichen, also nicht nur Herrscher, Minister oder Diktatoren. (Gerade im 19. Jhd. war die Politik sehr stark hierarchisch ausgerichtet).

Auch haben sich beide Aktivistinnen bis zu ihrem Tode für den Frieden in der Welt eingesetzt. Bezeichnend hierfür sind die letzten Worte von B. v. S. auf dem Sterbebett: „Die Waffen nieder! Sagt es vielen, sagt es vielen!“

Dass das Wirken von B. v. S. nicht vergessen ist, sieht man auch daran, dass in der Bibliothek der UNO in Genf ein großer Teil des noch vorhandenen Nachlasses aufbewahrt wird (1938 wurden nach der Machtübernahme der Nazis in Österreich sämtliche B.v.S.-Dokumente vernichtet (sic!), auch das Original der Nobelpreis-Urkunde). Was erhalten blieb, verwahren das Museum des Landes NÖ (St. Pölten) und besonders das Krahuletz-Museum in Eggenburg/ NÖ, in der Nähe von Schloss Harmannsdorf zwischen Horn und Eggenburg.

Neben dem Nobelpreis wird durch mehrere Denkmäler, Straßennamen in Österreich, und Schulen in Deutschland, schließlich durch die österreichische 2 €-Münze der Person von B. v. S. gedacht.

A. B. E. bekam eine besondere Ehrung durch die Stadt Coburg, die 1987 eine Parkanlage in der Innenstadt nach ihr benannte. Besondere Würdigung allerdings findet man für A. B. E. in Meeder/ bei Coburg, im Friedensmuseum, das notabene sich aus einem Erlass, von Friedrich Wilhelm II., Herzog von Coburg, entwickelte, der nach dem 30-jährigen Krieg 1650 durch ein jedes Jahr stattfindendes Friedensfest (bis heute) an das Ende dieses Krieges erinnern wollte.

Literatur

Leis, U.: Befreiung von der „Tyranneherrschaft des Kriegsmolochs“: Anna Bernhardine Eckstein (1868–1947) – „Vorkämpferin für den Weltfrieden“. In: „Seien Sie doch vernünftig“ Frauen der Coburger Geschichte, (Hg.) Gaby Franger, Edmund Frey und Brigitte Maisch, Initiative Stadtmuseum Coburg e.V. 2008, S. 163.

Eckstein, Anna B.: Staatenschutzvertrag zur Sicherung des Weltfriedens, München Duncker & Humblot, 1919.

Kempf, B.: Bertha von Suttner. Eine Frau kämpft für den Frieden. Herder Bücherei, Freiburg 1979.

Bertha von Suttner. Schriftstellerin – Politikerin – Pazifistin. Heyne, München 1987.




-
- Laurie R. Cohen (Hg.): „Gerade weil Sie eine Frau sind...“. Erkundungen über Bertha von Suttner, die unbekannte Friedensnobelpreisträgerin. Braumüller, Wien 2005.
- Lentz, Th.: Le Congrès de Vienne..., dt.: Der Wiener Kongress und die Neugründung Europas, München Siedler 2014.
- Reinhardt, H.: Bertha von Suttner – Dokumente um ein Leben – Ausstellungskatalog des Krahuletz-Museums, Eggenburg 1972 und Nachdruck 2005.
- Reinken, L. v.: Bertha von Suttner. – Memorien. – Bremen Schünemann 1965.

10 Epilog:

J. M. Werobèl de La Rochelle

10.1 Ein erstes Fazit

FMM Nr. 17
 Buch: „Der christliche Staatsmann“
 von Wilhelm Stapel



Das Buch ist 1932 in der Hanseatischen Verlagsanstalt erschienen und beinhaltet, wie der Untertitel schon nahelegt: „Eine Theologie des Nationalismus“. W. Stapel war auch Mitherausgeber der halbmonatlich erscheinenden Zeitschrift „Deutsches Volkstum“.

In einer „Reichsausgabe der Frankfurter Zeitung“ aus dem Jahr 1933 verfasste Hans Heinrich Härten eine Buchrezension über W. Stapels Buch. Er schrieb: „Den Krieg bejaht Stapel aus ganzem Herzen. Die Wildheit eines Volkes und der Hass sind ihm Zeichen biologischer Gesundheit, diejenigen aber, die den Frieden auf Erden erstreben, sind entweder biologisch minderwertig, rationalistisch angekränkelt oder sie gehören zu ‚den Ewig-Dummen, die das ungestörte Fressen Frieden nennen‘. [...] Das Bild des christlichen Staatsmanns, wie ihn sich Stapel vorstellt, ist nun einigermaßen deutlich geworden: dieser christliche Staatsmann ist ein Ungeheuer, der, solange ihm alles zu Willen ist und nicht die ‚naive und gläubige Entfaltung seiner Kräfte‘ hemmt, fromm tut, auch gütig und väterlich ist, aber wenn sein Herrscherwille auf Widerstand und Grenzen stößt, dann wird er sich ‚gewaltig erheben auf Gottes Geheiß, wie ein unbändiger Löwe‘, bis er sich den Erdball unterworfen. Die Überzeugung verfestigt sich beim Lesen des Buches immer mehr, daß mit dieser Theologie des Nationalismus, die besser nationalistischer Mystizismus genannt wäre, der deutschen Nation ein schlechter Dienst erwiesen wurde.“

Natürlich ist es immer noch erschreckend, in wie vielen Staaten Menschenrechte missachtet werden, zu welchen Gräueltaten die Menschheit immer noch fähig ist. Und dennoch gibt es eine positive Entwicklung: In vielen Ländern hat sich das Rechtsempfinden weiterentwickelt, ist ein moralisches und ethisches Bewusstsein entstanden, das vieles nicht mehr akzeptiert, auch nicht stillschweigend.

Wir haben, insbesondere in den demokratischen Staaten, heute mehr Freiheiten, finden eine aufmerksame Öffentlichkeit und vor allem Menschen, die widersprechen und offenen Widerstand leisten, sich in zahllosen NROs organisieren und engagieren.

Meinungen können im 21. Jhd. frei geäußert werden, wobei gewissen Meinungen heute gar nicht mehr publik gemacht werden, weil

jeder sie als abstrus, absurd, abstoßend wertet. Ein besonders frappantes Beispiel ist folgendes, im Katalog des Friedensmuseums Meeder¹²⁹ gefunden, das über ein Buch¹³⁰ von 1932 Zeugnis ablegt:

Eigentlich erübrigt sich jeder Kommentar, denn mit Christentum hat das nichts zu tun und „Wildheit und Hass (sic!), als Zeichen biologischer Gesundheit“ zu bezeichnen, ist weit entfernt von christlicher Haltung, medizinischer Logik und vor allem weit entfernt von europäischer Ratio. Keiner kann eine solche Meinung heute vertreten.

Wenn wir diese Sprüche von 1932 ff. mit der politischen und auch menschlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert vergleichen, merken wir doch, dass sich vieles bewegt hat. Denn solche Äußerungen sind unwissenschaftlich, unmenschlich, und inakzeptabel.

Also gibt es doch Fortschritte?

¹²⁹ Friedensmuseum Meeder (bei Coburg).

¹³⁰ Ausstellungskatalog, Lernwerkstatt Frieden (Meeder), 2011, S. 11.



10.2 Fazit 2 – ein Vorschlag für eine andere Form der Erinnerungskultur: zur Vorbereitung der anstehenden Gedenktage 2018, 2038 und 2045

**(100 Jahre Ende des 1. Weltkriegs 2018 und des 2. Weltkriegs 2045,
2038: 75 Jahre Elysée-Vertrag)**

...oder Initiative „**Zur Umwidmung von Kriegerdenkmälern von 1870/ 71, 1914-18 und 1939-45**“,

Es ist wohl ungewöhnlich, mit dieser Publikation gewisse Erwartungen und Hoffnungen zu vermitteln. Dies steht aber im Zusammenhang mit einigen Kapiteln, die sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit befassen, ganz besonders mit dem Kapitel „Frankreich-Deutschland, der Elysée-Vertrag“. Daher schlägt der Autor vor, sich mit dem Komplex **Umwidmung von Kriegerdenkmälern** zu befassen, gerade mit Blick auf die anstehenden Gedenktage 2018 „100 Jahre Ende des 1. Weltkrieges“ und 2045 „100 Jahre Ende des 2. Weltkrieges“, auch 2038 – 75 Jahre Elysée-Vertrag.

Dazu gibt es den bemerkenswerten Kommentar von Kin Hubbard¹³¹:

„Der Friede hat ebenso viele Siege aufzuweisen wie der Krieg, aber weit weniger Denkmäler“

1. In vielen deutschen und französischen Städten stehen an markanter Stelle Denkmäler, die nicht nur an den deutsch-französischen Krieg 1870/ 71 erinnern, mit Namen von Gefallenen und Orten.
2. Vor allem die jüngere Generation beschäftigt sich kaum mit 1870/ 71, kennt auch keine Einzelheiten. Daher ist zu überlegen, ob die Inschriften an den Denkmälern nicht geändert bzw. ergänzt werden sollte, um nach 150 Jahren eine notwendige Anpassung vorzunehmen.
3. Mit einer Umwidmung könnte auch Positives stärker betont und ins Bewusstsein gebracht werden, d. h. hin zu Frieden und weg von Krieg. Damit wird einerseits der WERT der Erinnerung an einen Krieg gewahrt, andererseits der implizierte WERT des Friedens hervorgehoben.
4. Wir könnten damit einen WANDEL vollziehen, indem wir ein konventionelles Denkmal in ein Friedensdenkmal umwandeln, also nicht mehr den Heldentod verherrlichen, sondern den Frieden würdigen, vor allem jetzt, da eine Unzahl von Gedenkveranstaltungen anstehen, für 1914-18, ganz zu schweigen von den noch ausstehenden Gedenktagen zu 1939-45.

¹³¹ Frank McKinney Hubbard (1868-1930), amerikanischer Kartunist und Journalist.



5. Wir verdanken die in der Geschichte unseres Europas längste Friedensepoche (seit 1945) dem Europäischen Einigungsprozess, den Visionären und Staatsmännern nach 1945, ganz im Gegensatz zu den meisten vor und nach 1918, Männern wie Schumann, Monet, De Gasperi, de Gaulle und Adenauer, durchaus vorbereitet von den Friedensaktivisten wie Anna B. Eckstein¹³² (Coburg) oder Bertha von Suttner¹³³ (Wien, Horn), Briand u. Stresemann (Außenminister von F und D)¹³⁴.
6. Die Kriegsgegner Deutschland und Frankreich – übrigens nicht Erbfeinde, denn diese „Erbfeindschaft“ war ein Produkt der Politpropaganda des 19. Jhd. – sind zu Partnern, zu Freunden geworden.
7. Materiell soll der Wert eines jeden Denkmals erhalten bleiben, aber ideell sollte ein Wandel vollzogen und ein – wohl einmaliges – Erinnerungsdenkmal geschaffen werden:

Zur Erinnerung an den Elysée-Vertrag, der 1963 zwischen Deutschland und Frankreich, von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer geschlossen und von den Parlamenten beider Staaten angenommen wurde¹³⁵. Dieser Freundschaftsvertrag ist das genaue Gegenteil zu den verlustreichen und grauenvollen Kriegen 1870/71, 1914-18 u. 1939-45, zeigte, dass man auch anders als durch Kriege Politik machen kann. (s. Kap.)
8. Der Text zur Umwidmung des bestehenden Kriegerdenkmals sollte
 - von den Bürgern, auch Schulen oder Jugendorganisationen, erarbeitet werden,
 - der Entwurf der Plakette könnte z.B. in Coburg von HS-Studierenden (Fakultät Design) stammen,
 - und in drei Sprachen (französisch, englisch und deutsch) abgefasst werden.
9. Zum Elysée-Vertrag gibt es Briefmarken, Medaillen und Münzen und viele große Reden, vor allem die bewegenden Worte von Bundespräsident Gauck in Oradour¹³⁶, aber eine Gedenktafel als Umwidmung eines Denkmals gibt es offensichtlich in Deutschland und Frankreich noch nicht.

¹³² Bedeutende Friedensaktivistin aus Coburg (1868-1947), Kampfgefährtin von B. v. Suttner.

¹³³ (1843-1914) erste Friedensnobelpreisträgerin.

¹³⁴ Aristide Briand (1862-1932) franz. Außenminister; Gustav Stresemann (1878-1929) dt. Außenminister; beide erhielten gemeinsam den Friedensnobelpreis 1926.

¹³⁵ s. Kap.

¹³⁶ Massaker von Oradour (1944) war ein durch die Waffen-SS verübtes Kriegsverbrechen an der Bevölkerung des französischen Dorfes Oradour-sur-Glane. Nahezu alle Einwohner wurden dabei ermordet, es gab nur sechs Überlebende. Das Dorf wurde völlig zerstört. Bei dem Massaker von Oradour handelte es sich mit 642 Opfern um das zahlenmäßig größte Massaker in Westeuropa. (<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/kriegsverlauf/oradour-sur-glane-1944.html>).



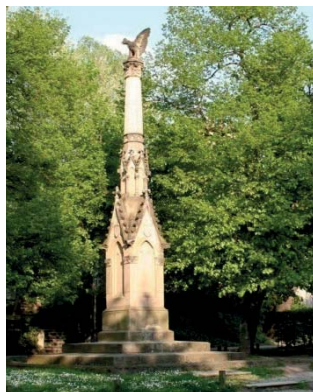
10. Umwidmung von Kriegerdenkmälern – praktische Vorschläge

Im Idealfall sollten Schulen, Vereine, Städtepartnerschaften den Text konzipieren.

- ein möglicher Vorschlag:

Errichtet zu Ehren der Gefallenen des Krieges 1870/71 und der noch verheerenderen Weltkriege 1914-18 und 1939-45 2020 (?) umgewidmet, um zu Versöhnung und Frieden zu mahnen, an den Elysée-Vertrag von 1963 zu erinnern

(geschlossen von Charles de Gaulle (Präsident der Französischen Republik) und Konrad Adenauer (Kanzler der Bundesrepublik Deutschland), der zu Zusammenarbeit und Freundschaft, der beiden Nationen und zum Frieden führte. Durch diesen Vertrag wurde die Zeit der Kriege beendet und eine bis heute andauernde Epoche des Friedens und der Zusammenarbeit eingeleitet.



*Kriegerdenkmal für
1870/71: Ernstplatz Co-
burg (Fotos: Hg.)*



*Kriegerdenkmal vor der
Stadtpfarrkirche
St. Augustinus in Viechtach*

Beispiele für Inschriften – zum Nachdenken/ Nachahmen anregend:

„Dem Sieg geweiht, vom Krieg zerstört, zum Frieden mahnend“ (Siegestor München)

„Tote Kameraden mahnen zum Frieden“ (Kriegerdenkmal Waldkirchen (Bayer.Wald))

Noch zur Erinnerung: „**Der Friede hat ebenso viele Siege aufzuweisen wie der Krieg, aber weit weniger Denkmäler**“ (s. Anmerkung 134).

Dies ließe sich doch ändern.



10.3 Une Initiative Franco-Allemande ou Européenne: 2018, 2038 et 2045

En observant le passé relatif à certaines périodes du siècle dernier: les pages sombres de l'histoire.

La perception qui peut en être faite de nos jours et la considération à apporter dans une perspective globale.

Il s'agit d'une proposition pour parvenir à une autre façon de juger le passé, mais aussi, pour la **préparation de cérémonies commémoratives** de **2018** et **2045** (centenaires - fin de la 1^{ère} et de la 2^{ème} guerre) puis, en **2038** ou en **2063** (75^{ème} / centenaire du traité franco-allemand)

Ou INITIATIVE POUR LA CONVERSION/RECONSIDERATION DE MONUMENTS DES GUERRES EN EUROPE

Il est inhabituel de créer dans une publication certaines attentes et espérances. Néanmoins, dans le contenu des nombreux chapitres qui traitent de l'élucidation du passé et de ses sombres pages d'histoire, et plus particulièrement pour ce qui concerne les relations France-Allemagne en lien avec le traité de l'Élysée de 1963.

D'une manière générale il est proposé de bien réfléchir sur la reconsidération/ l'interprétation des inscriptions qui figurent sur les monuments aux morts au moment de la préparation des journées commémoratives de 2018 et 2045 (liées aux centenaires des grandes guerres), sans oublier, 2063 (cette future date sera liée au centenaire du traité de l'Élysée) ou mieux 2038 (75 ans).

Cette citation de Ken Hubbard (journaliste américain, 1868-1930) est convaincante:

«La paix dispose d'autant de victoires que celles de la guerre mais cependant avec beaucoup moins de monuments».

1. Dans la majorité des villes en France et en Allemagne se sont érigés des monuments commémoratifs pour les victimes, en mentionnant souvent les lieux.
2. La jeune génération, en particulier, évoque à peine 1870/71, ne connaissant ni les origines ni les conséquences de ce conflit. Pour cette raison il nous semble important de modifier certaines inscriptions ou – mieux encore – d'ajouter de l'information, pour les adapter à ce dont il faut se souvenir 150 ans après.



3. Une reclassification, pourrait mettre en évidence les faits positifs, en mentionnant la paix et, en s'abstenant d'insister sur les faits purement belliqueux. L'intérêt et les valeurs évidentes que représente la paix sont ainsi mises en lumière, sans négliger les faits historiques et les innombrables victimes qui en ont découlés.
4. Nous pouvons parvenir à une autre vision, changer la perception en transformant un monument conventionnel en un monument de paix.

On pourrait donc de cette manière ne plus glorifier la mort héroïque mais au contraire honorer la paix.

Ainsi, nous pourrions préparer différemment les journées commémoratives liées aux périodes 1914-18, 1939-45 et l'année 1963.

5. Nous prenons bien en considération l'histoire de notre Europe, de la plus longue période de paix au fil d'une histoire pleine de conflits, de querelles, de guerres – et cela, depuis 1200 ans à l'époque de Charlemagne

Depuis 1945 nous vivons en paix, grâce à la création de l'UE, à la C.E.C.A.¹³⁷, grâce à la CEE¹³⁸, etc..

Le procès d'intention pour une Europe nouvelle, une Europe pleine de compréhension et de respect mutuel, une EUROPE vivant dans la PAIX résultent de la connaissance de notre passé et de la vision exemplaire de certaines personnalités que l'on peut qualifier d'extraordinaires, telles que celles de: Robert Schumann, Jean Monnet, Alcide de Gasperi, P.H. Spaak, Charles de Gaulle et Konrad Adenauer, etc., mais également grâce à l'inspiration d'une Bertha v. Suttner, d'Aristide Briand et de Gustav Stresemann – tous ont obtenu le Prix Nobel de la Paix.

Les adversaires d'autrefois, que furent l'Allemagne et la France, sont devenus, aujourd'hui partenaires et même amis. (Mentionnons, néanmoins, que la dite «inimitié héréditaire» était dû, en particulier, à la propagande politique du 19^{ième} siècle.)

- 6. La dimension historique de chaque monument doit être conservée, matériellement, mais immatériellement elle doit opérer un changement en se transformant en monument de commémoration qui énumèreront des actes de paix:**

Le traité de l'Élysée, conçu et conclu en 1963, par Charles de Gaulle et Konrad Adenauer, offre une occasion séculaire en se souvenant de ce moment unique entre deux peuples.

¹³⁷ Communauté Européenne de Charbon et de l'Acier

¹³⁸ Communauté Économique



Ce traité d'amitié et de coopération, s'oppose aux phénomènes relatifs à la guerre tout ce qui en a résulté, en termes de dégâts et de souffrances au cours des périodes: 1870/71, 1914-18 et 1939-45.

Ce traité est, sans aucuns doutes, plus valeureux que les traités de paix précédents qui ont, d'ailleurs, souvent fait naître de nouvelles guerres.

La mise en œuvre de ce traité a prouvé une nouvelle réalité. D'une part, il est plus efficace que tous les autres traités de paix et, d'autre part, il démontre en particulier, qu'une ligne politique qui s'exprime en faisant abstraction des guerres, est possible. C'est tout à fait réalisable et profitable pour les peuples.

7. Pour crédibiliser l'idée de revaloriser et reconsidérer les monuments, pour une véritable conversion en monument de paix, à l'occasion des journées commémoratives de 2018, 2045 et le centenaire de 2063 (ou 2038 -75 ans); il est indispensable qu'un nouveau guide soit élaboré en impliquant, la population qui inclura les élèves, les comités de jumelages de nos villes, mais aussi et surtout nos jeunes qui ont une méconnaissance sur ces pages d'histoire (fort heureusement pour eux quant au vécu douloureux durant ces périodes de guerre). Tous ces acteurs doivent réfléchir sur l'importance de la paix. (Notons qu'il y a environ 2200 villes jumelées en France et en Allemagne!) Les documents/ plaquettes qui seront rédigées doivent, de préférence, être produits en deux ou trois langues (français et allemand, également en anglais).

8. Notons qu'il y a déjà quelques exemples pour juger une telle conversion:

à Munich – l' Arc de la Victoire :

«consacré à la victoire, détruit par la guerre, exhortant à plaider pour la paix»

Ou à Waldkirchen, petite ville en Forêt Bavaroise,

«les camarades morts rappellent ceux qui sont les témoins vivants de la paix»

9. **2038 - 75 ans** ou **2063**: Centenaire du **traité de l'Élysée**

Pour se souvenir de ce traité historique nous avons produit: des timbres, des médailles et des pièces. Nous pouvons également nous imprégner des discours importants, (notons, en particulier, le récent discours du président de la RFA à Oradour sur Glane (Sept.2013).

Cependant, il semble qu'aucune plaquette n'existe pour commémorer le «jour du traité de l'Élysée» tant en Allemagne qu'en France.

10. Pour conclure: Réfléchissons sur un exemple de reconsidération qui serait, en faveur d'une nouvelle perception d'un monument:



En rapport avec les plaquettes existantes dans de nombreuses villes concernant les monuments:

Érigés en l'honneur des victimes de guerres: 1870/71, 1914-18 et 1939-45.

Il faudrait rédiger un additif complémentaire sur, p. ex.

« Le traité de l'Élysée de 1963 entre la France et l'Allemagne qui a mis fin à ces périodes d'hostilité et de guerres, en donnant priorité à la coopération et l'amitié et, par voie de conséquence, à la PAIX entre les deux peuples et en Europe.»

Ainsi nous nous souviendrons, face aux nombreux monuments existants, que la guerre a autant de victoires que celles qui sont relatives à la paix durable.



11 Sonderseiten

(chronologisch zusammengestellt durch den Hg.)

11.1 Missachter der Menschenrechte im 20. Jahrhundert

Jacob H. Smith (1840-1918)

US-General im span.-amerik. Krieg (1898) auf den Philippinen, befahl seinen Truppen die Erschiessung aller Filipinos, älter als 10 Jahre, um aus der Gegend eine „*howling wilderness*“ (*schaurige, fürchterliche Wildnis*) zu machen.

Leopold II. (1835-1909)

König der Belgier, Präsident des Kongo-Freistaates, Verantwortlicher für die Kongo-gräuel mit ca. 4-8 Mio. Toten (geschätzt)

Lothar v. Trotha (1848-1920)

Kommandeur der Truppen in Deutsch-Südwestafrika, befahl im Herero-Aufstand (1904) Erschiessungen und die Vertreibung von Überlebenden in die Namib-Wüste. Den deutschen Opfern (ca. 1520) stehen mind. 10-mal so viele Hereros/ Damaras gegenüber.

Damad İsmail Enver Pascha (Paşa = türk. General) (1881-1922)

General und Kriegsminister des OR, Hauptverantwortlicher der Vernichtung der Armenier (1915/ 1916) mit 300.000 bis 1,5 Mio. Opfern (geschätzt). NB: Enver Pascha rivalisierte lange Zeit mit Atatürk.

J. W. Stalin (Josef Wissarionowitsch Stalin) (1878-1953)

Nachfolger Lenins, Generalsekretär des ZK der KPdSU, Oberster Befehlshaber der Roten Armee, etc.. Verbündeter Hitlers, dann nach dessen Überfall auf die SU, Alliiertes von USA, GB; F, etc. und somit Sieger 1945.

Errichtete eine totalitäre Diktatur: Säuberungen, Vertreibungen, Ermordung von Gegnern, Errichtung von Gulags. Einführung einer Kommandowirtschaft, was zu Hungersnöten mit bis zu 1,5 Mio. Toten führte.

Matsui Iwane (1878-1948)

General des Kaiserreichs Japan, Kommandeur der Shanghai Expeditionsarmee, Hauptverantwortlicher des Nanjing-Massakers (1937) mit ca. 200.000 Opfern (20.000 Vergewaltigungen), nach Schätzungen des Kriegsverbrecherprozesses von 1946-1948), Hinrichtung 1948 im Sugamo-Gefängnis.

**Tōjō Hideki** (1884-1948)

General der Kaiserlich-Japanischen Armee, Premier- und Kriegsminister, verantwortlich für Invasion in China und im Pazifik (Pearl Harbour), verantwortliche für den Tod von ca. 4 Mio. Chinesen, für med. Experimente an Gefangenen, etc..
1948 nach den Tokioter Prozessen wegen Kriegsverbrechen hingerichtet.

Benito Mussolini (1883-1945)

„Duce del Fascismo“, Ministerpräsident des Königreiches Italien (1922-1943), Initiator des Abessinien-Feldzuges (s. Kap.), der Besetzung Albanien und Griechenlands, etc., engster Verbündeter Hitlers. Gefangen genommen und erschossen von ital. Widerstandskämpfern.

Adolf Hitler (1889-1945)

Ab 1933 Reichskanzler und Führer des 3. Reiches, Parteivorsitzender der NSDAP, Hauptverantwortlicher für den 2. Weltkrieg mit bis zu 60 Mio. Opfern, wohl einer der größten Kriegsverbrecher in der Geschichte.

Adolf Eichmann (1906-1962)

Organisator der Vertreibung von Gegnern des Regimes des 3. Reiches, mitverantwortlich für die Ermordung von ca. 6 Mio. Juden (viele davon, Deutsche mosaischen Glaubens), 1960 aus Argentinien entführt und nach einem Prozess in Israel 1962 hingerichtet.

Roland Freisler (1893-1945)

Jurist, Präsident des Volksgerichtshofes (1942-1945), verantwortlich für 2.600 Todesurteile, insbesondere von Teilnehmern am Aufstand gegen Hitler vom 20. Juli 1944. Einer der übelsten/berüchtigtsten Juristen. Tod bei einem Bombenangriff.

Pietro Badoglio, Herzog v. Addis Abeba (1871-1956)

Ital. Marschall, wichtig bei den Eroberungskriegen Italiens (Libyen 1923-1932 und Abessinien 1935-36/41), Verantwortlich für Verbrechen an der Abessinischen-Zivilbevölkerung. Nach Wechsel Italiens auf die Seite der Alliierten. Erster postfaschistischer Ministerpräsident.

Mao Zedong, Mao Tse-tung (1893-1976)

Gründer der VR-China, Anführer der Kommunisten im Bürgerkrieg 1927-49, sein „Große Sprung nach vorn,, (1958-61) löste Hungersnöte aus, und die „Kulturrevolution,, (1966-76), brachten den Tod für mind. 15 Mio. Menschen, Schät-



zungen gehen sogar bis 45 Mio. Tote. Heute noch in der VR-China nicht verurteilt, sondern unantastbar und verehrt.

Rodolfo Graziani, Markgraf von Neghelli (1882-1955)

Italienischer General und Politiker zur Zeit der faschistischen Diktatur, auch als „Marschall Italiens“ bekannt, Schlüsselfunktion 1920/30 im Abessinienkrieg, 1943 bis 1945 Oberbefehlshaber der an deutscher Seite kämpfender republikanisch-italienischen Streitkräfte. Wegen Einsatz von Giftgas, Bombardierung von Krankenhäusern während des Abessinienkrieges, auf Liste der Kriegsverbrecher, jedoch nie für seine Kriegsverbrechen verurteilt.

Maurice Papon (1910-2007)

Französischer Beamter, Nazi-Kollaborateur und Kriegsverbrecher. Verantwortlich für die Judendeportationen und im Algerienkrieg als Polizeipräfekt von Paris. Im Prozess 1998 wurde er wegen Verbrechen gegen die Menschheit für schuldig befunden und zu 10 Jahren Haft verurteilt.

William Calley (1943)

US-Offizier, Verantwortlich für das Massaker von Mỹ Lai während des Vietnamkriegs (s. Kapitel). Dieses Massaker mit bis zu 500 getöteten Zivilisten änderte die Wahrnehmung des Vietnamkriegs in der Welt, führte z. B. in Europa zu den Studentendemonstrationen. Calley wurde als Kriegsverbrecher 1971 verurteilt, jedoch mehrfach begnadigt.

Jorge R. Videla (1925-2013)

Diktator Argentiniens (1976-81), verantwortlich für die brutalste Phase der Diktatur mit bis zu 30.000 toten Zivilisten. Nach Wiederherstellung der Demokratie wegen Mord und Entführungen zu lebenslanger Haft verurteilt (s. Kapitel).

Augusto Pinochet (1915-2006)

Chilenischer General und Diktator, 1973 stürzte er die gewählte Regierung, mit Hilfe der USA. Setzte Festnahmen, Folterungen, Mord oder Verbannung politischer Gegner als Mittel seiner Politik ein: zehntausende Fälle (s. Kapitel).

Pol Pot (1928-1998)

Kambodschanischer Politiker und Machthaber. Errichtete ein „steinzeitkommunistisches“ System mit geschätzten mind. 1,6 Mio. getöteter Menschen (s. Kapitel).

**François Duvalier** „Papa Doc“ (1907-1971)

Diktator in Haiti (1957-71), verantwortlich für Ermordung von tausenden Haitianern; Sicherung seiner Macht durch „Tontons Macoutes“, einer Sondereinheit, die für unzählige Menschenrechtsverletzungen, für Ermordung, Folterung, Entführung verantwortlich ist.

Idi Amin Dada (1928-2003)

Ehem. britischer Offizier, Präsident Ugandas nach Putsch (1971-79), verantwortlich für ca. 400.000 Opfer seiner Gewaltherrschaft. Sinnbild des brutalen afrikanischen Gewaltherrschers. Nach Sturz im Asyl in Saudi Arabien, nie verurteilt,

Haile Mariam Mengistu (1937)

1977-91 Staatsoberhaupt Äthiopiens, ermordete (persönlich?) Kaiser Haile Selassie, 2006 Verurteilung in Abwesenheit durch Obersten Gerichtshof in Addis Abeba wegen Völkermord und Totschlag, etc., lebt im Exil in Simbabwe.

Nicolae Ceaușescu (1918-1989)

1965-89 neostalinistische Diktator der Sozialistischen Republik Rumänien. Gewaltherrscher, wegen seiner Distanz zur SU auch vom Westen unterstützt. Herrschaft gekennzeichnet durch Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere durch den Geheimdienst Securitate (ca. 200.000 Opfer).

Slobodan Milosevic (1941-2006)

Kommunistischer, später sozialistischer jugoslawischer und serbischer Politiker, Vertreter eines extremen serbischen Nationalismus, als Präsident (1997-2000) wegen Völkermord im Jugoslawienkrieg (1991-95) und Kosovokrieg (1999) vom UN-Kriegsverbrechertribunal angeklagt und 2001 verhaftet und nach Den Haag ausgeliefert. Starb 2006 vor Abschluss des Verfahrens.

Hissène Habré (1942)

1982-90 diktatorisch regierender Diktator des Tschad. Gewaltkampagnen und schwere Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegen nichtmuslimische ethnische Gruppen des Tschad. Er ist verantwortlich für 40.000 politisch motivierte Morde. 2008 in Abwesenheit in N'Djamena zum Tode verurteilt. 2016 zu lebenslanger Freiheitsstrafe von den Außerordentlichen Afrikanischen Kammern im Senegal verurteilt.

Charles Ghankay Taylor (1948-97)

Präsident von Liberia (gewählt 1997). Einer der grausamsten Warlords im liberianischen Bürgerkrieg (1989-2003). Erstes afrikanisches Staatsoberhaupt, das von ei-

nem internationalen Tribunal wegen Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen wurde. Der Sondergerichtshof fällte ein Urteil gegen Taylor über 50 Jahre Gefängnis (2012).

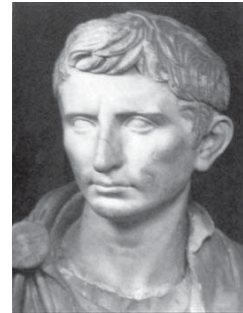
Anmerkung/ Überlegenswert:

„De Bello Gallico“, dieses Werk von Julius Caesar ist uns ein Begriff – vielleicht war es für einige der Leserinnen und Leser eine Qual im Lateinunterricht.

Dass dieses literarische Werk aber auch einen Völkermord beschreibt, ist nie so recht ins Bewusstsein gerückt, weil der Krieg über 2.000 Jahre zurückliegt und von Caesar geführt wurde.

Dennoch handelt es sich um den wohl ersten literarisch bearbeiteten Genozid der europäischen Geschichte. Der Gallische Krieg (58-51 v. Chr.) endete mit der Vernichtung oder Versklavung eines Großteils des gallischen Volkes und der öffentlichen Hinrichtung des Anführers Vercingetorix in Rom.

NB: An diesem Fall kann man sehen, wie ein literarisches Werk, wie Caesars Bellum Gallicum, und die originelle Comic-Serie Asterix und Obelix Wahrnehmungs- und Urteilsvermögen beeinflussen.





11.2 Friedensaktivisten und Widerständler im 20. Jahrhundert

Widerständler- gegen Krieg, Gewalt und Unrecht - Friedensstifter und Versöhner (exemplarisch)



**Henry Dunant
(CH)**



**Bertha v. Suttner
(A)**



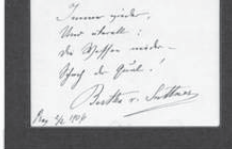
**Anna B. Eckstein
(D)**



**Alfred Hermann
Fried (A)**



**Florence
Nightingale (GB)**



**Aristide Briand und
Gustav Stresemann
(F und DR)**



**P. Rupert Mayer
(DR)**



**Mahatma Gandhi
(Indien)**



Anton Schmid (A)



**Jan Nowak-Jeziorański
(Polen)
(Denkmal Warschau)**



**Dag Hammarskjöld
(Schweden)**



**Martin Luther King
(USA)**



Willy Brandt (D)



**Ferdinand Buisson
(F)**



**Selahattin
Ülkümen
(TR)**



**Carl von
Ossietzky (DR)**



**Clemens August
Graf von Galen
(DR)**



**Dietrich
Bonhoeffer
(DR)**



**John Rabe (DR)
(NSDAP-Mitglied)**



**Oskar Schindler
(DR)**



**Hans Calmeyer -Rassereferent-
in den Niederlanden 1941-1945**



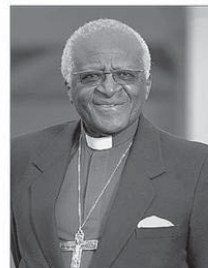
**Michail Gorbatschow
(UdSSR)**



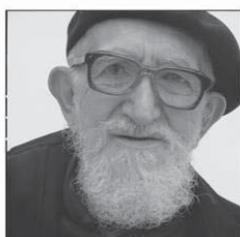
Frère Roger (CH)



**Nelson Mandela
(Südafrika)**



**Desmond Tutu
(Südafrika)**



Abbé Pierre (F)



**Václav Havel
(Tschechien)**



**Aung San Suu Kyi
(Birma)**

Anmerkung des Hg.:

Es könnten noch 1.000 weitere Seiten zu dieser Thematik gefüllt werden.



12 Presse/ Schlagzeilen aus einem Jahrzehnt (ca. 2000 bis 2010)

Kompilation: Presse: Schlagzeilen/ Überschriften zu Berichten, Kontroversen, zu Problemen/ Fakten zur Aufarbeitung in verschiedenen Ländern (gesammelt durch den Hg., ca. 2000-2010)

verwendete Abkürzungen:

CT-Coburger Tageblatt

FAZ/ FAZaS-Frankfurter Allgemeine Zeitung/aS –am Sonntag

FR-Frankfurter Rundschau

NP-Neue Presse-Coburg

NYT-New York Times

NZZ-Neue Zürcher Zeitung

SZ-Süddeutsche Zeitung

(Markierungen/Unterstreichungen und Nennung von Ländern erfolgten durch Hsg., um bei der Vielzahl von Überschriften die genannten Länder leichter zu identifizieren.(z. B.: **Algerien, Polen, Chile**, etc.))

Auswahl

Die folgende Sammlung von relevanten Artikeln, teils auch von Buch- und Filmrezensionen, erfolgte über ein Jahrzehnt, von ca. 2000-2010, und stammt hauptsächlich aus der deutschsprachigen Presse. Verfügbarkeit und Auffälligkeit waren das primäre Kriterium der Aufnahme in dieses Kompendium, das daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Deutschland, insbes. die Beschäftigung mit der NS-Zeit nimmt einen breiteren Raum ein, was bei der Auswertung von Presse-Erzeugnissen aus dem deutschsprachigen Raum normal ist.

Dennoch ist frappierend, über welche große Zahl anderer Staaten berichtet bzw. kommentiert wird. Allein hier erkennen wir, dass die Behauptungen „immer nur die Deutschen/Österreicher“ nicht richtig sind und nur aus einem, gerade für Ältere bzw. Jüngere ohne besondere Ausbildung typischen subjektiven oder **selektiven Wahrnehmungsvermögen** resultieren.

Afrika (Algerien, Ägypten, Äthiopien, Nigeria, Liberia, Rwanda, etc.)

Koffer oder Sarg: Der **Algerienkonflikt**, ein gesellschaftliches Problem, das **Frankreich** nie lösen konnte – und wollte – SZ 17./18.03.2012



Algeriens umstrittener Neubeginn: Präsident Bouteflika lässt sein Volk über eine umfassende Amnestie für Islamisten und Soldaten abstimmen – FR 29.09.2005

Erinnerung, schweig: Der **Algerien**krieg wird in Frankreich noch immer verdrängt – SZ 05.07.2002

Algerien, Folter und Zensur: Nach fünfzig Jahren: Blick in französischen Zeitschriften– FAZ 27.11.2004

Das Gewissen der Republik: Das Ende einer Lebenslüge: Der „schmutzige“ Krieg in **Algerien** sucht Frankreich heim – SZ 24.11.2000

La guerre d'Algérie – est elle terminée? (*Der **Algerien**krieg, ist er zu Ende?*) – Sonderheft-La Nouvelle Revue d'Histoire, Nr. 8 – Sept.-Oct. 2003

Doch Empörung: Chirac verurteilt französische Kriegsverbrechen in **Algerien** – SZ 07.05.2001

Gewürdigter Frühling: Menschenrechtspreis für 3 arabische Revolutionäre (tunesische Anwältin Radhia Nasraoui, Gamal Eid aus **Ägypten**→ Leitung „Arabische Netzwerk für Menschenrechtsinformationen“ in Kairo, Mazen Darwish) – SZ 23.11.2011

Wenn die das können, können wir **Ägypter** es auch: Der US-Politologe Eric Selbin erklärt, wie die Erinnerung an Revolutionen aktuelle Revolutionen befeuert – SZ 08.02.2011

Ermittlungen zum Fall Lumumba (**Congo**) – SZ 14.12.2012

(Mehr als 50 Jahre nach dem Mord an dem afrikanischen Freiheitsidol Patrice Lumumba hat Belgiens Justiz strafrechtliche Ermittlungen zugelassen...)

Die doppelte Unterwerfung: Tidiane N'Diaye erzählt die kaum bekannte Geschichte des muslimischen **Sklavenhandels in Afrika** – SZ 13.06.2010

Im Auge des **afrikanischen** Sturms: António Lobo Antunes entwirft in seinem Roman das Bild eines Kontinents und das Panorama einer Epoche – SZ 17.11.2005

Das Erbe von Nürnberg – Kompromiss in Kampala: In sieben Jahren wird die „Aggression“ strafbar sein (**Uganda**) – FAZ 14.06.2010

Mussolinis Gaskrieger: Tödlicher Regen (**Abessinien** 1935-1936) – SZ 23.07.2003

EU ignoriert Verletzungen der Menschenrechte: Erst seit der Name einer Al-Qaida-Organisation aufgetaucht ist, nimmt Europa die Zustände in **Nordafrika** wahr – SZ 20.04.2007

In den Dursttod treiben: Tagebuchfinanzierungen aus dem **Herero-Krieg 1904** – SZ 06.03.2007

Grausamkeiten ohne Grenzen: In Den Haag beginnt der Kriegsverbrecher-Prozess gegen Charles Taylor: Der Herr der Schlächter: Erstmals steht in dem Ex-Diktator einer der größten Brandstifter Afrikas vor Gericht – die Chancen steigen, dass andere Despoten folgen- (**Liberia**)– SZ 01.06.2007

„Anleitung zum Chaos“: Die Wahrheitskommission spaltet das vom Bürgerkrieg traumatisierte Land: Ehemalige Warlords wehren sich gegen eine Anklage (**Liberia**) – Der Spiegel 32/2009



Waffen und Waffengleichheit: Das UN-Tribunal gegen **Liberias** Ex-Staatschef Taylor: einmalig in der blutigen Geschichte Afrikas – SZ 07.01.2008

„Vergessen braucht seine Zeit“: Der Friedensnobelpreisträger und ehemalige Erzbischof von Kapstadt, Desmond Tutu, über seine Kritik an der südafrikanischen Regierung, das schwere Erbe des Kolonialismus und die Probleme **Afrikas** im Kampf gegen Kriege und Krankheiten – Der Spiegel 12/2005

Einzigartige Versöhnung in **Südafrika**: Mit dem Verzicht auf Sühne haben die Menschen am Kap die Schrecken der Apartheid überwunden – SZ 19.01.2006

Im Geist der Kolonialherren. Deutsche Schulbücher verbreiten noch immer Vorurteile über **Afrika** – SZ 30.06.2001

Wir sind nur ein Gerücht – Hitler in **Nordafrika**: Ein Gespräch mit Boualem Sansal – SZ 18.04.2008 (Roman: „Le village de l'Allemand“ (Das Dorf des Deutschen))

Chronik des Versagens: 5.500 Blauhelme hätten diesen Genozid verhindern können, schützen Experten. Doch die Weltgemeinschaft sah weg. Wieso? Diese Frage treibt die damals Verantwortlichen noch heute um (**Ruanda**) – SZ 05.04.2014

Uganda ahndet Kriegsverbrechen – SZ 20.02.2008

Wem gehört Herero-Land?: Auftakt zum Völkermord: Vor hundert Jahren begann die Schlacht am Waterberg im heutigen **Namibia** – SZ 11.08.2004

Lebenslange Haft für Ex-Diktator Mengistu (**Äthiopien**) – SZ 12.01.2007

Mengistu reconnu coupable de génocide – métró (belg. Zeitung) 13.12.2006

Grausiges Erbe: Rabats junger Herrscher Mohammed VI. lässt die Sünden seines Vaters aufdecken: Vor einer Untersuchungskommission schildern Folteropfer den Terrorstaat Hassans II. (**Marokko**) – Spiegel 12/2005

Der Sohn und die Sünden des Vaters: Vergangenheitsbewältigung auf **marokkanisch** – FAZ 14.01.2005 (Opfer der „bleiernen Jahre“ unter König Hassan II. berichten im Rundfunk und Fernsehen über Folter, Entführung, Demütigung, Gefängnis und Tod...)

Amerika (Uruguay, Guatemala, Chile, Argentinien, Brasilien)

Des Zweifels General: Vor 60 Jahren ergab sich Generalmajor Botho Henning Elster mit 20.000 Mann den **Amerikanern** – FAZ 15.09.2004

Fallstricke der Geschichte: Erdbeben, Radiogedudel und Zwangspausen: Erfahrungen einer deutschen Historikerin in den Archiven **Südamerikas** – SZ 13.08.2004

Die Stunde der Demokraten – Strafprozesse und Wahrheitskommissionen: **Lateinamerika** macht Fortschritte beim Versuch, sich aus dem Schatten der Diktatur zu befreien – SZ 13.12.2011

Späte Gerechtigkeit: In den Bürgerkriegen **Mittelamerikas** starben Hunderttausende – nun beginnt Jahrzehnte die juristische Aufarbeitung der Verbrechen – SZ 11.08.2011

Washington: Unterschlupf in den USA – Ein Bericht des US-Justizministeriums zeigt, wie deutsche Nazi-Verbrecher nach dem Zweiten Weltkrieg in Amerika eine neue Heimat fanden – SZ 16.11.2010



- Koalition der Unfreiwilligen: Nach dem Krieg versteckten sich dutzende NS-Verbrecher in **Südamerika**. Jetzt zeigt eine Studie, wie Behörden die Tätersuche grenzübergreifend sabotierten – Jahrzehntelang und mit Erfolg. – Spiegel 4/2013
- Historisches Urteil in **Guatemala**: Wegen Völkermordes erhält der ehemalige Diktator Rios Montt 80 Jahre Gefängnis – SZ 13.05.2013
- Willkommen bei Freunden: In **Südamerika** fanden geflohene Nazis nach dem Krieg in großer Zahl Unterschlupf – zum Schrecken der jüdischen Emigranten – SZ 31.05.2006
- Staatschefs üben Solidarität (**Uruguay**) – Der Spiegel 10/2005
- Unbequemer Kämpfer: Der **Kolumbianer** Hollman Morris bekommt Menschenrechtspreis – SZ 24.09.2011
- Lessons, From **Hitler's Germany**, on Religion and Politics – NYT 17.01.2005
- Die toten Jahre: **Argentinien** sucht nach Militärdiktatur und Finanzcrash Anschluss an die Gegenwart. Doch die Schriftsteller des Landes haben noch lange nicht mit der Vergangenheit abgeschlossen. – KulturSpiegel 9/2010
- Strafverfahren mit Pinochet-Effekt: Ex-Diktatoren vor Gericht (**Argentinien**) – SZ 16.04.2013
- Wenn der Folterknecht grinst: In **Argentinien** hoffen Opfer der Militärdiktatur auf Gerechtigkeit: Mitglieder einer staatlichen Killereinheit stehen vor Gericht – SZ 14.12.2009
- Lebenslänglich für den „Todesengel“: **Argentinien** sühnt die Verbrechen während der Diktatur und verurteilt zahlreiche Offiziere wegen Mordes und Folter – SZ 28.10.2011
- Videla gibt Morde zu – SZ 14.04.2012 (**Argentiniens** Ex-Diktator Jorge Rafael Videla hat zum ersten Mal die Ermordung von Tausenden politischen Gegnern während des Militärregimes eingeräumt. ...unter der Diktatur von 1976 bis 1983 seien „7.000 oder 8.000 Personen“ ermordet worden...)
- Verlorene Kinder: Drehbuchautorin Elena von Saucken hat sich dem **argentinischen** Nationaltrauma genähert – SZ 01.03.2011 (...bis 1983 verschwanden in Argentinien 30.000 Menschen, 100.000 wurden gefoltert, zahlreiche Kinder unter falscher Identität zur Adoption freigegeben...)
- Spät ist besser als nie: **Argentinien** wird durch die Prozesse gegen frühere Militärherrscher zum Vorbild für die Region – SZ 07.07.2012
- Strafe nach 30 Jahren – SZ 14.09.2012 (In **Argentinien** sind 14 ehemalige Angehörige des Militärs und der Polizei wegen Verbrechen während der Militärdiktatur zu lebenslanger Haft verurteilt worden...)
- Späte Gerechtigkeit: In **Argentinien** geht die Aufarbeitung der Diktaturverbrechen voran: Ex-Junta-General Bignone erneut lebenslang Verurteilt – SZ 14.03.2013
- Argentinien**: Fromme Folterknechte: Der Prozess gegen einen deutschstämmigen Priester enthüllt ein unbekanntes Kapitel Kirchengeschichte: die Hilfe des katholischen Klerus für die Militärdiktatur – Spiegel 41/2007
- Folterprozesse in **Argentinien**: Verfahren gegen 33 Helfer der früheren Diktatur eröffnet – FAZ 27.12.2006



Es geschah am frühen Morgen: Vor 30 Jahren putschte **Argentiniens** Militär, das Schicksal vieler Opfer ist noch ungeklärt – SZ 25.03.2006

Alte Wunden am Rio de la Plata: **Argentinien** will die Verbrechen der Diktatur aufarbeiten – das entfacht auch Debatten in **Chile** – SZ 20.08.2003

Die leere Mitte: Buchkritik: „Verschwunden“ – Gustavo Germanos Foto-Erinnerung an die **argentinische** Militärdiktatur – Spiegel 36/2010

„Das Leid all der Jahre kann jetzt verheilen“: Lebenslänglich für den ehemaligen **argentinischen** Diktator Jorge Rafael Videla – SZ 24.12.2010

„Vergessen ist das Wort“ – Stephan Ruderer zeigt, wie schwer **Chile** sich mit dem Erbe des Diktators Augusto Pinochet bis heute tut – SZ 07.03.2011

Ausflüchte und Vorwände: Das **chilenische** Militär tut sich schwer mit der Aufarbeitung von Verbrechen – SZ 07.12.2004

Pinochets Millionentransfers auf amerikanischer Konten: Neue Enthüllung über **Chiles** früheren Diktator/Bericht über Folterungen – SZ 26.11.2004

Demontage des Mythos Pinochet: **Chiles** Weg nach vorn führt über die Vergangenheit – NZZ 19.05.2005

Die Kluft am Grabe des Despoten: Augusto Pinochet hat ein gespaltenes **Chile** hinterlassen und dem Land droht eine weitere Polarisierung – und

Ungestraft und ohne Reue: Ex-Diktator konnte Richtern immer wieder entkommen (**Chile**) – SZ 12.12.2006

Das Blut der Unsterblichkeit: Der Roman „**Chilenisches** Nachtstück“ von Roberto Bolano – SZ 05.05.2007

„Nur gesäuberte Wunden heilen“: Michelle Bachelet über die Bewältigung der Pinochet-Vergangenheit, den Wandel in ihrem Land und die neue Linke in **Lateinamerika** – Spiegel 10/2006

Chile: Pinochets Knechte packen aus – Spiegel 31/2003

Pinochet vor neuen Verfahren: Oberster Gerichtshof bestätigt Aufhebung der Immunität (**Chile**) – SZ 16.09.2005

Vergilbt und zerfleddert: Ein Buch über Salvador Allende sorgt für Wirbel: War die Ikone der Linken ein Antisemit und Rassist? (**Chile**) – Spiegel 20/2005

„Wer schweigt, für den geht die Folter weiter“: Fast 30 Jahre wurden in **Brasilien** die Verbrechen der Militärdiktatur verdrängt – nun werden sie aufgeklärt – SZ 17.03.2012

Asien (Türkei, Armenien, Indien, Japan, Kambodscha, Korea, Nordkorea, Vietnam, Indonesien, etc.)

Therapie am Bosphorus: Zwei Sammelbände zeigen, dass die **Türkei** noch nicht fertig ist mit ihrer Vergangenheitsbewältigung – SZ 19.06.2000

Türkei droht Frankreich mit Sanktionen: Regierung in Ankara und liberale Intellektuelle verlangen Verzicht auf Armenier-Gesetz – SZ 01.10.2006



Die Angst vor dem V-Wort: 99 Jahre Schuld und ein Schritt nach vorne: Wie **Ankara** des Völkermords an den Armeniern gedenkt – SZ 25.04.2014

Turkey, Armenian allegations and the West– Diplomat (Ankara) Februar 2006

Niemand braucht eine **türkisch**-armenische Historikerkommission: Wolfgang Benz führt in einem Überblicksband vor, dass vergleichende Genozid-Forschung nichts mit Relativierung des Holocaust zu tun haben muss – SZ 15.12.2006

Völkermord – Todesmärsche nach Aleppo: Im ersten¹³⁹ Genozid im 20. Jahrhunderts brachten Türken mehr als eine Million **Armenier** um- Der Spiegel 16/2005

Have we lost the genocide war? (**Armenien**) –Turkish Daily News 07.03.2007

The U.N.'s Cover-Up of Turkey's Genocide – NYT 23.04.2007 (**Armenien**)

Appell an Europas Gewissen: Eine Klage aus dem Jahr 1903 über die Massaker, denen lange vor dem Ersten Weltkrieg schon große Gruppen des **armenischen** Volkes zum Opfer fielen – FAZ 02.07.2005

In den Fotos ist Buchenwald vorweggenommen – „Es muss ein Ende haben mit ihrer Existenz“: In Eriwan erinnert ein sensationelles Museum an den Genozid an den **Armeniern** – SZ 14.04.2008

Dialektik des Völkermords: Nach Frankreichs **Armenien**-Gesetz: Warum wird das Leugnen verschiedener Genozide nicht gleich behandelt? – SZ 27.10.2006

Le Tigre En Flammes: Le génocide **arménien** et la réponse de l'Amérique et de l'Occident– EUROPE Diplomatic Magazine, Juli/August 2005 (*Buch von Peter Balakian*)

Blutrot ist die Geschichte: Der Film „Rang de Basanti – Die Farbe Safran“ von Rakeysh Omprakash Mehra (Film über Massaker von 1919 in **Indien**) – FAZ 29.06.2006

Trostlos: Im 2. Weltkrieg zwang **Japan** Frauen zur Prostitution – entschädigt wurden sie bis heute nicht – SZ 18.12.2010

Japan makes further revisions to it's war history – Financial Times 02.04.2007

Japans Premier meidet umstrittenes Denkmal – SZ 16.08.2007(Japans Ministerpräsident Shinzo Abe hat am Jahrestag der Kapitulation im Zweiten Weltkrieg den Besuch eines umstrittenen Totenschreins offenbar vermieden...)

Rücknahme einer Entschuldigung: Streit über die **japanische** Frontbordelle im Zweiten Weltkrieg – SZ 26.03.2007

Historisches Versäumnis – SZ 28.03.2007(Shinzo Abe leugnet öffentlich, dass **Japans** Besatzungsarmee in Asien Sexsklavinnen ausgebeutet hat...)

Felsen der Schande: **Südkorea und Japan** streiten über ein paar Eilande – und damit wieder über ihre Geschichte – SZ 26.04.2006

Buch des Anstoßes: **Japaner** verharmlosen Kriegsverbrechen in China – SZ 08.04.2005

Japan entschuldigt sich für Leid im Krieg – SZ 03.08.2005

¹³⁹ Bedeutende Historiker und Forscher bezeichnen als ersten Völkermord des 20. Jhd. die Ermordung der Hereros und Nama in Deutsch-Südwest Afrika durch Deutsche Kolonialtruppen (1904-1908), auch die Kongo- Gräueltaten unter Leopold II., König der Belgier, erfahren derzeit eine Neubewertung.



Japans Vergangenheit – SZ 03.08.2005(Japans Angriffskriege in Asien)

Flucht in die Opferrolle – Viele **Japaner** nutzen den Schrecken von Hiroshima und Nagasaki als Vorwand, um die eigene Kriegsschuld zu verdrängen – SZ 06.08.2005

Hilfe für die Trostfrauen – **Japan** soll Prostituierte aus Südkorea entschädigen – SZ 19.12.2011

The Past Poses Problems For **Japan's** Diplomacy– NYT 03.07.2006 (**China u. Südkorea**)

Schlagabtausch zwischen **Tokio und Peking**: Gegenseitige Schuldzuweisungen nach dem jüngsten Eklat – SZ 25.05.2005

Lebenslang für Folterknecht: Urteil gegen Gefängnisleiter der Roter Khmer – SZ 04./05.02.2012 (**Kambodscha**)

Vernichtung und Verblendung: Ein schwedischer Journalist hat über den Völkermord in **Kambodscha** und die katastrophalen Irrtümer westlicher Intellektueller eine fesselnde Reportage geschrieben – FAZ 24./25.08.2013

Bleiben die Verbrechen des Roten Khmer ungesühnt?: Geringes Interesse an Vergangenheitsbewältigung in **Kambodscha** – SZ 27.12.2006

Kambodschanisches Trauerspiel: Das Tribunal, das über den Völkermord der Roten Khmer urteilen soll, verheddert sich in Verfahrensfragen – SZ 12.03.2007

Albtraum aller **Kambodschaner** – In Phnom Penh müssen sich drei Führer der Roten Khmer für den Massenmord unter ihrem Regime verantworten – SZ 22.11.2011

Völkermörder ohne Reue: Rote-Khmer-Führer lehnen Verantwortung für Gräuel ab (**Kambodscha**) –SZ 24.11.2011

Die Wächter der Hölle: Pol Pot und seine Schergen. ...ein internationales Tribunal soll Gericht über das Regime halten. Gibt es Gerechtigkeit nach fast 30 Jahren? (**Kambodscha**) – Der Spiegel 52/2006

Pol Pots Vize verteidigt Terrorherrschaft – SZ 23.11.2011 (**Phnom Penh**)

Plundered Killing Field Yields Little but Ghosts (**Cambodia**) – NYT/SZ 29.05.2007

Blick in die Massengräber erschüttert: Aus Furcht um die eigene Autorität stellt sich Seoul gegen die Aufarbeitung der Massaker (**Korea**krieg) – SZ 21.04.2008

China übt sich in Kritik (Blaubuch der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften) – FAZ 25.12.2005

Heißer Sommer, roter August: Vor vierzig Jahren begann die „Große proletarische Kulturrevolution“ in **China** – SZ 26.07.2006

China: Kollektiver Bluttausch – Es ist ein Sinnbild für internationale Kriegsverbrechen: das Massaker der Japaner im chinesischen Nanjing¹⁴⁰. 70 Jahre nach dem Gemetzel beschönigen japanische Politiker die Invasion noch immer als Teil eines Befreiungskampfes gegen westliche Kolonialmächte – Spiegel 50/2007

¹⁴⁰ südliche Hauptstadt Chinas Nanking – neue Schreibweise Nanjing; dto. Mao Zedong, früher: Mao Tsetung



China gedenkt des Massakers von Nanking – FAZ 14.12.2007(70. Jahrestag des Massakers von Nanking)

Hoffnung auf Pingpong und Panda-Diplomatie: **Japan und China** brauchen einander wirtschaftlich – der erste Besuch von Staatschef Hu Jintao in Tokio soll nun auch politisch das Eis brechen – SZ 06.05.2008

China: Dunkle Vergangenheit – Spiegel 21/2006 (Den 40. Jahrestag der von Mao Zedong ausgerufenen „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ hat die KPC schweigend übergangen...eine gründliche Aufarbeitung der offiziell als „zehn Katastrophenjahre“ bezeichnete Periode, die mit dem Sturz der „Viererbande“ um Maos Witwe Jiang Qing endete, gab es bislang nicht...)

Eine Revolution ist kein Gastmahl – Die Parolen des Großen Erlösers: Vor 40 Jahren trat die Mao-Bibel ihren gewaltigen Siegeszug an (**China**) – SZ 16.12.2006

China: Die Last des Erinnerns – Ein Dokumentarfilmer ehrt das erste Opfer der Kulturrevolution – die Parteiführung aber schweigt sich weiter über diese blutige Kapitel ihrer Geschichte aus – Spiegel 20/2007

China: Peking befürchtet neue Proteste – Spiegel 17/2005 (Massaker von Nanjing (1937), antijapanische Kundgebung in Shanghai. ...Zweiter Weltkrieg)

China: Hilfe für Berlin – Spiegel 41/2004 (Japan-China: Die Chinesen werfen dem Nachbarn vor allem vor, sich noch nicht angemessen für die im Zweiten Weltkrieg begangenen Gräueltaten entschuldigt zu haben. ...die Bundesregierung unterstützt nicht nur die „Ein China Politik“. Berlin wendet sich auch gegen alle Maßnahmen, die auf eine „einseitige Veränderung des Status quo von Taiwan“ gerichtet sind...)

Der große Zerstörer: Noch immer gilt Mao Zedong seinen Landsleuten, aber auch vielen Westlern als großer Revolutionär und Philosoph. Die KP ehr ihren Gründer als bedeutenden Staatsmann. Nun belegt eine neue spektakuläre Biografie, dass Mao mehr Menschen umgebracht hat als Hitler und Stalin. (**China**) – Spiegel 40/2005

„Freude am Foltern und Töten“: Die chinesische Bestseller-Autorin Jung Chang („Wilde Schwäne“), 53, über ihre bittere Jugend im Bann des Großen Vorsitzenden, die Leiden ihrer Familie während der Kulturrevolution und die zwölf Jahre dauernden Recherchen zu ihrer neuen Biografie über Mao Zedong (**China**) – Spiegel 40/2005

Diktatur bleibt straffrei: Suhartos Verbrechen in **Indonesien** werden nicht verfolgt – SZ 09./10.12.2006

Sturz der Henker-Der Dokumentarfilm „The Act of Killing“ zeigt, wie sich Massenmörder des einstigen **indonesischen** Militärregimes heute noch als Helden feiern. Wie reagiert das Land auf die Wahrheit? – Kulturspiegel 11/2013

Strategische Amnesie – Vor den Parlamentswahlen im **Libanon**: Das Land verweigert weiterhin die Aufarbeitung der eigenen Geschichte – SZ 28.05.2005

UN kritisieren „Kultur der Straflosigkeit“ auf den **Philippinen**: Vereinigte Nationen verdächtigen Soldaten, aus politischen Gründen mehrere hundert Menschen getötet zu haben – SZ 22.02.2007



Die Phantasie an der Macht: 80.000 Tote? Über Terror, Sicherheit und Imaginäres – SZ
28.04.2004(über geplanten Giftgasanschlag in Jordanien – Al-Qaida)

Europa (Bosnien Herzegowina, Deutschland, England, Frankreich, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweiz, Serbien, Skandinavien, Spanien, Sowjetunion, Tschechien, Ungarn, Vatikan, etc.)

Völkerrecht: Sträfliche Untätigkeit: Hinterbliebene der in Srebrenica umgebrachten Bosnier wollen Schadensersatz vom niederländischen Staat und von der Uno erstreiten. Blauhelme hatten beim Schutz der Bevölkerung versagt. – Spiegel 23/2007

Die Schuld der Blauhelme: 19 Jahre nach dem Massaker von Srebrenica macht ein Zivilgericht den niederländischen Staat für die Ermordung Hunderter bosnischer Muslime mitverantwortlich. Die Friedenssoldaten hätten eher Gefahr als Schutz gebracht (Bosnien Herzegowina) – SZ 17.07.2014

Die ganze Welt sah zu: Das Versagen der UN beim Massenmord von Srebrenica (Bosnien Herzegowina) – SZ 30.07.2008

Wird die Zeit die Wunden der Vertreibung heilen? Eine Untersuchung über Deutschland, Polen und die Tschechische Republik zeigt: das Interesse bleibt – und die Historisierung beginnt.- FAZ 13.11.2005

Deutschland: Union des Bösen: Audi lässt endlich die Rolle seines Vorgängerunternehmens im Dritten Reich untersuchen. Das Ergebnis: Der Konzern liess „in einem skandalösen Maße“ Tausende KZ-Häftlinge ausbeuten. Jetzt geht es um die Konsequenzen – SZ 26.05.2014

Deutschland: Wir trauern um die Todesopfer des Grenzregimes der Sowjetischen Besatzungszone/ DDR/ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Die Welt 13.08.2011 (Mauermuseum – Museum am Checkpoint Charlie – AG 13. August e.V. – Gemeinnützige Stiftung Dr. Rainer Hildebrandt – Arbeitskreis 17. Juni 1953) (doppelseitige (!) Anzeige mit den Namen aller Opfer)

Außenpolitik als missionarischer Trip – Plädoyer für einen neuen Realismus: Eine Tagung in München untersucht, was der Präsident der Vereinigten Staaten von Hans J. Morgenthau lernen könnte – SZ 03.11.2004

Adam Rotfeld, Außenminister der Republik Polen, über Deutschland und Polen, die Gegenwart der Vergangenheit und die Geschichte seiner Familie: „Erinnerung ist ein Prozess, und sie wird niemals abgeschlossen“ – SZ 28.02.2005

Nazi-Vergangenheit: Die späte Reue der Konzerne (Deutschland) – SZ 28.05.2014

Die Flucht vor der Geschichte: Täter erklärten sich zu Verführten, Mitläufer zu Opfern: Warum die Deutschen so lange brauchten, bis sie sich ihrer NS-Vergangenheit stellten– SZ 07.05 2005



Die unerträgliche Schuld der Ärzte: Zwangssterilisation, Menschenversuche, Krankenmorde – ein Forschungsbericht beschreibt, wie sich Mediziner an Nazi-Verbrechen beteiligten (**Deutschland**) – SZ 24.03.2011

Aus Sicht der Täter: Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen Juden durch das nationalsozialistische **Deutschland** (Buchbesprechung) – SZ 02.06.2008

Umarmung an der Todesmauer: Zwischen Diplomatie und Gefühlen: Bundespräsident Wulff in Auschwitz ein bemerkenswerter Auftritt (**Deutschland**) – SZ 28.01.2011

Die Mörder aus dem Fotoalbum: Die Opfer kamen aus der Mitte der Gesellschaft, die Täter auch. Jetzt erinnert eine Gedenkausstellung an die Verbrechen der Psychiatrie im Nationalsozialismus (**Deutschland**) – SZ 21.05.2014

Das Gedächtnis gibt nach: Die grandiosen Tagebücher des Sozialdemokraten Friedrich Kellner zeigen, was **Deutsche** wissen konnten vom Terror in der Nazi-Zeit und von den Verbrechen gegen die Juden: ziemlich viel – Spiegel 40/2011

Die Zukunft der Erinnerung – „Es schmerzt und empört uns“: Wie die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten lebendig bleiben kann, wenn den Zeitzeugen die Zeit ausgeht (**Deutschland**) – SZ 20.12.2011

Modernes Gedenken: Experten streiten über die zeitgemäße Form von Lernorten (**Deutschland**) – SZ 20.12.2011 (Primäre Aufgabe der Gedenkstätten ist die Wahrung des Ortes...)

Emotionen statt nur Fakten: Pfarrer Mensing will Jugendliche für die NS-Zeit interessieren (**Deutschland**) – SZ 20.12.2011

Medizinische Fakultät **Münster** – Ein Mythos bröckelt: In Münster hat sich jahrzehntelang die Vorstellung von einem katholischen Bollwerk gegen den Nationalsozialismus gehalten (Deutschland)– Deutsches Ärzteblatt, Heft 20/20.05.2011

Epidemie des Wahnsinns – Henryk M. Broder über die Furcht vor islamischen Fanatikern (**Deutschland**) – Spiegel 13/2007

Zeugen zweier Geschichten: Die Charité gab Schädel aus der Kolonialzeit an Namibia zurück (**Deutschland**) – Deutsches Ärzteblatt/Jg. 109/Heft 15/13.04.2012

Zum Erfolg verurteilt: Erst auf internationalen Druck stellten die Regierung und Wirtschaft Geld für die Entschädigung bereit (Zahlungen an Zwangsarbeiter) (**Deutschland**) – SZ 11.06.2007

Druck und Moral: Phasen der **deutschen** Wiedergutmachungspolitik seit 1945 – FAZ 16.12.2005

Geschichte ist keine Geschichte: Ein einsam, bedeutender Versuch, die Problematik der Erinnerung an den Nationalsozialismus erzählerisch zu umkreisen: Thomas Harlans „Heldenfriedhof“ (Buchvorstellung) (**Deutschland**) – SZ 22.06.2007

Aufklärer sind keine Querulanten: Warum das Buch der Historikerkommission über „Das Amt“ zur Nazizeit eine so große Wirkung hat (**Deutschland**) – SZ 11.12.2010

Im Zweifel für den Täter: Er ist 88 und lebt im Altersheim. Früher war er ein SS-Mann und erschoss drei Menschen in den **Niederlanden**. Heinrich Boere hat das nie bestritten.



- Doch erst jetzt wird ihm in Aachen der Prozess gemacht. Seine Geschichte erzählt viel darüber, wie die Bundesrepublik mit NS-Verbrechen umging. (Deutschland) – SZ 27.10.2009
- Ausgräber unterm Hakenkreuz (Deutschland)– Spiegel 11/2013 (Wie kaum andere Wissenschaftler profitierten **Prähistorische Archäologen** von der Nazi-Diktatur... Ausstellung „Graben für Germanien. Archäologen unterm Hakenkreuz“ im **Bremer** Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte zeigt nun erstmals, in welchem Ausmaß sich die Spatenzunft in den Dienst der braunen Diktatur stellte...)
- Mein Vater, ein Werwolf – Was passiert, wenn man entdeckt, dass der eigene Vater ein Verbrecher ist? Was ist, wenn man ihn nach seinem Tod als einen Menschen kennenlernt, der so fremd ist, wie ein Vater nie sein kann? von Cordt Schnibben (**Deutschland**) – Spiegel 16/2014
- Botschafter der Menschenwürde: Eine Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt erinnert an Fritz Bauer, den Generalstaatsanwalt, der gegen die Verdrängung der NS-Verbrechen ankämpfte (**Deutschland**) – SZ 30.04./01.05.2014
- Blick auf die Barbarei: Seit 1914 wurden die deutschen Untaten in **Belgien** beschwiegen– SZ 02.01.2002
- Die Wahrheit aus dem Stahlschrank – **Kunstraub im Dritten Reich**: Das Münchner Aktionshaus Neumeister veröffentlicht brisante Dokumente (Deutschland) – SZ 28.05.2014
- Verbände „Träger des Regimes“ – Das Institut für Zeitgeschichte hat die Vergangenheit des **Bundes der Vertriebenen** untersucht: An der Spitze des Verbandes standen fast ausnahmslos NS-belastete Funktionäre (**Deutschland**) – Spiegel 47/2012
- Viele **Vertriebenenfunktionäre** früher als Nazis aktiv: Mehr als die Hälfte der Präsidiumsmitglieder einst in NSDAP/Studie des Instituts für Zeitgeschichte im BdV-Auftrag (**Deutschland**) – FAZ 20.11.2012
- Blinde Flecken – Nach Jahren vorbildlicher Aufarbeitung geht die **Max-Planck-Gesellschaft** nun leichtfertig mit ihrer NS-Geschichte um, beklagen Historiker (**Deutschland**) – SZ 25.01.2011
- Stefan Quandt, BMW-Milliardenerbe, der das Schweigen bricht (**Deutschland**) – SZ 23.11.2011
- Unser Buch hat einen Nerv getroffen – **Diplomaten im Nationalsozialismus**: Die Unabhängige Historikerkommission antwortet ihren Kriterien (**Deutschland**) – SZ 10.12.2010
- Letzte Chance – Die schwierige Jagd nach den betagten Nazi-Verbrechern (**Deutschland**) – SZ 18.04.2006
- Ein paar dunkle Flecken: Der Historiker Wirsching erforscht die NS-Zeit des Oetker-Konzerns. Fast sieben Jahrzehnte nach Kriegsende öffnet sich die Firma (**Deutschland**) – SZ 10.01.2012
- 60 Jahre **Nürnberger** Prozesse. Die Geschichte eines Gerichtsverfahrens, das die Welt veränderte – Im Spiegel der Schuld: Die Deutschen wollen bald nichts mehr von den Verbrechern hören, die in Nürnberg enthüllt wurden – SZ 21.11.2005



- „Ich hatte keinen Vater“ – **Albert Speer**, der Sohn von Hitlers Architekt und Rüstungsminister, im Gespräch über diesen Mann, den er auch als Phantom bezeichnet (**Deutschland**) – SZ 28.04.2005
- Wissen als Gegenmittel: Ein Sachbuch für die Jugendliche über das Dritte Reich (**Deutschland**) – SZ 20.06.2005
- Der KZ-Arzt und seine Freunde – 60 Jahre lang wurde nicht ernsthaft gegen den mutmaßlichen Massenmörder Aribert Heim ermittelt (**Deutschland**) – SZ 18.04.2006
- Vom tiefsten Punkt verschont – Eine Dissertation über die „milde“ Anfangszeit im KZ (**Deutschland**) – SZ 27.01.2005 (Paul Martin Neurath: Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der **Konzentrationslager Dachau und Buchenwald**)
- Der Weg in die Gaskammer: Fotos von Auschwitz (**Deutschland-Israel**) – SZ 27.01.2005 (Das Auschwitz-Album. Die Geschichte eines Transports. Hg. im Auftrag der Gedenkstätte Yad Vashem von Israel Gutman und Bella Gutterman)
- Täter oder Opfer – Ein **jüdischer SS-Offizier** (**Deutschland**) – SZ 27.01.2005 (Buchvorstellung: Anita Kugler: Scherwitz. Der jüdische SS-Offizier)
- Das Reden der Quandts – Die Debatte um das NS-Erbe bringt Vertreter einer scheuen Dynastie an die Öffentlichkeit. Die Herrscher über **BMW** und andere Firmen wollen bei der Aufarbeitung von Zwangsarbeit Gutes tun (**Deutschland**) – SZ 23.09.2011
- Ein öffentliches Verbrechen – In **Berlin** eröffnet die Wanderausstellung über die **Zwangsarbeit** im Zweiten Weltkrieg (**Deutschland**) – SZ 28.09.2010
- Holocaust**: Schaut her, ich lebe! – Er hat Auschwitz überlebt und feiert das jetzt mit einem Video: Adam Kohn tanzt auf dem KZ-Gelände zu einem Disco-Hit „I Will Survive“. Seitdem ist der Greis bei YouTube ein Star. (**Deutschland**) – Spiegel 32/2010
- Der hohle Pomp der Nazi-Diktatur – wo die NS-Bonzen die Reichsparteitage verbrachten: Der „Goldene Saal“ in **Nürnberg** ist nun an Wochenenden für Führungen geöffnet – eine Ortsbegehung. Während die Zeppelintribüne weiter vor sich hin bröckelt, stellen sich Besucher die Frage, warum die Stadt das weitläufige Gelände nicht besser erhält (**Deutschland**) – SZ 16.07.2012
- Das ewige Trauma – Der Krieg und die **Deutschen** – Kampf ist überall – Spiegel 14/2013
- Adenauers Mantel, Kloses Schuhe – Das Deutsche Historische Museum Berlin zeigt eine Ausstellung über **Deutsche und Polen** vom Umgang mit der Vergangenheit – SZ 10.05.2005 (Sechzig Jahre nach Kriegsende bewegt uns Deutsche die doppelte Erinnerung: Das Gedenken an die wohl größte Massenflucht und Vertreibung der letzten Jahrhunderte, an die vielen Opfer des Zweiten Weltkrieges und an die Trümmerbilder unserer Städte, zugleich aber auch an die Verantwortung für die Verbrechen, die von Deutschen im Namen unseres Landes begangen worden sind....)
- Chiffren der Gewalt – Die **deutsch-italienischen** Verstimmungen wurzeln in der gemeinsamen Geschichte unter dem Faschismus, SZ 10.06.2008
- Ehre, wem Ehre gebührt: Dürfen Straßennamen nach Kolonialherren benannt sein? Jahrelang schwelte diese Debatte, nun hat sie der **Münchner** Ausländerbeirat neu entfacht.



- Welche heftigen Emotionen sie auf beiden Seiten weckt, hat eine Podiumsdiskussion deutlich gemacht **(Deutschland)** – SZ 27.09.2012
- Hexen hexen gar nicht: Wie ein evangelischer Pfarrer für die Rehabilitierung mittelalterlicher Justizopfer kämpft **(Deutschland)** – SZ 02.12.2011 (Köln)
- Deutschland:** Angriff auf die „Mumien“ – Die von Joschka Fischer eingesetzte Historikerkommission zur Geschichte des Auswärtigen Amtes legt einen verstörenden Bericht vor. In der Nazi-Zeit war das Amt tief in den Holocaust verstrickt. Später, in der alten Bundesrepublik, behinderten Diplomaten eine Aufklärung nach Kräften. – Spiegel 43/2020
- Süßer Hermi: Im saarländischen Völklingen ist ein Stadtteil seit 56 Jahren nach einem Nazi-Verbrecher benannt. Viele Bewohner kämpfen leidenschaftlich dafür, dass das so bleibt **(Deutschland)** – Spiegel 48/2012
- Die Unentbehrlichen – Geheimakten belegen: Ehemalige Gestapo- und SS-Leute arbeiteten für den **deutschen** Geheimdienst der Fünfziger- und Sechzigerjahre als Beamte, und Bundeskanzler Konrad Adenauer billigte das höchstpersönlich – SZ 27./28.10.2012
- Die dunkle Seite der Stadt: Azubis lernen in einem Seminar des Dokuzentrums **Münchens** Rolle in der NZ-Zeit **kennen (Deutschland)** – SZ 21.10.2011
- Gepflegte Amnesie – Späte Einsichten: Unternehmen und ihre braune Vergangenheit **(Deutschland)** – SZ 24./25.09.2011
- Ein öffentliches Verbrechen: In **Berlin** eröffnet die Wanderausstellung über die Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg **(Deutschland)** – SZ 28.09.2010
- Verbände: „Träger des Regimes“ – Das Institut für Zeitgeschichte hat die Vergangenheit des Bundes der Vertriebenen untersucht: An der Spitze des Verbandes standen fast ausnahmslos NS-belastete Funktionäre **(Deutschland)** – Spiegel 47/2012
- Von bösen Bienen: Wie mit Politikern und Diktatoren umzugehen ist **(Deutschland)** – SZ 12.12.2005 (Buchbesprechung: Das Hitler-Syndrom)
- Köhler, das Volksgewissen: Die Rede des Präsidenten zum 08. Mai war ein unaufregendes Referat mit ein wenig zu viel Stolz **(Deutschland)** – SZ 09.05.2005
- „Streichelstrafen für Nazi-Mörder“: Die Reichsprogromnacht wurde nach 1945 nur sehr unzulänglich aufgearbeitet, die meisten Täter wurden amnestiert. **(Deutschland)** – SZ 09.11.2005
- Ein trostloses Leben: Die schonungslose Analyse eines verbrecherischen Vaters **(Deutschland)** – SZ 28.08.2006 (Buchbesprechung: NS-Offizier war ich nicht – Die Tochter forscht nach)
- Keine Straßennamen für Kriegsverbrecher **(Deutschland)** – SZ 13.08.2004
- Der tiefe Sturz: Wie die Zeitgenossen vor 60 Jahren den **Nürnberger** Kriegsverbrecherprozess erlebt und kommentiert haben **(Deutschland)** – SZ 28.08.2006
- Ich hatt' einen Kameraden: Ein Prozess, den der „Spiegel“ gegen den Bayerischen Rundfunk führt, wirft unvermutet Licht auf die Vergangenheit des Nachrichtenmagazins **(Deutschland)** – SZ 14.06.2006



- Gewalt und Größenwahn: Pinakothek der Moderne: Die Ausstellung „Ort und Erinnerung“ enthüllt **Münchens** Nazi-Strukturen (Deutschland) – SZ 21.02.2006
- „Nicht nur ein Mitläufer“: Filbinger als Ankläger und Richter (**Deutschland**) – SZ 17.04.2007
- „Ort und Erinnerung“ zeigt 150 Dokumente des braunen Terrors – Netzwerk des Verbrechens: Elf Beispiele der Ausstellung belegen, wie sich das Nazi-Regime in **München** eingenistet hat (**Deutschland**) – SZ 25./26.03.2006
- Nicht nur Meyer und Rasche: Die **Dresdner** Bank interessiert sich erst seit 1997 für ihre Rolle im „Dritten Reich“ (**Deutschland**) – SZ 17.02.2006
- Kapitel und Verbrechen: Endlich dokumentiert: Die **Dresdner** Bank im Dritten Reich (**Deutschland**) – SZ 18./19.02.2006
- Immer offen: Die Universitäten **München und Heidelberg** im Dritten Reich (**Deutschland**) – SZ 26.01.2007
- Lückenhafte Entnazifizierung: Viele überzeugte Nazis machten nach dem Krieg in Politik und Gesellschaft Karriere, einige wurden erst spät entlarvt (**Deutschland**) – SZ 17.04.2007
- Wenn die Geschichte ruhen soll: In der **Bundesrepublik** wurden die Debatten um die Vergangenheit häufig politisch missbraucht – SZ 17.04.2007
- Kein Wort des Bedauerns: Militär-Justiz und der Fall Gröger (**Deutschland**) – SZ 17.04.2007
- Reaktion auf Ansprache des Papstes in Auschwitz: „Weise Rede“ mit Lücken: Kritik an Benedikts Äußerungen zur **deutschen** Verantwortung für den Holocaust – SZ 30.05.2006
- Befreit. Besetzt. Geteilt. **Deutschland** 1945-1949: Nach dem Ende des Weltkriegs hieß das Motto vieler Deutscher: Verdrängen, Vergessen, Verschmerzen. Das Leid, dass das NS-Regime auch über die eigene Bevölkerung gebracht hatte, wurde einfach weggeschoben. Viele Menschen nahmen auch wahre Tragödien wie selbstverständlich hin. Manchmal weicht der Schock darüber erst nach vielen Jahrzehnten. – SZ 01.09.2006
- Namen, die keiner mehr nennen will: Hindenburg hat ausgedient: In vielen Städten wird über die Umwidmung von Straßen und Schulen gestritten (**Deutschland**) – SZ 21.02.2008
- Der ewige Flakhelfer: Ist Martin Walsers Gesamtwerk antisemitisch gefärbt? Eine neue Studie bejaht die Frage. Aber beim „Fall Walser“ geht es um mehr: Er ist ein Beispiel für jene typische Trotzreaktion vieler **Deutscher**, die sich vom Opferstatus der Juden erdrückt fühlen – Der Spiegel 36/2005
- Zwiespältig: **Deutsche** Orient-Politik bis 1945 – FAZ 13.12.2006
- Sühne auf Umwegen: **Deutschland** soll mit Besitz in **Italien** für Kriegsverbrechen bezahlen – SZ 12.06.2007
- Eine schwierige Vergangenheit: Immer mehr **deutsche** Firmen stellen sich ihrer Nazi-Geschichte – viele Studien sind noch in Arbeit – SZ 20.12.2007
- Verfolger wurden zu Jägern: Spät kümmert sich das BKA um seine NS-Vergangenheit **Deutschland** – SZ 31./01.11.2007
- Thomas Mann und der Fall der Universität **Bonn**: Zwei Bewährungsleistungen, die nicht bestanden wurden: Die Fakultät, die das Führerprinzip akzeptiert hat, verstieß ihren Ehrendoktor.



- Die Aufarbeitung der Affäre in den sechziger Jahren war ein professorales Vorspiel der Studentenrevolte – FAZ 15.12.2007
- Verhängnisvolles Schweigen: Die Langfassung der Doku über die Nazi-Verstrickung der Industriellen-Familie Quandt liefert neue Details (**Deutschland**) – SZ 22.11.2007
- Schröders bester Streich: Wie die Zwangsarbeiter entschädigt wurden – ein Melodram (**Deutschland**) – SZ 30.07.2007
- Akademische Querulanz: Am Versagen der „Eliten“ unter Hitler ist kein Zweifel (**Deutschland**) – SZ 20.12.2010
- Archiv der Vernichtung: Eine Ausstellung beschreibt die Arbeit der **Erfurter** Firma Topf & Söhne, die für Auschwitz Krematorien baute – SZ 27.01.2011
- „Moralische Katastrophe“ – Wie sich die **Bundesregierung** bemüht, die NS-Vergangenheit vieler Politiker und Beamter zu erforschen – SZ 23.12.2011
- Joachim Scholtyseck: Der Aufstieg der Quandts. Eine **deutsche** Unternehmerdynastie – SZ 22.09.2011 (Buchvorstellung)(Vom Rüstungsgeschäft bis zur „Arisierung“: Günther Quandt war ein Kollaborateur der Nazis)
- „Schandfleck der Geschichte“: Spiegel-Gespräch mit dem Potsdamer Historiker Rolf-Dieter Müller über die Bilanz der Forschungsarbeit zum zweiten Weltkrieg, die NS-Verstrickungen der **Wehrmacht** und Verbrechen der **Roten Armee** – Der Spiegel 15/2008
- Schwarz-Rot-Braun: Michael Stolleis erzählt, wie die **Bundesrepublik** nach zwielichtigem Anfang allmählich respektabel wurde – SZ 23.04.2012
- Die vergessene Schuld: Seltene Erinnerung an **deutsche** Kolonien: Die Charité gibt Gebeine der Herero zurück – SZ 27.09.2011
- Lass man nur die **Türken** klagen, wie Maria sie erschlagen: Das Historische Kolleg in **München** tagt über die Geschichte und Gegenwart „Heiliger Kriege“ und verleiht Gerhard A. Ritter den Historikerpreis – SZ 12.11.2007
- Spiegel-Gespräch: „Es lag etwas in der Luft“: Der britische Historiker Timothy Garton Ash über den Fall der **Berliner** Mauer, den Niedergang des **sowjetischen** Imperiums und das Modell der samtene Revolution – Spiegel 46/2004
- Tod eines Walzermädchens: Die makabere Geschichte des **Mädchenorchesters Auschwitz** – SZ 19.05.2003 (Buchbesprechung)
- Außenansicht: Schmerz der alten Wunde – Der Terror zeigt: **Deutschlands** Vergangenheit ist Gegenwart, und das Engagement gegen Neonazis Aufgabe aller Bürger – SZ 26.11.2011
- Die Mörderzentrale: In einer Ausstellung dokumentiert das Polizeipräsidium seine dunkle Vergangenheit während der NS-Zeit. Es geht um falsch verstandene Staatsreue, aber auch um anständige Menschen in unanständigen Zeiten (**Deutschland**) – SZ 09.11.2012



60. Jahrestag der Befreiung des **KZ Auschwitz**: Staatsakt im Bundestag und Strategien gegen Rechtsextremismus – Pflicht zur Erinnerung: Thierse: Sprache gegen das Vergessen suchen/EU-Parlament für Europa-Gedenktag – SZ 28.01.2005
- Neue Quellen für NS-Forschung – Licht im Dunkel des Leidens: Das Archiv in Bad Arolsen verwahrt 47 Millionen Dokumente über 17 Millionen NS-Opfer (**Deutschland**) – SZ 20.04.2006
- Lothar Kreyszig: Mutig widersetzte er sich der „Euthanasie“-Politik der Nazis. Vor 50 Jahren gründete er die Aktion Sühnezeichen (**Deutschland**) – chrismon 05.2008
- Die vergessenen Russen: Leerstellen der Berliner Ausstellung über Flucht und Vertreibung (**Deutschland**) – SZ 29.08.2006
- Land für Gin, ein Rind für ein Feuerzeug: Die Kölner Ausstellung über „**Namibia – Deutschland**“ dokumentiert die Ursachen des Herero-Aufstandes – SZ 11.08.2004
- Der eine Bund: Benedikt XVI., die Juden und ein schmerzhaftes Erbe (**Deutschland**) – SZ 19.08.2005
- Völkermord muss verfolgt werden: Lange vor Auschwitz hat Raphael Lemkin den Begriff des Genozids erfunden und durchgesetzt. Die Welt hat es ihm nicht gedankt (**Deutschland**) – FAZ a. S. 09.04.2006
- Zu teuer: Auch die klassische Nationalökonomie kritisierte die Sklaverei (**Deutschland**) – SZ 23.07.2004
- Fotoreportage aus einem echten KZ: **Deutsche** Zeitungen im Dritten Reich berichteten im Detail über alles, was offiziell keiner wusste – SZ 21.03.2001
- Noch leben die Zeugen: Martin Doerrys Gespräche mit Davongekommenen (**Deutschland**) – SZ 01.04.2007
- Kinder ermäßigt: Die Bahn macht endlich Ernst mit der Geschichte – nächste Woche beginnt ihre lang umkämpfte Ausstellung zur Deportation (**Deutschland**) – SZ 16.01.2008
- Gedenken als gemeinsame Aufgabe (Gedenken weltweit der Befreiung der nationalsozialistischen KZ's vor 60 Jahren) (**Deutschland**) – SZ 24.01.2005
- Vergleiche, die ins Unheil führen – Nach dem Eklat von **Weimar**: Warum es für die Zukunft Europas so wichtig ist, dass die NS-Verfahren niemals relativiert werden – SZ 12.10.2006
- Opas in Europa: Opfer ohne Täter – Die Jahrhundertgedächtnisse im Wandel (**Deutschland**) – SZ 27.02.2006
- „Der Geist der Städte“: Historiker Karl Schlögel über den Aufschwung osteuropäischer Metropolen, die kulturelle Entdeckung des ehemaligen **deutschen Ostens** und den Umgang mit dem Vertriebenenthema – Der Spiegel 01/2006
- Eine Erfolgsgeschichte, die nicht alle zufriedenstellt: Die **Deutsch-Tschechische** Erklärung hat in den vergangenen zehn Jahren beide Völker nähergebracht – SZ 23.01.2007
- Hochgerechnetes Unglück: Die Zahl der **deutschen** Opfer nach dem Zweiten Weltkrieg wird übertrieben – SZ 14.11.2006



- Ein Routinier des Hasses: Jean-Marie Le Pen beschönigt die Verbrechen der **deutschen** Besatzer – und leider steht er nicht allein – SZ 15.01.2005
- Holocaust als Karriere: Völkermord: Eichmann und die Banalität des Bösen (**Deutschland**) – Spiegel 50/2009 (Essay)
- Die unternehmerische Idee hieß Macht und Einfluss: Unrühmliche **deutsche** Wirtschaftsge-
schichte: Kim Christian Priemel hat den Aufstieg und Niedergang des Flick-Imperiums
erforscht – SZ 07.12.2007
- Nicht verdrängen, was geschehen ist: Wie die Provenienz gestohlener Kunstwerke erforscht
werden soll (**Deutschland**) – SZ 15.11.2007
- Gnadenlose Philantropen: Vor 200 Jahren hat **England** den Sklavenhandel verboten – SZ
21.03.2007
- England**: Anglikaner tun Buße – SZ 10.02.2006(Die Kirche von England hat sich für ihre
Verstrickungen in den Sklavenhandel entschuldigt...)
- Jeder außer **England**: Warum Schotten zu Trinidad und Iren zu Polen halten – SZ
14.06.2006
- Staubige Gräueltaten: Die **britische** Regierung will Akten aus der Kolonialzeit veröffentli-
chen, die Verbrechen belegen kann – SZ 07.04.2011
- Die Erfindung der Moralpolitik: Vor zweihundert Jahren beschloss **Großbritannien** die Ab-
schaffung des Sklavenhandels – FAZ 07.03.2007
- Krokodilstränen: Warum Blair sich für die historische Mitverantwortung **Großbritanniens** für
die Sklaverei entschuldigen sollte – SZ 02./03.12.2006
- Ohne Rücksicht auf die Araber: **Briten und Franzosen** schufen als Siegermächte im Nahen
Osten eine Friedensordnung, die zahlreiche Kriege gebar – SZ 16.12.2006
- Unherzliche Rivalität: Geeint in wechselseitiger Faszination und galliger Zwietracht: **Paris**
und London feiern den 100. Jahrestag der Entente cordiale. – Spiegel 16/2004
- Der Mensch als Ladung: Das **englische** Bristol diskutiert über seine Rolle im Sklavenhandel
– SZ 11.05.2006
- Sonderzüge in den Tod: **Frankreichs** Staatsbahn bedauert Mithilfe bei Juden-Deportationen
– SZ 27.01.2011
- Soldaten wider Willen: Im besetzten **Frankreich**: Vergeblich wehren sich viele Elsässer ge-
gen die „Heimkehr ins Reich“ – SZ 26./27.09.2009
- Hitlers umgänglicher Prokonsul: ...Botschafter Otto Abetz und die Kehrseite der **französi-
schen** Kollaboration – SZ 14.01.2002
- Kino im Reich der Sinne: Nahaufnahme: Auf dem Festival von Marrakesch wird der französi-
sche Kriegsfilm „Indigènes“ spektakulär aufgeführt – Spiegel 50/2006 (Film über **Nord-
afrikaner**, die 1943 zur Befreiung des besetzten **Frankreichs** in den Krieg zogen)
- Ein Fall von Hochmut: **Frankreich** lässt die Leugnung des Völkermords an den **Armeniern**
unter Strafe stellen – und fordert damit den türkischen Nationalismus heraus – Der
Spiegel 05/2012



- Farce im Parlament: Der Völkermord an den **Armeniern** bleibt Thema in **Frankreich** – SZ 22.05.2006
- Frankreichs** bedrohter Sieg: Das rabiate Vorgehen der Besatzungsmacht in **Deutschland** – SZ 26.07.2006
- Immer Reue, Reue, Reue: **Frankreich** tut sich schwer mit seinen Kolonialgeschichten– SZ 12.12.2005
- Soldaten am Stadtbrunnen: Eine eigenwillige Studie über Besatzungskinder in **Frankreich** – SZ 06.09.2005
- Fremd ist der Fremde in der Heimat: Im Land der Illusionen: Wie sich **Frankreich** über die eigene Integrationskraft täuscht – SZ 17.02.2003
- Frankreich**, deine Probleme: Cécile Wajsbrots Roman macht das Radio zum Spiegel der Welt – SZ 27.03.2006
- Die andere Erinnerung: Wenn **Franzosen** an das Kriegsende denken, haben sie die Befreiung ihrer Heimat vor Augen. – SZ 09.05.2005
- Die Füße des Vaters: **Frankreichs Deutschen**-Kinder: Ein Film über die Unmöglichkeit von Normalität – SZ 24.08.2006(Filmtitel: Mein Vater, der Feind)
- Großer Streit um kleinen Robert: Schwarzen-Organisation kritisiert **Frankreichs** Wörterbuch – SZ 08.09.2006
- Helden wie wir: **Frankreich** redet sich die blutigen Kolonialkriege schön – SZ 11.04.2005
- Paris** verantwortlich für Deportation – SZ 07.06.2006 (Verurteilung des Staates und der Eisenbahngesellschaft SNCF wegen Deportation von Juden)
- Das Schweigen der Täter: Am 17. Oktober 1961 metzelt die Polizei in **Paris** Hunderte algerische Demonstranten nieder – erst jetzt hat sich Präsident Hollande offiziell dafür entschuldigt – SZ 19.12.2012
- Überwachen und Strafen: Kann man historische Debatten per Gesetz regeln? **Frankreichs** Kontroverse um den **armenischen** Völkermord – SZ 23.12.2011
- Leugnungen: **Französische** Historiker wehren sich gegen ein Gesetz – FAZ 15.12.2005
- Der Schleier der schwarzen Witwe: Das **Pariser** Musée d'Orsay präsentiert eine Ausstellung über „Schuld und Sühne“ im Spiegel der Kunst – SZ 29.03.2010
- Wo der Widerstand geholfen hat – Empörung und Erinnerung: An diesem Montag wird das ehemalige Internierungslager Les Milles als Mahnmal gegen Diskriminierung und Menschenverfolgung eröffnet (**Frankreich**) – SZ 10.09.2012
- Wie eine Trikolore im Wind: Chamäleon Bonaparte: Wie sich Jacques Chirac von einer Fehlbesetzung zum Weltstar wandelte (**Frankreich**) – SZ 07.03.2003
- Der Mann hinter der Affäre: Eine Biografie und eine Ausstellung über Dreyfus: Vor 100 Jahren wurde er rehabilitiert (**Frankreich**) – SZ 12.07.2006
- Chirac verkündet **Sklaverei-Gedenktag** – SZ 31.01.2006



Französischer Nazi-Kollaborateur Maurice Papon gestorben: Der in Bordeaux für die Deportation von Juden Verantwortliche wurde erst 1998 verurteilt und kam 2002 wieder frei – SZ 19.02.2007

Schreie in der Kraterlandschaft: Antony Beevor hat die Invasion in der **Normandie** von 1944 rekonstruiert – und stieß dabei auf zahlreiche Kriegsverbrechen, auch durch die Alliierten – Spiegel 17/2010

Belgien im Lumumba-Mord entlastet: „Regierung trägt moralische, nicht politische Verantwortung“ – SZ 19.11.2001

Heute Schauen wir in den Spiegel: In Belgien widmet sich eine Studie einem lange verdrängten Typus: Dem **belgischen** Mitläufer zu NS-Zeiten – und löst eine Debatte aus – SZ 15.02.2007

7,50 Gulden für einen Juden: Historikerstreit: Was wussten die **Niederländer** von Auschwitz? – SZ 03.05.2006

Kämpferisch: Pramoedya Ananta Toer ist tot – SZ 02.05.2006 (1947 erstmals von der **niederländischen** Kolonialmacht wegen anti-kolonialistischer Haltung inhaftiert)

Und wieder ab ins Archiv: **Österreich** öffnet die Akten der Arisierung, um sie zu schließen – FAZ 26.02.2003

Alte Bücher, sehr aktuell: Antiquariatsmesse in Ludwigsburg... Die Österreichische Nationalbibliothek stellt sich ihrer NS-Vergangenheit. „In musterhaften Fallstudien, ...zeigen sie, wie Bücher geraubt, ihre Besitzer erniedrigt, entrechtet und ermordet wurden“ – SZ 05.01.2007

Ruhekissen fürs Gewissen: **Österreich** bekennt sich zu einer Mitschuld an NS-Verbrechen – SZ 17.07.2007

Die Opfer, die jubelten: Vor 75 Jahren marschierte Hitler in **Österreich** ein und annektierte das Land. Lange Zeit stellten sich die Österreicher als Leidtragende der NS-Gewalt dar. Nun bewerten sie ihre Rolle neu – die Nationalbibliothek macht den Anfang – SZ 08.03.2013

Auf Augenhöhe – **Österreichs** neues Selbstbewusstsein erlaubt dem Land einen ehrlicheren Umgang mit der Geschichte – SZ 11.03.2008

Orchestra studies its Nazi past – Vienna Philharmonic looks at who knew what, and when about the era – International Herald Tribune 02.03.2013 (**Österreich**)

Wiens Kampf – Stadt hadert mit früheren antisemitischen Bürgermeister Lueger – SZ 24.04.2012

Vorbilder: Viktor Franks: Der **Wiener** Psychologe saß lange Jahre im KZ und verlor dort seine Familie. Trotzdem fand er kein Wort des Hasses – chrison 04.2008

Kniefall für **Deutschland**: Das Bekenntnis zur Schuld und die Aussöhnung mit den Nachbarn verlangten mehr als nur Worte; vor 40 Jahren ehrte Willy Brandt die Aufständischen des **Warschauer Ghettos** – SZ 04./05.12.2010

Verleumdung der Nation: **Polen** streitet über ein Buch, das von Morden an Holocaust-Überlebenden berichtet – SZ 07.02.2008



- Das Land soll eine Nation der Helden und Opfer bleiben: „Waren wir Hyänen?“ – **Polen** debattiert heftig über die Morde an Juden, die im zweiten Weltkrieg von polnischen Bauern begangen wurden – SZ 03.02.2011
- Kirkensskandal in **Polen**: Spitzel unter Brüdern: Priester sollen ihre Glaubensgenossen ausgespioniert haben – SZ 04.03.2006
- Land der Täter und Verräter: Junge Israelis identifizieren **Polen** mit den Nazi-Verbrechen – SZ 03.04.2007
- Was **Polen** verkennt – und verdrängt: Donald Tusks Vorschlag eines „Museums des Zweiten Weltkriegs“ verstört in **Berlin** – SZ 21.12.2007
- Stalins** doppeltes Verbrechen: Patriotische Tat oder Bankrotterklärung? **Polen** streitet um Andrej Wajdas Film „Katyn“ – SZ 27.09.2007
- Streit um frühere Geheimdienst in Osteuropa: Ein Meer von Namen und Verdächtigungen – Wildsteins Liste: In **Polen** werden Namen zahlreicher Opfer und Täter bekannt – das verschärft die Vergangenheitsdebatte – SZ 09.02.2005
- Polen**: „Viele Komplexe“: Solidarnosc-Gründer Lech Walesa, 62, über die Kaczynski-Brüder und das Verhältnis zu den **deutschen** Nachbarn – Spiegel 29/2006
- Unbewiesene Thesen: Das Pogrom von Kielce und die Suche nach Hintergründen – SZ 05.07.2006 (Pogrom an Juden 1946 in **Polen**)
- Bischöfe warnen vor „Ungeist des Aufrechnens“- Gemeinsame **deutsch-polnische** Erklärung der katholischen Kirche zur Versöhnung beider Völker – SZ 22.09.2005
- Die Wehrmacht in **Polen**: Der bisher zu wenig beachtete deutsche Besatzungsterror – SZ 26.06.2006
- Wenn Claudia Roth als SA-Frau kommt: **Polnische** Zeitungen schäumen über die angebliche deutsche Besserwiserin und holen dabei allwöchentlich die Nazikeule aus dem Schrank – SZ 14.03.2006
- Von Grenzverschiebern und Kartoffeln – Nachbarschaftsstreit: Drei junge **Polen** erzählen, wie sie die deutsch-polnischen Beziehungen sehen – SZ 25.09.2006
- Der Henker darf nicht Opfer werden: Der Streit um die Ausstellung „Erzwungene Wege“ zeigt, dass die **Polen** den **Deutschen** gegenüber in der Position moralischer Überlegenheit verharren – SZ 16.08.2006
- Der Verstoß der Kirchenmänner – Wenn Geistliche als Verräter gelten: Ein Meilenstein **deutsch-polnischer** Verständigung in der Rückschau – FAZ 17.02.2006
- Bitte um Vergebung: **Polens** Bischöfe und ihre Verbindung zum Geheimdienst – SZ 11.03.2006
- Tief im Kollektivgedächtnis: **Warschau, Bagdad, Weimar** – Polens Problem mit Berlin und Paris – SZ 09.05.2003
- Deutsch-polnische** Wunder – SZ 31.07.2004
- Traumatische Erinnerungen: Heftige Emotionen in **Polen** – SZ 09.05.2007
- Polens** Fels in finsterner Zeit – Der Fall Wielgus war die Ausnahme: Die Mehrheit der Priester hat dem Druck der Stasi-Offiziere standgehalten – SZ 10.01.2007



Blinder Exorzismus – Kapuscinski und der Geheimdienst: Wie **Polen** sich durchleuchtet – SZ
24.05.2007

Vertreibung: Furcht vor den Deutschen – Spiegel 45/2005 (**Polen, Tschechien**)

Nach Madagaskar: **Polen** errichtet dem Antisemiten Roman Dmowski ein Denkmal – SZ
14.11.2006

Polen – Ende der Lügen: Siebzehn Jahre lang konnte die katholische Kirche – einst eine Speerspitze des Wandels im Ostblock – ihre peinlichen Stasi-Kontakte vertuschen. Nun ist der Damm gebrochen – Spiegel 3/2007

Die Namen des Paters – Sechs Kapitel Lob, zwei Kapitel Kritik: Ein Buch über die Zusammenarbeit von Geistlichen und Geheimdienst erhitzt die Gemüter in **Polen** – SZ
30.01.2007

Goldgräber und Lebensretter: Wie antisemitisch waren die **Polen** der Nachkriegszeit – SZ
16.01.2008

Kirche: Reizthema Vertreibung – Spiegel 47/2007 (**Deutschland-Polen**)

Polen: „Ich will aufrütteln“ – Der Journalist Bronislaw Wildstein, 53, über die von ihm veröffentlichte Liste mit früheren Geheimdienst-Mitarbeitern und die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit – Spiegel 7/2005

Polen: Wildsteins Liste – Die Daten der polnischen Gauck-Behörde stehen jetzt im Internet: Ein Land verabschiedet sich vom Schlußstrich – SZ 22.02.2005

Besatzung als Befreiung: Doppelte Symbolik in **Polen** – SZ 09.05.2005

Polen und der Fall des Warschauer Erzbischofs: „Wir alle sind Sünder“ – Ein Gottesmann dient dem falschen Herren: Erst will die Kirche frühere Geheimdienstkontakte von Stanislaw Wielgus ignorieren, doch vor der Messe zur Amtseinführung kommt es zur Kehrtwende – SZ 08.01.2007

Polen in Not – SZ 05.08.2005 (**Weissrussland-Russland-Polen**)

Eiskalt gegen die „innere Reaktion“: Vor 25 Jahren rief **Polens** Armeechef Jaruzelski mit Unterstützung **Moskaus** das Kriegsrecht aus – unter den Folgen leidet das Land noch heute– SZ 13.12.2006

Das kollektive Schweigen – Im Zweiten Weltkrieg waren **Polen** nicht nur Opfer, sondern auch Helfer – Die Literarische Welt 16.04.2011 (Buchvorstellung: „Goldene Ernte“ von Irena Grudzinska-Gross)

Nicht polnisch, nicht deutsch – Wer mordete in Auschwitz? Nach der Gedenkfeier zur Befreiung des Lagers schüren die Konservativen in **Polen** alte Revisionismusängste – SZ
01.02.2005

Differenzen zwischen Papst und Premier – Der Vatikan mischt sich mit einem Brief in die **polnische** Diskussion über die kommunistische Vergangenheit ein – SZ 22.02.2007

Mit dem Mut der Verzweiflung – Der Warschauer Aufstand von 1944 blieb außerhalb **Polens** lange Zeit weitgehend unbeachtet – SZ 27.01.2005

Die Juden von Lodz – Eine zeitgenössische Chronik über das Leben im Ghetto (**Polen**) – SZ
27.01.2005



Erinnern und Vergessen: Die Toten von **Treblinka** sind nicht dazu da, den Deutschen eine neue Identität zu beschaffen. Über Abgründe unserer Gedenk-Kultur – FAZ 06.03.2005

Helden und Opfer – Was die Wahl Lech Kaczynski zum **polnischen** Präsidenten für das Zentrum gegen Vertreibung bedeutet – SZ 25.10.2005

„Die humanste Lösung“ – Der vierte Band der Holocaust-Dokumentation zeichnet eindrucksvoll die Verfolgung der Juden in **Polen** nach – SZ 12.09.2011

Ein Volk von Märtyrern erwacht: **Rumäniens** späte Auseinandersetzung mit dem Holocaust und seiner Rolle während der Besetzung durch die faschistische Diktatur – SZ 11.12.2007

In der Jugend zum Spitzel gemacht: **Rumänien** diskutiert über die Schuld der früheren Geheimdienstler, die teilweise zur Mitarbeit gezwungen wurden – SZ 17.10.2006

Der heilige Ketzler und die Eisernen Garden: Porträt des Autors als junger Antisemit: Patrice Bollons ebenso loyale wie kritische Biographie über Émile Cioran (**Rumänien**) – SZ 18.10.2006

Spätes Bekenntnis in Bukarest: Ein Interview mit dem Bildhauer Peter Jacobi, der das **rumänische** Holocaust-Mahnmal entworfen hat – SZ 10.10.2006

Hitlers vergessener Alliiertes: Der **rumänische** Holocaust: Gewalt aus eigenem Antrieb – SZ 18.03.2008

Schweiz handelte mit Apartheid-Regime – SZ 28.10.2005

Verdingt und verdrängt: Bis vor 40 Jahren wurden in der **Schweiz** Kinder als Arbeitsklaven missbraucht – die Betroffenen kämpfen immer noch um ihre Rechte. – SZ 19.10.2009

Das vergessene Raubgold: Eine penible Studie über die Rolle der **Schweiz** in der Zeit des Nationalsozialismus und während des Kalten Krieges – SZ 02.05.2006

Politik mit Zepter und Krone (**Spanien**): Spaniens neuer König Felipe möchte sein Land mitgestalten, aber das ist mühsam – Opferverbände fordern Entschädigung, Katalanen die Unabhängigkeit – SZ 30.06.2014

Grenzen der Strafverfolgung: **Spanien** hat seit den Neunzigerjahren Diktatoren und Kriegsverbrecher in aller Welt gejagt – das will die konservative Regierung Rajoy jetzt ändern – SZ 13.02.2014

Spaniens Geschichtsstreit: Wie steht man heute zum Bürgerkrieg? – FAZ 26.07.2006

Spanien: Kulturelles Schlachtfeld: Per Gesetz will die sozialistische Regierung die Franco-Ära ächten. Den Verlierern des Bürgerkriegs soll endlich Gerechtigkeit widerfahren. – Spiegel 49/2007

Die Rückkehr der Vergangenheit: Vor 70 Jahren begann der **Spanische** Bürgerkrieg, der nicht nur ein nationaler, sondern ein europäischer Konflikt war – SZ 17.07.2006

Monumental Dispute in **Spain**: Echoes of a Historic Conflict – Times 15.11.2010

Die Schlachten von früher dauern an: Der **spanische** Bürgerkrieg wirft seine Schatten: Angehörige ermordeter Republikaner kämpfen mühsam um Anerkennung, während die Nachfolger franquistischer Wirtschaftsführer profitieren – SZ 14.05.2013 (Das politische Buch)



- Auch **Spaniens** Volkspartei bricht mit Franco: Konservative geben Widerstand gegen die Verurteilung der Diktatur auf – SZ 19.10.2007
- Selig sind die Zwiespältigen: **Spaniens** Kirche unterstützte Franco und sieht sich doch als Opfer des Bürgerkriegs – der Papst erhebt jetzt 498 Geistliche in den Stand der Verehrung – SZ 25.10.2007
- Die Siege der Schweinehirten: Errungenschaften oder Verbrechen: Die Eroberung der Neuen Welt durch Conquistadores wie Francisco Pizarro lässt sich schwer bewerten (**Spanien**) – SZ 22./23.09.2007
- Francos Opfer rehabilitiert: **Spaniens** Parlament einigt sich drei Jahrzehnte nach dem Tod des Diktators auf ein Gesetz zur Aufarbeitung des Bürgerkriegs – SZ 10.10.2007
- Der lange Schatten der Diktatur: 70 Jahre nach Beginn des Bürgerkrieges streiten die **Spanier** noch immer über die Aufarbeitung der Verbrechen – die Regierung geht dabei zunehmend mutlos vor – SZ 19.07.2006
- Späte Reue der Kirche: Bischöfe erinnern an Priester, die Franco ermorden ließ – SZ 13.07.2009 (**Spanien**)
- „Ich habe ein ruhiges Gewissen“ – Richter Garzón verteidigt seine Ermittlungen zu Verbrechen des Franco-Regimes (**Spanien**) – SZ 09.02.12
- Ruhestörung im Tal der Gefallenen – SZ 30.11.2011 (Das „Tal der Gefallenen“ entstand auf Grundlage eines Dekrets, das 1940, ein Jahr nach dem Sieg der Franquisten im **spanischen** Bürgerkrieg, erlassen wurde...)
- Der Jäger als Beute – Wie die spanische Justiz den weltweit bedeutenden Untersuchungsrichter Garzón diffamiert – und die Bewältigung der Franco-Diktatur blockiert (**Spanien**) – SZ 27.05.2010
- Madrid:** Der Schild-Bürgerstreik: Wie spanische Antifaschisten Erinnerungen an Franco tilgen – SZ 22.03.2010
- Zeugen des Bürgerkriegs: Erstmals sagen Franco-Opfer in **Spanien** vor Gericht aus – SZ 02.02.2012
- Francos langer Schatten – Ein Münchner zeigt, warum der Bürgerkrieg in **Spanien** 70 Jahre nach dessen Ende wieder Tabuthema ist – SZ 28.01.2011
- Spaniens** lange Eiszeit: Alberto Méndez erzählt virtuos von den Opfern des Bürgerkriegs – FAZ 21.12.2005
- „Ein Fall von Heldentum“: **Spaniens** Premier Zapatero ehrt seinen Großvater, den die Faschisten im spanischen Bürgerkrieg erschossen haben – SZ 26.05.2008
- Spanischer** Bürgerkrieg: Guernica: Der unsichtbare Feind/Picassos Vision des Leidens – SZ 26.04.2007
- Annäherung über Gräbern: **Russland und Polen** gedenken des Massakers von Katyn- SZ 08.04.2010
- Bilder an der Wand: Andrzej Wajdas Oratorium über das „**Massaker von Katyn**“ – SZ 17.09.2009 (Filmbesprechung)



„Opfer spielen keine Rolle“ – Der polnische Regisseur Andrzej Wajda über seinen Film „Das Massaker von **Katyn**“, das Schicksal seines Vaters und das Leben mit der Lüge während der kommunistischen Herrschaft (Russland) – Spiegel 38/2009

Deutsche und Russen puzzeln an der Versöhnung – Russland heute 05/2011

Weißer Flecken, schwarze Flecken: Überraschung im Osten: **Polnische und russische** Historiker schreiben erstmals gemeinsam Geschichte – SZ 03.02.2011

Arktische Inseln für Zarenfamilie (**Russland**) – SZ 02.12.2006 („Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit“ – Gebietsparlament der Taimyr-Halbinsel)

Russische Stärke, **Russlands** Schuld – Glorienschein für eine Handvoll Rubel – Ungleiches Welt: Der Sieg über Nazi-Deutschland wird gefeiert, Stalins Terror aber kaum gedacht – SZ 09.05.2007

Die Fliegen im Bernstein – **Russlands** Präsident Putin plant den 60. Jahrestag des Kriegsendes als Jubelfeier alter Größe. Doch für die baltischen Staaten war der Tag der Befreiung von den Nazis der Tag der Besetzung durch die Sowjets. Deshalb fordert die lettische Präsidentin ein klärendes Wort zu den Verbrechen Stalins. – Der Spiegel 17/2005

Die schwierigen Nachbarn: **Russland** provoziert die früheren Sowjet-Republiken im Baltikum – und zürnt dem US-Präsidenten wegen dessen Reise dorthin – SZ 06.05.2005

Das erste Opfer des Gemeindienstes: Der Kreml startet eine Kampagne gegen **Russlands** älteste Menschenrechtsorganisation – FAZ 25.01.2006

Den Krieg im Blut: Die Erinnerung an **osteuropäische Diktaturen**: Eine Tagung in Berlin – SZ 11.05.2006

Russland mit der Seele suchend: Das schwierige Verhältnis der Deutschen zum großen Nachbarn im Osten – FAZ 02.11.2005 (Buchbesprechung)

Gespaltene Geschichte **Russland** – SZ 07.05.2005 (Kommentar zum 08. Mai 1945)

In **Russland** fehlen Spuren von Gulag – SZ 03.08.2004

Macht, Markt und Moral: Führende Außenpolitiker des Bundestags taten sich bei ihrem **Moskau**-Besuch mit Kritik schwer – Der Spiegel 51/2004

Der monströse **Stalin**: In einer neuen Biografie bleibt der sowjetische Diktator eine eher rätselhafte Figur (**Russland**) – SZ 14.11.2005 (Buchbesprechung)

Entsetzen und Hoffnung: Putin verwandelt **Russland** in einen neosowjetischen Staat – SZ 14.11.2005 (Buchbesprechung)

Triumph und Trauma: Der **russische** Blick auf den gewonnenen Weltkrieg – SZ 14.11.2005 (Buchbesprechung)

Das **sowjetische** Monster – SZ 09.05.2005

Trinken wir auf Sascha, den Prachtkerl – Alles unter Kontrolle: In **Weißrussland** sind Angst und wachsamen Augen ständige Begleiter – FAZ 18.02.2006

Wunden an der Weichsel: Die Schau „**Warschau-Moskau**“ weckt alte Ressentiments – SZ 11.02.2005



- Putin: **Russland** moralisch verantwortlich – SZ 03.03.2006 (Einmarsch in die **Tschechoslowakei** 1968)
- Gräber unter Beton (Massengräber aus der Stalinzeit-**Weissrussland**) – Der Spiegel 48/2001
- Durch Hunger gefügig gemacht: Die **Ukraine** und **Russland** streiten über den Völkermord unter Stalin – SZ 03.04.2008
- Die zweite Welle: Ein Interview mit dem **russischen** Philosophen Boris Groys über den osteuropäischen Denkmalstreit, proletarische Ästhetik und den guten **Stalin** – SZ 11.06.2007
- „Stalin hat mich in die Heimat vertrieben“: Der Baltendeutsche Peter Weltmann wurde von Hitler aus **Estland** nach **Deutschland** umgesiedelt. Die **Sowjets** deportierten ihn zurück – FAZ 12.02.2006
- Von einer solchen Sünde – Hunger und Terror: Im Winter 1932/33 ließ **Stalin** Millionen Menschen in seinem Reich an Unterernährung sterben – Im „Kampf um den Sozialismus“. Geblieben von der Verzweiflung sind die Geschichten alter Leute, etwa in der Ukraine. (**Russland**) – FAZ 20.04.2008
- Die Insel der Unglücklichen: Ein schreckliches Kapitel der **stalinistischen** Deportationen (**Russland**) – SZ 23.07.2007
- Die Toten der Anderen – Monströs und wichtig: Das leidenschaftliche Buch des englischen Schriftstellers Martin Amis über den **Stalinismus** (**Russland**) – SZ 06.09.2007 (Buchvorstellung)
- Erblast der Erinnerung: Wie **russische und deutsche** Historiker Geschichte aufarbeiten – SZ 25.09.2006
- Aufklärung nach 57 Jahren: Anklage in **Prag** wegen Schauprozessen erhoben – SZ 04.08.2007
- Mord im Fasanengarten: Mehr als sechs Jahrzehnte nach Kriegsende wühlt ein lang verdrängtes Massaker an etwa 2000 Sudetendeutschen im Juni 1945 das **tschechische** Städtchen Postoloprty auf – Der Spiegel 31.08.2009
- Ein Institut gegen weiße Flecken: Die **Tschechische** Republik veröffentlicht kommunistische Geheimdienstakten – FAZ 05.10.2010
- Courage in Prag: Nach **Tschechiens** Entschuldigung müssen nun auch die Sudetendeutschen zur Versöhnung beitragen – SZ 26.08.2005
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit? (**Tschechien**) – FAZ 06.10.2005
(Umsiedlung/Zwangskollektivierung von Bauern als Verbrechen gegen die Menschlichkeit?)
- 61 Jahre Vertreibung (der deutschen Minderheit aus **Tschechien**) – couleur (Wien) 2/2006
- Der Blick in die Tiefe des Abgrundes – In Tschechien ist die Zeit zwischen 1945 und 1948 eine historiographische Leerstelle. Zaghaft macht man sich an die Aufarbeitung der Vertreibung. Dennoch dürfen Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden – CT 07.08.2010



„Achtundsechzig **Deutsche** kannst du haben“ – Die **Tschechen** befassen sich mit der Gewalt gegen Sudetendeutsche – zum Beispiel mit dem Massaker im Elementwald am 7. Juni 1945 – SZ 19.01.2011

München: Necas entschuldigt sich für Vertreibung: Der tschechische Premier beschwört im Landtag den Beginn einer neuen Freundschaft zu Bayern und erntet dafür großen Beifall (**Deutschland-Tschechien**) – SZ 22.02.2013

Die Heimkehr der Gewalt – „Postrevolutionäre Ereignisse“: Eine **tschechische** Dokumentation zur Aussiedlung der **Deutschen** liefert Zündstoff für die Diskussion um die Vertreibung – SZ 12.04.2011

Ein Kriegsverbrecher als Nationalheiliger: Edvard Beneš hat die Wahl in **Tschechien** gewonnen. Wie lange werden die Tschechen vor ihrer Geschichte noch davonlaufen? – couleur 01/13

Versöhnliches Ende: Zwölf im Jahr 1945 ermordete Sudetendeutsche werden in **Tschechien** geehrt – SZ 17.09.2012

Moralische Verpflichtung“: **Prag** entschuldigt sich bei Sudetendeutschen NS-Gegnern – SZ 25.08.2005

Den Verlust begreifen: Nach Jahrzehnten der Verdrängung entdeckt **Ungarn** sein jüdisches Erbe – NZZ 21./22. Mai 2005

Altlast als Waffe: Von **Ungarn** bis zum Baltikum geraten Politiker in Bedrängnis – SZ 09.02.2005

„Nie wieder Vertreibung!“: **Ungarns** Bedauern setzt Nachbarstaaten unter Druck – SZ 19.11.2007

Sozialistisches Disneyland: **Ungarns** Park der Erinnerung – SZ 09.05.2007

Fast wie Kameraden: **Ungarn** streitet im Vorfeld des Gedenkens an den Einmarsch der **Deutschen** über seine Geschichtspolitik – SZ 25.01-2014

Das zähe Ringen um die große Wahrheit – Bis heute hat **Ungarn** kein umfassendes Stasi-Unterlagengesetz. Vergangenheitsbewältigung ist vielmehr noch immer ein beliebtes Mittel im Kampf der politischen Mächte. – SZ 21.05.2012

Nur der Spitzel des Eisbergs: Aufklärung auf **Ungarisch**: István Szabó und die Stasi – SZ 03.02.2006

Ordentlicher Orden: **Vatikan** legt Beweis vor, dass Tempelritter keine Ketzer waren – SZ 08.10.2007

Diese Mülltonne trägt das Siegel Europas: Von Kephallenia bis Triest: Auch sechzig Jahre nach Kriegsende streitet **Italien** leidenschaftlich über die jüngste Vergangenheit – SZ 05.11.2004

Kain in Rom: Debatten über **Italiens** Antisemitismus und Kriegsverbrechen – SZ 22.05.2006

Wo Mussolini wohnte: Auch **Rom** baut ein Holocaustmuseum – FAZ 08.08.2005

Gute und böse Leute: **Deutsche und Italiener**: die lange Tradition, sich misszuverstehen – SZ 07.07.2003



- Italienische** Mythen: Die Linke und ihr schwieriges Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit – FAZ 31.08.2006
- Gericht entscheidet über SS-Massaker in **Italien**: Staatsanwaltschaft fordert lebenslange Haft für die Tötung von 560 Zivilisten im Dorf Sant’Anna di Stazzema – SZ 23.06.2005
- „Kräftig draufhauen“: Die **italienischen** Kriegsverbrechen in Abessinien – SZ 22.01.2007
- Auf dem Weg in die Dritte Republik – Wie **Italiens** politische Kaste die antifaschistische Kultur instrumentalisiert – SZ 05.03.2013
- Ihr Handy klingelte im Sarg: Darf ein Sachbuchautor so etwas erfinden? Und kann man über Hitler einen Roman schreiben? **Italien** diskutiert über den literarischen Umgang mit Tatsachen – SZ 01.04.2008
- Blutbad in der Toskana: Erstmals erhebt die **Münchener** Staatsanwaltschaft Mord-Anklage wegen eines Massakers der Gebirgsjäger in **Italien** – SZ 01./02.03.2008
- Unangenehme Wahrheiten: **Kroatien** und **Italien** streiten über Gedenken an Massaker – SZ 14.02.2007
- „Gewünschtes Einschlafen“: Das Massaker in den Ardeatinischen Höhlen 1944 zählt zu den schlimmsten **deutschen** Kriegsverbrechen in **Italien**. Doch Adenauers Diplomaten sabotierten die Bestrafung der Täter. – Spiegel 3/2012
- Gelebte Erinnerungskultur: **Deutsch-italienischer** Bericht über den 2. Weltkrieg – SZ 20.12.2011
- Die Missverständnisse der Zukunft – Ein richtiger Umgang mit Vergangenheit und Gegenwart: Was im zerrütteten **deutsch-italienischen** Verhältnis wirklich helfen könnte – SZ 15.03.2013
- Messer, Gabel, Stuhl und Bild: Der Hafen von **Triest** beherbergt Zeugnisse einer Vertreibung (**Italien**) – FAZ So, 09.2005
- Hauptsache, es wird nicht mehr geschossen: **Montenegros** Unabhängigkeit beweist, dass Europa bis heute keine Strategie für den Balkan hat – SZ 24.05.2006
- Vorwürfe gegen **Liechtensteins** Fürstenhaus – Historiker: Betriebe von Franz Josef II. beschäftigten Zwangsarbeiter in der Nazi-Zeit – SZ 14.04.2005
- Recherchen über den Vater: **Schwedens** Königin Silvia erforscht die Nazi-Vergangenheit ihrer Familie – SZ 16.05.2011
- Grobe historische Provokation: **Schweden** streitet vor der Wahl über seine NS-Vergangenheit – FAZ 24.08.2002
- Uns gibt es gar nicht: Deutsch-**dänische** Kriegskinder suchen ihre Vergangenheit – FAZ 28.12.2001
- Prügel für die Kinder des Krieges: In **Norwegen** wurden Nachkommen deutscher Soldaten diskriminiert – jetzt verklagen sie den Staat in Straßburg auf Entschädigung – SZ 13.03.2007
- Kinder von NS-Vätern in **Norwegen** klagen – SZ 08.05.2005
- Gerechtigkeit oder Frieden (**Nordirland**): Müssen alle Straftaten aus dem Bürgerkrieg verfolgt werden? – SZ 06.04.2014



- Blutige Ostern, frohe Ostern: Nach dem Fest der Auferstehung feiert **Irland** den Jahrestag seines Aufstands gegen die Briten – SZ 15./16./17.04.2006
- Zur Versöhnung bereit: Nach 20 Jahren: Die Präsidenten **Serbiens** und **Kroatiens** demonstrieren balkanische Eintracht – SZ 20.07.2010
- Es geht nicht voran: Warum sich **Serbien und Kroatien** mit der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg so schwertun – SZ 27.06.2014
- Die Fratze des Bösen: Kann Mladic für die Verbrechen aller büßen? (**Serbien**) – SZ 28./29.05.2011
- Das Wort „Völkermord“ fehlt: **Serbiens** Parlament verurteilt per Resolution das Massaker von **Srebrenica**, den Hinterbliebenen reicht das nicht – SZ 01.04.2010
- Mythos Milosevic – Slobos Leiden war ihr Leiden: Die **Serben** trauern nicht um einen Menschen – sie gefallen sich wieder einmal in der Opferrolle – SZ 24.03.2006
- Wir sind doch keine **Serben**: Die **Montenegriner** wollen unabhängig werden – SZ 12.02.2006
- Wassertropfen gegen das alte Gift – **Bulgarien** hat erst begonnen, seine Stasi-Vergangenheit aufzuklären. Was dabei zum Vorschein kommt, bringt die neue Regierung sogleich in Schwierigkeiten
- Gedenken an gerettete Juden: **Bulgarien** bewahrte im Zweiten Weltkrieg 50.000 Menschen vor Deportationen – SZ 11.03.2008
- Die Barbaren von Batak: Schafott oder Pfahl: **Bulgarische** Nationalisten bedrohen zwei Kunsthistoriker, die die Geschichte eines Gemäldes untersuchen – SZ 17.10.2007
- Mord ohne Zeugen (**Ukraine**)- Der Spiegel 10/2005 (Schicksal der Opfer der Operation Condor)
- Holodomor – das heißt Hunger und Tod: Münchens **Ukrainer** gedenken des Massenmords vor 75 Jahren in ihrer Heimat – SZ 24.11.2007
- Aus Schwarz und Weiss wird Grau – Die letzte Anklage vor dem **Jugoslawien**-Tribunal ist auch das letzte Kapitel einer Wahrheitssuche – SZ 31.07.2011
- Der unsterbliche Massenmörder: Unter Tito sind in **Jugoslawien** Hunderttausende umgekommen. Doch er wird immer mehr verehrt – FAZ 04.05.2008
- „Fragwürdige Abmachung“: Wolfgang Schomburg, 56, deutscher Richter beim Haager Kriegsverbrecher-Tribunal für das ehemalige **Jugoslawien** über Fehler der Staatsanwälte, fehlende Beweismittel und ungerechte Urteile – Spiegel 3/2005
- Eine Bitte, nach 70 Jahren: Bundespräsident Joachim Gauck ersucht im **griechischen** Dorf Lingiades um Vergebung. Dort ermordete die Wehrmacht einst 83 Menschen. Gauck spricht auch von der „zweiten Schuld“: dem Nicht-Wissen-Wollen – SZ 08./09.03.2014
- Kein Schadensersatz für SS-Massaker“ (**Griechenland**) – SZ 04.03.2006
- Die Liebe zum Mythos: Ein neues Schulbuch erhitzt die Gemüter in **Griechenland** – SZ Ostern 2007
- Verdrängte Verbrechen: Gauck will in **Griechenland** der Opfer der Nazi-Zeit gedenken – SZ 25.02.2014



„Sie waren Gefangene, keine Verräter“: Massaker auf **Kephallonia**: Angehörige protestieren gegen Verfahrenseinstellung(Griechenland) – SZ 09./10.12.2006

Das **griechische** Trauma: Mit den Putschisten vom 21.04.1967 hatte kaum einer gerechnet. Auch nicht damit, dass sie sieben Jahre an der Macht bleiben würden. – SZ 21.04.2007

Gemeinsame, trennende Vergangenheit: Im **Baltikum** herrscht noch immer Verbitterung darüber, dass die Russen sich als Befreier, nicht aber als Unterdrücker sehen – SZ 09.05.2007

Litauen erneuert Forderungen an Moskau – SZ 25.08.2005 (Zum 66. Jahrestag des Molotow-Ribbentrop-Paktes)

Nur die eigenen Toten zählen – **Estland** streitet über die deutsche Besatzungszeit. Und hasst weiter die **Russen** – FAZ a. S. 13.02.2005

Die **Balten** sind gespalten: Gedenkfeier zum Kriegsende in Moskau werden für Estland, Lettland und Litauen zum Dilemma – SZ 19.02.2005

Heikles Jubiläum: Kontroverse in **baltischen** Ländern über Feier mit **Putin** – SZ 21.01.2005

Geboren in GULag: Sandra Kalniete rekonstruiert die Deportation ihrer Familie aus **Lettland** – FAZ 27.07.2005

Opfer und Täter zugleich: Im **Baltikum** entzweit die Debatte über die Vergangenheit die Gesellschaft –SZ 19.01.2007

Aus Johann wird wieder Jean: **Luxemburger** dürfen ihre germanisierten Namen ändern – SZ 13.02.2014

Blindheit und Engstirnigkeit: Die Wiedergutmachung von NS-Unrecht war ein großes Unterfangen, aber alles andere als eine Erfolgsgeschichte – SZ 22.06.2009 (**Luxemburgisches** Wiedergutmachungsabkommen von 1952...)

Australien

Sechs Jahre Albtraum statt zwei Wochen Urlaub: Zehntausende Ureinwohner-Kinder wurden ihren Eltern weggenommen – jetzt entschuldigt sich die **australische** Regierung dafür – SZ 13.02.2008

Die tasmanische Regierung zahlt Entschädigungen an die Ureinwohner der „Gestohlenen Generation“... – jetzt entschuldigt sich die **australische** Regierung dafür – SZ 13.02.2008

Nachwehen eines Paktes aus Kolonialzeiten: In **Neuseeland** ist der Graben zwischen den Maori-Ureinwohnern und den **britischen** Einwanderern noch immer tief – SZ 22./23.12.2007

Verschiedenes

Vergiftete Atmosphäre: Seit 1989 haben sich die **Osteuropäer** vor ihrer Vergangenheit gedrückt – jetzt zwingt die Aufdeckung prominenter Spitzel die neuen EU-Mitglieder, sich der Wahrheit zu stellen – Der Spiegel 13/2005



Böse blickende Männerköpfe, hinterhältige Komik: Von Tallinn bis Sofia: Wie das politische Klima in **Osteuropa** den Blick auf die Skulpturen zu Ehren der Roten Armee verändert hat (Estland-Bulgarien) – SZ 11.06.2007

Der Antisemitismus kann nicht allein die Sorge der Juden sein – In **Europa** wirken Kräfte, die unsere Zivilisation ins Mittelalter zurückbomben wollen: Rede zum sechzigsten Jahrestag der Befreiung von Auschwitz im Deutschen Bundestag – FAZ 28.01.2005

Europas Erinnerungsgesetz: Die Wahrheit des Holocaust ist strafrechtlich zu schützen – SZ 30.11.2007

Uncle Joe und der Streichholz-Plan – Wie die Teilung **Europas** begann: Im Tauziehen um Polen trickste der sowjetische Diktator Stalin die Westalliierten aus – SZ 30.03.2005

Hitlers willige Mitarbeiter: **Neu-Europa** in braun: Bernard Bruneteau mustert die französischen Denkmeister der Kollaboration – SZ 10.09.2003

Auch die Wahrheit der anderen: Neue Schulbücher auf dem **Balkan** über den kritischen Blick auf die eigene Geschichte – FAZ 25.12.2005

Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen: Ratko Mladic tritt vor seine Richter – Jedem seine Wahrheit: Auf dem **Balkan** werden die Täter noch immer geschont – nur langsam beginnt die Aufarbeitung – SZ 16.05.2012

Was nützen **internationale** Tribunale? – SZ 14.06.2007

Wenig Hoffnung weltweit: Der neue Jahresbericht von **Amnesty International** zur Situation der Menschenrechte ist Dokument des Schreckens – SZ 28.05.2008

Vertreibung? Ach was, Neuordnung war die Devise: Im 20. Jahrhundert kam die gewaltsame Umsiedlung von Völkern öfter vor – drei Bücher zeigen, wie die **Staaten** einander dabei inspirierten – SZ 21.11.2011

Schwanenhals und **Sklaverei**: Pro und Contra: Rolf Vollmann und W. G. Sebald über Charles Sealsfield – SZ 05.12.2006

Die neue Opfertümelei: Eine Tagung über Flucht und Vertreibung in **Europa** – SZ 13.12.2004

Gleichheit, Dichte, Richtung – Die Masse und die ordnende Macht der katholischen Kirche – SZ 09./10.04.2005 (**weltweit**)

Die Macht der Macheten: Der gewalttätige Aufruhr in **Osttimor** zeigt, wie gespalten das junge asiatische Land noch immer ist – SZ 01.06.2006

Die Statussymbole der Pflanzler: Jonathan Schorsch über das Verhältnis von Juden und Schwarzen im **atlantischen** Sklavenhandel – FAZ 16.08.2004



Entstehung der Publikation, Autoren und Danksagung

Die Mehrzahl der Autorinnen und Autoren waren bei Redaktionsschluss zwischen 20 und 25 Jahren alt: Es handelte sich dabei um Studierende verschiedener Fakultäten der HS-Coburg (Betriebswirtschaft, Design, Architektur, Maschinenbau, Soz. Arbeit, etc.). Sie kamen aus ganz Europa zum Studium nach Coburg und sind mittlerweile berufstätig.

Die beteiligten Studierenden konnten die Themen selbst auswählen, in Absprache mit dem Dozenten, dem Hg. mit wissenschaftlicher Verantwortung für dieses Sachbuch. So entwickelten sich durchaus in Stil und Wissenschaftlichkeit unterschiedliche Kapitel.

Die vorliegende Publikation entstand über einen mehrjährigen Zeitraum hinweg, da die Anzahl der Seminarteilnehmer pro Semester begrenzt blieb, auch um in kleineren Gruppen eine intensivere Arbeit zu leisten. Die Arbeiten wurden redaktionell überarbeitet, jedoch inhaltlich nicht verändert. Jeder Autor ist für sein Kapitel eigenverantwortlich.

Die Thematik war begrenzt durch den Rahmen des damals noch existierenden Fachbereich „Allgemeinwissenschaften“ über Themen der internationalen Politik. Es ist durchaus interessant, dass, abgesehen vom Hg., kein Historiker oder Politologe an dieser Publikation beteiligt war. Für die anderen Autorinnen und Autoren handelt es sich hierbei um ihre erste Publikation. Es muss ausdrücklich daraufhin gewiesen werden, dass es sich um den Versuch eines von Studierenden verfassten Sachbuches an einer Hochschule handelt.

DANKSAGUNG

Der Hg. möchte sich dankbar seiner Eltern erinnern, auch seiner Vorfahren aus vielen Teilen Europas, insbes. der Franche Comté-Département Hte. Saône. Und – statt ein Curriculum Vitae zu verfassen – will er auch seinen wichtigsten Bildungsstätten Dank sagen, insbes. dem Bundesgymnasium in Horn/ NÖ und den Universitäten Orléans–Poitiers (heute Tours), Cotonou/ Bénin (ENA-Fak.VW), Mugla/Türkei und der HS-Coburg (Fak.AW und BA/FM), auch den Ländern Belgien, Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Dänemark, der Provinz Shandong/ VRC u. der Türkei, sowie Oberfranken, die immer außergewöhnliche Gastfreundschaft bewiesen.



Besonderer Dank geht an Friederike, seine Frau, die mit bewundernswerter Geduld seine Arbeit begleitete und unterstützte. An seinen Sohn Martin Winnekpè, dem Afrika wichtig ist, geht ein besonderer Gruss.

Der Hg. hat auch zu danken:

den Europäischen Akademien e.V.(Bonn) für die Durchführung der Seminare mit Themen zur Internationalen Politik und zu Entwicklungsländern, die zu den Referaten für diese Publikation führten,

und ganz besonders ist zu danken

Prof. Dr. Jürgen Krahl, damals an der HS-Coburg verantwortlich für das Fach Allgemeinwissenschaften (seit 11.2016 Präsident der HS OWL in Lemgo), für seine Unterstützung und die Anerkennung, die er bei der Vorstellung der Ur-Ausgabe (Nov. 2016) dieser Publikation äusserte:

„...Schon zu Beginn dieses Jahrtausends legte die FH-Coburg grossen Wert darauf, ihren Studierenden den interdisziplinären Blick zu schärfen. Lange bevor es den „Coburger Weg“ gab ... wurde in der damaligen Fakultät Physikalische Technik und Allgemeinwissenschaften der Grundstein für diese Entwicklung gelegt.

Bei der vorliegenden Publikation handelt es sich somit um ein Zeitzeugnis über die ersten Anfänge interdisziplinärer Lehre an der HS-Coburg. Dieses Buch belegt die Anstrengungen, die der Hg. JMW-LaR. vor über einem Jahrzehnt unternommen hat, um Studierende mit völlig verschiedenen Bildungsbiographien für ein wichtiges Thema aus dem Bereich Allgemeinbildung zu sensibilisieren, sie miteinander in regen Austausch zu setzen und mit ihnen gemeinsam historische Hintergründe zu erarbeiten. ...Derartige Dinge an einer Bildungsinstitution ohne philosophische Fakultät in Angriff genommen zu haben, ist das Verdienst von Persönlichkeiten wie dem Hg., der als wissenschaftlicher Lehrer diese Publikation über einen langen Zeitraum hinweg zusammengestellt hat.“

Außerdem ist sehr zu danken

Hofrat Dr. Staudigl-Innsbruck und Dr. Rigmar Osterkamp – früher IFO-Institut München/Universität Windhoek und Hélène Boibelet-Libourne, für Beratung und Korrekturen, auch Christophe Bourdoiseau, den ich erst durch diese Publikation als Gleichgesinnten kennenlernte, sowie

Sophia Claus, Denny Schulz u. Julian Klotz, ehemalige Studierende der HS-Coburg, für Lektorats- und Redaktions-Mitarbeit.

Coburg und Bodrum, im Frühjahr 2017

Jürgen Maria Werobèl de La Rochelle



Wichtige Abkürzungen

D/ BRD	Deutschland
DR	Deutsches Reich
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EU	Europäische Union
F	Frankreich
GB	Grossbritannien/ England
Jhd.	Jahrhundert
KZ	Konzentrationslager
NN	ohne Namen
NRO	Nicht-Regierungs-Organisation
OR	Osmanisches Reich
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
UdSSR/ SU	Sowjetunion
UN/ UNO	Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VR	Volksrepublik





